

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 21.05.2019, 14:00 Uhr

Raum, Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.04.2019
3. Mitteilungen
- 3.1. Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 19-10088
Vorstellung der "Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung"
- 3.2. Kostengünstige Schülertickets 19-10829
4. Anträge
- 4.1. Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig 19-10443
Antrag der BIBS-Fraktion
- 4.1.1. Änderungsantrag zum TOP "Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig" 19-10768
Änderungsantrag der SPD-Fraktion
- 4.1.2. Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig 19-10443-01
Stellungnahme der Verwaltung
- 4.2. Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose für Braunschweig 19-10643
Antrag der CDU-Fraktion
- 4.3. Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen 19-10642
Antrag der CDU-Fraktion
- 4.3.1. Änderungsantrag zu 19-10642: Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen 19-10765
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion
- 4.3.2. Bäume an der Jasperallee schnellstmöglich ersetzen, Unfallgefahr minimieren, Sicherheit gewährleisten! - Änderungsantrag zum TOP "Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen" 19-10767
Änderungsantrag der SPD-Fraktion
- 4.4. Aktionsplan für Baumnachpflanzungen 19-10649
Antrag der BIBS-Fraktion
- 4.4.1. Änderungsantrag zu 19-10649: Aktionsplan für Baumnachpflanzungen 19-10764
Änderungsantrag der BIBS.-Fraktion
- 4.4.2. Aktionsplan für Baumnachpflanzungen 19-10649-01
Stellungnahme der Verwaltung
- 4.5. Braunschweig ruft den Klimanotstand aus 19-10780
Antrag der BIBS-Fraktion und der Gruppe Die Fraktion P²
- 4.6. Beteiligung von Fridays For Future 19-10779
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²
- 4.7. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Klimaschutz in Braunschweig" 19-10782

4.8.	Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Die Grünen und BIBS Verbesserung der Wohnsituation in Braunschweig	19-10787
5.	Antrag der AfD-Fraktion Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses	19-10374
6.	19-10815-Umbesetzung in Ausschüssen - Bürgermitglied im Wirtschaftsausschuss	
7.	Berufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt	19-10585
8.	Haushaltsvollzug 2019 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	19-10538
9.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	19-10544
10.	Rückabwicklung Erbbaurecht Am Lehmanger 14	19-10527
11.	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2019/2020	19-10561
12.	Bewerbung als "Modellprojekt Smart City: Stadtentwicklung und Digitalisierung"	19-10742
13.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Willy-Brandt-Platz", 1. Änderung des AW 107, AW 114 Stadtgebiet zwischen Hauptbahnhof, Willy-Brandt-Platz und BraWo- Allee	19-10438
14.	Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße	19-10470
14.1.	Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss - Änderungsantrag zur Drucksache 19-10470	19-10746
15.	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Anträge-Fortsetzung (weitere Anträge i. S. v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)	
15.1.	Natürliche Vielfalt stärken - Schottergärten vermeiden	19-10647
15.1.1.	Antrag der CDU-Fraktion Natürliche Vielfalt stärken - Schottergärten vermeiden	19-10647-01
15.2.	Stellungnahme der Verwaltung Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen	19-10648
15.2.1.	Antrag der BIBS-Fraktion Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen	19-10648-01
15.3.	Stellungnahme der Verwaltung Vorlage der ersten Version des Flughafengutachtens aus dem Jahr 2017	19-10685
15.3.1.	Antrag der BIBS-Fraktion Vorlage der ersten Version des Flughafengutachtens aus dem Jahr 2017	19-10685-01
15.4.	Stellungnahme der Verwaltung Dorfgemeinschaftshaus Rautheim	19-10786
16.	Antrag der BIBS-Fraktion Anfragen	
16.1.	Die Braunschweigische Landessparkasse als "Bank für die Region" - Wie steht es um die mögliche Eigenständigkeit der BLSK?	19-10784
16.2.	Anfrage der SPD-Fraktion Gelebte Unterstützung für Kiryat Tivon	19-10783
16.3.	Anfrage der AfD-Fraktion Energiearmut in Braunschweig	19-10769
	Anfrage der Fraktion Die Linke.	

Braunschweig, den 10. Mai 2019

Betreff:

Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes
Vorstellung der "Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung"

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

17.05.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Planungs- und Umweltausschuss (zur Kenntnis)	07.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	21.05.2019	Ö

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig hat in den letzten Jahren bereits zahlreiche Klimaschutz-Aktivitäten umgesetzt. So wurde zusammen mit Projektpartnern ein integriertes Klimaschutzkonzept mit zahlreichen Einzelmaßnahmen erarbeitet, um eine wirksame lokale Gesamtstrategie zu verfolgen, die das Erreichen aller für den Klimaschutz wichtigen Zielgruppen der Stadt im Blick hat. Der Rat der Stadt hat dieses Konzept einstimmig beschlossen (Drucksache 13947/10). Zu den prioritären Maßnahmen gehört auch die Erarbeitung einer „Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung mittels Bebauungsplänen“, die nun vorgestellt wird (siehe Anlage).

Einordnung der Leitlinie als Teil der integrierten Planung

Der durch die im Jahre 2011 durch die „BauGB-Klimaschutznovelle“ u. a. in das BauGB eingefügte § 1 a Abs. 5 BauGB enthält eine Verpflichtung der Gemeinden, im Rahmen der Bauleitplanung dem Belang des Klimaschutzes Rechnung zu tragen. Ergänzend wird in § 1 Abs. 5 S. 2 BauGB als Planungsleitsatz angeordnet, dass die Bauleitpläne dazu beitragen sollen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung insbesondere auch in der Stadtentwicklung zu fördern.

Diesem gesetzgeberischen Auftrag trägt die „Leitlinie Klimagerechte Bauleitplanung“ Rechnung, indem sie übersichtlich und vollständig darstellt, in welcher Weise der Belang des Klimaschutzes in der Planung berücksichtigt werden kann.

Auch im Zuge des 2018 vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossenen Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braunschweig 2030 (ISEK) werden insbesondere im Rahmenprojekt „Klimagerechtes Braunschweig“ Maßnahmen zur Stärkung des Klimaschutzes diskutiert und konkretisiert.

Die Leitlinie beinhaltet keine unzulässige Vorabbindung und misst dem Klimaschutz kein unverhältnismäßiges Gewicht gegenüber anderen abwägungsrelevanten Belangen bei. So wird in ihr klargestellt, dass die Leitlinie lediglich die planerischen Steuerungsmöglichkeiten aufzeigt, es aber für die Umsetzung der Klimaschutzziele auf die im konkreten Fall zu beachtenden anderen Belange und auf die örtlichen Verhältnisse ankommt. Ferner wird

ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Klimaschutz gleichwertig neben anderen Belangen steht und die Gewichtung der Belange für jeden Fall individuell zu ermitteln ist. Auch die zu beachtenden Eigentumsrechte werden angesprochen.

Die Leitlinie ist nicht zu vergleichen mit einem bei der Planung zu berücksichtigenden städtebaulichen Entwicklungskonzept oder einer sonstigen von der Stadt beschlossenen städtebaulichen Planung i. S. v. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB (z. B. Einzelhandels- bzw. Zentrenkonzept, Vergnügungsstättenkonzept). Derartige städtebauliche Pläne stellen ebenfalls keine Vorabbindung dar, sondern unterliegen der Abwägung. Sie unterscheiden sich von der Leitlinie jedoch in der Weise, dass sie konkrete Planungen darstellen. Derartige informelle Planungen haben eine die Bauleitplanung unterstützende Wirkung, indem sie die Erforderlichkeit von Festsetzungen in Bebauungsplänen rechtfertigen, ein konzeptionelles Vorgehen der Gemeinde begründen, die Entwicklung nachvollziehbar und widerspruchsfrei ordnen und das Gewicht von Belangen und Zusammenhängen verdeutlichen.

Aufbau der Leitlinie

Kapitel 1 bietet zunächst eine allgemeine Einführung zum Thema Klimaschutz. Dazu gehören Zielsetzung und Aufbau der Leitlinie, Begriffsdefinitionen sowie Rahmenbedingungen des kommunalen Klimaschutzes wie das Braunschweiger Klimaschutzkonzept, die Darstellung der örtlichen Rahmenbedingungen und die Stadtklimaanalyse.

In Kapitel 2 werden Grenzen und Möglichkeiten der klimagerechten Bauleitplanung aufgezeigt. Im Weiteren werden die klimaschutzbezogenen Handlungsbereiche der Stadt Braunschweig definiert. Dazu gehören:

- Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch Förderung einer klimaschonenden Stadt- und Siedlungsstruktur (z. B. durch Erhalt klimawirksamer Freiräume, Vorrang der Innenentwicklung, sparsamer Umgang mit Grund und Boden, angemessene städtebauliche Dichte, effiziente Erschließung)
- Reduzierung und klimaverträglichere Abwicklung von Verkehrsströmen und Stärkung des Umweltverbundes (z. B. „Stadt der kurzen Wege“, Sicherung der wohnortnahen Nahversorgung, ausgewogene Nutzungsmischung, klimagerechte Mobilitätsangebote und -konzepte)
- Vorsorge gegenüber den Folgen des Klimawandels (z. B. Erhalt von Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten sowie Luftaustauschbahnen, Verbesserung des Kleinklimas, Schaffung von Klimakomforträumen und Klimaoasen, Vorsorge vor Überflutung durch Starkregenereignisse)
- Maßnahmen der Energieeinsparung an Gebäuden (z. B. kompakte Baukörper, Wärmedämmung und Energieeffizienz, passive Solarenergienutzung)
- Klimafreundliche Energieversorgung (z. B. Nutzung von erneuerbaren Energien, Nah-/ Fernwärmenetz, Ausschluss luftverunreinigender Stoffe)

Zudem werden in diesem Kapitel die verschiedenen Steuerungsmöglichkeiten der Klimaschutzziele im Rahmen der Bauleitplanung (Flächennutzungsplan, Bebauungsplan, städtebauliche Verträge) und Kriterien für klimagerechte städtebauliche Entwurfslösungen aufgezeigt.

In Kapitel 3 erfolgt eine Zusammenfassung, welche klimaschutzbezogenen Aspekte bei der Umsetzung von Bauleitplanverfahren in den einzelnen Arbeitsschritten berücksichtigt werden sollten.

Diese Erkenntnisse wurden in Form von Checklisten zu einzelnen Planungsphasen komprimiert und nachvollziehbar dargestellt. So wird sichergestellt, dass die Leitlinie ohne größeren Aufwand bei der Erarbeitung zukünftiger Entwicklungsüberlegungen herangezogen werden kann und von den ersten Anfängen des Planungsprozesses bis zu seinem Abschluss eine wichtige Unterstützung in sämtlichen Fragen des Klimaschutzes darstellt.

Weiteres Vorgehen

Die Leitlinie ist nach verwaltungsinterner Abstimmung mit den betroffenen Fachdienststellen fertiggestellt worden. Nachdem alle Fraktionen über die Leitlinie informiert und die Leitlinie den politischen Gremien (PIUA, VA und Rat) als Mitteilung vorgelegt wurde, soll sie bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zukünftig als Handlungsleitfaden für die Planung zur Anwendung kommen.

Leuer

Anlage/n:

Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung



Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung

Braunschweig, 12. Februar 2019

Impressum

Herausgeber:

Stadt Braunschweig
Bau- und Umweltschutzdezernat
Stadtbaurat Heinz-Georg Leuer
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig
Tel.: 0531 / 470-2205
dezernat3@braunschweig.de

Projektleitung:

Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Projektbearbeitung:

Tina Mauritz, Abteilung Stadtplanung
Dagmar-Christiane Bork-Jürging, Abteilung Umweltschutz

Zeichnungen Stadt Braunschweig:

Iris Vergien

Braunschweig, Februar 2019

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Zielsetzung der Leitlinie	1
1.2	Aufbau der Leitlinie	5
1.3	Begriffsdefinition	6
1.3.1	Zu den Begriffen „Klimaschutz“ und „Klimaanpassung“	6
1.3.2	Zum Begriff „Stadtklima“	7
1.4	Rahmenbedingungen	10
1.4.1	Geographische Rahmenbedingungen	10
1.4.2	Kommunales Klimaschutzkonzept	10
1.4.3	„Masterplan 100% Klimaschutz“	11
1.4.4	Stadtklimaanalyse	13
2	Klimagerechte Bauleitplanung	14
2.1	Handlungsbereiche	14
2.1.1	Reduzierung der Flächeninanspruchnahme	15
2.1.1.1	Klimagerechte Siedlungsstruktur	15
2.1.1.2	Flächensparende Bauweise	18
2.1.2	Reduzierung von Verkehrsströmen und Stärkung des Umweltverbundes	20
2.1.2.1	Ausgewogene Nutzungsmischung und wohnortnahe Versorgung	20
2.1.2.2	Stärkung des Umweltverbundes	22
2.1.3	Vorsorge gegenüber den Folgen des Klimawandels	26
2.1.3.1	Sicherung von Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten sowie Luftaustauschbahnen	26
2.1.3.2	Verbesserung des Kleinklimas	30
2.1.3.3	Klimakomforträume oder Klimaoasen	34
2.1.3.4	Vorsorge vor Überflutung durch Starkregenereignisse	35
2.1.4	Gebäude- und energieeinsparungsbezogene Maßnahmen	37
2.1.4.1	Bauliche Kompaktheit	38
2.1.4.2	Solarenergetische Optimierung	40

2.1.5	Klimafreundliche Energieversorgung	45
2.1.5.1	Einsatz erneuerbarer Energien und energieeffizienter Technik	46
2.1.5.2	Kraft-Wärmekopplung (KWK)	49
2.1.5.3	Wärmeversorgung mittels Nah- und Fernwärme	50
2.2	Steuerungsmöglichkeiten	51
2.2.1	Umsetzung im Flächennutzungsplan	52
2.2.2	Umsetzung im Bebauungsplan	54
2.2.2.1	Festsetzungen zur Städtebaulichen Dichte	55
2.2.2.2	Festsetzungen zur Erschließung	56
2.2.2.3	Festsetzungen zur Nutzungsmischung	60
2.2.2.4	Festsetzungen zu Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten sowie Luftaustauschbahnen	62
2.2.2.5	Festsetzungen von Grün- und Freiflächen	64
2.2.2.6	Pflanzbindungen	66
2.2.2.7	Festsetzungen zu gebäude- und energieeinsparungsbezogenen Maßnahmen	68
2.2.2.8	Festsetzungen zur Energieversorgung	71
2.2.2.9	Festsetzungen zur Überschwemmungsvorsorge	73
2.2.2.10	Festsetzungen, die im Rahmen der Bauleitplanung nicht möglich sind	76
2.2.3	Weitere Regelungsmöglichkeiten	76
2.2.3.1	Städtebaulicher Vertrag oder Durchführungsvertrag zum VEP	77
2.2.3.2	Privatrechtlicher Vertrag	79
2.2.3.3	Informelle Steuerungsinstrumente	80
2.3	Fazit und Ausblick	80

3 Anlage I

3.1	Checkliste: Vorbereitungsphase	I
3.2	Checkliste: Städtebaulicher Entwurf	III
3.3	Checkliste: Rechtsverbindliche Festsetzungen	V

Zum Begriff „klimagerecht“ bzw. „klimagerechte Bauleitplanung“

„klimagerecht“ = klimaschutz- und klimaanpassungsgerecht

Dieser Leitfaden berücksichtigt sowohl Aspekte des Klimaschutzes als auch der Klimaanpassung (vgl. Kap. 1.2.1). Der Lesbarkeit halber wird der verkürzte, wissenschaftlich nicht korrekte Begriff „klimagerechte Bauleitplanung“ verwendet.

1 Einleitung

1.1 Zielsetzung der Leitlinie

Seit der Industrialisierung ist die Konzentration an Treibhausgasen in der Atmosphäre allmählich angestiegen, gleichzeitig lässt sich ein Anstieg der globalen Mitteltemperatur der Luft in Bodennähe beobachten. Wissenschaftliche Forschungen belegen, dass für einen bedeutenden Teil dieses Anstiegs der Mensch verantwortlich ist. Durch das Verbrennen fossiler Energieträger (wie zum Beispiel Kohle und Erdöl) und durch großflächige Entwaldung wird Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre angereichert. Auch Land- und Viehwirtschaft verursachen treibhauswirksame Gase. Eine Ansammlung dieser Gase in der Atmosphäre führt in der Tendenz zu einer Erwärmung der unteren Luftschichten.

Als Folge des Klimawandels sind außer dem Anstieg des Meeresspiegels stärkere Klimaschwankungen und häufigere Extremwetterereignisse wie Stürme, Hitzesommer und Dürren mit gravierenden Auswirkungen für die Artenzusammensetzungen, die Landwirtschaft, die Energieproduktion und nicht zuletzt die menschliche Gesundheit zu erwarten – mit kaum absehbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen. Der infolge der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen entstandene Klimawandel ist eine globale Herausforderung. Daher setzt die internationale Staatengemeinschaft auf ein wirksames internationales Klimaschutzabkommen, das 2020 in Kraft treten und das bis dahin gültige Kyoto-Protokoll ablösen soll. Zentrale Aufgabe ist die Minderung von Treibhausgasemissionen, um die Erderwärmung auf unter 2 °C zu begrenzen. Ziel der deutschen Klimapolitik ist es, bis 2020 die Emissionen von Treibhausgasen um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken; bis zum Jahr 2050 sollen sie um 80 bis 95 Prozent gesenkt werden. Maßnahmen dazu zielen auf den Ausbau erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Einsparung von Energie ab. Insbesondere vor dem Hintergrund der bestehenden Gefahr, das Zwei-Grad-Ziel nicht einzuhalten, sind die Kommunen ausdrücklich zur Mithilfe bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen aufgerufen.

Die Stadt Braunschweig hat in den letzten Jahren bereits zahlreiche Klimaschutz-Aktivitäten umgesetzt. So wurde in der Zeit von Juli 2009 bis November 2010 zusammen mit Projektpartnern ein integriertes Klimaschutzkonzept mit zahlreichen Einzelmaß-

nahmen erarbeitet, um eine wirksame lokale Gesamtstrategie zu verfolgen, die das Erreichen aller für den Klimaschutz wichtigen Zielgruppen der Stadt im Blick hat. Der Rat der Stadt hat dieses Konzept einstimmig am 14. Dezember 2010 (Drucksache 13947/10) beschlossen. Zu den prioritären Maßnahmen gehört auch die Erarbeitung einer „Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung“ mittels Bebauungsplänen oder städtebaulicher Verträge. Da parallel zum Klimaschutz auch Maßnahmen zur Anpassung an den bereits nicht mehr zu verhindernden Klimawandel erforderlich sind, wurde dieser Leitfaden um diesen Aspekt erweitert. Vor diesem Hintergrund wird vereinfacht von „klimagerechter Bauleitplanung“ gesprochen.

Die Bauleitplanung durch Bebauungspläne und ergänzend durch städtebauliche Verträge schafft dabei für den Bereich des Städtebaurechts rechtsverbindliche Vorgaben für Jedermann. Sie stellt insofern einen Zwischenschritt von den frühzeitigen konzeptionellen Überlegungen einer Entwicklung und der tatsächlichen Umsetzung dar. Entsprechend dürfen Klimaschutzziele nicht erst im Rahmen der Aufstellung von Bebauungsplänen berücksichtigt werden, sondern sind bereits zu Beginn der planerischen Überlegungen einzuspeisen. Der Bebauungsplan und der städtebauliche Vertrag übernehmen im Anschluss die Aufgabe, klar formulierte Ziele für ihren jeweiligen Geltungsbereich verbindlich zu machen.



Abb.: Klimaschutzkonzept
Quelle: Stadt Braunschweig

Hierbei ist die Zweistufigkeit der kommunalen Bauleitplanung zu berücksichtigen. Für die Steuerung der geordneten gesamtstädtischen Entwicklung ist der Flächennutzungsplan das vorrangige Instrument. Er entwickelt allerdings gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern keine Verbindlichkeit, sondern ist als Rahmen für das Verwaltungshandeln zu verstehen. Gleichwohl werden auf der gesamtstädtischen Ebene bereits Klimaschutz- und klimaanpassungsrelevante Entscheidungen getroffen, z. B. bei der grundsätzlichen Auswahl von neuen Siedlungsflächen oder bei der stadtweit betrachteten Zuordnung einzelner Funktionen.

Der Bebauungsplan detailliert die generalisierten Aussagen des Flächennutzungsplans für seinen begrenzten Geltungsbereich und bringt sie dort zur Verbindlichkeit. Seine Aussagekraft ist deutlich quartiersbezogen und bietet daher für andere Module des Klimaschutzes, z. B. konkrete Fragen der Siedlungsdichte oder genaue Vorgaben zur Gebäudeausrichtung, die geeignete Steuerungsebene.

Der Bebauungsplan wird als Satzung beschlossen. Er unterliegt daher klaren gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich des Aufstellungsverfahrens und des Spektrums möglicher Regelungen. Der Festsetzungskatalog in § 9 Baugesetzbuch (BauGB) ist abschließend; ein darüberhinausgehendes Festsetzungsfindungsrecht besteht für die Gemeinde nicht. Auch der städtebauliche Vertrag, mit dem weitergehende Ziele der Bauleitplanung vereinbart werden können, muss sich in einem gesetzlich definierten Rahmen (vgl. § 11 BauGB) bewegen. Damit muss sich jede klimagerechte Maßnahme, sei sie noch so vorteilsbringend, im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung an der gesetzlichen Festsetzungs- bzw. Regelungskompetenz messen lassen.

Im Rahmen dieser gesetzlichen Grenzen stellt der kommunale Klimaschutz einen wesentlichen Belang dar. Er kann für sich aber keine bevorzugte Behandlung in Anspruch nehmen. Im Rahmen der erforderlichen Abwägung sind alle Belange, wie sie beispielhaft in den Grundsätzen der Bauleitplanung aufgeführt sind, in die Entscheidung einzustellen. Im Rahmen der Abwägung sind die Belange mit dem ihnen gebührenden Gewicht zu würdigen, was regelmäßig plangebietsspezifische Betrachtungen erfordert. Für die Stadt gilt es darüber hinaus, regionale Funktionszusammenhänge zu beachten. Erfolgreicher Klimaschutz macht nicht an den Stadtgrenzen halt. Vor allem für die Bereiche Mobilität, interkommunale Kooperationen, regionale Wirtschaft, erneuerbare Energien sowie klimagerechte Regionalplanung ist die gesamte Region auf eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit angewiesen. Die klimagerechte Bauleitplanung im Gebiet der Stadt Braunschweig gehört zu den kommunalen Aufgaben.

Das Spektrum von Ansätzen für eine stärker klimagerechte Planung ist breit. Es reicht von den grundsätzlichen Entscheidungen, ob überhaupt eine Siedlungsentwicklung stattfinden soll, über Fragen der räumlichen Ausgestaltung von Siedlungsgebieten hin zu konkreten baulichen Maßnahmen an Gebäude und Grundfragen der Energieeinsparung. Nicht alle Maßnahmen sind miteinander kompatibel. So ist z. B. der Anspruch auf

eine klimagerechte Ausstattung von Siedlungsgebieten mit Grünstrukturen nicht vollständig deckungsgleich mit dem Wunsch nach kompakten Bauformen zwecks Minderung des Energieverbrauchs. Dies zeigt die Notwendigkeit auf, jeweils aufgaben- bzw. gebietsbezogene Betrachtungen vorzunehmen. Andererseits bietet der breite Katalog von Maßnahmenvorschlägen einen großen Baukasten für situationsspezifische Lösungen zum Schutz des Klimas.

1.2 Aufbau der Leitlinie

In Braunschweig wird als eine prioritär zu verfolgende Maßnahme für den Klimaschutz im Klimaschutzkonzept eine "Leitlinie zur klimagerechten Bauleitplanung" entwickelt.

Ziel dieser Leitlinie ist es darzustellen, in welchem Rahmen Bebauungspläne und städtebauliche Verträge zu einer klimagerechten Entwicklung der Stadt beitragen können.

Die Leitlinie gliedert sich in drei übergeordnete Kapitel.

Kapitel 1 bietet zunächst eine allgemeine Einführung zum Thema Klimaschutz. Dazu gehören Zielsetzung und Aufbau der Leitlinie, Begriffsdefinition sowie Rahmenbedingungen des kommunalen Klimaschutzes wie das Braunschweiger Klimaschutzkonzept, die Darstellung der örtlichen Rahmenbedingungen und die Stadtklimaanalyse.

In Kapitel 2 werden Grenzen und Möglichkeiten der klimagerechten Bauleitplanung aufgezeigt. Im Weiteren werden die klimaschutzbezogenen Handlungsbereiche der Stadt Braunschweig definiert. Dazu gehören:

- Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch Förderung einer klimaschonenden Stadt- und Siedlungsstruktur (z. B. durch Erhalt klimawirksamer Freiräume, Vorrang der Innenentwicklung, sparsamen Umgang mit Grund und Boden, angemessene städtebauliche Dichte, effiziente Erschließung)
- Reduzierung und klimaverträglichere Abwicklung von Verkehrsströmen und Stärkung des Umweltverbundes (z. B. „Stadt der kurzen Wege“, Sicherung der wohnortnahen Nahversorgung, ausgewogene Nutzungsmischung, klimagerechte Mobilitätsangebote und -konzepte)
- Vorsorge gegenüber den Folgen des Klimawandels (z. B. Erhalt von Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten sowie Luftaustauschbahnen, Verbesserung des Kleinklimas, Schaffung von Klimakomforträumen und Klimaoasen, Vorsorge vor Überflutung durch Starkregenereignisse)
- Maßnahmen der Energieeinsparung an Gebäuden (z. B. kompakte Baukörper, Wärmedämmung und Energieeffizienz, passive Solarenergienutzung)
- Klimafreundliche Energieversorgung (z. B. Nutzung von erneuerbaren Energien, Nah-/ Fernwärmenetz, Ausschluss luftverunreinigender Stoffe).

Zudem werden in diesem Kapitel auch die verschiedenen Steuerungsmöglichkeiten der Klimaschutzziele im Rahmen der Bauleitplanung (Flächennutzungsplan, Bebauungsplan, städtebauliche Verträge) und Kriterien für klimagerechte städtebauliche Entwurfslösungen aufgezeigt.

In Kapitel 3 erfolgt eine Zusammenfassung, welche klimaschutzbezogenen Aspekte die Umsetzungsakteure in den einzelnen Arbeitsschritten berücksichtigen sollten.

Diese Erkenntnisse sind in Form von Checklisten zu einzelnen Planungsphasen komprimiert und nachvollziehbar dargestellt. So wird sichergestellt, dass die Leitlinie ohne größeren Aufwand bei der Erarbeitung zukünftiger Entwicklungsüberlegungen herangezogen werden kann und von den ersten Anfängen des Planungsprozesses bis zu seinem Abschluss eine wichtige Unterstützung in sämtlichen Fragen des Klimaschutzes darstellt.

1.3 Begriffsdefinition

1.3.1 Zu den Begriffen „Klimaschutz“ und „Klimaanpassung“

Gemäß § 1 Abs. 5 des Baugesetzbuches (BauGB) in seiner seit 2017 geltenden Fassung sollen Bauleitpläne dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern.

Klimaschutz bezieht sich auf Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels, d. h. zur Reduzierung der durch menschliches Handeln verursachten Treibhausgas-Emissionen (u. a. CO₂). Dies sind beispielsweise Maßnahmen zur Verringerung des Verkehrsaufkommens wie das Konzept „Stadt der kurzen Wege“ oder Maßnahmen, die den Einsatz erneuerbarer Energien und energieeffizienter Technik begünstigen.

Klimaanpassung bezieht sich auf Maßnahmen, mit denen man sich auf absehbare, nicht mehr zu verhindernde Auswirkungen des Klimawandels einstellt und durch vorsorgende Planung, Schaden möglichst abwendet oder minimiert (beispielsweise Maßnahmen gegen sommerliche Überhitzung).

1.3.2 Zum Begriff „Stadtklima“

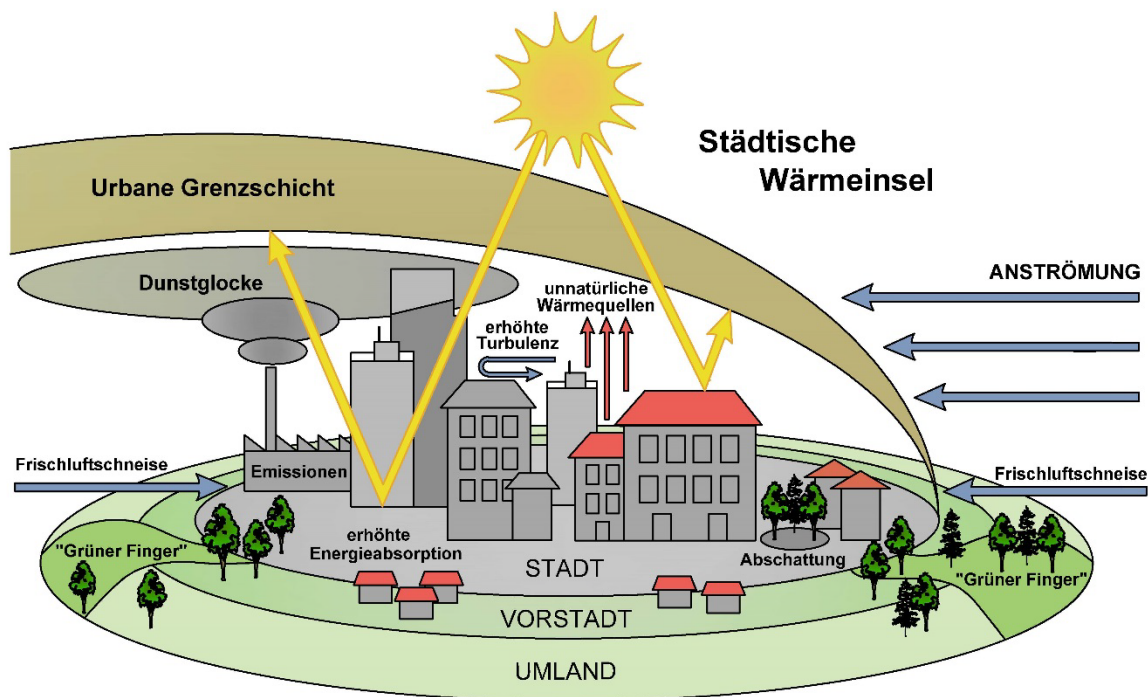


Abb.: Stadtklima
Quelle: Stadt Braunschweig

Städte und Ballungsräume verursachen im Vergleich zum weniger oder nicht bebauten Umland klimatische Effekte, die mit dem Begriff Stadtklima bezeichnet werden. Die Gründe für diese klimatischen Besonderheiten liegen in der Bebauungsstruktur, der Flächenversiegelung, im geringeren Vegetationsbestand sowie einer Vielzahl unterschiedlicher Emittenten (z. B. aus Verkehr, Hausbrand, Industrie und Gewerbe). Viele Eigenschaften des Stadtklimas können bei zu starker Ausprägung negativ auf die in Städten lebenden Menschen, Tiere und Pflanzen sowie die städtische Infrastruktur wirken. Daraus lassen sich folgende Problemfelder ableiten, deren Darstellung und Beschreibung für die Stadtklimatologie und vor allem für die Stadtplanung von Bedeutung sind:

Überwärmung

Städtische Wärmeinseln sind in den mittleren Breiten, insbesondere in Sommernächten, nachweisbar und können belastend für den menschlichen Organismus sein. An heißen Sommertagen absorbieren Gebäude, Straßen und Plätze die Sonnenstrahlung, die

wieder an die Atmosphäre abgegeben wird oder in die Gebäude eindringt. Hieraus resultiert ein gegenüber dem Umland erhöhtes thermisches Niveau. Die Belastung für den Menschen beschränkt sich nicht nur auf den Aufenthalt im Freien während der Tagstunden, sondern setzt sich nachts in den Häusern fort.

Windfeld

Weiterhin kann im urbanen Raum sowohl die thermische als auch die lufthygienische Belastung sehr hoch sein, weil überwärmte Luft oder Schadstoffe nicht abtransportiert werden. Vor allem dicht bebaute Innenstadtbereiche weisen dieses Phänomen auf. Mangelnde Durchlüftung sowie häufig fehlende Anschlüsse an Luftleitbahnen verhindern, dass kühle Umlandluft bis ins Stadtzentrum vordringt, um Gebäude ausreichend abzukühlen. Auch hohe und dichte Vegetation im Bereich von Grünflächen, von Ventilationsbahnen und von Straßen kann den Luftaustausch behindern, wenn sie quer zur strömenden Luft verläuft.

Niederschlag

Extreme Niederschlagsereignisse treffen im städtischen Bereich auf einen hohen Anteil versiegelter Flächen. Starkregenereignisse, d. h. mehr als fünf Liter Regen binnen fünf Minuten pro Quadratmeter (meteorologische Definition), können lokal begrenzt ein erhebliches Risiko darstellen. Ob von einem Starkregenereignis eine Schadwirkung ausgeht, ist von den örtlichen Randbedingungen abhängig. Die Kanalisation ist auf die vollständige Ableitung von seltenen Starkregenereignissen nicht ausgelegt. Kommt es bei Starkregenereignissen zur Überlastung der Kanalisation, fließt das Regenwasser hauptsächlich oberirdisch ab und führt zu kurzzeitigen Überflutungen, die z. T. erhebliche Schäden anrichten können.

Fehlender Niederschlag führt bei längerer Dauer – insbesondere im Sommer – zu Trockenepisoden. Als Folge können im Umland der Städte die Trinkwassergewinnung und -versorgung gefährdet sein. Darüber hinaus kann es bei zunehmender Dauer von Trockenereignissen in Verbindung mit schwachwindiger Witterung zur Akkumulation von Spurenstoffen in der Stadtatmosphäre kommen.

Luftfeuchtigkeit

Städte weisen im Vergleich zum nicht bebauten Umland im Allgemeinen eine niedrigere Luftfeuchtigkeit auf. Grund hierfür ist der niedrige Anteil an Wasser- und Grünflächen in Städten, der mit einer verminderten Abkühlung einhergeht, da bei der Verdunstung Energie verbraucht wird, die nicht mehr zur Erwärmung der Luft zur Verfügung steht. (Bei einem verzögerten Tauabsatz aufgrund höherer Temperaturen in der Bebauung können sich in der Stadt ausnahmsweise höhere Luftfeuchtwerte einstellen.)

Luftqualität

Durch zahlreiche Emittenten wird die städtische Luft durch gas- und partikelförmige Stoffe belastet. Hierbei trägt der Straßenverkehr maßgeblich zur Belastung bei, aber auch Hausbrand- und Industrieemissionen tragen zur Belastung bei. Zu besonders ungünstigen Verhältnissen führen Inversionswetterlagen mit geringem Luftaustausch, die das Immissionsklima nachhaltig verschlechtern. Vielfältige positive lufthygienische Effekte gehen hingegen von Pflanzen aus. So können mit geeigneter Vegetation die bodennahen Konzentrationen von Stickoxiden und Feinstaub reduziert werden. Die Entscheidung über die Bepflanzung ist jedoch differenziert zu betrachten. Insbesondere in Straßenschluchten mit geringer Luftzirkulation und bei hohen Schadstoffkonzentrationen sollten unerwünschte Barrierewirkung von Baumkronen in der Vertikalen und, sofern Luftleitbahnen betroffen sind, auch in der Horizontalen vermieden werden.

1.4 Rahmenbedingungen

1.4.1 Geographische Rahmenbedingungen

Braunschweig liegt geographisch bei 52° 16' 04" nördlicher Breite und 10° 31' 11" östlicher Länge im Übergangsbereich zwischen dem nördlichen Harzvorland und dem deutschen Mittelgebirge mit ihren schwach hügeligen Ausläufern. Der höchste Geländepunkt ist der Geitelder Berg mit 111 m über NN. Er stellt Braunschweigs einziges Windvorragengebiet dar. Der niedrigste Punkt ist die Okerniederung mit 62 m über NN. Das Stadtgebiet ist topographisch wenig strukturiert. Ausprägungen des lokalen Klimas ergeben sich hauptsächlich aus dem Gefüge der Landnutzungen.

Unter anderem aufgrund des flachen Reliefs bietet Braunschweig ausgezeichnete Voraussetzungen für das Fahrradfahren. Zudem gibt es wenig ausgeprägte Hangneigungen, die im Rahmen der Bauleitplanung zu berücksichtigen wären.

Die kreisfreie Stadt Braunschweig hat ein Stadtgebiet von 192,15 km². Die Fläche ist im Verhältnis zu den umgebenden Landkreisen gering. Gleichzeitig wird die Stadt mit aktuell ca. 250.000 Einwohnern ihrem Auftrag als Oberzentrum im Hinblick auf die Wohnflächenbereitstellung gerecht und verfügt damit im Vergleich zu ihrer Nachbarschaft über eine deutlich höhere Besiedlungsdichte.

1.4.2 Kommunales Klimaschutzkonzept

Die Stadt Braunschweig hat in den letzten Jahren zahlreiche Klimaschutzaktivitäten umgesetzt. Eine wirksame lokale Gesamtstrategie wird mit dem kommunalen Klimaschutzkonzept verfolgt. Ein wichtiger Schritt hierbei war die Beschlussfassung durch den Rat der Stadt. Das Klimaschutzkonzept formuliert konkrete Klimaschutzziele und bietet damit eine Grundlage für zielgerichtetes kommunales Handeln in Sachen Klimaschutz. Ziel ist die Verfolgung eben dieser lokalen Gesamtstrategie, die das Erreichen aller für den Klimaschutz wichtigen Zielgruppen im Blick hat. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Braunschweig 2030 formuliert die Überprüfung und Aktualisierung des Klimaschutzkonzeptes als eine der Maßnahmen, die bis zum Jahr 2030 umgesetzt werden sollen.

Im Einzelnen enthält das Konzept

- eine Bestandsaufnahme der Energieverbräuche und Treibhausgasemissionen des Energie- und Verkehrssektors in der Stadt Braunschweig für das Jahr 2008,
- eine Abschätzung der Energieeinspar- und CO₂-Minderungspotenziale im Bereich erneuerbare Energie sowie Energieeffizienz und
- einen Katalog an empfohlenen Maßnahmen für die zukünftige Klimaschutzstrategie der Stadt Braunschweig.

Hilfreich bei der Umsetzung der Klimaschutzstrategie ist der häufig verkannte Umstand, dass ein Großteil der Maßnahmen im Klimaschutzbereich wirtschaftlich ist und zu einer regionalen Wertschöpfung beiträgt. Zudem haben viele der erarbeiteten Maßnahmen über ihre Klimaschutzfunktion hinaus auch Sekundärauswirkungen auf andere Bereiche (z. B. den Sozialbereich, Luftreinhaltung), sodass von vielfältigen Synergieeffekten auszugehen ist.

Das Konzept befindet sich bereits in der Umsetzungsphase. Die Wirkungsansätze der einzelnen Maßnahmen sind breit gefächert. Sie betreffen sowohl die Wärme- und Stromversorgung als auch den Verkehrsbereich. Sie umfassen die Einsparung sowie die effizientere Nutzung von Energie und die Errichtung von Anlagen zur effizienteren Energienutzung. Dabei beziehen die Maßnahmen auch stadtplanerische Belange mit in die Betrachtung ein. Für eine energieeffiziente und klimagerechte Entwicklung der Stadt bietet die Bauleitplanung verschiedene Möglichkeiten zur Einflussnahme, die in dieser „Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung“ aufgezeigt werden sollen.

1.4.3 „Masterplan 100% Klimaschutz“

Der Regionalverband Großraum Braunschweig ist eine von 22 bundesweit ausgewählten Regionen, die am Modellvorhaben „Masterplan 100% Klimaschutz“ teilnehmen. Damit ist der Großraum Vorreiter im Klimaschutz und hat sich dazu verpflichtet, seine Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken und seinen Endenergieverbrauch im selben Zeitraum zu halbieren.

Im Rahmen des „Masterplan 100% Klimaschutz für den Großraum Braunschweig“ (2018) wurde auch für die Stadt Braunschweig eine Energie- und Treibhausbilanz auf-

gestellt (Datengrundlage 2010 bis 2015). Demnach verzeichnet die Stadt einen Energieverbrauch von 4.883 GWh/a, die Treibhausgasemissionen betrugen ca. 1,77 Mio. Tonnen. (Die Volkswagen AG wurde in dieser Bilanz wegen ihres überproportionalen Anteils am Braunschweiger Energieverbrauch nicht berücksichtigt).

Der Verkehr hatte mit 29 Prozent am Endenergieverbrauch und mit 25 Prozent am Ausstoß von Treibhausgasen erhebliche Anteile, die entsprechende Potenziale für eine Reduzierung bieten.

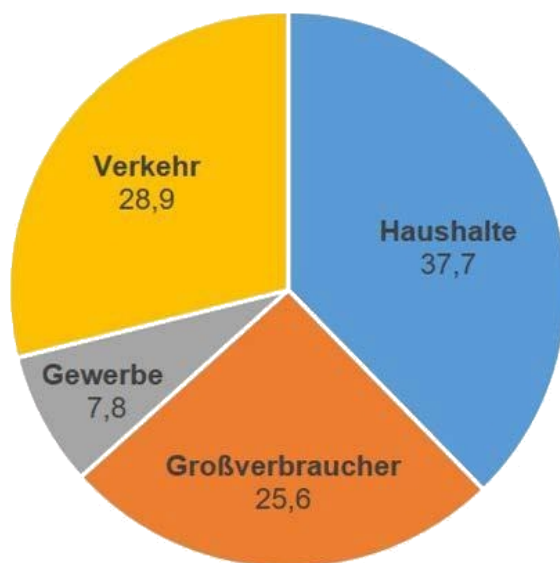


Abb.: Energieverbrauch der Stadt Braunschweig nach Sektoren [%]

Quelle: Stadt Braunschweig, nach Zahlen des Masterplan 100% Klimaschutz für den Großraum Braunschweig (2018), Band 5: Kommunale Datenblätter, S. 11

Der Sektor der privaten Haushalte ist mit 38 Prozent am Energieverbrauch und mit 34 Prozent an den Emissionen beteiligt und damit von zentraler Bedeutung hinsichtlich der Reduktionsanforderungen. Wie schon im Klimaschutzkonzept der Stadt (2008) zeigen auch die neuen Berechnungen für den Großraum Braunschweig, dass innerhalb des Sektors der privaten Haushalte die Raumwärme das entscheidende Einsparpotenzial bietet. Der Heizenergiebedarf wird u. a. durch die Kompaktheit der Bauweise und des Baukörpers (vgl. Kap. 2.1.4.1) sowie wesentlich durch die energetische Qualität der Gebäudehülle beeinflusst. Hohe energetische Standards, auch bei Neubauten, stellen daher eine wichtige Maßnahme zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen dar. Nur hoch effiziente Gebäude haben einen so geringen Wärmeenergiebedarf, dass auf fossile Heizsysteme verzichtet werden kann und effiziente Wärmepumpen eingesetzt werden

können. Die im Rahmen des „Masterplan 100% Klimaschutz“ durchgeführten Szenarien-Berechnungen weisen der Verbreitung dieser Technologie eine Schlüsselrolle zu, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

1.4.4 Stadtklimaanalyse

Als Grundlage für die Bauleitplanung werden in wachsenden Städten unter dem Eindruck deutlich gestiegenen Wohnraumbedarfs Basisinformationen zur sachgerechten Berücksichtigung des Schutzgutes Klima in Abwägungsprozessen benötigt. Hierzu hat die Stadt Braunschweig in den letzten 25 Jahren mehrere gesamtstädtische Klimagutachten erstellen lassen (1992, 2005/2007, 2012, 2017/2018).

Zentrales Element des aktuellen Gutachtens ist die modellgestützte, detaillierte Analyse der klimaökologischen Funktionen im Stadtgebiet von Braunschweig und deren planungsrelevante Bewertung.

Die Ergebnisse der Untersuchung spiegeln neben der Nacht-Situation auch die bioklimatische Belastung am Tage wider (Klimaanalysekarten). Darüber hinaus liegt, getrennt für die Nacht- und Tagsituation, eine Bewertung der bioklimatischen Belastung in den Siedlungsräumen bzw. der Bedeutung von Grünflächen als Ausgleichsräumen vor, aus der allgemeine Planungshinweise abgeleitet wurden (Planungshinweiskarten).

Die aktuelle Stadtklimaanalyse bietet eine hochaufgelöste Bestandsaufnahme der thermischen Belastung sowie des Kaltluftprozessgeschehens im Braunschweiger Stadtgebiet. Des Weiteren werden zusätzlich das zukünftige Stadtklima abgebildet und ein Gesamtbild der Betroffenheiten im Ist- sowie zukünftigen Zustand identifiziert.

Aus den Ergebnissen wurde ein Katalog mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung bzw. Erhalt des thermischen Komforts sowie Reduzierung von Hitzestress während hochsommerlichen Extremsituationen abgeleitet und in das Konzept zur Klimaanpassung integriert.

Für eine Stadt der Größe Braunschweigs ist der thermische Wirkkomplex bei der Betrachtung des Stadtklimas relevant. Dessen Belange werden bereits seit vielen Jahren mitgedacht, doch sind damit verbundene Fragestellungen und Probleme weiterhin aktuell – und werden angesichts der erwarteten Auswirkungen des Klimawandels sowie eines möglicherweise steigenden Siedlungsdrucks noch stärker in den Fokus rücken.

2 Klimagerechte Bauleitplanung

In diesem Kapitel strukturiert die Arbeitshilfe die Handlungsbereiche und Steuerungsmöglichkeiten der klimagerechten Bauleitplanung und bietet damit einen Orientierungsrahmen für Politik und Verwaltung, Bürgerschaft, Interessengruppen und Planerinnen und Planer. Es ist jedoch zu beachten, dass der Klimaschutz in der Praxis häufig keinem einheitlichen Muster folgt, sondern sich im Spannungsfeld zwischen dem „Gewünschten“ und dem „Möglichen“ bewegt und teilweise im Widerspruch mit anderen städtebaulichen oder politischen Zielsetzungen, wie beispielsweise der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Grundprinzip der Bauleitplanung ist, eine Vielzahl öffentlicher und privater Belange gegen- und untereinander abzuwägen. Im § 1 BauGB sind diese Belange benannt. Die Bauleitplanung hat somit die Aufgabe, bei der Festlegung der Planung neben Klimaschutzbelangen überschlägig 30 bis 40 andere Belange in die Überlegungen einzubeziehen. Dadurch wird deutlich, dass es nicht in jedem Fall sachgerecht sein wird, die im Folgenden entwickelten Vorschläge bei jeder Planungsfrage in vollem Umfang zu berücksichtigen. Wie die manchmal widersprüchlichen Zielsetzungen erfüllt werden können, muss daher jeweils in einem spezifischen Konzept unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse erarbeitet werden. Die nachfolgenden Ziele und Maßnahmen können lediglich Empfehlungen für eine klimagerechte Bauleitplanung darstellen.

2.1 Handlungsbereiche

Übergeordnete Ziele einer klimagerechten Siedlungsplanung sind die Reduzierung des Flächenverbrauchs, die Verringerung der Treibhausgasemissionen, Anpassung an den Klimawandel und die quartiersbezogene Verbesserung des Kleinklimas. Diese Ziele erfordern unterschiedliche Maßnahmen wie beispielsweise die Nutzung erneuerbarer Energien, die Stärkung der Lufthygiene, die Sicherung der klimatischen Leistungs- und Funktionsfähigkeit von Grün- und Freiflächen, die Schaffung von Voraussetzungen für energieeffiziente Gebäude und eine klimagerechte Mobilität, die sich in untenstehende Handlungsbereiche gliedern lassen.

2.1.1 Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

Mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat die Bundesregierung beschlossen, dass die Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag begrenzt werden soll (Bundesregierung 2002, Neuauflage 2016). Die kommunale Bauleitplanung ist ein wesentliches Instrument zur Umsetzung dieser Aufgabe. Ziel ist es, die Flächeninanspruchnahme durch einen sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden gering zu halten, damit die klimatische Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts im Stadtgebiet durch die neue Bebauung so wenig wie möglich beeinträchtigt wird. Dies geschieht durch eine klimaschonende Stadt- und Siedlungsstruktur und eine flächensparende Bauweise.

2.1.1.1 Klimagerechte Siedlungsstruktur

Leitbilder, wie das der „dezentralen Konzentration“ und das der „kompakten Stadt der kurzen Wege“, bieten hier wichtige Ansatzpunkte. Diesen Leitbildern zufolge soll sich das Siedlungswachstum im Einzugsbereich vorhandener ÖPNV-Knotenpunkte und Nahversorgungsstandorte entwickeln und so wenig wie möglich bisher baulich ungenutzte Flächen beanspruchen. Dabei sollen die Nutzungen möglichst vielfältig gemischt werden. Die Voraussetzungen für klimagerechte Siedlungsstruktur werden vorwiegend auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung geschaffen. Dies geschieht u. a. durch die Ausweisung der potenziellen Bauflächen, deren Lage und Verteilung unter Beachtung möglicher energetischer Synergieeffekte (wie z. B. Erschließung, Infrastruktur, etc.). Diese Leitbilder werden für Braunschweig auch in den Zielen und Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Braunschweig 2030 zugrunde gelegt.

Um die Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen, sind vorwiegend die Möglichkeiten der Wiedernutzbarmachung von Flächen, der Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen. Ziel der klimagerechten Bauleitplanung ist es, das Stadtwachstum durch kompakte Siedlungsstruktur an geeigneten Standorten zu bündeln und auf die Umwandlung von land- oder forstwirtschaftlich genutzten oder sonstigen Grün- und Freiflächen zu Bauflächen weitestgehend zu verzichten. Nicht zuletzt hemmt die Umwandlung von derzeit land- oder forstwirtschaftlich genutzten oder sonstigen Grün- und Freiflächen zu Bauflächen die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts auf besagten Flächen, die u. a. zur natürlichen CO₂-

Minimierung, Verbesserung des Stadtklimas, der Sauerstoffproduktion und zum Erhalt der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts beitragen. Eine bauliche Nachverdichtung im Innenbereich darf nicht zu Lasten von städtischen Grünstrukturen und deren Leistungen für den Menschen (lokalklimatische Ausgleichsfunktion, Erholungsfunktion, Naturerfahrung) geschehen. Vielmehr muss eine bauliche Innenentwicklung mit einer qualitativen Aufwertung und Neuschaffung von Grünflächen im Innenbereich einhergehen.

Doppelte Innenentwicklung

Doppelte Innenentwicklung heißt, die Entwicklung der Städte in ihrem Bestand nicht nur im Sinne einer baulichen Verdichtung zu betreiben, sondern den Blick zugleich auch auf die Erhaltung, Weiterentwicklung und Qualifizierung des urbanen Grüns zu richten. Beides muss als Einheit konzeptionell zusammengeführt werden.

Bei der Innenentwicklung ist urbanes Grün von hoher Bedeutung, da durch dichte Siedlungsstrukturen ein erhöhter Bedarf an Frischluftproduktions-, Retentions- und klimatischen Entlastungsflächen entstehen kann. Die Auswirkungen des Klimawandels im Siedlungsraum wie extreme Hitze und ungewöhnlich hohe Niederschlagsmengen sollten daher durch urbane Grünstrukturen und Freiräume gemindert werden. Innenentwicklung muss also stets doppelt gedacht werden, im Sinne einer baulichen und einer grünen Entwicklung.

Neben dem Erhalt klimawirksamer Freiräume trägt die Fortentwicklung und Verdichtung kompakter Siedlungsformen des Weiteren dazu bei, dass auf den Bau neuer Leitungen, Straßen, Versorgungseinrichtungen etc. an peripheren Standorten verzichtet und so ein zusätzlicher Versiegelungseffekt gemindert werden kann. Zugleich lassen sich klimaschädliche Individualverkehrsströme verringern und die Effektivität von Infrastrukturnetzen (z. B. Energie- und Verkehrsnetze) steigern, indem die bestehenden Leitungen, Straßen und ÖPNV-Linien eine höhere Auslastung erzielen. In kompakten Siedlungsstrukturen sind der Aufwand für Mobilität und der Energiebedarf sowie die belastenden Auswirkungen auf die Umwelt daher geringer.

Vor einer Ausweisung von neuen Bauflächen ist im Sinne der klimagerechten Bauleitplanung daher zunächst die Möglichkeit der Nachverdichtung im Gemeindegebiet zu

überprüfen. Das schließt auch die Wiedernutzbarmachung von gewerblichen und anderen Brachflächen oder leerstehenden Gebäuden und Anlagen mittels Revitalisierung und Konversion mit ein. Ein bei der Nachverdichtung und Wiedernutzung hilfreiches Instrument ist das Braunschweiger Baulandkataster. Das Baulandkataster beinhaltet unbebaute oder geringfügig bebaute Grundstücke innerhalb der Siedlungsflächen der Stadt. Für alle Flächen gilt, dass äußere Erschließung und Infrastruktur weitgehend vorhanden sind. So können sich Bauwillige bzw. Investoren einen Überblick mobilisierbarer Baulandpotenziale innerhalb des besiedelten Stadtgebietes verschaffen.

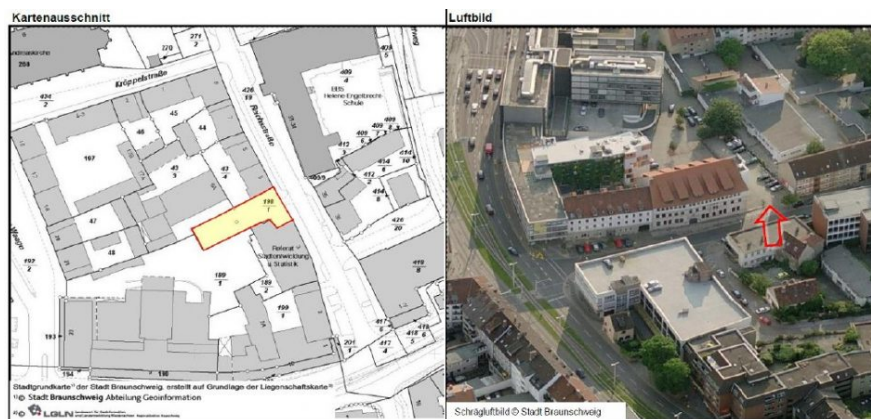


Abb.: Baulandkataster - Wo in Braunschweig nachverdichtet werden kann
Quelle: Stadt Braunschweig

Kann auf die Ausweisung neuer Bauflächen nicht verzichtet werden, ist darauf zu achten, dass die Flächeninanspruchnahme der Bebauung gering ist und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sowie die günstige lufthygienische und klimatische Wirkung der Grün- und Freiflächen weitestgehend erhalten bleiben oder durch die Planungen gar eine Verbesserung erfahren. Bei der Entscheidung über die räumliche Lage und Verteilung neuer Bauflächen im Gemeindegebiet ist zudem auf eine räumliche Anbindung an die bestehenden Ortslagen zu achten. Dadurch werden weniger Flächen für den Anschluss des neuen Baugebiets an das vorhandene Straßennetz benötigt und die Stadt der kurzen Wege wird unterstützt.

Bei der Neuausweisung von Bauflächen stehen sich häufig die Ziele, eine kompakte Siedlungsstruktur zu schaffen und die klimatischen Ausgleichsfunktionen der betroffenen Fläche zu erhalten, gegenüber. Ein klimaökologisches Gutachten, das u. a. die Frisch- und Kaltluftentstehung sowie die Luftleitbahnen berücksichtigt, kann bei bestimmten Planungen bei der Abwägung der gemeindlichen Flächenentwicklung helfen. Die Nachverdichtung sollte daher unter besonderer Berücksichtigung des innerstädtischen Freiraums und dessen klimatischen Ausgleichswirkung erfolgen. Doppelte Innenentwicklung heißt, Flächenreserven im Siedlungsbestand nicht nur baulich, sondern

auch mit Blick auf urbanes Grün zu entwickeln. Daher soll der offene Landschaftsraum vor weiterer Flächeninanspruchnahme und zusätzlichen baulichen Eingriffen geschützt und gleichzeitig der Siedlungsraum durch Maßnahmen der Freiraumentwicklung qualifiziert werden.

2.1.1.2 Flächensparende Bauweise

In einem klimagerechten Baugebiet wird das Ziel verfolgt, die Flächeninanspruchnahme durch einen sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden gering zu halten, damit die klimatische Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts im Baugebiet durch die neue Bebauung so wenig wie möglich beeinträchtigt wird. Einen nicht unwesentlichen Einfluss auf den Flächenverbrauch eines Baugebiets haben die angestrebte städtebauliche Dichte sowie die Anordnung von Baugrundstücken, Verkehrsflächen und Grünflächen.

Um die Flächeninanspruchnahme für eine neue Bebauung gering zu halten, ist grundsätzlich eine möglichst hohe, aber noch verträgliche städtebauliche Dichte anzustreben. Eine situationsbestimmte hohe städtebauliche Dichte wird im städtebaulichen Entwurf durch Anordnung und Typologie der Gebäude bzw. im Bebauungsplan durch das Maß der baulichen Nutzung und durch die Bauweise bestimmt. Für die Unterbringung einer vorgegebenen Geschossfläche ist die Flächeninanspruchnahme bei einer offenen Bauweise (z. B. Einzelhäuser, Doppelhäuser) beispielsweise größer als bei einer geschlossenen Bauweise ohne seitlichen Grenzabstand. Da jeder Bebauungsplan eine individuelle Flächenausdehnung, Topographie und weitere lokale Besonderheiten aufweist, die bei der Planung berücksichtigt werden müssen, können keine allgemeingültigen Aussagen zum Maß der baulichen Nutzung formuliert werden.

Folgende Aspekte können jedoch der Orientierung dienen:

Die städtebauliche Dichte bzw. Grundflächenzahl sollte sich an den Obergrenzen der BauNVO orientieren. Bei Einfamilienhäusern sollte eine möglichst geringe Grundstücksfläche (ca. 400 m²) gewählt werden. Wohnhäuser sollten seitlich aneinanderschließen (z. B. Reihenhauser, Doppelhaus), damit nicht an allen (vier) Seiten Abstandsflächen notwendig sind (z. B. freistehendes Einfamilienhaus) und so der Flächenverbrauch begrenzt werden kann. Bei Wohn- und Bürogebäuden ist Mehrgeschossigkeit anzustreben. Auch Einfamilienhäuser sollten mind. zweigeschossig sein.

Außerdem ist im städtebaulichen Entwurf darauf zu achten, dass auch der Verkehrsflächenbedarf, insbesondere der für den motorisierten Individualverkehr, möglichst geringgehalten wird. Dies erfolgt u. a. durch ein effizientes Erschließungssystem und die Reduktion des Verkehrsraums auf das sich aus den Nutzungsansprüchen ergebende notwendige Maß. Zudem kann die Abwicklung unterschiedlicher Mobilitätsformen auf einer gemeinsamen Verkehrsfläche, sofern dies rechtlich möglich und mit der abzuwickelnden Nutzung verträglich ist, aber auch die Reduzierung der Pkw-Stellplätze und Parkplätze auf das erforderliche Maß bzw. deren Unterbringung in Tiefgeschoss zum schonenden Umgang mit Grund und Boden beitragen. Eine Verlagerung von Verkehrsströmen des motorisierten Individualverkehrs hin zu Verkehrsträgern des Umweltverbunds führt – wenn auch nicht qualitativ benennbar – in Summe zu einer geringeren Flächenversiegelung durch den Mehrbedarf an Fahrradabstellanlagen anstelle von Pkw-Einstellplätzen. Zur Abschätzung des konkreten Bedarfs an privaten Kfz-Stellplätzen müssen jedoch mehrere Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Die wichtigsten davon sind die angestrebte Nutzung, die Qualität des ÖPNV-Angebots, der Umfang der Nahversorgung bzw. Grad der Nutzungsmischung, die angestrebte Bewohnerschaft mit Merkmalen wie Haushaltsgröße, Alters- und Einkommensstruktur sowie der bestehende und der zu erwartende Parkdruck im Gebiet sowie angrenzenden Umfeld.

Werden die Verkehrsflächen reduziert, ist zugleich darauf zu achten, dass dies nicht zu Lasten der Verkehrsträger des Umweltverbundes geht, damit die erforderlichen Flächen für Haltestellen, Fuß- und Radwege, Querungshilfen, Fahrradabstellanlagen etc. nicht fehlen (siehe hierzu auch 2.1.2).

Folgende Aspekte können der Orientierung dienen:

Es gibt keine Doppellerschließung. Bei Wohngebieten sollte der öffentliche Verkehrsflächenanteil für MIV (Fahrgasse ohne Fuß-/Radwege, Plätze, Entwässerung etc.) möglichst nur rund 10% betragen.

Allgemeine, stadtweit gültige Vorgaben für die städtebauliche Dichte und die klimagerechte Gestaltung der Verkehrsflächen können nicht gemacht werden, da bei jeder Planung die vorgefundene Situation, die umgebende Siedlungsstruktur, die angestrebten Planungsziele oder andere individuelle Besonderheiten berücksichtigt werden müssen. Zu beachten ist auch, dass sich eine hohe bauliche Dichte bzw. ein hoher Versiegelungsgrad negativ auf das Stadtklima auswirken kann (siehe hierzu auch 2.2.3)

2.1.2 Reduzierung von Verkehrsströmen und Stärkung des Umweltverbundes

In der klimagerechten Bauleitplanung wird das Ziel verfolgt, klimabelastende Verkehrsströme zu reduzieren und damit die negativen Auswirkungen des Pkw-Verkehrs sowohl in fahrender (Lärm- und Luftemissionen) als auch in ruhender Form (Flächeninanspruchnahme) zu minimieren. Die Mobilität der zukünftigen Bewohnerschaft soll dabei soweit wie möglich über den ÖPNV, als Rad- oder Fußverkehr abgewickelt werden. Zur Stärkung dieses Umweltverbundes gilt es, Alternativen zur Nutzung privater Pkw vorzuhalten und zu etablieren, den nicht motorisierten Verkehr somit zu stärken und damit verkehrsbedingte Emissionen zu vermindern.

2.1.2.1 Ausgewogene Nutzungsmischung und wohnortnahe Versorgung

Um klimabelastende Individualverkehre zu verringern, sind die Wege zwischen Arbeits- und Wohnstätten, Infrastruktur- und Nahversorgungseinrichtungen durch eine kompaktere Siedlungsstruktur, eine ausgewogene Nutzungsmischung und eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern, Dienstleistungen, kulturellen und sportlichen Angeboten möglichst kurz zu halten. Die Zersiedelung der Landschaft und die Schaffung von Wohngebieten, in denen die Einwohner auf die Nutzung privater Pkw angewiesen sind, sind hingegen zu vermeiden.

Dies geschieht u. a. im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung durch die Auswahl der Bauflächen, deren Lage und Orientierung sowie die Verteilung und Zuordnung von Wohn-, Gewerbe-, Industrie- und Sonderflächen unter Beachtung möglicher Synergieeffekte hinsichtlich Erschließung und Infrastruktur. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung können zudem unterschiedliche Arten der baulichen Nutzung in räumlicher Nähe zueinander festgesetzt werden (z. B. Urbane Gebiete). Da ein Ortswechsel vom Wohnort in andere Gemeindegebiete mitunter nicht fußläufig möglich ist, können insbesondere durch eine wohnortnahe Versorgung verkehrsbedingte Emissionen vermindert werden. Durch eine Nutzungsmischung innerhalb des Quartiers sollten möglichst viele Einrichtungen des täglichen Bedarfs fußläufig erreichbar sein (Stadt der kurzen Wege).

Folgende Aspekte können der Orientierung dienen:

Bei der Standortwahl für ein neues Wohngebiet ist auf die wohnortnahe, möglichst fußläufige Erreichbarkeit von Nahversorgungseinrichtungen (nach Möglichkeit nicht mehr als 500 m Entfernung) sowie die Erreichbarkeit von öffentlichen Versorgungseinrichtungen z. B. Grundschule, Kita, Sportplatz, Jugendplatz etc. per Fahrrad oder zu Fuß zu achten (nach Möglichkeit nicht mehr als 2000 m Entfernung zu bestehenden Versorgungseinrichtungen).

Infrastruktur und Nahversorgungsmöglichkeiten sind im Stadtgebiet daher so vorzuhalten, dass eine möglichst flächendeckende wohnortnahe Versorgung gewährleistet werden kann. Zur Stärkung einer wohnortnahen Versorgung ist die Siedlungsflächenentwicklung auf die vorhandenen Orts- und Nahversorgungszentren zu konzentrieren, da diese in der Regel ein ausgewogenes Angebot an Nahversorgungsmärkten, einzelhandelsnahen Dienstleistungen, Gastronomieangeboten, Bildungseinrichtungen, Kulturangeboten und Einrichtungen der medizinischen Versorgung (Ärzte, Apotheken etc.) bieten. Auch die erforderliche verkehrliche Infrastruktur (Anbindung ÖPNV, Fahrrad-, Fußwegenetz, etc.) ist in den Orts- und Nahversorgungszentren bereits vorhanden.

Um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Braunschweiger Orts- und Stadtteilzentren langfristig zu sichern, sind insbesondere Nahversorgungsmärkte als Frequenzbringer auch für angegliederte Nutzungen wichtig. Aufgrund von veränderten Standortpräferenzen des Einzelhandels (wachsenden Verkaufsflächen, gute verkehrliche Erreichbarkeit) werden von Investoren jedoch vermehrt großflächige Einzelhandelsstandorte unterschiedlicher Branchen in Fachmarktzentren oder entlang von bedeutenden Ausfallstraßen außerhalb der Orts- und Stadtteilzentren nachgefragt. Da solche autofreundlichen Standorte jedoch viel Fläche verbrauchen, zu einer verstärkten Abhängigkeit vom PKW und zu verlängerten An- und Abfahrtswegen sowie steigenden CO₂-Emissionen führen, ist es Ziel der klimagerechten Bauleitplanung, diesem Trend entgegenzuwirken und stattdessen die wohnortnahe Versorgung zu stärken.

Ein hilfreiches Instrument zur Steuerung der Nahversorgung ist das Braunschweiger Zentrenkonzept Einzelhandel. Ausgehend vom Zentrenkonzept soll Planungsrecht für die Ansiedlung zusätzlicher Nahversorgungsmärkte nur geschaffen werden, wenn sie hauptsächlich der Erhaltung und Verbesserung der Nahversorgungsstrukturen in den

Stadtteilen dienen. An nicht gewünschten Standorten sind Einzelhandelbetriebe hingegen auszuschließen.

2.1.2.2 Stärkung des Umweltverbundes

Neben einer ausgewogenen Nutzungsmischung und der wohnortnahen Versorgung ist die Stärkung des Umweltverbundes ein weiterer wichtiger Baustein, um negativ auf das Klima wirkende Verkehrsströme des motorisierten Individualverkehrs zu vermeiden. Als Umweltverbund wird die Gruppe der „umweltverträglichen“ Verkehrsmittel bezeichnet, dazu gehören nicht motorisierte Verkehrsträger (zu Fußgehende und Radfahrende), öffentliche Verkehrsmittel (Bahn und Bus) sowie Carsharing und Mitfahrzentralen. Die Erreichbarkeit der täglichen Nutzungsbereiche wie Wohnung, Arbeit und Schule, Versorgung, Dienstleistungen, Freizeit und Erholung durch den Umweltverbund ist letztlich Voraussetzung, dass Alltagswege auch ohne privaten Pkw verrichtet werden können. Um dieses Ziel zu erreichen, sind neue Bauflächen grundsätzlich an möglichst mehrere Verkehrsträger des Umweltverbunds anzuschließen.

Die Attraktivität des ÖPNV kann insbesondere durch Lückenschluss des Netzes, durch verbesserte Taktzeiten und Anschlussmöglichkeiten sowie attraktiven Zugang zu Stationen und Bahnen verbessert werden. Bei der Ausweisung von Bauflächen im Gemeindegebiet ist daher generell darauf zu achten, dass ein fußläufiger Anschluss an ein leistungsfähiges, kurzzeitig getaktetes ÖPNV-Netz (Haltestellen mit hoher Taktdichte und Anbindung an das (über-) örtliche Netz) vorhanden ist.

Darüber hinaus ist auf eine gute Zugänglichkeit der Haltestellen zu achten d. h. grundsätzlich leichte und sichere Erreichbarkeit über saubere, beleuchtete, ausreichend breite barrierefreie Fußwege, sichere Querungen ggf. durch Fußgängerüberweg oder Lichtsignalanlagen, ausreichende Bewegungsflächen an Haltestellen mit ausreichend Flächen für Wetterschutz, Sitzgelegenheiten etc.

Folgender Aspekt kann der Orientierung dienen:

Die nächste, gut zugängliche Bus-Haltestelle sollte in ca. 300 m Entfernung erreichbar sein. Die nächste, gut zugängliche Stadtbahn-Haltestelle sollte in ca. 500 m Entfernung erreichbar sein.

Die Förderung des Rad- und Fußgängerverkehrs wird u. a. durch eine gute Vernetzung über Fuß- und Radwege mit umliegenden Gebieten erreicht. Voraussetzung dafür ist die Bereitstellung eines funktionalen engmaschigen und kleinteiligen sowie verkehrssicheren Fuß- und Radwegenetzes, das dem Verkehrsaufkommen angemessene Breiten und Aufstellflächen aufweist, eine komfortable Verknüpfung zu den anderen Verkehrsträgern des Umweltverbundes sowie geringe Beeinträchtigungen durch andere Verkehrsarten (z. B. Vorrangrouten). Der Ausbau der entsprechenden Verkehrsinfrastruktur sowie eine angemessene Unterhaltung der Anlagen sind daher wichtige Bausteine der klimagerechten Planung.

Neue Baugebiete sind im Sinne der klimagerechten Planung daher grundsätzlich in das (über)örtliche Rad- und Fußwegenetz einzubinden. Doch nicht nur bei der äußeren, sondern auch bei der inneren Erschließung der Baugebiete ist vorzugsweise auf die Durchgängigkeit für den Fußgänger und Radfahrer zu achten. Abkürzungs- und Verbindungswege können dafür sorgen, dass Ziele mit dem Fahrrad oder zu Fuß schneller zu erreichen sind als mit dem Auto, bzw. der Zeitverlust als verträglich wahrgenommen wird. Da die Verkehrsmittelwahl in hohem Maße durch die Fahrzeit bestimmt wird, bieten Abkürzungs- und Verbindungswege, die ausschließlich vom Fahrrad- und Fußverkehr genutzt werden dürfen, einen weiteren Anreiz auf die Nutzung eines Pkws zu verzichten.

Zur Förderung der Radverkehrsinfrastruktur gehört darüber hinaus auch eine qualitativ und quantitativ angemessene Bereitstellung von Fahrradabstellanlagen. Um eine wachsende Fahrradnutzung zu fördern, sind attraktive Abstellmöglichkeiten an den zentralen Orten der Stadt, in der Nähe von Gebäudeeingängen, an Verknüpfungspunkten zu den weiteren Verkehrsträgern des Umweltverbundes (Bike & Ride), im Bahnhofsumfeld, sowohl im öffentlichen Raum, als auch auf privaten Grundstücken in ausreichendem Umfang vorzusehen. Qualitative und quantitative Anforderungen an Fahrradabstellanlagen sind im städtebaulichen Entwurf mitzudenken und sofern erforderlich im Bebauungsplan festzuschreiben.

Ein wesentlicher Aspekt ist die Ausbildung und Lage der Fahrradabstellanlagen, das bedeutet u. a. leichte Zugänglichkeit, soziale Kontrolle durch Einsehbarkeit und Beleuchtung, ausreichende Fläche von mindestens 1,5 m²/Fahrrad, Anschließmöglichkeit, sicherer Stand, Abstellplätzen für Anhänger und Lastenräder, Witterungsschutz etc.

Wenn das Fahrrad aufgrund seiner Nähe zu den Eingangsbereichen deutlich schneller verfügbar ist als der eigene Pkw, steigert dies die Chance auf die Wahl des Fahrrads als Verkehrsmittel. Fahrradkeller, die nur über mehrere Ecken oder getrennt durch schwer zu öffnende Türen erreicht werden können. In der klimagerechten Planung ist daher darauf zu achten, dass Fahrradabstellanlagen in ausreichender Anzahl, angemessener Größe, im besten Fall witterungsgeschützt und in unmittelbarer Nähe zum Eingangsbereich untergebracht werden. Auch im Erdgeschoss untergebrachte Fahrradabstellräume ggf. in Kombination mit Wartungsmöglichkeiten dienen der Förderung des Radverkehrs.

Das Zufußgehen und Fahrradfahren kann zudem dadurch attraktiver werden, dass Verkehrsflächen eine hohe Aufenthaltsqualität ausstrahlen. Planerische Einflussmöglichkeiten sind eine ansprechende Straßenraumgestaltung (z. B. Aufenthaltsqualitäten in den Seitenräumen oder Straßenraumbegrünung, Verschattung) und Maßnahmen zur Sicherung des Fuß- und Radverkehrs (z. B. nutzungsgerechte Aufteilung der Straßenräume, der Nutzerfrequenz angemessene Straßenraumbreiten für Zufußgehende und Radfahrende, Querungshilfen, ausreichende Aufstellflächen an Knotenpunkten, optimale Sichtverhältnisse in Querungsbereichen oder verkehrsberuhigte Bereiche). In Gebieten, in denen die Wohnnutzung im Vordergrund steht, ist in Abhängigkeit der Länge der Straßenzüge, der angrenzenden Anzahl an Wohneinheiten, des Verkehrsaufkommens, der straßenverkehrsrechtlichen Gegebenheiten etc. beispielsweise die bauliche Ausgestaltung der Straßenräume als verkehrsberuhigte Bereiche möglich.

Während die Verkehrsflächen für den motorisierten Individualverkehr im Sinne der klimagerechten Planung nach Möglichkeit reduziert werden (siehe hierzu 2.1.1), sollte dies im Gleichklang mit der erforderlichen baulichen Aufwertung der Verkehrsträger des Umweltverbundes einhergehen. Dazu müssen im Quartier u. a. ausreichend Flächen für Fußgänger und Radfahrer einschließlich Begegnungsverkehren, komfortable Haltestellen mit ausreichend Flächen für Wetterschutz, erforderlichen Verkehrsflächen für Busse, ausreichende Aufstellflächen im Knotenpunktbereich, an Lichtsignalanlagen und Querungshilfen vorgesehen werden.

Folgende Aspekte können der Orientierung dienen:

Das Baugebiet bietet ein engmaschiges und sicheres Fußgänger- und Radverkehrsnetz, das optimal an die angrenzenden Gebiete und weiterführende Wegebeziehungen angebunden wird und idealerweise sogar Abkürzungswege bietet. Zudem sollten auch qualitativ und quantitativ hochwertige Abstellmöglichkeiten für Fahrräder festgelegt werden.

Darüber hinaus können Carsharing-Angebote weitere Anreize schaffen, innerhalb eines Baugebiets auf ein eigenes Auto bzw. einen Zweitwagen zu verzichten. Hierdurch wird mittel- und langfristig der Parkdruck verringert bzw. der Parkraumbedarf reduziert. Im Rahmen der klimagerechten Planung sind an geeigneten Standorten des Stadtgebiets daher nach Möglichkeit eine angemessene Zahl an Carsharing-Stellplätze vorzusehen.

Bei der Planung von Carsharing-Stellplätzen ist zu berücksichtigen, dass im öffentlichen Straßenraum aufgrund der ungeklärten rechtlichen Situation weder nach Straßenverkehrsrecht noch über die Straßenverkehrsordnung ein fester Standort für die Carsharing-Fahrzeuge festgelegt werden kann. Das führt u. a. dazu, dass standortgebundene Carsharing-Stellplätze in der Regel auf privaten Flächen errichtet werden. Besonders in Gegenden mit hohem Parkdruck gestaltet sich die Anmietung privater Stellplätze für Car-Sharing-Unternehmen mitunter schwierig. Zudem sind Auffindbarkeit und fußläufige Erreichbarkeit weitere Kriterien, um Carsharing-Fahrzeugen unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und in angemessener Form und Anzahl durch Festsetzung im Bebauungsplan einen festen Standort zuzuweisen.

Auch das Thema der Elektromobilität sollte in Form von Ladesäulen für Pkw sowie entsprechende Vorrichtungen für E-Bikes (z. B. Ladeschränke) in der Planung berücksichtigt werden. Der Katalog des § 9 BauGB enthält jedoch keine Festsetzungsmöglichkeiten, die sich ausdrücklich auf Stellplätze mit Ladeinfrastruktur oder Ladeinfrastruktur als solche beziehen. Eine gesicherte Rechtsgrundlage, die Kommunen explizit ermächtigt, im Bebauungsplan die technische Ausstattung von Stellplätzen für Elektromobilität zu verlangen, gibt es bisher nicht. Grundsätzlich können Stellplätze für Elektromobile, deren technische Ausstattung und auch Benutzungsregime im Rahmen der rechtlichen Vorgaben mit Hilfe eines städtebaulichen Vertrages vereinbart werden (siehe auch Kapitel 2.2.3.1).

Um die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr zu reduzieren und den Umweltverbund zu stärken, kann situationsbezogen auf die Bausteine eines sogenannten quartiersbezogenen Mobilitätskonzepts zurückgegriffen werden. Dies umfasst in der Regel ein Gesamtpaket aus vielfältigen Mobilitätsangeboten und -dienstleistungen wie z. B. den Ausbau von Rad- und Fußwegen, gute Anbindung an den ÖPNV, den Bau neuer Haltestellen, die Bereitstellung verschiedener Mietfahrzeuge durch Car-Sharing-Angebote, Call-a-bike-Stationen, Mitfahrzentralen, Mietlastenräder oder E-Bikes. Daneben sollte der Bewohnerschaft Informationen und Services rund um das Thema Mobilität bereitgestellt werden, um das Verkehrsmittelwahlverhalten der zukünftigen Bewohner zu Gunsten des Umweltverbunds zu beeinflussen. Wesentlicher Bestandteil solcher quartiersbezogenen Mobilitätskonzepte ist der Betrieb einschließlich Finanzierung der geplanten Maßnahmen. Sofern attraktive Alternativen zur Nutzung des privaten Pkws zur Verfügung stehen und sich dies mit bauordnungsrechtlichen Anforderungen vereinbaren lässt, kann auch über eine Reduzierung des Stellplatzbedarfs nachgedacht werden.

2.1.3 Vorsorge gegenüber den Folgen des Klimawandels

Im Rahmen der klimagerechten Planung gilt es durch vorausschauende Planung, Beeinträchtigungen der Bevölkerung durch Folgen des Klimawandels zu reduzieren. Wesentlich ist dabei die Bewältigung der negativen Folgewirkungen von sommerlichen Hitze- und Trockenperioden auf die Wohn- und Lebensqualität der Stadtbewohner (Hitze-stress) sowie der Schutz vor Überschwemmungen durch Starkregenereignisse. Dies geschieht im Rahmen der klimagerechten Bauleitplanung durch Sicherung der Frischluft- und Kaltluftzufuhr, Verbesserung des Kleinklimas (Grünflächen), Berücksichtigung klimasensibler Nutzungen und eine ausreichend dimensionierte, örtliche Versickerung von Niederschlagswasser.

2.1.3.1 Sicherung von Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten sowie Luftaustauschbahnen

Dichte Bebauung, ein hoher Versiegelungsgrad, die fehlende Durchsetzung mit Grün sowie hohe Emissionen führen auch in Braunschweig zu einem besonderen Klima, das sich deutlich von dem des Umlandes unterscheidet. Wärmere Temperaturen, höhere Schadstoffbelastungen, niedrigere Windgeschwindigkeiten und Luftfeuchtigkeit sowie eine schlechtere Durchlüftung sind die Auswirkungen dieser Strukturen. Klimawandel

und Bebauungsdruck erhöhen weiter die Belastung des Stadtklimas. Hitze und eine schlechte Frischluftversorgung wirken sich wiederum negativ auf die Gesundheit von Mensch, Flora und Fauna aus. Deshalb ist es wichtig, das Stadtklima im Fokus zu behalten und mit der Sicherung von Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten sowie Luftaustauschbahnen einer Verschlechterung entgegenzuwirken.

Die Funktion von Frischluftentstehungsgebieten übernehmen Waldgebiete, aber auch baumreiche Parkanlagen, Dauerkleingärten und Friedhöfe. Die günstige lufthygienische und klimatische Wirkung dieser Flächen beruht u. a. darauf, dass Pflanzen zur Frischluftentstehung beitragen, indem sie Luftverunreinigungen (CO₂, Feinstaub etc.) binden bzw. filtern. Zudem geben sie bei der Photosynthese Wasserdampf an die Umgebung ab, weil das zur Photosynthese benötigte Kohlendioxid nur in gelöster Form aufgenommen werden kann. Zusätzlich verdunstet Wasser aus dem Boden, in dem die Pflanze wächst. Das Luftvolumen, das sich unterhalb der Baumkronen befindet, ist zudem vor Sonneneinstrahlung geschützt und wird deswegen nicht so stark aufgeheizt wie das bodennahe Luftvolumen einer Fläche mit niedriger Vegetation, sodass die Luft nicht nur weniger trocken, sondern tagsüber auch merklich kühler ist. Auch Wasserflächen bewirken einen klimatischen Ausgleich, da Erwärmung und Abkühlung aufgrund der physikalischen Eigenschaften des Wassers langsamer erfolgt als bei den umgebenen Landflächen. Somit bieten Wasserflächen am Tage kühlere und in der Nacht höhere Lufttemperaturen als ihre Umgebung.

Kaltluftentstehungsgebiete sind gehölzarme offene Vegetations-/Bodenflächen wie Äcker, Grün- und Freiflächen, ggf. auch Kleingärten. Bei windschwachen und wolkenarmen, sogenannten autochthonen Wetterlagen kann ein Flurwindssystem auftreten, das die in der Regel schadstoffärmere Luft aus den Kaltluftentstehungsgebieten in die klimatisch belasteten Siedlungsbereiche transportiert. Diese Flurwinde (Windgeschwindigkeit < 1,4 m/s) sind durch die Temperaturdifferenz zwischen wärmeren und kälteren Bereichen des Stadtgebietes angetrieben. Aufgrund der Siedlungsstrukturen kann sich dieser Prozess jedoch nicht flächenhaft vollziehen, sondern ist auf Luftleitbahnen beschränkt. Die Leistungs- und Funktionsfähigkeit dieser Luftleitbahnen ist im Wesentlichen von der Rauigkeit der jeweiligen Oberfläche abhängig. Bauwerke, z. B. Hochhäuser, Brücken oder hohe Vegetation, die quer zu Luftaustauschbahnen stehen, können den Luftstrom verwirbeln und so den Luftfluss bremsen. Bei geringen Windgeschwindigkeiten wirkt sich der Einfluss von Hindernissen noch stärker aus. Auch Freiräume, die

nicht mit Natur und Landschaft assoziiert werden (z. B. Verkehrsflächen, die in Strömungsrichtung der Kaltluft verlaufen), können als Luftaustauschbahnen dienen.

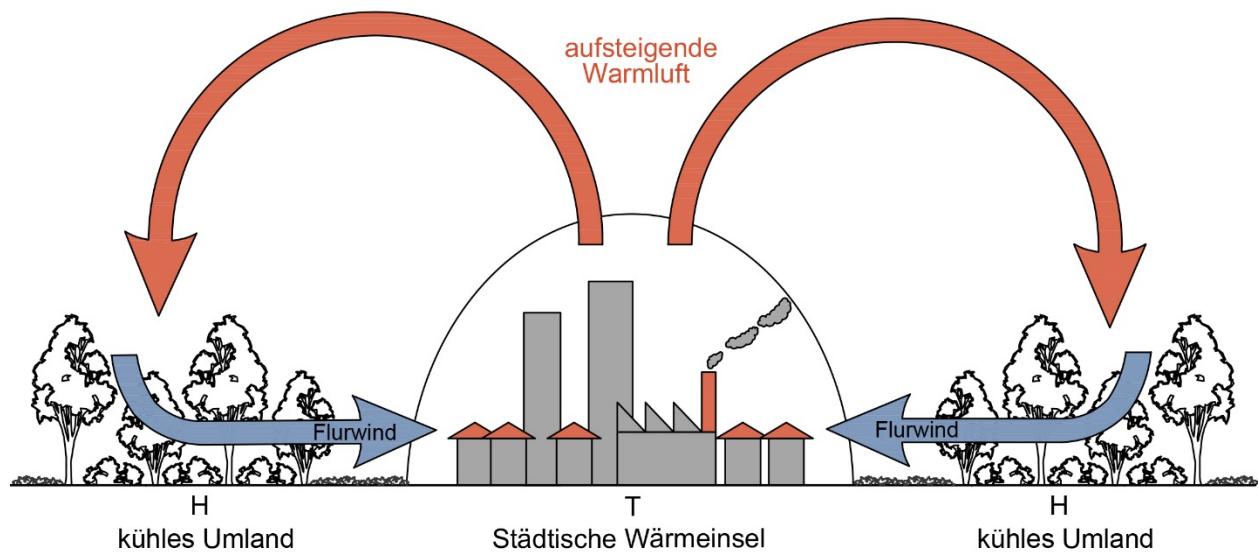


Abb.: Prinzipskizze Flurwinde
Quelle: Stadt Braunschweig

Erste Handlungsansätze zur Beurteilung und Bewertung der klimatischen Leistung und Funktion des Naturhaushalts ergeben sich aus der Stadtklimaanalyse mit ihrer Klimafunktions- und Planungshinweiskarte. Sie sollen bei der Abwägung und als konzeptionelle Grundlage für nachfolgende Planverfahren unterstützend eingesetzt werden.

Die Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete sowie Luftleitbahnen werden durch Stadtklimagutachten ermittelt. Die Flächen basierend auf dem Stadtklimagutachten von 2018 sind überblicksartig in der Abbildung und im Detail unter http://braunschweig.de/leben/umwelt_naturschutz/klima/stadtklima/stadtklimaanalyse/Karte_Planungshinweis_aktuell_Nachtszenario.pdf zu sehen.

Insgesamt sind 13 Luftleitbahnen ausgewiesen, die aufgrund ihrer Lage und Charakteristika als besonders wichtig für die großräumige Durchlüftung des Braunschweiger Stadtgebiets gesehen werden. Sie verteilen sich um das gesamte Stadtgebiet und sind an Strukturen wie Flussläufe (VII - Südliche bzw. XII - Nördliche Okeraue), große Parkareale (IV - Nußberg, VIII - Bürgerpark) oder weitläufige Grün-/Freiflächen am Stadtrand gebunden (VI - Stöckheim, XI - Madamenweg). Kaltluftentstehungsgebiete kennzeichnen Grünflächen mit einem überdurchschnittlichen Kaltluftvolumenstrom, die Kaltluftleitbahnen speisen bzw. über diese hinaus bis in das Siedlungsgebiet reichen.“

Das gesamte Gutachten von 2018 ist zu finden unter: http://braunschweig.de/leben/umwelt/naturschutz/klima/stadtklima/stadtklima_start.html

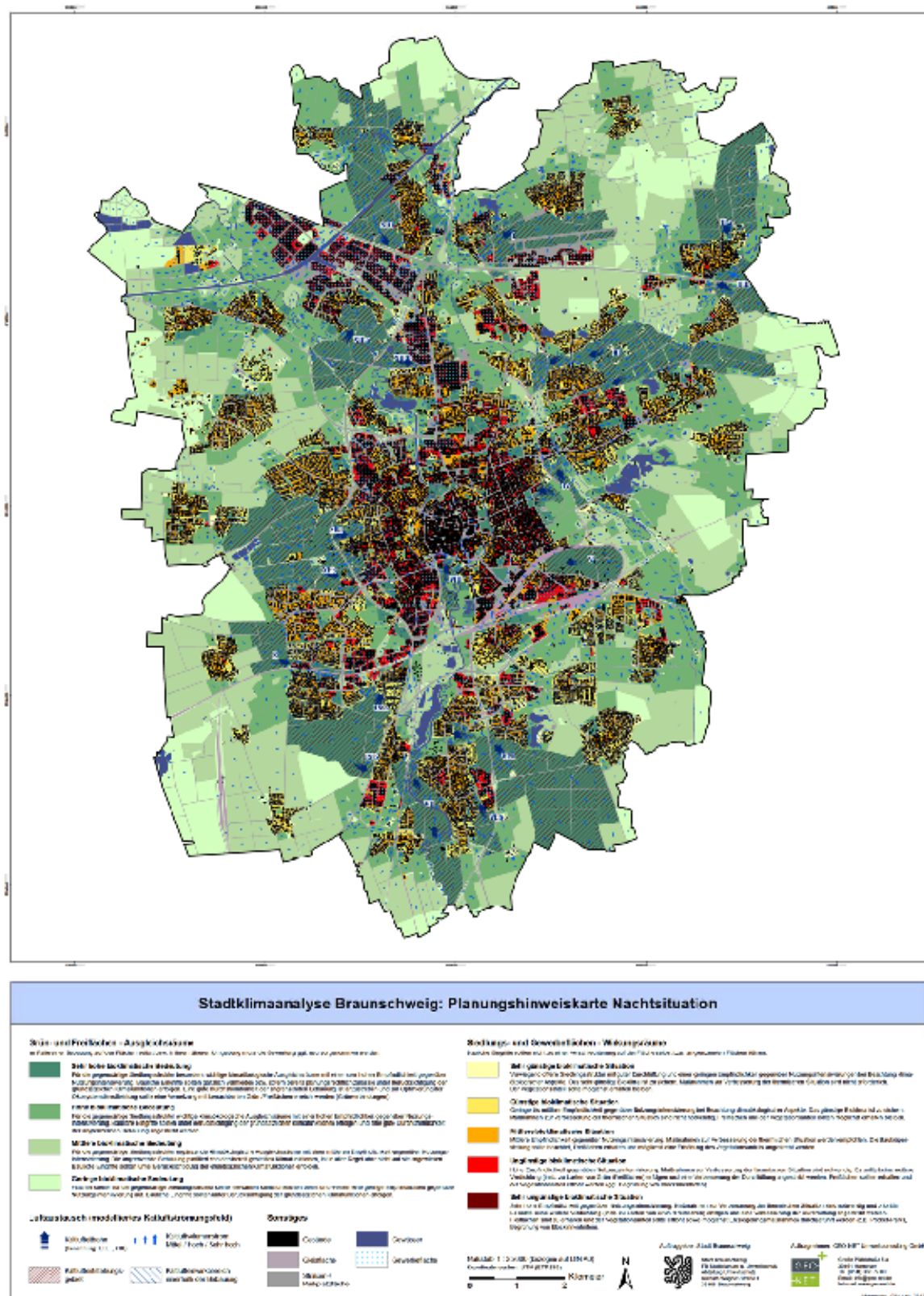


Abb.: Planungshinweiskarte
 Stadtklimagutachten 2018
 Quelle: Stadt Braunschweig

Im Rahmen der klimagerechten Planung sollte innerhalb von Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten sowie Luftaustauschbahnen auf Bebauung möglichst ganz verzichtet werden. Mitunter kann jedoch auch eine Höhenbegrenzung baulicher Anlagen oder eine zur Leitbahn parallele Bebauung die Funktion von Luftleitbahnen sichern. Auch können offengehaltene, oft linear ausgeprägte Verkehrsachsen wie breite Straßenzüge und Bahnlinien nützliche Raumstrukturen für das Stadtklima darstellen. Als Faustregel für die Breite der Bahn wird im Handbuch „Stadtklima und Luftreinhaltung“ (KRdL 1988) eine Mindestbreite von der zehnfachen Höhe der Randbebauung genannt, andere Quellen (Mayer, H. et al 1994) fordern eine Mindestbreite von 50 m und eine Mindestlänge in einer Richtung von 1000 m (im Zweifel ist gutachterlich die Aufrechterhaltung der Funktion nachzuweisen). In der Bauleitplanung sind Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete sowie Luftleitbahnen zu berücksichtigen.

2.1.3.2 Verbesserung des Kleinklimas

Ziel der klimagerechten Bauleitplanung ist es, im Stadtgebiet durch lokale Maßnahmen wie der Planung und Gestaltung von urbanen Grün- und Freiflächen sowie grünen Bauweisen (Fassaden- und Dachbegrünung) zur Verbesserung des Kleinklimas und Vorsorge gegenüber den Folgen des Klimawandels beizutragen.

Ausschlaggebend für kleinräumige klimatische Verhältnisse im Quartier sind die Anordnung und die Dichte von Gebäuden, der Verschattungs- und Versiegelungsgrad sowie die Wärmeabgabe der jeweiligen Oberflächen. Besonders betroffen von Hitzestress sind in der Regel dicht verbaute, stark versiegelte Stadtteile, in denen es zur Entstehung sogenannter Hitzeinseln kommen kann. Eine Untersuchung des Deutschen Wetterdienstes (DWD) zeigt, dass bei einer Zunahme des Versiegelungsgrads um 10 % die Lufttemperatur im Sommer um 0,3–0,4 °K steigt. Um gesundheitlichen Belastungen der Bewohnerschaft entgegenzuwirken, ist bei der klimagerechten Siedlungsplanung daher ein möglichst geringer Versiegelungsgrad bzw. ein hoher Grünflächenanteil anzustreben. Dies steht zum Teil im Widerspruch zum klimarelevanten Ziel eine möglichst hohe städtebauliche Dichte anzustreben (siehe auch 2.1.1.2 Flächensparende Bauweise), und ist daher entsprechend der örtlichen Situation im Einzelfall abzuwägen.

Die Größe und Verteilung von urbanen Grün- und Freiflächen im Stadtgebiet sollte generell so geplant werden, dass diese zumindest kleinklimatisch optimale Verdunstungs- und Abkühlungseffekte auf die umgebenden Wohnquartiere entfalten können.

Nach Empfehlung des Deutschen Wetterdienstes sollten demnach Grünflächen wohnortnah, mindestens 1 ha groß und nicht nur mit Wiese, sondern auch mit großvolumiger Vegetation ausgestattet sein. Dabei gilt grundsätzlich: Je größer eine zusammenhängende Grünfläche ist, desto größer ist auch ihre klimatische Wirkung. Allerdings reicht die Wirkung auch größerer Parkanlagen nicht weit in angrenzende bebaute Quartiere hinein. Nach Studien der TU Berlin geben sie die Kühle bestenfalls dreihundert Meter weiter, im Normalfall aber bekommen gerade einmal die hundert Meter entfernten Häuser noch einen kühlenden Wind. Von wenigen großen Parks profitiert in tropischen Nächten daher nur die unmittelbare Anwohnerschaft. Verteilen sich dagegen viele kleine Grünflächen mit wenigstens einem Hektar Größe und damit Fußballplatz-Ausmaß über das Häusermeer, wohnt niemand weit vom nächsten Minipark entfernt, und die Wärmeinsel Stadt kühlt in der Nacht ein wenig besser ab (Scherer, D., 2007). In Summe könnten wohnortnahe Grünflächen so zur Minderung des Wärmeinseleffekts beitragen, auch wenn die klimatische Reichweite nicht wesentlich über die Grünfläche hinausgeht (Quelle BBSR 2018). Fuß- und Radwege innerhalb dieser Grünflächen können darüber hinaus dazu beitragen, dass innerstädtische Wege an einem heißen Sommertag leichter zu bewältigen sind. Anders als bei der Kaltluftproduktion - die für die Lieferung von relevanten Volumina auf größere zusammenhängende Flächen angewiesen ist - ist ein regelmäßiges Mosaik aus kleineren Grünflächen für die Erholung der klimabelasteten Bevölkerung besonders geeignet.

Folgender Hinweis kann der Orientierung dienen:

Aus kleinklimatischer Sicht wird empfohlen, ein Netz aus vielen kleinen Grünflächen bereit zu stellen.

Als äußerst effektive Maßnahme zur Verbesserung des Kleinklimas ist zudem die Verschattung und Begrünung von Gehwegen, Straßenräumen sowie Stellplatzanlagen zu nennen. Diese sind im Allgemeinen durch nahezu flächendeckend versiegelte Bereiche gekennzeichnet, die sich im Sommer sehr stark aufheizen können. Zur Verringerung der Überhitzung sowie zur Filterung von Luftschadstoffen und groben Staubpartikeln ist auf offenen und gut durchlüfteten Flächen eine Begrünung mit möglichst großkronigen Bäumen vorzusehen. In engen und starkbefahrenen Straßenschluchten sind schmalkronige Bäume dazu geeignet, die Luftschadstoffkonzentration durch ausrei-

chende Belüftung und Filterwirkung möglichst gering zu halten. Im Rahmen der Bauleitplanung sollte daher ein Baumpflanzschlüssel für Parkplätze festgesetzt werden (z. B. wird bei der Stadt Braunschweig regelmäßig ein Baum je sechs Stellplätze planungsrechtlich gesichert bzw. festgesetzt). Neben verschattenden Bäume können jedoch auch helle Oberflächenmaterialien die Wärmestrahlung reflektieren, wassergebundene Böden, Wasserläufe und Wasserflächen der Aufheizung entgegenwirken.

In den innerstädtischen Bereichen können zudem auch vegetationsreiche Gärten, Innenhöfe und Plätze wie kleine Oasen wirken. Baumbestandene Bereiche sind von Bedeutung, da sie den Bewohnern in den Sommermonaten Raum für klimatische Entlastung bieten. Laubbäume eignen sich hierbei besonders, da sie im Sommer Schatten spenden und im Winter wärmende Sonnenstrahlen hindurch lassen. Eine Verdichtung der Baumpflanzung sollte im direkten Wohnumfeld jedoch aufgrund der damit einhergehenden Verschattung der Wohnungen im Einzelfall geprüft werden (siehe auch 2.1.4.2). Eine Begrünung mit verschiedenen Pflanzen und Sträuchern ist aus kleinklimatischer Sicht in jedem Fall anzustreben. Darüber hinaus können im städtischen Kontext auch Wasserflächen zur Verbesserung des Kleinklimas eingesetzt werden. Der Abkühlungseffekt von Wasser ist dabei am wirksamsten, wenn es bewegt oder zerstäubt wird – auf natürliche Art oder durch technische Systeme wie Springbrunnen, Kaskaden oder Sprühnebel.

Im Hinblick auf die Ausstattung und Gestaltung von Grün- und Freiflächen empfiehlt es sich, ein quartiersbezogenes Grünflächenkonzept zu erstellen, das als Grundlage für die weitere Planung herangezogen werden kann. Im Rahmen der klimagerechten Planung ist zudem zu beachten, dass sich ein hoher Grün- bzw. Freiflächenanteil zwar positiv auf das Kleinklima auswirkt, jedoch gleichzeitig negative Auswirkungen auf die städtebauliche Dichte bzw. die Kompaktheit der Siedlung haben kann. Auf Grundlage der örtlichen und projektbezogenen Rahmenbedingungen ist daher für das jeweilige Baugebiet eine angepasste Lösung zu suchen.

Insbesondere dort, wo angesichts der vorgesehenen Nutzung keine Bodenentsiegelung oder Anlage von Grünflächen möglich ist, können grüne Bauweisen wie Dach- und Fassadenbegrünung zur Verbesserung des Kleinklimas beitragen. Gerade Dachflächen sind - bedingt durch ihre Exposition - in der Regel hoher Globalstrahlung ausgesetzt und können sich im Sommer sehr stark aufheizen. Gründächer mildern diesen Effekt,

indem sie wie ein Hitzeschild wirken. Insbesondere bei Starkregenereignissen sind Gründächer überdies auch Wasserspeicher, die die Kanalisation entlasten und Überschwemmungen verhindern helfen. Durch die Verdunstung des gespeicherten Wassers ergibt sich zudem eine Verbesserung des Umgebungsklimas durch Kühlung und Luftbefeuchtung. Bei der Ausführung ist zwischen Gründächern mit geringer Substratauflage (extensiv) und Gründächern mit größeren Substratauflagen und Vorrichtungen zur Wasserhaltung (intensiv) zu unterscheiden. Nur Gründächer, die auch während sommerlicher Hitzeperioden den Pflanzen ein ausreichendes Wasserdargebot liefern, können die positiven Funktionen dauerhaft gewährleisten. Im Winter tragen Gründächer außerdem durch ihre Wärmedämmleistungen zur Energieeinsparung bei. Eine Dachbegrünung kann bis zu 10 % Energieeinsparung bewirken, eine Fassadenbegrünung bis zu 5 %. Aus klimatischer Sicht ist jedoch insbesondere die Kühlwirkung im Sommer durch Verdunstungskälte, Minimierung der Wärmereflexion und Verschattung relevant.

Da Städte etwa zwei- bis dreimal so viele Fassadenflächen wie bebaute Grundfläche besitzen, stellen zudem auch Pflanzen in der Vertikalen in dicht bebauten Stadtquartieren ein Potenzial zur Verbesserung des städtischen Mikroklimas dar. Gleich, ob als bodengebundene oder als wandgebundene Begrünung ausgeführt, können sie sich positiv auf das städtische Mikroklima auswirken, indem sie den Hitzeeffekt mildern, Luftschadstoffe binden und zugleich die Attraktivität der Stadt erhöhen. Bei Begrünung ist generell darauf zu achten, dass geeignete Pflanzenarten ausgewählt werden, die auch unter den zukünftigen Klimabedingungen gedeihen.

Wenn aus baulichen Gründen kein Gründach möglich ist, können helle Farben und spezielle Anstriche helfen, welche die Reflektion der Sonnenstrahlung erhöhen, sodass sich Flächen und Gebäude im Sommer weniger stark aufwärmen. Herkömmliche Oberflächen nehmen den Großteil der Sonnenstrahlung auf und speichern diese als Wärme. Die kühlende Wirkung von hellen Anstrichen ist als Cool-Roof-Effekt bekannt und vor allem bei Dachflächen sinnvoll, um die Erwärmung im Innenraum zu reduzieren. Bei stark erhöhter Reflektion vor allem von Fassaden- und Bodenflächen können auch negative Wirkungen auftreten, wenn sich der Hitzestress unmittelbar vor der hellen Oberfläche durch die zusätzliche Sonnenstrahlung erhöht oder diese zu Blendwirkungen führt. Bei Dachflächen kommen diese negativen Wirkungen selten vor.

2.1.3.3 Klimakomforträume oder Klimaoasen

Ziel der klimagerechten Bauleitplanung in Braunschweig ist es, die positive gesundheitliche Bedeutung urbaner Grünräume durch Ausgestaltung sogenannter Klimakomforträumen oder Klimaoasen gezielt zu nutzen, um der möglichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen klimasensibler Bevölkerungsgruppen durch negative Folgewirkungen des Klimawandels entgegenzuwirken.

Nicht nur das wärmere Stadtklima führt zu höheren gesundheitlichen Belastungen und Risiken. Auch die individuelle Empfindlichkeit der Menschen gegenüber Hitze bestimmt die Höhe dieser Risiken. Nicht alle Menschen sind gleichermaßen von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen: Vor allem Ältere, Kranke oder Kleinkinder sind empfindlicher beziehungsweise anfälliger (sog. vulnerable Bevölkerungsgruppen). Die Nutzungsbereiche in einem Baugebiet, die eine besonders hohe Empfindlichkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels (Vulnerabilität) aufweisen, sind daher vor allem soziale oder gesundheitliche Einrichtungen, in denen sich dieser Personenkreis vermehrt aufhält (z. B. Krankenhäuser, Schulen, Spielplätze, Alten- und Pflegeeinrichtungen, Kindertagesstätten, Kinderspielplätze). Diese sind als klimasensible Nutzungsbereiche zu identifizieren und im Rahmen der klimagerechten Planung nach Möglichkeit so zu platzieren, dass sie von naturnah gestalteten Grün- und Freiräumen mit vitaler Vegetation, sogenannten Klimakomforträumen oder Klimaoasen, umschlossen werden.

Von besonderer Bedeutung für die Aktivierung der gesundheitsfördernden Potenziale ist dabei die Grünausstattung. So bildet sich in der Nacht vor allem über Rasen- und sonstigen Freiflächen Kaltluft, welche die angrenzenden Quartiere abkühlen und damit einen erholsamen Schlaf der hitzestressierten Anwohner unterstützt. Am Tage bieten baum- und damit schattenreiche Grünanlagen und Stadtwälder sowie der Zugang zum Wasser den Stadtbewohnern ein vergleichsweise kühles Mikro- bzw. Erholungsklima.

Klimaoasen kommt für das Wohlbefinden klimasensibler Bevölkerungsgruppen jedoch eine doppelte Relevanz zu. Die positiven gesundheitlichen Effekte der Grünflächen werden zum einen dann wirksam, wenn sie temperatúrausgleichend auf die umliegende Bebauung wirken und Hitzeperioden lokal abschwächen, zum anderen können sie aber auch wie Kühlinselfunktion wirken, die von Stadtbewohnern an heißen Tagen aktiv aufgesucht werden und ihnen so Erholung verschaffen. Sie sollten daher nicht nur kli-

mawirksam, sondern auch nutzbar sein, das heißt gut erreichbar und ansprechend gestaltet sein. Ein wichtiger Aspekt ist daher neben der Grünausstattung auch die Aufenthaltsqualität dieser sogenannten Klimakomforträume.

2.1.3.4 Vorsorge vor Überflutung durch Starkregenereignisse

Durch den Klimawandel wird die Intensität und Häufigkeit von Starkniederschlägen und Flusshochwassern zunehmen. Seit 1881 hat die mittlere jährliche Niederschlagsmenge in Deutschland um rund 10 Prozent zugenommen. Klimaprojektionen weisen darauf hin, dass dieser Trend bis zum Ende dieses Jahrhunderts anhalten wird.

Als Stadt mit verdichteten und versiegelten Flächen ist auch Braunschweig von Überschwemmungen und Starkregen betroffen. Wasser kann auf versiegelten Flächen nicht versickern und die Abflusskapazitäten der Kanalisation sind begrenzt. So kann es auch abseits von Gewässern bei Starkregen zu Überschwemmungen kommen. In einem klimagerechten Baugebiet wird daher das Ziel verfolgt, den Wasserhaushalt so wenig wie möglich zu beeinträchtigen und Überschwemmungen vorzubeugen.

Generell ist die Reduzierung der Flächenversiegelung ein sinnvoller Ansatz, um die Hochwasserentstehung zu minimieren. Allerdings steht dies häufig im Widerspruch zur Nachverdichtung der Stadt und zur Schaffung neuer Wohn- und Gewerbeflächen.

Insbesondere der Schutz vor Flusshochwasser kann zudem durch natürlichen Rückhalt (Reaktivierung von Retentionsflächen, Renaturierung etc.), technischen Wasserrückhalt (Hochwasserrückhaltebecken) oder durch Linienschutz (Dämme, Wälle, Deiche) bzw. durch Objektschutz erfolgen. In Braunschweig wird die Bebauung durch die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten räumlich gesteuert. Überschwemmungsgebiete im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes sind im Bebauungsplan nachrichtlich zu übernehmen bzw. zu vermerken (§ 9 Abs. 6a BauGB). Zur Anpassung an häufigere Hochwässer laufen bereits Maßnahmen wie die Renaturierung der Schunter und der Wabe. Hierzu wird ein Hochwasserschutzkonzept erstellt, das im Entwurf bereits vorliegt. Zudem wird ein Hochwasserschutzkonzept erstellt, basierend auf den vom Land Niedersachsen im Sommer 2018 Neuberechneten Überschwemmungsflächen von Wabe und Schunter.

Während großräumige Dauerregenereignisse im Fokus des Hochwasserschutzes stehen, sind lokal begrenzte Starkregenereignisse durch dezentrale Regenwasserbewirtschaftung zu begegnen. Bei Starkregen sind sowohl die öffentliche Kanalisation als auch private Grundstücksentwässerungsanlagen überlastet, sodass sich Oberflächenabflüsse ungeordnet und der Topografie folgend ihren Weg durch das Stadtgebiet bahnen.

Bei oberflächlichem Abfluss von Starkregen ist die Ermittlung von Fließwegen bedeutend. Soweit Fließwege bekannt sind, können Maßnahmen ergriffen werden, um den Starkregenabfluss gezielt zu leiten. Ohne ein großräumiges Konzept besteht allerdings die Gefahr, Schäden durch Starkregen nicht zu vermeiden, sondern zu verlagern. Es ist daher geplant, im Rahmen des Klimawandelanpassungskonzeptes eine Stressrechnung zu erstellen, um künftig spezifische und flächenscharfe Handlungsempfehlungen zu geben.

Damit Baugebiete vor Überschwemmungen durch Starkregenereignisse geschützt sind, ist Niederschlagswasser im Rahmen der klimagerechten Planung möglichst vor Ort zu nutzen, zu versickern oder zurückzuhalten, um die Kanalisation zu entlasten. Neben der privaten oder gewerblichen Nutzung von Regenwasser vor Ort, sind Versickerung und Rückhaltung zur zeitverzögerten Einleitung die wichtigsten Maßnahmen. Eine Nutzung, die Versickerung und die Rückhaltung des Niederschlagswassers verringert im Rahmen der Satzung für die Erhebung von Abwassergebühren die später zu errichtende Niederschlagswassergebühr.

Bei der Flächenversickerung versickert das Niederschlagswasser durch eine wasserdurchlässige Oberfläche. Es steht dann weiterhin den Pflanzen zur Verfügung, trägt zur Grundwasserneubildung bei oder verdunstet. Die Oberfläche kann dazu mit Pflanzen bedeckt oder aus einem wasserdurchlässigen Baumaterial sein. Eine platzsparende und effektive Lösung sind Mulden-Rigolen-Elemente. Bei ihnen wird das Niederschlagswasser in der begrünten Mulde gesammelt und sickert in eine darunterliegende Rigole. Ist eine Versickerung direkt auf der Fläche des Niederschlagsereignisses nicht möglich, kann das Niederschlagswasser in Versickerungsmulden und -becken gesammelt und zeitlich verzögert versickert werden. Wenn Versickerungsbecken so gestaltet sind, dass sie dauerhaft Wasser führen, können sie auch als Wasserfläche im Bebauungsplan festgesetzt werden (§ 9 Abs. 1 Nr. 16).

Auch multifunktionale Retentionsflächen können ein wichtiger Baustein zur Überschwemmungsvorsorge sein. Multifunktionale Retentionsflächen sind entsprechend gestaltete Freiflächen wie beispielsweise Plätze, Parkflächen, Grünanlagen oder Straßen, die neben ihrer eigentlichen Hauptfunktion bei Starkregen temporär als Speicher- oder als Ableitungselement genutzt werden können. Sie verbessern so den Überflutungsschutz bei minimaler oder gänzlich ohne zusätzliche Inanspruchnahme von Siedlungsfläche und bei überschaubaren Kosten.

Daneben dienen auch Gründächer als Retentionsflächen, denn das Niederschlagswasser wird zeitlich verzögert weitergeleitet. Die jährliche mittlere Retentionsleistung von Dachbegrünungen liegt zwischen 45 % (extensive Dachbegrünung) und 75 % (intensive Dachbegrünung).

Viele dieser Maßnahmen haben weitere positive Effekte wie die Reduzierung von Hitzebelastung und der städtischen Wärmeinsel (z. B. Versickerung, Dachbegrünung oder Retentionsflächen), die Energieeinsparung durch bessere Isolation (z. B. Dachbegrünung), die Erhöhung der Biodiversität in der Stadt (z. B. Versickerung oder Dachbegrünung) sowie ein hohes Potenzial zur gestalterischen Aufwertung der Fläche.

Weitere Maßnahmen bestehen in der Information und Sensibilisierung der Bevölkerung dahingehend, dass die Normen der Grundstücksentwässerung eingehalten werden und z. B. Verschlüsse oder Hebeanlagen errichtet und betriebsbereit gehalten werden, um Rückstauschäden aus der Kanalisation zu vermeiden. Im Einzelfall und begleitend durch Statikplanung kann auch die Abdichtung von Gebäuden sinnvoll sein, um diese vor dem Eindringen von Sickerwasser zu schützen.

2.1.4 Gebäude- und energieeinsparungsbezogene Maßnahmen

Der Energiebedarf eines Wohnhauses wird durch Heizung, Warmwasseraufbereitung, Lüftung, Kühlung und den Betrieb elektrischer Geräte bestimmt. Bauliche und technische Faktoren für ein energieeffizientes Gebäude sind überwiegend in der Objektplanungs- und Ausführungsphase zu beeinflussen und durch entsprechende Gesetzesvorgaben (Energieeinsparungsgesetz, Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz) und Verordnungen (Energieeinsparverordnung) mittlerweile strikt vorgegeben. Verbindliche Vorgaben für den zu erreichenden Effizienzstandard, die Nutzung erneuerbarer Energien

oder Zielwerte für die angestrebte CO₂-Minderung sind im Rahmen von Bebauungsplänen nicht möglich. Im städtebaulichen Entwurf können die Bedingungen und Einflussmöglichkeiten auf den Energiebedarf der Gebäude durch energieeffiziente räumlich gestalterische Konzepte bzw. durch Wahl der Gebäudetypologie, Ausrichtung und Kubatur allerdings bereits vorbereitet und optimiert werden.

In vielen Fällen ist es zudem sinnvoll, einen grundsätzlich auf Klimaschutz ausgerichteten Bebauungsplan durch weitergehende Vereinbarungen in (städtebaulichen) Verträgen zu untermauern (siehe 2.2.3.1 Städtebaulicher Vertrag oder Durchführungsvertrag zum VEP). Diese Vorgehensweise empfiehlt sich auch für die Planung und Realisierung einer Solarsiedlung. Ist die Stadt selbst Grundstückseigentümerin, bieten sich Steuerungsmöglichkeiten im Rahmen privatrechtlicher Kaufverträge (siehe 2.2.3.2 Privatrechtlicher Vertrag). Hilfreich ist in jedem Fall ein auf das konkrete städtebauliche Planungsvorhaben bezogenes Energiekonzept (siehe 2.1.5 Klimafreundliche Energieversorgung), aus dem die auf das konkrete Planungsvorhaben bezogenen energetischen Ziele und Anforderungen abgeleitet werden können.

In einem baugebietsbezogenen Energiekonzept wird begleitend zum städtebaulichen Entwurf für individuelle Baugebiete (d. h. abhängig von Bebauungsdichte, Bausehwindigkeit usw.) betrachtet, wie die Zielwerte des effizienten und solaroptimierten Bauens genau erreicht werden können – wie also die Baukörper ausgerichtet werden sollten, welchen energetischen Beitrag die Sonne liefern kann, welche Heizungssysteme (z. B. dezentrale Heizung in jedem Haus oder Nahwärmenetz) vor Ort in Frage kommen und am wirtschaftlichsten sind. Erst wenn ein Energiekonzept vorliegt, sollte die Planung vertieft werden.

2.1.4.1 Bauliche Kompaktheit

Mit dem städtebaulichen Entwurf kann bereits der Grundstein für einen reduzierten Energiebedarf der Einzelgebäude gelegt werden. Ziel einer klimagerechten Bauleitplanung ist es, durch die Wahl möglichst kompakter Bauweisen zur Verringerung des Wärmeverlustes über die Gebäudehülle und damit zur Energieeinsparung beizutragen.

Entscheidenden Einfluss auf die bauliche Kompaktheit eines Baugebiets hat im Wesentlichen die angestrebte Bauform d. h. die Gebäudetypologie. Mehrgeschossige Ge-

bäude mit einem günstigen Verhältnis von Wohnfläche zu Volumen sind unter der Voraussetzung eines vergleichbaren Effizienzstandards energetisch günstiger als freistehende Einfamilienhäuser. Je höher der Anteil gebundener Baukörper im Siedlungsgebiet, umso niedriger ist der zu erwartende Heizwärmebedarf. Das liegt u. a. daran, dass kompakte Gebäude eine geringere Oberfläche besitzen und daher der Wärmeverlust bei gleicher Wärmedämmung geringer ist als bei vielgliedrigen Einzelobjekten. Im städtebaulichen Entwurf sind daher möglichst großvolumige Gebäudeformen (Reihen-, Mehrfamilienhäuser, Hausgruppen, geschlossene Bebauung) und eine hohe bauliche Dichte anzustreben. Auch zurückgesetzte oder auskragende Geschosse und additive Gebäudevolumen wie Gauben oder Erker verringern die Kompaktheit. Diese Entscheidungen der Bauausführung lassen sich jedoch nicht im Rahmen der Bauleitplanung beeinflussen.

Die Kompaktheit eines Baukörpers lässt sich durch das Verhältnis von Wärme abstrahlender Außenhülle (A) und dem zu beheizenden Volumen (V_e) ausdrücken. Ein kompakter Baukörper mit niedrigem A/V_e -Wert hat einen geringeren Heizwärmebedarf als ein weniger kompakter Baukörper mit einem höheren A/V_e -Wert. Da der A/V_e -Wert je nach Gebäudegeometrie variiert, sind im städtebaulichen Entwurf folgende Aspekte zu prüfen: Verhältnis Höhe, Länge, Tiefe der Baukörper, Vermeidung von Vor-/Rücksprüngen, Dacheinschnitten/-aufbauten, etc.

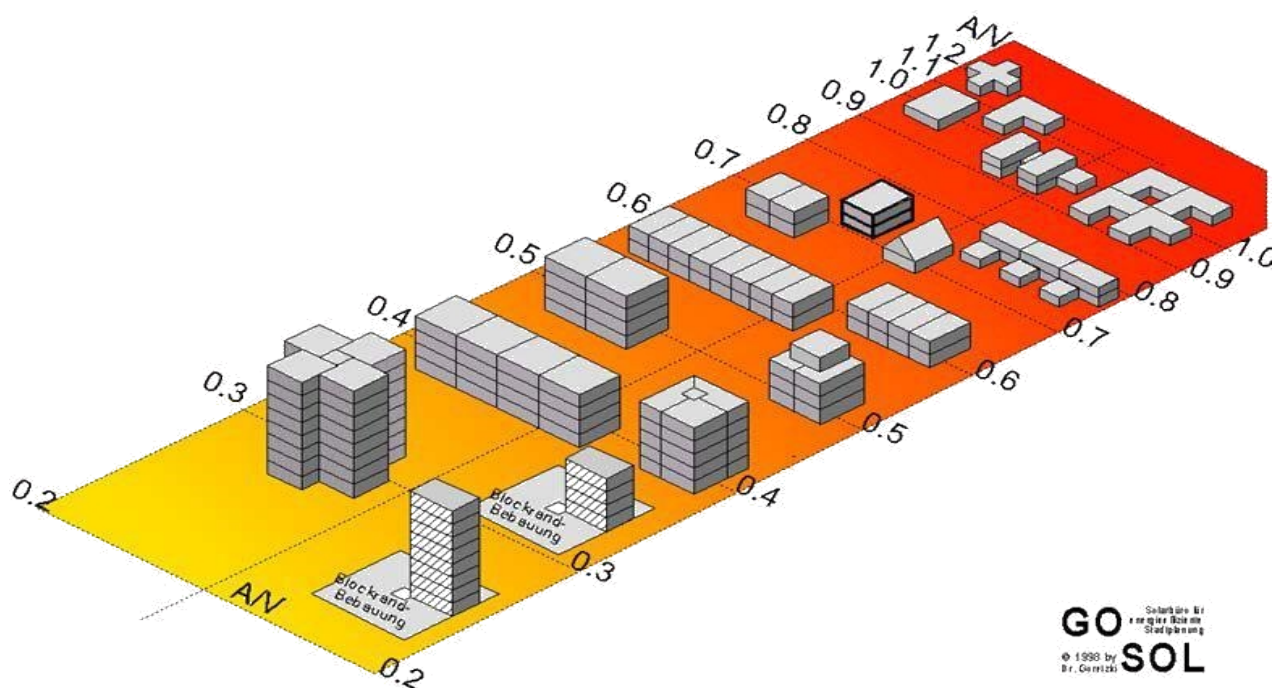


Abb.: Verhältnis A/V_e (Solarbüro für energieeffiziente Stadtplanung, Dr.-Ing. Peter Goretzki)

Je kompakter eine Siedlungseinheit, desto geringer ist daher der zu erwartende Energiebedarf. Eine hohe bauliche Dichte reduziert in der Regel auch den Flächenverbrauch der Siedlung und erhöht zugleich das Potenzial für eine wirtschaftliche Umsetzung von Nahwärmenetzen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass eine hohe bauliche Dichte einen hohen Versiegelungsgrad zur Folge hat, was sich negativ auf das Stadtklima auswirken kann. Zu beachten ist weiterhin, dass der dargestellte Zusammenhang zwischen Kompaktheit und Energiebedarf nur bei gleichem energetischen Standard gilt. Das Kriterium der Kompaktheit für sich betrachtet, lässt keinerlei Aussagen über die energetische Güte einer Siedlung oder eines Gebäudes zu. Eine kompakte Siedlung mit geringem energetischen Standard kann aus Klimaschutzsicht nicht gut bewertet werden. Umgekehrt können Gebäude oder Siedlungen mit geringer Kompaktheit, aber sehr gutem Wärmeschutz und dem Einsatz erneuerbarer Energien, ihren Heizwärmebedarf CO₂-frei decken und sind daher unter Energie- und Klimaschutzaspekten ungleich besser zu bewerten.

Allgemeine, stadtweit gültige Vorgaben für die bauliche Dichte können nicht gemacht werden, da bei jeder Planung die vorgefundene Situation, die angestrebten Planungsziele und individuelle Besonderheiten berücksichtigt werden müssen (Einzelfallbetrachtung). Entscheidend sind in der Regel der bauliche Kontext sowie die Nachfrage nach bestimmten Gebäudetypen am Ort.

Folgender Hinweis kann der Orientierung dienen:

Die geplanten Baukörper sind kompakt (Tiefe/Länge/Höhe, Dachform, Gliederung der Baukörper) und haben ein möglichst geringes A/V-Verhältnis.

2.1.4.2 Solarenergetische Optimierung

Die Optimierung der Bedingungen zur Nutzung von Sonnenenergie ist ein wichtiger Bestandteil klimagerechter Bauleitplanung. Durch eine solarenergetische Optimierung des Baugebiets können die Sonne als Energieträgerin genutzt und Emissionen (z. B. für Wärme- und Stromerzeugung) vermindert werden. Dabei sind sowohl die aktive als auch die passive Solarenergienutzung zu berücksichtigen.

Aktive Solarenergienutzung:

Die Nutzung der Sonnenenergie mit Hilfe technischer Geräte/Systeme, die Sonnenlicht mittels Sonnenkollektoren in Wärme (Solarthermie-Anlagen) oder durch Solarzellen in Strom (Photovoltaik-Anlagen) umwandeln.

Passive Solarenergienutzung:

Die direkte Nutzung der Sonnenenergie zur Erwärmung des Gebäudes, vor allem durch die Fenster. Dabei wird die Sonneneinstrahlung von Innen- und Außenwänden, Geschossdecken, Möbeln etc. absorbiert, gespeichert und von der außenliegenden Wärmedämmung im Gebäudeinnern gehalten. Durch die Einstrahlung von Sonnenlicht durch die Fenster kann darüber hinaus der Energiebedarf für die elektrische Beleuchtung reduziert werden.

Eine Pflicht zur Nutzung von Solaranlagen bzw. zur Nutzung solarer Potenziale kann nicht Gegenstand der Festsetzung im Bebauungsplan werden. Der Bebauungsplan kann mit seinen Vorgaben jedoch die Möglichkeiten zur passiven und aktiven Solarenergienutzung maßgeblich beeinflussen. Die Folgen ungünstiger Planungen bzw. Festsetzungen sind insbesondere ein erhöhter Heizwärmebedarf und damit erhöhte Bau- und Betriebskosten, aber auch eine Verschlechterung der Wohnqualität. Im Rahmen der Entwurfsplanung sollten daher möglichst gute Voraussetzungen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie geschaffen werden. Wichtigster städtebauliche Einflussfaktor zur optimierten Nutzung ist die geeignete Stellung der baulichen Anlagen bzw. Orientierung der Solaranlage. In die Planungsüberlegungen einzubeziehen sind daher die Ausrichtung der Hauptfassaden und Dächer, Dachform und Dachneigung sowie die Verschattung durch Nachbargebäude und Vegetation.

- Ausrichtung der Hauptfassade (passive Solarenergienutzung):

Passive solare Gewinne werden größtenteils über die südorientierte Hauptfassade erzielt. Folglich spielt die Orientierung des Gebäudes und somit die Ausrichtung der Hauptfassade eine entscheidende Rolle. Die Hauptfassade ist die längste Fassade eines Gebäudes, hinter der sich die am häufigsten genutzten Räume (z. B. Wohnräume) befinden. Ihr Fensterflächenanteil sollte unter diesem Aspekt möglichst

groß sein (je nach Gebäudetyp und Gebäudetiefe bis zu 70 %). Südorientierte Hauptfassaden weisen gegenüber Ost-West-orientierten Hauptfassaden eine längere Gesamtbesonnungsdauer in den Wintermonaten auf. Abweichungen von der Südausrichtung sind bis 45° jedoch i. d. R. unproblematisch, weil hiermit bei Wohngebäuden nur eine geringe Erhöhung des Heizwärmebedarfs (ca. 5 %) verbunden ist.

Der Begriff „Energiesparen“ wird meistens mit Maßnahmen im Winter assoziiert. Zu beachten ist, dass Glas ein guter Wärmeleiter und daher im positiven Sinne für solare Wärmegewinne und Tageslichtoptimierung prädestiniert ist, allerdings kann es bei großen Fensterflächen mitunter auch zu einer Überhitzung des Gebäudeinneren im Sommer kommen. Gerade in Bürogebäuden ist zu beobachten, dass ein beträchtlicher Teil des Jahresenergiebedarfs im Sommer entsteht. Im Gegensatz zu Wohngebäuden wird hier das Raumklima stärker durch solare Einträge über große Verglasungen sowie hohe interne Lasten bestimmt, die durch technische Geräte und die Personendichte entstehen. Durch einen entsprechenden Sonnenschutz (z. B. Dachüberstände, Fensterläden, Rollos, Auskragungen der Fassade), einer ausreichend großen Raumtiefe oder die Verwendung von Sonnenschutzgläsern kann eine Überhitzung jedoch vermieden werden. Die städtebaulichen Einflussmöglichkeiten auf solche gebäudebezogenen Maßnahmen sind allerdings eher gering.

Sollen an Dach oder Fassade solartechnische Anlagen angebracht werden, spielen städtebauliche Einflussfaktoren wie die Ausrichtung des Gebäudes bzw. des tragenden Gebäudeteils mitunter eine entscheidende Rolle. Zudem können auch Vorgaben zur Dachart bzw. Dachneigung maßgebliche Voraussetzungen zur Installation einer solartechnischen Anlage bzw. Nutzung der aktiven Solarenergie bieten. Abweichungen von der Südorientierung und dem optimalen Neigungswinkel sind je nach Anlagentyp durchaus vertretbar. Folgende Aspekte können dabei als Orientierung dienen:

- Ausrichtung der Solaranlage (aktive Solarenergienutzung):

Sowohl Solarwärme-, als auch Solarstromanlagen erzielen die höchste Leistung, wenn sie nach Süden ausgerichtet sind. Eine reine Südausrichtung ist jedoch keine zwingende Voraussetzung für eine wirtschaftliche Solarenergienutzung. Eine Südwest- oder Südost-ausgerichtete Anlage erhält immer noch 95 % der optimalen Einstrahlung (vgl. Abbildung). Für Photovoltaik (PV) lässt sich zudem feststellen, dass

die Wirtschaftlichkeit infolge der reduzierten Einspeisevergütung heutzutage weniger von der Gesamtproduktion der Anlage, dafür stärker vom Eigenverbrauch abhängt und damit viel individueller betrachtet werden muss. Berufstätige z. B. verbrauchen hauptsächlich morgens und ab dem Nachmittag Strom. In diesen Fällen können (Süd-) Ost- bzw. (Süd-)West-ausgerichtete PV-Anlagen, deren Stromproduktion früher beginnt und die Nachmittagssonne länger nutzt, sogar von Vorteil sein. Auch unter dem Aspekt der Netzauslastung (Ziel: Reduzierung von Mittagsspitzen solarer Stromproduktion) ist eine reine Süd-Ausrichtung aller PV-Anlagen nicht anstrebenswert.

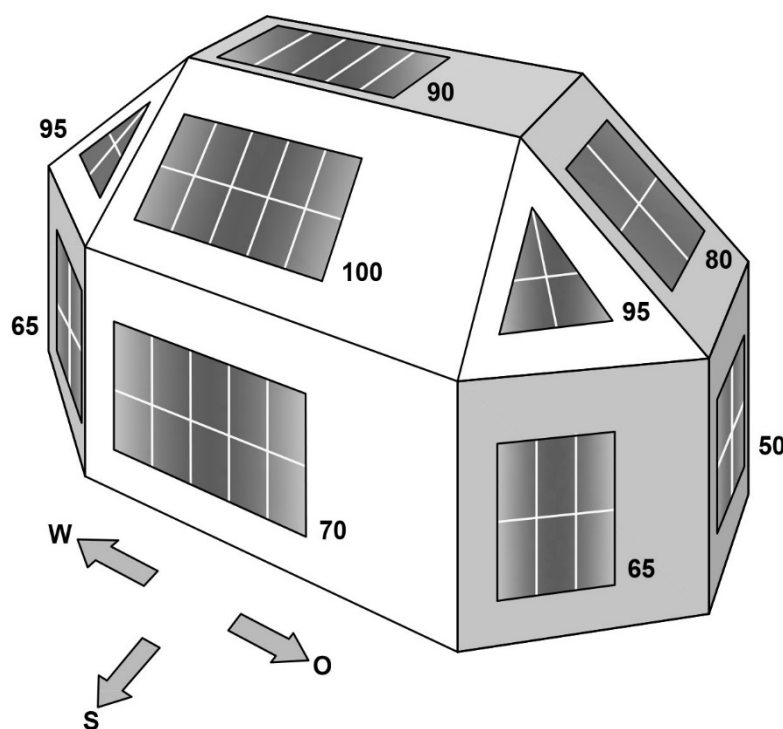


Abbildung: Einstrahlungsscheibe

Sie gibt unabhängig von der Technik (Solarthermie/Photovoltaik) an, wieviel Prozent der solaren Einstrahlung in Abhängigkeit der Ausrichtung und des Einfallswinkels zur Verfügung steht.

Quelle: Stadt Braunschweig

- Neigung der Solaranlage (aktive Solarenergienutzung):

Den höchsten Wirkungsgrad erzielen PV-Anlagen in unseren Breitengraden bei einer Dachneigung von etwa 30°. Neigungen zwischen 20° und 50° schmälern die Energieausbeute aber nicht wesentlich. An Südfassaden können Photovoltaikanlagen – wenn auch mit leichter Reduzierung des Wirkungsgrades – sogar senkrecht angebracht werden. Für Solarthermie-Anlagen zur Warmwasserbereitung gelten ähnliche Bedingungen als günstig. Solarthermie zur Warmwasserbereitung und zur Heizungsunterstützung sind – zur besseren Ausnutzung der tieferen Sonnenstände im

Herbst und im Winter - größere Neigungswinkel von etwa 45 - 70° optimal. Auch Flachdächer können zur Produktion von Solarwärme und Solarstrom genutzt werden. Die aufgeständerten Anlagen weisen sogar den Vorteil auf, dass Ausrichtung und Dachneigung frei wählbar sind. Wegen etwas höherer Kosten (Untergestell) und der gegenseitigen Verschattung der Module ist die Wirtschaftlichkeit, zumindest für PV-Anlagen, allerdings etwas geringer.

Folgender Hinweis kann der Orientierung dienen:

Im Sinn einer Optimierung der aktiven und passiven Solarenergienutzung sollte der städtebauliche Entwurf Gebäudeorientierungen, Grundrisse und Dachneigungen ermöglichen, die eine Nutzung der solaren Einstrahlung begünstigen. Vorteilhaft sind überwiegend südlich ausgerichtete Gebäude und Dachneigungen zwischen 30 und 45°. Auf Flachdächern können die Neigungen durch die Bauweise der Anlage selbst erfolgen.

- Verschattung der Hauptfassade bzw. solartechnischen Anlage

Neben ungünstiger Orientierung kann auch die gegenseitige Verschattung durch Nachbargebäude (vor allem bei langen parallelen Zeilen), aber auch durch Vegetation zu einer deutlichen Reduzierung der aktiven und passiven Solargewinne führen. Dabei spielt die Höhe und die Lage der Schatten werfenden Kante eines benachbarten Gebäudes bzw. Vegetation eine wesentliche Rolle. Je höher die Schatten werfende Kante (z. B. First, Baumkrone) ist, desto größer muss der Abstand zwischen dieser Kante und der Solarfassade bzw. Solaranlage der Nachbargebäude sein, damit eine Verschattung vermieden werden kann. Zu beachten ist dabei auch, dass der unterschiedliche Einfallswinkel der Sonnenstrahlen auf die wärmeaufnehmende Fassade bzw. Solaranlagen im Jahresverlauf und damit auch der Schattenwurf variieren. Bei der Positionierung von Bepflanzungen ist u. a. zu berücksichtigen, wie hoch und wie dicht die Bepflanzung zu welcher Jahreszeit wird.

Folgender Hinweis kann der Orientierung dienen:

Im Sinn einer klimagerechten Bauleitplanung ist hinsichtlich der Verschattung das Verhältnis zwischen Höhe und Abstand zu prüfen. Dabei sollte der Abstand (A) der Verschattungskante von dem verschatteten Gebäude geteilt durch die Höhe (H) der Verschattungskante nicht kleiner als 2,7 sein ($A/H \geq 2,7$).

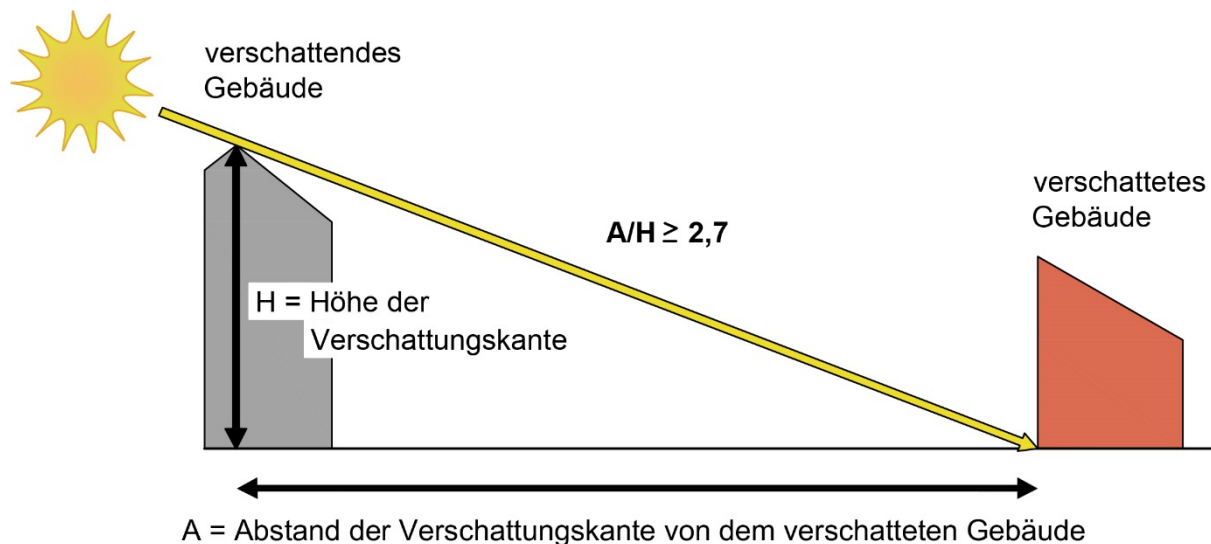


Abbildung: Verschattung Verhältnis zwischen Höhe und Abstand
Quelle Stadt Braunschweig

Gemäß NBauO werden i.d.R. nur Abstände von $\frac{1}{2} H$ verlangt werden. Abweichungen hiervon müssen mit besonderer städtebaulicher Begründung im Bebauungsplan festgesetzt werden. Allgemein ist jedoch anzumerken, dass größere Abstände zwischen den Gebäuden die Bedingungen für die Nutzung solarer Strahlungsenergie positiv beeinflussen können, jedoch negative Auswirkungen auf die städtebauliche Dichte bzw. die auf die Kompaktheit der Siedlung haben. Der Verzicht auf Schatten werfende Bäume, Sträucher und sonstige Bepflanzungen wiederum kann sich negativ auf das Kleinklima auswirken und im Sommer zu Überhitzung führen. Eine reine Südausrichtung ist zudem auch unter städtebaulichen Gesichtspunkten zu hinterfragen, da die Gefahr baustruktureller Eintönigkeit besteht und die Bildung lebenswerter Freiräume erschwert werden kann. Auf die örtlich- und projektbezogenen Rahmenbedingungen angepasste Lösungen müssen daher im Einzelfall gesucht werden. Insoweit bietet es sich an, das städtebauliche Konzept möglichst frühzeitig unter Gesichtspunkten der aktiven und passiven Sonnenenergienutzung (beispielsweise mittels einer solarenergetischen Vorprüfung) zu überprüfen.

2.1.5 Klimafreundliche Energieversorgung

Klimafreundliche Energieversorgungssysteme sind gekennzeichnet durch geringe bis gar keine klimaschädigenden Emissionen bei der Bereitstellung von Energie. Ziel der klimagerechten Planung ist es, Voraussetzungen für den Einsatz von klimafreundlichen

Energieversorgungssystemen für die Beheizung, Warmwasseraufbereitung und elektrische Versorgung von Gebäuden zu schaffen und den Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen auszuweiten.

Da die Gegebenheiten im Hinblick auf die Energieversorgung eines Baugebiets sehr verschieden sein können, sind bereits im Vorfeld einer baulichen Entwicklung potenzielle Baugebiete, aber auch bestehende Quartiere, hinsichtlich der Möglichkeit verschiedener Varianten der Energieversorgung zu bewerten (beispielsweise mittels einer solarenergetischen Vorprüfung). Entscheidend sind u. a. die Energieträger (z. B. erneuerbare Energiequellen statt fossiler Brennstoffe), die Art der Energieherstellung (z. B. Kraft-Wärme-Kopplung durch ein Blockheizkraftwerk) und die Energiebereitstellung (zentral oder dezentral).

Die Auswahl eines klimafreundlichen Energieversorgungssystems ist vor dem Hintergrund der Wirkungszusammenhänge zwischen Wärmebedarf eines Gebietes, den Versorgungspotentialen sowie den technischen und wirtschaftlichen Auswirkungen sehr komplex. Zu empfehlen ist daher die Erstellung eines Energiekonzeptes, das Grundlagen für die Planung des Gebietes und die Abwägung von entsprechenden Festsetzungen des Bebauungsplanes liefert.

Aufgabe eines solchen Energiekonzeptes ist es, verschiedene Varianten der Energieversorgung zu untersuchen, ggf. unter Berücksichtigung von möglichen besonderen Anforderungen an die Bauweise (Niedrigenergiestandards bzw. Vorgabe die ENEC 30% zu unterschreiten etc.) oder der Solarenergiegewinnung und diese hinsichtlich der ökonomischen und energetischen Auswirkungen (CO₂ Minderungspotential) zu beschreiben.

2.1.5.1 Einsatz erneuerbarer Energien und energieeffizienter Technik

Das Erfordernis zur Flächenvorsorge für Anlagen zur Energiegewinnung im Sinne der klimagerechten Bauleitplanung betrifft vor allem großmaßstäbliche Anlagen. Da sie in der Regel außerhalb von Siedlungen und damit im planungsrechtlichen Außenbereich errichtet werden, ist die Unterscheidung zwischen „privilegierten Vorhaben“ (z. B. Windenergie) und „nicht-privilegierten Vorhaben“ (z. B. Photovoltaik, Geothermie) gemäß § 35 Baugesetzbuch von besonderer Bedeutung.

Aber auch auf Quartiersebene können im Rahmen der klimagerechten Bauleitplanung Voraussetzungen für die Nutzung erneuerbarer Energien geschaffen werden. Zur Flächenbereitstellung für quartiersbezogene Nutzung erneuerbarer Energien sollten im städtebaulichen Entwurf beispielsweise Versorgungsflächen für eine (dezentrale) Energieversorgung vorgesehen und im Bebauungsplan ermöglicht werden. Hierunter fallen u. a. mit regenerativen Energieträgern betriebene Blockheizkraftwerke für eine Nahwärmeversorgung. Bei der Standortwahl ist auch hierbei der Störungsgrad der jeweiligen Anlage zu beachten. Mit der BauGB-Novellierung 2011 wurde jedoch klargestellt, dass aus planungsrechtlicher Sicht Flächen zur zentralen oder dezentralen Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung in allen Baugebieten festgesetzt werden können.

Da die Gegebenheiten im Hinblick auf die Energieversorgung eines Baugebiets sehr verschieden sein können, sind bereits im Vorfeld einer baulichen Entwicklung potenzielle Baugebiete, aber auch bestehende Quartiere, hinsichtlich der Möglichkeit verschiedener Varianten der Energieversorgung zu bewerten (beispielsweise mittels einer solarenergetischen Vorprüfung). Entscheidend sind u. a. die Energieträger (z. B. erneuerbare Energiequellen statt fossiler Brennstoffe), die Art der Energieherstellung (z. B. Kraft-Wärme-Kopplung durch ein Blockheizkraftwerk) und die Energiebereitstellung (zentral oder dezentral).

Die Auswahl eines klimafreundlichen Energieversorgungssystems ist vor dem Hintergrund der Wirkungszusammenhänge zwischen Wärmebedarf eines Gebietes, den Versorgungspotentialen sowie den technischen und wirtschaftlichen Auswirkungen sehr komplex. Zu empfehlen ist daher die Erstellung eines Energiekonzeptes, das Grundlagen für die Planung des Gebietes und die Abwägung von entsprechenden Festsetzungen des Bebauungsplanes liefert.

Aufgabe eines solchen Energiekonzeptes ist es, verschiedene Varianten der Energieversorgung zu untersuchen, ggf. unter Berücksichtigung von möglichen besonderen Anforderungen an die Bauweise (Niedrigenergiestandards bzw. Vorgabe die ENEC 30% zu unterschreiten etc.) oder der Solarenergiegewinnung und diese hinsichtlich der ökonomischen und energetischen Auswirkungen (CO₂ Minderungspotential) zu beschreiben.

Energiekonzepte untersuchen bspw.:

- Angestrebte Energiestandards für die Gebäudehüllen im Baugebiet
- Solarenergetische Optimierung von Baugebieten bzw. des Bebauungsplans
- Möglichkeiten für die Wärmeerzeugung in Neubaugebieten - zentrale/dezentral Optionen beispielsweise dezentrale Lösungen mit einer individuellen Heizung für jedes Haus (z. B. Wärmepumpen, Biomassekessel in Ergänzung mit Solarthermie-Anlagen, Mini-BHKWs)
- Möglichkeiten einer Betreibung von Fern- und Nahwärmenetzen (meist bei Hoch-Effizienzhäusern nicht wirtschaftlich, weil die Wärmeverluste des Netzes, insbesondere im Sommer den Wärmebedarf der Häuser überschreiten oder weil Baugebiete zu langsam vollständig bebaut werden)
- Wärmebereitstellung für Nahwärmenetze (z. B. zentrale BHKWs, die möglichst mit Biomasse oder Biogas betrieben werden, Tiefengeothermie, oberflächennahe geothermische Wärme, Solarenergie, Abwärme von landwirtschaftlichen oder industriellen Anlagen)
- Zentrale vs. dezentrale Warmwasserspeicher.

Im städtebaulichen Entwurf zu bedenken sind mitunter auch kleinmaßstäbliche Anlagen, die keiner vorrangigen Steuerung im Sinne einer Flächensicherung bedürfen und meist als Teil von Einzelbauvorhaben realisiert werden. In diese Kategorie gehören z. B. Photovoltaikanlagen auf Dächern oder an Fassaden, Kleinstwindenergieanlagen auf privaten Grundstücken oder auch Wärmepumpen. Die Pflicht zum Einbau von solchen Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien kann zwar nicht Gegenstand der Festsetzung im Bebauungsplan werden, im Rahmen der Entwurfsplanung können jedoch die Voraussetzung zur Nutzung geschaffen werden. So sind beispielsweise Flächen für die Nutzung von Erdwärme auf den Baugrundstücken oder die optimierte Stellung der baulichen Anlagen für die aktive Nutzung von Solarenergie (siehe auch 2.1.4.2 Solarenergetische Optimierung) zu berücksichtigen.

2.1.5.2 Kraft-Wärmekopplung (KWK)

Um die Klimabilanz eines Baugebietes zu verbessern, können u. a. Blockheizkraftwerke (BHKW) zum Einsatz kommen. Mit Hilfe der sogenannten „Kraft-Wärme-Kopplung“ (KWK) kann in einem Blockheizkraftwerk gleichzeitig Strom und Wärme für öffentliche und private Verbraucher produziert werden. Der eingesetzte Brennstoff wird damit effizienter und sparsamer als bei konventionellen Anlagen verwendet.

Während Blockheizkraftwerke ihren Ursprung in der Kraftwerks- und Industrietechnik haben, gibt es für den Einsatz eines BHKW im Einfamilienhaus heute auch sehr kleine Bauformen. Die Abwärme eines BHKWs kann sowohl zur Wärmeversorgung ganze Städte bzw. Stadtteile (Fernwärmenetz), als auch zur örtlichen Versorgung kleiner Wohnsiedlungen (Nahwärmenetz) sowie einzelner Gebäude oder Gebäudeteile genutzt werden. Lage und Größe von Wärmeerzeugern und Wärmeabnehmern sowie dem Nahwärme- bzw. Fernwärmenetz sind in der klimagerechten Bauleitplanung entsprechend zu berücksichtigen.

Bei der Ausweisung neuer Bauflächen ist im Rahmen der klimagerechten Planung zu prüfen, ob der Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung zur Anwendung kommen soll. Besonders wirtschaftlich lassen sich BHKWs bei konstant hohem Wärme- und Stromverbrauch betreiben, wie das unter anderem in großen Industrieunternehmen, aber auch in Schwimmbädern oder Hotels der Fall ist. Ein idealer Wärmeabnehmer im Sommer ist z. B. ein Freibad. Auch Krankenhäuser sind prädestinierte Anwendungsbereiche für ein Blockheizkraftwerk. Denn durch die vielfältigen technischen Einrichtungen, die Heizung im Winter und Kühlung im Sommer sowie die Beleuchtung und den hohen Warmwasserbedarf besteht ein hoher Energiebedarf.

Aber auch Siedlungen mit einer hohen städtebaulichen Dichte, mit vielen Haushalten und-/ oder mit einem Wärmegroßabnehmer bieten gute Bedingungen für die Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung. Grundvoraussetzung ist jedoch, dass die Wärmeabnehmer durch ein Zentralheizungssystem miteinander verbunden sind (siehe 2.1.5.3 Wärmeverversorgung mittels Nah- und Fernwärme). Soll die KWK in einem Quartier zur Anwendung kommen, ist im städtebaulichen Entwurf ein geeigneter Standort für ein Blockheizkraftwerk vorzusehen und im Bebauungsplan planungsrechtlich zu sichern. Daneben sind auch die erforderlichen Versorgungsleitungen, die zu den einzelnen Wärmeabnehmern führen, zu berücksichtigen.

2.1.5.3 Wärmeversorgung mittels Nah- und Fernwärme

Fern- und Nahwärmenetze dienen der Übertragung von Wärme zwischen der Produktionsstätte und dem zu beheizenden Gebäude. Der Vorteil eines Nah- oder Fernwärmenetzes (insbesondere, wenn Kraft-Wärme-Kopplung oder erneuerbare Energien zur Wärmeproduktion hinzugezogen werden) liegt in einem geringeren Ausstoß luftverunreinigender Stoffe (z. B. CO₂) gegenüber konventionellen Einzelfeuerungsanlagen. Allerdings sind die Unterschiede in der Emissionsbilanz zwischen verschiedenen Fernwärmesystemen je nach Verwendung der dort eingespeisten Energieträger hoch.

Die erforderlichen Leitungstrassen, die zu den einzelnen Wärmeabnehmern führen, sind bereits in der Planung zu berücksichtigen. Führen sie über private Grundstücke, sind sie mit Geh-/Fahr- und Leitungsrechten für den Netzbetreiber auszustatten. Damit ein Nah- bzw. Fernwärmenetz effizient betrieben werden kann, sind möglichst viele Wärmeabnehmer an das Netz anzuschließen. Besonders gute Nah- bzw. Fernwärmeeignung haben Siedlungen mit einer hohen städtebaulichen Dichte, mit vielen Haushalten und/oder mit einem Wärmegroßabnehmer (z. B. Schule, Schwimmbad, Gewerbebetrieb). Eine hohe städtebauliche Dichte ist durch das Maß der baulichen Nutzung und eine geschlossene Bauweise zu erreichen (siehe 2.1.4.1 Bauliche Kompaktheit). Für ein (dezentrales) Nahwärmenetz sind beispielsweise Reihenhaussiedlungen und Zeilenbebauung mittlerer Dichte besonders gut geeignet.

Als Festsetzung im Bebauungsplan kann ein Anschluss- und Benutzungszwang an das Nah- bzw. Fernwärmenetz nicht durchgesetzt werden, da hierfür keine Rechtsgrundlage gegeben ist. Im Rahmen der klimagerechten verbindlichen Bauleitplanung kann lediglich festgesetzt werden, dass die Gebäude mit baulichen und technischen Maßnahmen so auszuführen sind, dass sie an das Wärmenetz angeschlossen werden können, sofern die Voraussetzungen dafür gegeben sind (siehe auch 2.2.2.8).

Die Regelungen zum Anschluss- und Benutzungszwang können jedoch durch einen städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB zur Verbindlichkeit gebracht werden. Soweit sich Baugrundstücke im Eigentum der Gemeinde befinden, kann sie auch im Kaufvertrag einen Anschluss- und Benutzungszwang vereinbaren, der zur Absicherung in das Grundbuch einzutragen ist.

Fazit

Eine schematische Anwendung der vorgenannten energetisch günstigen Faktoren kann nicht allein maßgeblich für städtebauliche Planungen sein. Es dürfte aber in der Regel sinnvoll sein, städtebauliche Konzepte im Rahmen von Siedlungserweiterungen oder Wettbewerben einer gesonderten Prüfung unter Aspekten von Klimaschutz und Energieeinsparung zu unterziehen und ggf. entsprechende Anpassungen der Konzepte vorzunehmen.

2.2 Steuerungsmöglichkeiten

Die Bauleitplanung kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, indem sie die Möglichkeiten des Planungsrechts mit Blick auf eine klimagerechte Siedlungsentwicklung anwendet.

In § 1 BauGB sind die Aufgaben und die Grundsätze der Bauleitplanung benannt. Dazu gehören u. a. die Aufgaben, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu fördern. Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die Auswirkungen auf das Klima daher zu berücksichtigen. Im Rahmen der planerischen Abwägung steht der Klimaschutz jedoch gleichwertig neben anderen Belangen, die mit- und untereinander abzuwägen sind, sodass sich klimaschützende Belange nicht immer durchsetzen müssen. Vielmehr hängt ihr Gewicht von der konkreten Situation ab und ist für jeden Fall individuell zu ermitteln. Soweit unterschiedliche Gruppen gleichberechtigte Interessen an ein Plangebiet haben, kann im Rahmen der gemeindlichen Abwägung der Rat als beschließendes Organ über den Bebauungsplan dem einen Interesse den Vorzug geben, was notwendigerweise damit verbunden ist, ein anderes Interesse zurückzustellen.

Allgemeine Klimaschutzabwägungen alleine können zudem nach geltendem Recht eine bauleitplanerische Festsetzung nicht begründen. Mit der expliziten Aufnahme des allgemeinen Klimaschutzes als Planungsleitlinie in der Novelle des BauGB 2004 (EAG Bau 2004) wurde jedoch klargestellt, dass Belange des allgemeinen Klimaschutzes städtebauliche Gründe sein können, sofern ein bodenrechtlicher Bezug besteht. Oftmals haben aber ohnehin zu treffende Festsetzungen gleichzeitig Einfluss auf die Energieeffizienz und –nutzung sowie auf die klimaökologischen und lufthygienischen Funktionen.

Beschränkt wird der Gestaltungsspielraum der Gemeinde darüber hinaus durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der eine Gesamtabwägung zwischen den Folgen des Eingriffs für andere Rechtsgüter einerseits und dem Gewicht und der Dringlichkeit der rechtfertigenden Gründe andererseits verlangt.

Die Herausforderung in der Praxis besteht darin, rechtssicher verbindliche Festsetzungen und Regelungen zu formulieren sowie bei der Abwägung das richtige Maß bei den Anforderungen an Baufreiheit, Klimaschutz und anderen Belangen zu finden. Dies erfordert eine gründliche Analyse der vorgefundenen Gegebenheiten, z. B. Lage eines Gebietes, Eigentumsverhältnisse, aktive Einbeziehung aller betroffenen Belange in das Verfahren, städtebauliche Dichte, bautechnische Standards, klimagerechtes Energiekonzept.

2.2.1 Umsetzung im Flächennutzungsplan

Nach § 1 Abs. 1 BauGB ist es Aufgabe der Bauleitpläne, die bauliche und sonstige Flächennutzung in der Gemeinde vorzubereiten und zu leiten. Der Flächennutzungsplan (FNP) stellt als sogenannter vorbereitender Bauleitplan die generellen räumlichen Planungs- und Entwicklungsziele einer Gemeinde dar, indem er die geplante Art der Bodennutzung für das gesamte Gemeindegebiet in ihren Grundzügen aufzeigt.

Die besondere Bedeutung des Flächennutzungsplans für eine den Prinzipien der Nachhaltigkeit und damit auch dem Klimaschutz verpflichteten Stadtentwicklung liegt in der grundsätzlichen Entscheidung einer Gemeinde darüber, in welcher Weise und für welchen Zweck Flächen genutzt werden sollen. So kann im Rahmen des Flächennutzungsplans der Fokus auf eine verkehrsreduzierende und flächensparende Nutzungsmischung gelegt und damit die Grundlage für eine klimagerechte Siedlungsentwicklung gelegt werden. Dies geschieht durch:

- Auswahl der Flächen, deren Lage und Orientierung,
- Verteilung und Zuordnung von Wohn-, Gewerbe-, Industrie- und Sonderflächen unter Beachtung möglicher Synergieeffekte (wie z. B. Abwärmenutzung und geplante Wärmenetze).

Bedeutung haben hier insbesondere:

- Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und bedarfsgerechte, zurückhaltende Neuausweisung von Bauflächen (§ 1 a Abs. 2 BauGB),
- Konzentration der Siedlungstätigkeit auf Innenstädte und Ortszentren,
- Schaffung kompakter Siedlungseinheiten sowie die dadurch erreichbare Reduzierung des Verkehrs.

Der FNP stellt keine Rechtsnorm mit Außenverbindlichkeit dar. Allerdings ist der FNP verbindlich für Behörden, soweit diese beteiligt waren (§ 7 BauGB). Weiterhin sind entsprechend dem Entwicklungsgebot (§ 8 BauGB) die verbindlichen Bauleitpläne aus den Darstellungen des Flächennutzungsplans zu entwickeln. Darstellungen im Flächennutzungsplan können nur aus städtebaulichen Gründen erfolgen. Dies bedeutet, dass Regelungen, die keinen Bezug zur Art der Bodennutzung haben, ausgeschlossen sind. Das BauGB regelt allerdings den Katalog möglicher Darstellungen nicht abschließend, so dass die Gemeinde hier grundsätzliche Freiheiten in der Gestaltung des Flächennutzungsplans hat.

Der nicht abschließende Katalog des § 5 Abs. 2 BauGB ermöglicht zahlreiche Darstellungen, die im Interesse der klimaschützenden Stadtentwicklung festgelegt werden können. Vorstellbare Inhalte des die Gemeinde selbstbindenden Flächennutzungsplans sind z. B.:

- Festlegung der Lage geplanter Baugebiete (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB), z. B. Standortentscheidungen, solarenergetisch günstige Lagen, Freihaltung von Kaltluftentstehungsgebieten und Kaltluftleitbahnen)
- Festlegung einer verkehrsvermeidenden bzw. verkehrsarmen Siedlungsentwicklung (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 3 BauGB). Prüfung von klimafreundlichen Erschließungsmöglichkeiten (z. B. kurze Wege durch günstige Lage zu bestehenden Infrastrukturnetzen/Nahversorgung führen zu verringertem Verkehrsaufkommen, Anschlussmöglichkeiten an Nah-/Fernwärmenetz)
- Standortplanung flächenmäßig bedeutsamer Anlagen zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien sowie Netzplanung von Versorgungsleitungen (§ 5

Abs. 2 Nr. 2 b und Nr. 4 BauGB) durch Nähe zu vorhandenem Gas- und Fernwärmenetz, Festlegung von Flächen für energetische Infrastruktur sowie Konzentrationszonen, z. B. für Windenergienutzung,

- Freiflächenplanung (§ 5 Abs. 2 Nr. 5, Nr. 10 und Abs. 2 a BauGB) und Festlegung von Flächen für Nutzungsbeschränkungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 6 BauGB). Über Grünflächen kann z. B. ein städtebauliches Belüftungskonzept zur Verbesserung des Stadtklimas in den Flächennutzungsplan Eingang finden. Über Nutzungsbeschränkungen ist z. B. die Darstellung einer Schneise zur Sicherung der Kalt- und Frischluftzufuhr in Wohngebieten möglich.

Hervorzuheben ist zudem die Möglichkeit, die Ausstattung des Gemeindegebiets mit Anlagen, Einrichtungen und sonstigen Maßnahmen darzustellen, die dem Klimawandel entgegenwirken. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen zur dezentralen und zentralen Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung. Auch über sachliche Teilflächennutzungspläne können durch die Darstellung von sog. Konzentrationsflächen Gebiete für erneuerbare Energien und deren Nutzung gesteuert werden.

2.2.2 Umsetzung im Bebauungsplan

Als zweite Stufe der kommunalen Bauleitplanung stehen die aus dem Flächennutzungsplan zu entwickelnden verbindlichen Bauleitpläne, die Bebauungspläne. Anders als der Flächennutzungsplan gilt ein Bebauungsplan nicht für das gesamte Gemeindegebiet, sondern für einen bestimmten, in ihm selbst festzusetzenden Geltungsbereich. Der Bebauungsplan entfaltet mit seinen Festsetzungen unmittelbare Rechtswirkung auch gegenüber Dritten. Die Möglichkeit des § 13 a BauGB, für Flächen im Innenbereich das vereinfachte Planungsverfahren anzuwenden, kann die bauliche Innenentwicklung erleichtern und ermöglicht es, den Stadtplanungsgrundsatz des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden unkomplizierter umzusetzen.

Aufgrund der grundgesetzlich geschützten Eigentumsfreiheit haben private Belange bei der Planung einen hohen Wert. Eingriffe in die Eigentumsfreiheit, wie sie durch die Festsetzungen von Bebauungsplänen i.d.R. gegeben sind, bedürfen daher einer ausdrücklichen Begründung. Zu beachten ist, dass Festsetzungen in Bebauungsplänen nur

aus städtebaulichen Gründen erfolgen dürfen. Da die Festsetzungen eines Bebauungsplans in das Grundeigentum eingreifen, bedürfen sie einer gesetzlichen Grundlage, die sich in § 9 Abs. 1 BauGB findet. Der Katalog möglicher Festsetzungen ist in § 9 Abs. 1 BauGB abschließend geregelt. Die Norm liefert Rechtsgrundlagen für eine ganze Reihe denkbarer Festsetzungen, die im Interesse der klimagerechten Bauleitplanung festgelegt werden können.

2.2.2.1 Festsetzungen zur Städtebaulichen Dichte

Um den gemeindlichen Flächenverbrauch zu reduzieren, sollte im Sinne einer klimagerechten Bauleitplanung eine möglichst hohe, aber noch angemessene städtebauliche Dichte angestrebt werden. Damit werden Grundsteine für eine klimagerechte Siedlungsstruktur und die Vermeidung von Verkehrsemissionen gelegt. Kompakte, mehrgeschossige Gebäude mit einem günstigen Verhältnis von Wohnfläche und Volumen gelten zudem als energetisch günstig. Je dichter eine Siedlungseinheit, desto höher ist gleichzeitig das Potenzial für eine wirtschaftliche Umsetzung von Nahwärmenetzen, da die Gesamtenergieabnahme größer ist. Entscheidend sind jedoch der bauliche Kontext sowie die Nachfrage nach bestimmten Gebäudetypen am Ort.

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Braunschweig 2030 sieht vor, mit dem Projekt „Integriertes Flächenmanagement“ Zielwerte für eine geeignete Dichteentwicklung von Stadtteilen und Quartieren in Braunschweig zu definieren. Diese Zielwerte ermöglichen Aussagen zur beabsichtigten Einwohner-, Bebauungs- und Nutzungsdichte sowie zu angestrebten Nutzungsmischungen, die bei Neubauprojekten als Orientierung dienen können.

Die Dichte eines Baugebiets wird im Wesentlichen im städtebaulichen Entwurf durch die Anordnung von Baugrundstücken, Verkehrsflächen, Grünflächen usw. sowie die Wahl der Gebäudetypologie bestimmt. Im Bebauungsplan wird die städtebauliche Dichte durch folgende Festsetzungen beeinflusst:

- Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 16 Abs. 2 BauNVO) u. a. Grundflächenzahl (GRZ), Größe der Grundflächen, Geschossflächenzahl (GFZ), Größe der Geschossfläche, Baumassenzahl, Baumasse, Zahl der Vollgeschosse, der Höhe baulicher Anlagen.

Empfehlung: Bei der Festlegung der GRZ/GFZ sind möglichst die Obergrenzen gemäß § 17 BauNVO auszunutzen. Bei Wohn- und Bürogebäuden ist eine Mehrgeschosigkeit zuzulassen bzw. zwingend festzusetzen. Auch in EFH-Gebieten sollten die Gebäude mindestens zweigeschossig sein.

- Festsetzung der Bauweise auf den Grundstücken gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit § 22 BauNVO.

Empfehlung: Sofern städtebaulich sinnvoll, sollte möglichst eine geschlossene Bauweise festgesetzt werden, da die Flächeninanspruchnahme für die Unterbringung einer vorgegebenen Geschossfläche in der Regel geringer ist als bei einer offenen Bauweise (z. B. Einzelhäuser, Doppelhäuser).

- Festsetzungen zur Anordnung der Bebauung (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 2 a BauGB in Verbindung mit § 23 Abs. 1 BauNVO).

Dabei kann mit Festsetzung der überbaubaren Grundstücksflächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit den Abstandsregelungen der Bauordnung oder ggf. gesonderten Regelungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 a BauGB der Abstand zwischen Gebäuden bestimmt und damit eine möglichst kompakte Siedlungsstruktur gefördert werden.

- Die Festsetzung der Größe der Grundstücke gem. § 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB kann als Maßzahl bei der Bestimmung einer kompakten Siedlungsstruktur gelten und kann im Bebauungsplan nach Bodenschutzaspekten auch als Höchstmaß festgesetzt werden.

Empfehlung: Ist die Realisierung von Einfamilienhausgebieten vorgesehen, lässt sich eine hohe Dichte durch möglichst geringe Grundstücksgrößen erzielen. Bei Einfamilienhäusern können maximale Grundstücksgrößen festgesetzt werden, sofern dies mit der sonstigen Zielsetzung der Planung vereinbar ist.

2.2.2.2 Festsetzungen zur Erschließung

Aus Gründen des schonenden Umgangs mit Grund und Boden sollte der Verkehrsflächenverbrauch im Baugebiet, insbesondere der für den motorisierten Individualver-

kehr, möglichst geringgehalten werden. Dies kann u. a. durch ein effizientes Erschließungssystem, die Reduktion der Straßenbreite auf das für die verkehrssichere bzw. verträgliche Abwicklung des Verkehrsaufkommens (Beachtung von Versorgungs- und Einsatzfahrzeugen wie Müllabfuhr, Feuerwehr etc.) mind. notwendige Maß, sowie möglichst die Abwicklung unterschiedlicher Mobilitätsformen auf einer gemeinsamen Verkehrsfläche erfolgen. Die Festsetzung zur Erschließung basiert in der Regel auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfs bzw. der Straßen- und Verkehrsplanung einschließlich der Entwässerungsplanung.

Neben der Reduzierung des Flächenverbrauchs ist die Reduzierung von motorisiertem Individualverkehr durch Förderung des Umweltverbundes eine wichtige klimarelevante Einflussgröße. Werden die flächenbezogenen Erfordernisse für den motorisierten Individualverkehr reduziert (z. B. Fahrbahnflächen nicht zu üppig dimensionieren, Stellplätze und Parkplätze auf Minimum beschränken), sollte dies im Gleichklang mit der erforderlichen baulichen Aufwertung der Verkehrsträger des Umweltverbundes gelöst werden. Die baulichen Voraussetzungen des Umweltverbundes sind daher im Rahmen der klimagerechten Bauleitplanung zu beachten und sofern erforderlich, im Bebauungsplan festzusetzen.

Im Bebauungsplan werden die Verkehrsflächen durch folgende Festsetzungen geregelt:

- Festsetzung der Flächen für die unterschiedlichen Verkehrsarten (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB).

Die Festsetzung von Straßenverkehrsflächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB erfolgt - soweit nicht lediglich der Bestand zu übernehmen ist - in der Regel auf der Grundlage einer bereits mehr oder weniger ausdetaillierten Straßen- und Verkehrsplanung. Die Einteilung der Straßenverkehrsfläche ist nicht Gegenstand dieser Festsetzung. Straßenverkehrsflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB umfassen daher neben der Fahrbahn und den Gehwegen auch Radwege, unselbständige Stellplätze, Bushaldebuchten, Schutzstreifen, Straßen(begleit)grün und Sickermulden sowie die für die Herstellung des Straßenkörpers erforderlichen Dämme, Böschungen und Stützmauern.

Bei der Festlegung der Breite der öffentlichen Verkehrsflächen sollte die Überlegung zugrunde liegen, welche Fahrbahnbreite erforderlich ist, ob Radverkehrsanlagen vorgesehen werden sollen, ob ein- oder beidseitige Gehwege entstehen sollen, wie die Entwässerung läuft oder ob die Straße beispielsweise als Verkehrsberuhigter Bereich ausgebaut werden soll. Im Nutzungsbeispiel kann die Überlegung dann dargestellt werden. Das Nutzungsbeispiel ist jedoch nicht bindend.

- Soll eine Verkehrsfläche nicht vorrangig der allgemeinen Verkehrsabwicklung dienen, kommt eine Festsetzung Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB) in Betracht.

Diese müssen sich in ihrer Zweckbestimmung eindeutig von den herkömmlichen Straßenverkehrsflächen unterscheiden. Dazu gehören z. B. Fußgängerbereiche, Verkehrsberuhigte Bereiche, Plätze unterschiedlicher Funktion (z. B. Wochenmarkt), eigenständige Fuß- und Radwege, eigenständige Parkplätze und Fahrradabstellflächen, Park + Ride sowie Busbahnhöfe.

Eine Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung kann u. a. der Schaffung einer Aufenthaltsqualität, der Verbesserung des Wohnumfeldes, der Sicherheit der Fußgänger und Fahrradfahrer oder auch der Beruhigung des Verkehrs dienen und damit Emissionen wie Lärm und Abgase in diesem Bereich reduzieren.

Fuß- und Radwege, die als eigenständige Verkehrsanlagen unabhängig von Straßen geführt werden (z. B. Abkürzungs- und Verbindungswege), können beispielsweise als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung „Fuß- und Radweg“ festgesetzt werden, um den angestrebten besonderen Charakter dieser von Autoverkehr freien Verkehrsflächen auch in der Planzeichnung deutlich zu machen und bei der Realisierung sicherzustellen.

- Sofern der Grüncharakter einer Wegeverbindung mit der der Verkehrs- und Verbindungsfunktion mindestens gleichrangig zum Ausdruck gebracht werden soll, kann alternativ zur Festsetzung als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung auch eine öffentliche Grünfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB) mit der Zweckbestimmung „Grünverbindung“, „Parkanlage“ o. ä. festgesetzt werden.
- Daneben besteht die Möglichkeit Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB) und entsprechende Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 22 BauGB)

im Bebauungsplan festzusetzen und sie außerhalb dieser Fläche (§ 12 Abs. 6 BauNVO) auszuschließen bzw. einzuschränken.

Festsetzungen dieser Art reduzieren nicht die bauordnungsrechtliche Stellplatzpflicht (§ 47 NBauO), sondern nehmen allein Einfluss auf die Art ihrer Erfüllung. Ziel der Festsetzung kann es zum Beispiel sein, Ziel- und Quellverkehr in einem dicht bebauten Wohngebiet aus Gründen der Wohnruhe zu begrenzen oder auch schmale innerstädtische Straßen im Sinne einer allgemeinen Verkehrsberuhigung weitgehend vom Anwohner- und Einkaufsverkehr zu entlasten.

- Regelungen zum erforderlichen Stellplatznachweis können allerdings als örtliche Bauvorschriften in den Bebauungsplan einfließen. Die Einstellplatzpflicht nach den Sätzen 1 und 2 § 47 NBauO entfällt, soweit die Gemeinde durch örtliche Bauvorschrift nach § 84 Abs. 2 oder durch städtebauliche Satzung die Herstellung von Garagen und Stellplätzen untersagt oder einschränkt. Situationsbezogen können ein erhöhter, aber auch ein reduzierter Stellplatzschlüssel festgesetzt werden.

Eine Minderung der notwendigen Stellplätze kann beispielsweise festgesetzt werden, wenn das Baugebiet über eine sehr gute Anbindung an den Umweltverbund bzw. über ein entsprechendes Mobilitätskonzept (siehe oben) verfügt.

- Zur Steuerung und die Sicherstellung eines fußläufig erreichbaren Angebots und einer angemessenen Zahl von Carsharing-Stellplätzen können im Rahmen der Bauleitplanung „Flächen für Carsharing-Stellplätze“ gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB festgesetzt werden.

Auf dieser Grundlage hat beispielweise die Stadt Freiburg im Breisgau durch Einziehung öffentlicher Stellplätze ein stadtweites Angebot an Carsharing-Standorten geschaffen, die sich im Eigentum der Stadt Freiburg befinden und Car-Sharing-Unternehmen oder Car-Sharing-Vereinen zur standortbasierten Car-Sharing-Nutzung zur Verfügung gestellt.

Die Niedersächsische Initiative für Klimaschutz (NIKIS) schlägt auf ihrer Internetseite darüber hinaus vor, dass Carsharing-Stellplätze als Verkehrsflächen mit besonderem Nutzungszweck (§ 9 Abs. 1 Nr. 9 BauGB), als Flächen, die mit Geh- und Fahrrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines be-

schränkten Personenkreises belastet sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB) oder als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB) im Bebauungsplan festgesetzt werden könnten. Erfahrungswerte hierzu liegen nach derzeitigem Kenntnisstand jedoch noch nicht vor.

- Der § 84 Abs. 1 Nr. 3 NBauO ermächtigt die Gemeinden, Zahl, Größe und Beschaffenheit der Abstellplätze für Fahrräder in einer örtlichen Bauvorschrift zu regeln.

Liegt eine solche Regelung nicht vor, richtet sich die erforderliche Zahl an Fahrradabstellplätzen auf privaten Grundstücken nach § 48 NBauO. Diese schreibt vor, dass für bauliche Anlagen, die einen Zu- und Abgangsverkehr mit Fahrrädern erwarten lassen, ausgenommen Wohnungen, Fahrradabstellanlagen in solcher Größe zur Verfügung stehen müssen, dass sie die vorhandenen oder zu erwartenden Fahrräder der ständigen Benutzerinnen und Benutzer und der Besucherinnen und Besucher der Anlagen aufnehmen können. Diese Fahrradabstellanlagen müssen zudem leicht erreichbar und gut zugänglich sein. Eine entsprechende Vorschrift für Wohngebäude besteht jedoch nicht.

Empfehlung: Zur Förderung des Radverkehrs empfiehlt es sich, Zahl, Größe und Beschaffenheit der Abstellplätze für Fahrräder in einer örtlichen Bauvorschrift zu regeln.

Insbesondere in dicht bebauten Gebieten sollte auch für Wohngebäude festgesetzt werden, wie viele Fahrradstellplätze herzustellen sind und welche Mindestanforderungen erfüllt werden müssen.

Überdachte Fahrradabstellanlagen gelten als Nebengebäude. Das bedeutet, dass entsprechende Vorschriften des Baurechts zu beachten sind. Daneben besteht die Möglichkeit Flächen für Fahrradstellplätze und entsprechende Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 22 BauGB) im Bebauungsplan gesondert festzusetzen und sie außerhalb dieser Fläche (§ 12 Abs. 6 BauNVO) auszuschließen bzw. einzuschränken.

2.2.2.3 Festsetzungen zur Nutzungsmischung

Um die Wege möglichst kurz zu halten und klimaschädigende Verkehrsströme zu vermeiden (Stadt der kurzen Wege), sollte in der klimagerechten Bauleitplanung eine ausgewogene Nutzungsmischung angestrebt werden.

- Im Bebauungsplan wird die Nutzungsmischung von Wohnen, Arbeit, Schule, Versorgung etc. dadurch ermöglicht, dass unterschiedliche Arten der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB) in räumlicher Nähe zueinander festgesetzt werden. Die Potenziale für Nutzungsmischungen im Baugebiet liefern die §§ 2 bis 11 der Baunutzungsverordnung (BauNVO). Die Aufnahme der Gebietskategorie „Urbane Gebiete“ mit der Novelle 2017 eignet sich für eine solche Nutzungsmischung in hohem Maße und kann damit die Ziele einer klimagerechten Bauleitplanung unterstützen.

Nicht nur innerhalb eines Bebauungsplans können unterschiedliche Baugebiete festgesetzt werden (§ 9 Abs. 2a Satz 1 BauGB), auch innerhalb von Gebäuden kann die Nutzung in den einzelnen Geschossen variieren (§ 9 Abs. 3 BauGB). Beispielsweise kann ein handwerklicher Betrieb oder Laden im Erdgeschoss eines Gebäudes und Wohnnutzung in der ersten und den folgenden Etagen vorgesehen sein.

- Festsetzungen im Bebauungsplan bieten zudem die Möglichkeit, die Ansiedlung der Nahversorgungsmärkte planungsrechtlich zu steuern. Grundlage für die Steuerung und Genehmigung aller Einzelhandelsvorhaben ist das Braunschweiger Zentrenkonzept Einzelhandel.

Empfehlung: Ausgehend vom Zentrenkonzept und den Ergebnissen der Nahversorgungsuntersuchung der Stadt Braunschweig soll Planungsrecht für die Ansiedlung zusätzlicher Nahversorgungsmärkte nur geschaffen werden, wenn sie hauptsächlich der Erhaltung und Verbesserung der Nahversorgungsstrukturen in den Stadtteilen dienen. An nicht gewünschten Standorten sind Einzelhandelbetriebe hingegen auszuschließen.

Für die Begrenzung problematischer Einzelhandelsentwicklungen im Sinne der o. g. Ziele sieht das BauGB unterschiedliche Regelungsmöglichkeiten vor:

1. Ausschluss bzw. Begrenzung des Einzelhandels an unverträglichen Standorten
 - Großflächiger Einzelhandel mit potenziell problematischen Auswirkungen ist gemäß § 11 Abs. 3 BauNVO nur in Kerngebieten und in den für sie bestimmten Sondergebieten zulässig.
 - Sonstiger Einzelhandel kann an städtebaulich problematischen Standorten durch Festsetzungen in Bebauungsplänen ausgeschlossen bzw. eingeschränkt werden, z. B. in Gewerbegebieten.

2. Sicherung der Verträglichkeit von Einzelhandel an grundsätzlich geeigneten Standorten

- durch Festsetzung eines Sondergebiets gemäß § 11 BauNVO (z. B. Nahversorgungszentrum) mit einer geeigneten Zweckbestimmung und Regelungen zur Art der Nutzung, zur Begrenzung der Verkaufsfläche, zum Ausschluss bestimmter Sortimente usw. können problematische Auswirkungen begrenzt werden.
- Weitergehende Regelungen zur „Feinsteuerung“ eines Einzelhandelsprojektes können in einem städtebaulichen Vertrag und im Durchführungsvertrag verankert werden.

2.2.2.4 Festsetzungen zu Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten sowie Luftaustauschbahnen

Dicht bebaute und hoch versiegelte Standorte sind als klimatische Belastungsräume auf verbessernde Wirkung klimatischer Entlastungsräume angewiesen. Kaltluftentstehungsgebiete und Luftaustauschbahnen, die im funktionalen Zusammenhang mit einem Belastungsraum stehen, sollten möglichst von Bebauung freigehalten werden. Daneben ist zu beachten, dass mehr Grünvolumen die Frisch- und Kaltluftproduktion verbessert. Grün- und Freiflächen mit hoher Vegetation tragen neben der nächtlichen Kaltluftentstehung auch zur Kaltluftentstehung am Tag bei. Das Luftvolumen, das sich unterhalb der Baumkronen befindet, ist vor Sonneneinstrahlung geschützt und wird deswegen nicht so stark aufgeheizt, wie das bodennahe Luftvolumen einer Fläche mit niedriger Vegetation.

Für einen ungehinderten Kaltluftfluss (Luftaustauschbahnen) sind Grünflächen mit niedriger Vegetation zu bevorzugen. Diese Funktion kann ebenfalls durch Freiräume, die nicht mit Natur und Landschaft assoziiert werden, erfüllt werden (z. B. Verkehrsflächen). Die Leistungs- und Funktionsfähigkeit einer Luftaustauschbahn ist von der Rauigkeit der Oberfläche abhängig. Bauwerke (z. B. Hochhäuser, Brücken) oder hohe Vegetation, die quer zur Luftleitbahn stehen, können beispielsweise den Luftstrom verwirbeln und so den Luftfluss bremsen.

Empfehlung: Die Funktionsfähigkeit von Luftleitbahnen, von Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten sollte gesichert und auf Bebauung innerhalb dieser Bereiche so weit wie möglich verzichtet werden.

- Im Bebauungsplan können für den ungehinderten Kaltluftabfluss beispielsweise Grün- und Freiflächen mit niedriger Vegetation (Festsetzungsmöglichkeiten siehe unten), aber auch Verkehrsflächen, welche in Strömungsrichtung der Kaltluft verlaufen (Festsetzungsmöglichkeiten siehe oben), festgesetzt werden.

Bei den oben genannten Grün- und Freiflächenfestsetzungen treten die baulichen Nutzungsmöglichkeiten in den Hintergrund, sie sind jedoch nicht vollständig ausgeschlossen. Je nach Zweckbestimmung können bauliche Anlagen sogar zum Wesen einer Grünfläche gehören, wie Lauben in Kleingartenanlagen oder Umkleidegebäude auf Sportplätzen. Auch die Festsetzung von Flächen für die Landwirtschaft schließt eine Bebauung nicht grundsätzlich aus, sondern erlaubt landwirtschaftszugehörige Haupt- und Nebenanlagen. Soll eine Bebauung völlig ausgeschlossen werden, z. B. um eine Kaltluftleitbahn freizuhalten, wird eine weitergehende Festsetzung benötigt.

- § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB ermöglicht die Festsetzung von Flächen, die von einer Bebauung freizuhalten sind. Solche „Freihalteflächen“ können selbstständig oder in Überlagerung mit anderen Festsetzungen zur Flächennutzung festgesetzt werden.

Die Festsetzung von Freihalteflächen kommt vor allem für größere zusammenhängende Flächen in Betracht, die insgesamt von Bebauung freigehalten werden sollen. Für die Begründung kommen stadtklimatische Belange, wie z. B. die Freihaltung einer Kaltluftbahn aber auch Kalt- und Frischluftentstehungsgebiete in Betracht. „Freihalteflächen“ sind nicht gleichzusetzen mit der Festsetzung nicht überbaubarer Grundstücksflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB.

- Mitunter kann aber auch durch eine Höhenbegrenzung baulicher Anlagen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB oder eine zur Leitbahn parallele Bebauung beispielsweise unter Zuhilfenahme von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 BauNVO) die Funktion von Luftleitbahnen sichern.

2.2.2.5 Festsetzungen von Grün- und Freiflächen

Festsetzungen von Grün- und Freiflächen sind zum Erhalt von Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten und zur Verbesserung der mikroklimatischen Situation bedeutsam. Der Katalog des § 9 Abs. 1 BauGB enthält eine Reihe von Freiflächenfestsetzungen, bei denen bauliche Nutzungsmöglichkeiten in den Hintergrund treten, jedoch nicht immer vollständig ausgeschlossen sind.

- Durch die Ausweisung von Baukörpern und Baufenstern mittels Baugrenzen und Baulinien werden „nicht überbaubare Grundstücksflächen“ (§ 9 Abs.1 Nr. 2 BauGB) festgesetzt.

Mittelbar können so klimawirksame Freiflächen (Gartenflächen) auf Grundstücken entstehen. Wenn im Bebauungsplan nichts Anderes festgesetzt ist, können auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen jedoch Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können (z. B. Stellplätze, Garagen), zugelassen werden. Möglich ist aber eine Begrenzung oder ein Ausschluss von Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 1 Satz 3 BauNVO i. V. m. § 1 Abs. 8 u. 9 BauNVO. Alternativ kann die Versiegelung der Grundstücke auch durch eine angemessene Begrenzung der zulässigen Grundfläche (GR, GRZ) sowie von sonstiger Versiegelung durch Nebenanlagen (§ 19 Abs.4 BauNVO) begrenzt werden.

- Festgesetzt werden können auch die Flächen für Nebenanlagen, die auf Grund anderer Vorschriften für die Nutzung von Grundstücken erforderlich sind, wie Spiel-, Freizeit- und Erholungsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB). Diese können sich mitunter ebenfalls klimawirksam auf die Umgebung auswirken.
- Bei der Festsetzung von Sport- und Spielanlagen nach § 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB ist aus klimatischer Sicht zu beachten, dass diese einerseits nicht auf überwiegend grüne bzw. begrünte Sport- und Spielanlagen, andererseits auch nicht auf „Plätze“, d. h. überwiegend nicht bebaute Freiflächen begrenzt ist. Sie kann auch zugehörige bauliche Anlagen wie beispielsweise Sporthallen umfassen.
- § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB ermöglicht die Festsetzung von Flächen, die von einer Bebauung freizuhalten sind, und ihre Nutzung.

Solche „Freihalteflächen“ können selbstständig oder in Überlagerung mit anderen Festsetzungen zur Flächennutzung festgesetzt werden. Die Festsetzung von Freihalteflächen kommt vor allem für größere zusammenhängende Flächen in Betracht, die insgesamt von Bebauung freigehalten werden sollen. Wegen des erheblichen Eingriffs in die Eigentumsrechte muss eine solche Festsetzung durch gewichtige städtebauliche Gründe gerechtfertigt sein. Dabei kommen u. a. stadtklimatische Belange wie die Freihaltung einer Kaltluftleitbahn in Betracht.

Empfehlung: Soll eine Bebauung völlig ausgeschlossen werden, z. B. um eine Kaltluftbahn freizuhalten, wird eine Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB benötigt. Die Festsetzung von Grün- oder Landwirtschaftsflächen allein reicht in der Regel nicht aus, da sie z. B. eine Bebauung mit landwirtschaftlichen Gebäuden nicht grundsätzlich ausschließt. Dienen solche Flächen dem ungehinderten Luftfluss sollten sie darüber hinaus auch von hoher und dichter Vegetation freigehalten werden.

- Bei der Festsetzung von öffentlichen und privaten Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätzen sowie Friedhöfen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB) ist der Ausschluss bzw. die Begrenzung der Bebaubarkeit nur einer unter mehreren Festsetzungsaspekten; je nach Zweckbestimmung können bauliche Anlagen sogar zum Wesen einer Grünfläche gehören, wie Lauben in Kleingartenanlagen oder Umkleidegebäude auf Sportplätzen. Sie können jedoch nur dann als Grünflächen entsprechender Zweckbestimmung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB festgesetzt werden, wenn der Charakter als Grünfläche tatsächlich prägend ist.

Bei der Festsetzung von Grünflächen ist deren Zweckbestimmung anzugeben. Fehlt diese, so gestattet die Festsetzung lediglich die Anlage einer begrünter Fläche ohne spezifische Nutzungsmöglichkeiten. Wenn dies - etwa aus Gründen des Naturschutzes - ausdrücklich gewollt ist, sollte zudem der Charakter der Fläche konkreter angegeben werden (z. B. als Feuchtwiese, Ruderalfläche o. ä.).

- Flächen für Landwirtschaft und Wald (§ 9 Abs. 1 Nr. 18 BauGB)

Solche Festsetzungen können auch aus klimatischen Gründen sinnvoll sein, etwa dort, wo eine besondere Bedeutung als Kaltluftentstehungsgebiet oder Kaltluft-

Leitbahn vorliegt. Die Festsetzung von Flächen für die Landwirtschaft schließt jedoch eine Bebauung nicht grundsätzlich aus, sondern erlaubt landwirtschaftszugehörige Haupt- und Nebenanlagen.

- Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB).

Die Festsetzung dient der Sicherung von Flächen für die Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen. Mittelbar können hierbei klimawirksame Grün- und Freiflächen erhalten werden oder entstehen. Die Festsetzung kann eigenständig oder in Überlagerung der Festsetzung einer anderen Nutzung, etwa eines Baugebietes oder einer Grünfläche, erfolgen.

- Wasserflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

Wie bei der Festsetzung von Baugebieten und Grünflächen können mit der Festsetzung von Wasserflächen gleichermaßen vorhandene Wasserflächen überplant (zum Zwecke ihrer Sicherung oder Entwicklung) wie auch die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Anlage neuer Wasserflächen geschaffen werden.

2.2.2.6 Pflanzbindungen

- § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB ermöglicht Begrünungs- und Grünerhaltungs-Festsetzungen

Diese Festsetzungen können nur aus städtebaulichen Gründen erfolgen; dazu zählt gemäß § 1 Abs. 5 BauGB auch der Umweltschutz. Die Abgrenzung gegenüber naturschutzrechtlichen oder gestalterischen Gründen ohne bodenrechtlichen Bezug ist jedoch nicht immer eindeutig. Auch gebietsbezogene klimatische Aspekte wie die Funktion eines Kaltluftentstehungsgebietes können Pflanz- und Erhaltungsbindungen rechtfertigen.

Allgemein kommen dafür Begrünungsmaßnahmen auf den Freiflächen der Baugrundstücke, an Fassaden und auf Dächern in Frage (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB).

- Über die flächenhaften Festsetzungen hinaus können u. a. auch aus Gründen des Immissions- und Klimaschutzes Begrünungs- und Grünerhaltungsfestsetzungen (§ 9

Abs. 1 Nr. 25 BauGB) wie z. B. das Anpflanzen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie die Erhaltung kleinerer, nicht unter die Wassergesetze fallender Gewässer geregelt werden.

Durch entsprechende textliche Festsetzungen sollten hierbei auch die Art der Begrünung bzw. Dichte und Mischungsverhältnis sowie Mindeststandards der Pflanzqualität festgesetzt werden. Um eine nachhaltige Begrünung sicherzustellen, ist die Auswahl standortgerechter, z. B. trockenheitstoleranter Gehölze und Pflanzen notwendig.

Empfehlung: Begrünungsfestsetzungen kommen u. a. für Stellplatzanlagen in Betracht. Bei größeren Stellplatzanlagen wird in Braunschweig regelmäßig eine Begrünung mit großkronigen Bäumen festgesetzt.

Bsp.: Auf privaten Grundstücksflächen mit mindestens sechs Stellplätzen ist je angefangene sechs Stellplätze ein mindestens mittelkroniger Laubbaum zu pflanzen und als gliederndes Element in die Stellplatzanlage zu integrieren.

- Pflanz- und Erhaltungsbindungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB können auch für Teile baulicher Anlagen festgesetzt werden, so dass Fassaden- und Dachbegrünungen hier ebenso ihre Rechtsgrundlage finden wie die Begrünung von Lärmschutzwällen und -wänden.
 - Sofern dem keine gestalterischen oder funktionalen Gründe entgegenstehen, ist zur Reduzierung der mit der Planung verbundenen mikroklimatischen Veränderungen beispielsweise für Flachdächer und flach geneigte Dächer (< 15°) eine Dachbegrünung festzusetzen.
 - In besonderen städtebaulichen Situationen ist eine Fassadenbegrünung aus klimatischer Sicht zu empfehlen, z. B. Begrünung von Parkhäusern, Schallschutzwänden. Eine Fassadenbegrünung generell für alle Baugrundstücke unabhängig vom Gebäudetyp festzusetzen, erscheint aus planungsrechtlicher Sicht jedoch unverhältnismäßig und damit rechtlich problematisch.

Weitere landschaftspflegerische Maßnahmen mit bodenrechtlichem Bezug können auf der Grundlage von § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB festgesetzt werden („Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“).

2.2.2.7 Festsetzungen zu gebäude- und energieeinsparungsbezogenen Maßnahmen

Kompakte, mehrgeschossige Gebäude mit einem günstigen Verhältnis von Wohnfläche und Volumen gelten als energetisch günstig. Im Bebauungsplan wird die städtebauliche Kompaktheit bzw. Gebäudegeometrie u. a.

- durch Festsetzungen eines angemessenen Maßes der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB), der Bauweise und der überbaubaren Grundstücksfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB) bestimmt.

Die besondere Eignung von Gebäuden für die Nutzung von Sonnenenergie oder mindestens eine günstige Nutzung der natürlichen Erwärmung wird überwiegend in der Objektplanungsphase bestimmt. In dem Bebauungsplan können die Bedingungen durch folgende Festsetzungen begünstigt werden:

- Die Stellung der Gebäude, also auch ihre Orientierung zur Sonne, nach Süden oder bis zu 45° Grad abweichend, sollte durch Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB vorgegeben bzw. nicht ausgeschlossen werden. Die Position des Gebäudes auf dem Grundstück wird in der Regel durch entsprechende Baulinien und Baugrenzen (§ 23 BauNVO) bestimmt.
- Die Südorientierung der Hauptfassade (oder bis zu 45° Grad abweichend) sollte aber auch durch die Festsetzung der Größe, Breite und Tiefe der Baugrundstücke (§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB) vorgegeben oder zumindest nicht ausgeschlossen werden.
- Während die Pflicht zur Errichtung geneigter Dächer und die Dachneigung von Gebäuden bislang in der Regel aufgrund gestalterischer Erwägungen in Bebauungsplänen festgesetzt wurde (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. m. NBauO), können diese Regelungen nunmehr auch auf § 9 Abs. 1 Nr. 23 b BauGB gestützt werden, wenn geneigte Dächer zur Aufnahme von Solaranlagen vorgesehen werden sollen. Dies muss jedoch auf der Grundlage eines gesonderten Konzepts begründet werden. Auf Flachdächern können die Neigungen durch die Bauweise der Anlage selbst erfolgen. Es ist ratsam,

in diesen Fällen für Flachdächer vorzusehen, dass Photovoltaikanlagen auch aufgeständert auf Flachdächern errichtet werden können.

Zur Optimierung der Solarenergienutzung ist zudem eine Verschattung der Wärme aufnehmenden Fassade bzw. der Solaranlage z. B. durch benachbarte Gebäude oder Pflanzen zu vermeiden.

- In der Nähe der Hauptfassade sollte daher auf große Gehölze mit weitem Schattenwurf verzichtet werden.
- Um eine Verschattung der Solarfassade oder der Solaranlage zu vermeiden, können beispielsweise nicht überbaubare Flächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und Verkehrsflächen festgesetzt werden.
- Schließlich kann mit Festsetzung der überbaubaren Grundstücksflächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit den Abstandsregelungen der Bauordnung oder ggf. gesonderten Regelungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 a BauGB der Abstand zwischen Gebäuden bestimmt und damit einer energetisch ungünstigen Verschattung vorgebeugt werden.
- Weiterhin kann durch eine Höhenbegrenzung und einen festgesetzten Abstand zwischen den baulichen Anlagen eine Verschattung durch Nachbargebäude vermindert werden. Hierzu können insbesondere die Höhe, die überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche sowie die Stellung der baulichen Anlagen festgesetzt werden (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB).
- Auch können Flächen, die von Bebauung freizuhalten sind sowie ihre Nutzung, festgesetzt werden (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB).
- Alternativ kann die Höhenfestsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB in Form einer Hüllkurve erfolgen.

Die Hüllkurve verhindert in Verbindung mit einem festgesetzten Abstand zwischen den Gebäuden ebenfalls eine Verschattung durch benachbarte Gebäude. Die Hüllkurve setzt bei einem nach Süden orientierten Gebäude die zulässige Höhe an der Nord- und an der Südfassade mit einem unterschiedlichen Maß fest. Der Höhenunterschied zwischen der Süd- und der Nordfassade orientiert sich am Einfallswinkel der Sonne. Die maximal zulässige Höhe der Südfassade ist höher als die maximal

zulässige Höhe der Nordfassade. Der Raum zwischen diesen Höhenangaben kann bebaut werden. Das Gebäude darf jedoch nicht über die Hüllkurve hinausreichen.

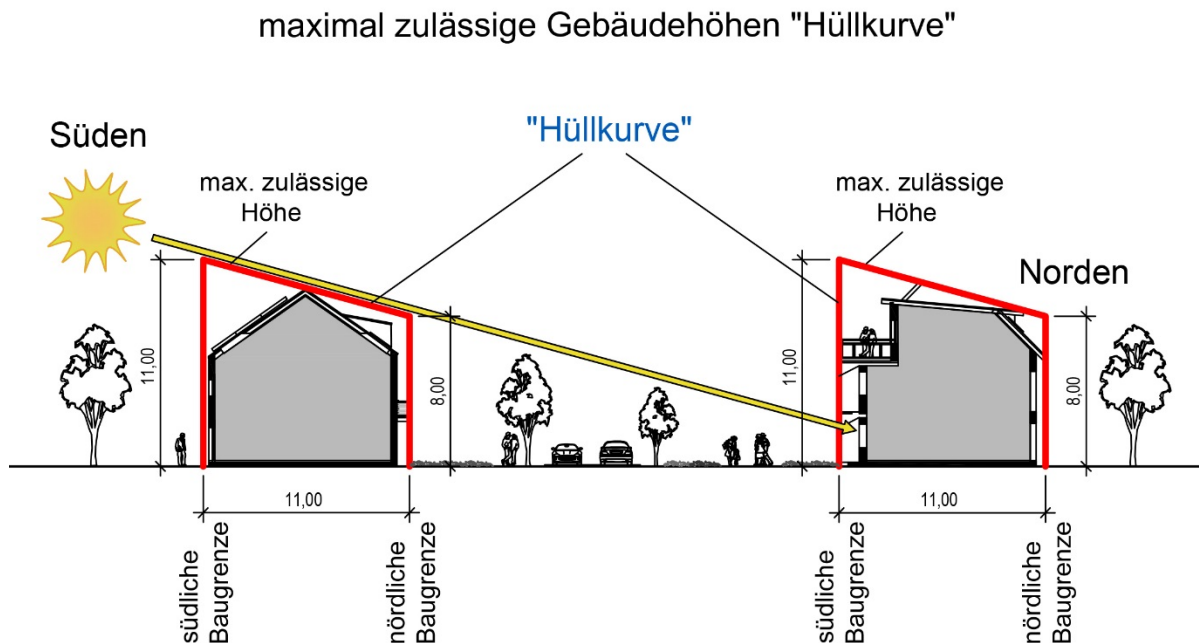


Abbildung: Hüllkurve
Quelle: Stadt Braunschweig

- Zudem kann beispielsweise festgesetzt werden, dass einzelne Flächen für die Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB) nicht nahe der Südfassade eines Gebäudes angeordnet werden.

Regelungsmöglichkeiten zu gebäude- und energieeinsparungsbezogene Maßnahmen finden sich auch in örtlichen Bauvorschriften: Gemäß § 84 Abs. 3 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) können Gemeinden zur Verwirklichung ökologischer Absichten Regelungen erlassen, z. B. können besondere Anforderungen an die Gestaltung von Gebäuden gestellt werden, insbesondere für die Gebäude- und Geschosshöhe, für die Auswahl der Farben der von außen sichtbaren Bauteile und der Baustoffe sowie für die Neigung der Dächer. Diese Regelungen ergänzen den Festsetzungskatalog nach § 9 Abs. 1 BauGB.

Ergänzender Hinweis: Vorgaben zum Einbau technischer Anlagen und zur Festlegung bestimmter Energiestandards bzw. Energieeffizienz (energiesparende Klimaanlage, energiesparende Heizungen etc.) sind als Festsetzung im Bebauungsplan derzeit nicht

rechtssicher möglich. Hierzu bieten sich jedoch z. B. Vereinbarungen im Rahmen öffentlich-rechtlicher bzw. privatrechtlicher Verträge mit den Bauherren/Bauträgern an, die zur Festlegung eines Energiemindeststandards geschlossen werden können.

2.2.2.8 Festsetzungen zur Energieversorgung

Für eine optimale Energieversorgung des Baugebietes aus erneuerbaren Energien ist es hilfreich, ein Energiekonzept aufzustellen, das Vorgaben und Zielwerte zur Energieversorgung definiert und eine Grundlage für die Planung des Gebietes und die Abwägung von entsprechenden Festsetzungen des Bebauungsplanes bietet.

Anlagen für erneuerbare Energien auf dem Baugrundstück

- Anlagen für erneuerbare Energien sind in reinen Wohngebieten innerhalb von Gebäuden als Bestandteil der Hauptanlage zulässig, jedenfalls, wenn überwiegend für den Eigenbedarf Strom erzeugt wird.
- Als gewerbliche Nutzung sind Anlagen zur Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien sowie Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Dorf-, Kern- und Mischgebieten sowie Gewerbe- und Industriegebieten als Nutzungsart allgemein zulässig. In allgemeinen Wohngebieten sind solche Anlagen ausnahmsweise zulässig; unzulässig sind sie lediglich in reinen Wohngebieten. Dabei ist jeweils der Störgrad der Anlage zu berücksichtigen.
- Ferner sind die Anlagen auch in allen Baugebieten als Nebenanlagen zulässig, hierfür bedarf es keiner ausdrücklichen Zulassung durch die Behörde.

Die dazu notwendige räumliche Unterordnung gegenüber der Hauptnutzung kann dann angenommen werden, wenn z. B. eine Solaranlage nicht über die Dach- oder Wandfläche des Gebäudes hinausgeht. Aber auch gebäudeunabhängige Solaranlagen oder Anlagen zur Nutzung der Geothermie sind bauplanungsrechtlich als untergeordnete Nebenanlagen einzustufen, soweit sie der Eigenart des Baugebietes nicht widersprechen. Durch den neu eingefügten § 14 Abs. 3 BauNVO wird geregelt, dass Solaranlagen auf Dächern und an Wänden sowie Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Gebäuden auch dann als untergeordnete Nebenanlagen behandelt werden, wenn die durch sie erzeugte Energie vollständig oder überwiegend ins öffentliche

Netz eingespeist wird. Anders als bei sonstigen Nebenanlagen wird hier also auf das Merkmal der funktionellen Unterordnung verzichtet.

Anlagen für erneuerbare Energien auf gesonderter Fläche

Im Bebauungsplan besteht zudem die Möglichkeit, Erneuerbare-Energien-Anlagen auf einer eigens dafür vorgesehenen Fläche innerhalb des Baugebietes vorzusehen z. B. fallen hierunter Anlagen für eine Nahwärmeversorgung.

- Der Verordnungsgeber hat in § 11 Abs. 2 BauNVO ausdrücklich bestimmt, dass Gebiete, die der Erforschung, Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien dienen, in einem Bebauungsplan als sonstige Sondergebiete (z. B. „Solarpark“) festgesetzt werden können.
- Neben der Sondergebietsfestsetzung kann auch die Festsetzung einer Versorgungsfläche für die Versorgung (mit Energie) gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB in Frage kommen, wenn die Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien der öffentlichen Versorgung dienen. Das gilt auch „für Anlagen und Einrichtungen zur dezentralen und zentralen Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung“. Hierunter fallen auch mit regenerativen Energieträgern betriebene Blockheizkraftwerke für eine Nahwärmeversorgung. Dabei kommt es planungsrechtlich nicht auf die Rechtsform des Trägers der Versorgungsanlage an. Anlagen, die vorrangig der Versorgung eines einzelnen Nutzers, z. B. eines Industriebetriebes dienen, können jedoch nicht als Versorgungsflächen festgesetzt werden.
- Die Führung von oberirdischen oder unterirdischen Versorgungsanlagen und -leitungen, die zu den einzelnen Wärmeabnehmern führen, kann ebenfalls im Bebauungsplan festgesetzt werden (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB).
- Führen die Leitungen über private Grundstücke, sind sie mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB) für den Netzbetreiber abzusichern.
- Daneben können gem. § 9 Abs. 1 Nr. 23 b) BauGB Gebiete festgesetzt werden, in denen bei der Errichtung von Gebäuden bestimmte bauliche Maßnahmen für den Einsatz erneuerbarer Energien wie insbesondere Solarenergie getroffen werden

müssen. Diese Festsetzungen müssen die Vorgabe der Maßnahmen zum Inhalt haben, die den Einsatz erneuerbarer Energien ermöglichen sollen. Der Einbau von Anlagen zur Gewinnung/Nutzung erneuerbarer Energien selbst ist nicht Gegenstand der Festsetzung, sondern lediglich die Schaffung von baulichen Voraussetzungen hierfür.

- Sollen Gebäude an ein Nah- oder Fernwärmenetz angeschlossen werden, kann auf Grundlage von § 9 Abs. 1 Nr. 23 b BauGB festgesetzt werden, dass sie mit baulichen und technischen Maßnahmen so auszuführen sind, dass sie an das Wärmenetz angeschlossen werden können. Der Anschluss selbst ist nicht Gegenstand der Festsetzung, sondern lediglich die Schaffung von baulichen und technischen Voraussetzungen hierfür.

Festsetzungen zum Anschluss- und Benutzungszwang an zentrale Anlagen der Energieversorgung lassen sich aus § 9 Abs. 1 Nr. 23 a BauGB nicht ableiten. Es besteht im Prinzip auf Grundlage des § 16 EEWärmeG i. V. m. der entsprechenden landesgesetzlichen Ermächtigung (§§ 10 und 13 NKomVG) die Möglichkeit zum Erlass einer entsprechenden Satzung, die dann mit den Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB kombiniert und gemäß § 9 Abs. 6 BauGB nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen werden kann. Eine entsprechende Satzung liegt in Braunschweig jedoch nicht vor.

2.2.2.9 Festsetzungen zur Überschwemmungsvorsorge

Für überschwemmungsgefährdete Grundstücksbereiche können überschwemmungsverträgliche oder –unempfindliche Nutzungen festgelegt werden (z. B. Grünflächen) oder sie können ganz von der Bebauung freigehalten werden.

- Darüber hinaus kann über Festsetzungen zur Art und Maß der baulichen Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 – 3 BauGB Einfluss auf den Wasserhaushalt genommen werden. So kann zum Beispiel über die Grundflächenzahl (Nr. 1) und über die Begrenzung der überbaubaren Grundstücksflächen (Nr. 2) die Versiegelung der Baugrundstücke gesteuert werden. Auch durch die Festsetzung der Mindestmaße von Baugrundstücken (Nr. 3) kann eine Verringerung baulicher Verdichtung erreicht werden.

- Neben der Freihaltung von Flächen zur (temporären) Retention oder zur Verdunstung von Niederschlagswasser ist auch die Freihaltung von Notabflusswegen möglich. Zusätzlich können geeignete, das heißt unempfindliche, Nutzungen für die frei zu haltenden Flächen § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB festgesetzt werden.
- Durch Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB (Flächen für die Abfall- und Abwasserbeseitigung) können Flächen für Regenrückhaltebecken und –flächen sowie Versickerungsanlagen gesichert werden.
- Grünflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB können mit einer bestimmten Zweckbestimmung festgesetzt werden, bspw. einer (temporären) Regenwasserrückhaltung oder einer Notentwässerung auf Grünflächen. Hier bieten sich Ansatzpunkte für eine wassersensible Stadtentwicklung in Form einer multifunktionalen Flächennutzung.
- Wasserflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB umfassen stehende oder fließende Gewässer. Wasserwirtschaftliche Flächen haben vor allem wasserrechtliche Gegenstände zum Inhalt. Als Hochwasserschutzanlagen werden in der Regel Deiche und Dämme festgesetzt, Flächen zur Regelung des Wasserabflusses umfassen Gräben, Kanäle, Vorfluter, Hochwasserabflussgebiete usw.
- Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 (Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft) erfolgen vor allem zum Ausgleich von Eingriffen in die Natur. In diesem Zusammenhang besteht bspw. die Möglichkeit, in Kombination mit Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 14 – 15, dezentrale Systeme z. B. der Mulden- oder Grabenentwässerung festzusetzen. Diese Flächen können im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffs-/Ausgleichsvorschriften als Teilausgleich angerechnet werden.
- Durch Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 21 können Notwasserwege vorgesehen werden, damit die bei Starkregenereignissen auftretenden Abflussspitzen in weniger gefährdete Bereiche geleitet werden können. Um eine Freihaltung der hierfür benötigten Flächen zu gewährleisten, können die Notwasserwege mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Gemeinde bzw. des Leitungsträgers (Stadtentwässerung) belastet werden.

- § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB von der Bebauung frei zu haltende Schutzflächen und ihre Nutzung

Die Festsetzung solcher Bereiche verfolgt vor allem das Ziel, durch Abstände einen erforderlichen Schutz zu erreichen. Obwohl in der Praxis bisher vorwiegend zum Immissionsschutz herangezogen, bietet sich hier eventuell ein Ansatzpunkt für eine Nutzung des Instrumentes zum Schutz vor den schädlichen Einwirkungen von Überflutungen bei Starkregenereignissen.

- § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern usw. sowie Pflanzbindungen und Erhalt von Pflanzen und Gewässern

Entsprechende Festsetzungen können sich auf den gesamten Geltungsbereich oder auf Teilbereiche beziehen. Diese Norm ermöglicht die Festsetzung von Fassaden und/oder Dachbegrünung. Dabei müssen ordnungsrechtliche Belange sowie Kosten der Bepflanzung in die Abwägung mit einfließen.

- § 9 Abs. 3 Satz 1 BauGB Festsetzung einer Höhenlage für Festsetzungen gem. Abs. 1

Da Abflüsse durch kleinste Höhenunterschiede in die eine oder andere Richtung gelenkt werden können, kann es für einen geordneten Notabfluss von Regenwasser sinnvoll sein, genaue Vorgaben zur Geländeoberfläche zu machen. Zudem kann die Höhenlage der Erschließungsstraßen und des Geländes so festgesetzt werden, dass sie über dem zu erwartenden Wasserspiegel bei Starkregen liegt. Ferner besteht im Sinne der Überflutungsvorsorge die Möglichkeit, die Erdgeschossfußbodenhöhe verbindlich über dem geplanten Straßenniveau festzusetzen.

- § 9 Abs. 3 Satz 2 BauGB Festsetzungen gemäß Abs. 1 für einzelne Geschosse eines Gebäudes

Mit dieser Festsetzung lassen sich geschossweise oder im Verhältnis zur Geländeoberfläche Gebäudenutzungen festsetzen bzw. ausschließen. Somit können bei einem erhöhten Überschwemmungsrisiko bspw. Aufenthaltsräume in Kellerräumen ausgeschlossen werden.

- § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB Kennzeichnung von Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind.

Diese Kennzeichnungen haben keine rechtliche Verbindlichkeit, sondern erfüllen eine reine Warnfunktion. Sie sollen Behörden sowie Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer im Rahmen von nachfolgenden Genehmigungsverfahren auf mögliche Gefahren, z. B. infolge von Starkregenereignissen, hinweisen. Auf diese Weise kann eine angepasste bauliche Nutzung befördert werden.

2.2.2.10 Festsetzungen, die im Rahmen der Bauleitplanung nicht möglich sind

Insbesondere:

- Vorgaben zum Einbau technischer Anlagen und zur Festlegung bestimmter Energiestandards sind als Festsetzung im Bebauungsplan derzeit nicht rechtssicher möglich. Hierzu bieten sich jedoch z. B. Vereinbarungen im Rahmen öffentlich-rechtlicher bzw. privatrechtlicher Verträge mit den Bauherren/Bauträgern an, die zur Festlegung eines Energiemindeststandards geschlossen werden können.
- Verbrennungsverbote und Emissionsbeschränkungen für Luftschadstoffe können nur mit lokalen Besonderheiten (z. B. Klinikviertel, Status als Kurort, inversionsgefährdete Lage, Frischluftschneise etc.), nicht jedoch mit globalem Klimaschutz begründet werden. Und auch dann müssen verschiedene Versorgungsalternativen vorhanden sein. Das Verbot aller Brennstoffe bis auf einen (z. B. Erdgas) ist ebenso wenig zulässig wie die Verpflichtung auf den Einsatz von Brennkesseln (vgl. VGH BW, AZ. 5S317/93).
- Ein Anschluss- und Benutzungszwang an zentrale Anlagen der Energieversorgung kann als Festsetzung im Bebauungsplan nicht umgesetzt werden, da hierfür keine Rechtsgrundlage gegeben ist. Er lässt sich auch nicht aus § 9 Abs. 1 Nr. 23 a BauGB ableiten.

2.2.3 Weitere Regelungsmöglichkeiten

Über die vorgenannten Festsetzungs- und Regelungsmöglichkeiten hinaus besteht die Option, mit dem Vorhabenträger einen städtebaulichen Vertrag bzw. Durchführungsvertrag zum Bebauungsplan zu schließen. Ist die Stadt selbst Grundstückseigentümerin, bieten sich Regelungen durch privatrechtliche Verträge (Grundstückskaufgeschäft) an.

2.2.3.1 Städtebaulicher Vertrag oder Durchführungsvertrag zum VEP

Eine Kommune kann mit einem Dritten in einem städtebaulichen Vertrag nach § 11 BauGB Regelungen vereinbaren, die über die Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan hinausgehen. Dies gilt auch für einen Durchführungsvertrag im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans (§ 12 BauGB).

Im Rahmen der Vertragsverhandlungen besteht die Option, den Vorhaben- und Erschließungsträger auf die Erfüllung bestimmter ökologischer bzw. energiesparender Vorgaben zu verpflichten. Auch die Festlegung auf einen bestimmten Energie- bzw. Dämmstandard oder Energieträger (z. B. Anschluss an Nahwärme) ist dann möglich. Gegenstände des Vertrages können beispielsweise die Vereinbarung eines Energiekonzeptes im Rahmen der Entwurfserarbeitung, die Nutzung von Netzen und Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK-Anlagen) und regenerativer Energien, Anforderungen an Wärmeschutzstandards usw. sein.

Beim Abschluss von städtebaulichen Verträgen verfügen die Städte und Gemeinden ebenfalls über einen größeren Gestaltungsspielraum. Maßgeblich dafür ist, dass die Investoren/Grundeigentümer sich mit den durchzuführenden Maßnahmen einverstanden erklären. Städtebauliche Verträge dürfen aber nicht gegen gesetzliche Regelungen verstoßen oder sittenwidrig sein.

Mit dem § 11 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, nach dem insbesondere die Nutzung von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung und von Solaranlagen geregelt werden können, soll aber offenbar verdeutlicht werden, dass die auf den allgemeinen Klimaschutz und die Energieeffizienz bezogenen Zielvorgaben in §§ 1 Abs. 5 und 6 BauGB auch durch vertragliche Vereinbarungen umsetzbar sind. Außerdem stellt § 11 Abs. 1 Nr. 4 BauGB ausdrücklich klar, dass damit auch verhaltensbezogene Anforderungen in Form von Anschluss- und Benutzungspflichten geregelt werden können.

Nach § 11 Abs. 1 Nr. 5 BauGB können Anforderungen an die energetische Qualität von Gebäuden vereinbart werden.

Allerdings muss zwischen den vereinbarten Maßnahmen (z. B. Nutzung von Solaranlagen) und den von der Kommune verfolgten Planungszielen ein „städtebaulicher Zusammenhang“ bestehen. Das ergibt sich aus dem Wortlaut von § 11 Abs. 1 Nr. 4 und 5

BauGB („entsprechend den mit den städtebaulichen Planungen und Maßnahmen verfolgten Zielen...“). Die Vereinbarungen über die Nutzung von KWK-Anlagen oder von Solaranlagen sollten mit einer darauf ausgerichteten Planungskonzeption der Gemeinde verknüpft sein. D. h., die Vereinbarungen werden wohl nur ergänzend zu einem Bebauungsplan getroffen werden können, der die Grundlage für die Umsetzung derartiger Maßnahmen schafft (damit sind nicht zwingend Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB gemeint).

Zu beachten ist schließlich noch, dass bei städtebaulichen Verträgen die vereinbarten Leistungen gemäß § 11 Abs. 2 BauGB den gesamten Umständen nach angemessen sein müssen. Auch hier spielt es eine Rolle, ob z. B. die vereinbarte Nutzung einer Solaranlage mit zumutbaren Aufwendungen realisierbar ist. Es ist also in ähnlicher Weise eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit erforderlich wie bei der Vereinbarung von Folgekosten.

Der Katalog nach § 11 Abs. 1 Nr. 4 und 5 BauGB ist nicht abschließend, sondern benennt zentrale Anwendungsbereiche nur beispielhaft.

Hier kann von einer Angemessenheit der Verpflichtung ausgegangen werden, weil die potentiellen Bau- und Energiekosteneinsparungen im Verhältnis zum Aufwand deutlich sind.

Die Vereinbarung zur Nutzung von Solaranlagen sollte mit entsprechenden Planungsvorgaben nach § 9 Abs. 1 Nr. 23 b BauGB gekoppelt werden. Die Aufwendungen stehen im Verhältnis zu den verringerten Kosten für Wärmeschutz nach EnEV.

Es können ferner Vereinbarungen zur Energieeffizienz der Gebäude mit einer Beschränkung des Jahresprimärenergiebedarfs (Passiv-/Niedrigenergiebauweisen) getroffen werden. Hier ist zu beachten, welche gesetzlichen Standards gerade gelten bzw. welche Anforderungen per se durch die neue EnEV 2014 gegeben sind. Weiterhin ist es möglich, die Art der Heizanlage (allgemeine Brennwerttechnik oder KWK-Anlage) oder das Verbrennungsverbot für flüssige oder fossile Brennstoffe sowie den Bezug von Nah-/Fernwärme zu vereinbaren.

Hierbei ist aber zu beachten, dass die o. g. Maßnahmen wie z. B. Passivhaus/Niedrigenergiehaus oder die Nutzung von thermischen Solaranlagen die Wirtschaftlichkeit einer leitungsgebundenen Wärmeversorgung beeinträchtigen (energetisch und wirtschaftlich konkurrierende Maßnahmen).

Beispiele für vertragliche Regelungen:

- Anforderungen an wärmeschutzbauliche Standards, z. B. Anforderungen an den spezifischen Transmissionswärmeverlust des Gebäudes in Bezug zur EnEV, Anforderungen an den Jahresheiz-/Jahresprimärenergiebedarf
- Anforderungen an die effiziente Energieversorgung z. B. Verbrennungsverbot, Vorgabe bestimmter Heizungsanlagen (z. B. Brennwerttechnik), Anschluss- und Benutzungsverpflichtung für Fern-Nahwärme-Einrichtungen, Folgekostenregelungen, Festlegung zentraler/dezentraler Wärmeversorgung, Festlegung Wahl des Energieträgers, Festlegung regenerative Unterstützung der Energieversorgung
- Anforderungen an die Nutzung erneuerbarer Energien, z. B. Verpflichtung aktiver Solarenergienutzung oder andere EE, Anforderungen an den Jahresprimärenergiebedarf in Bezug zur EnEV
- Anforderungen an das Verfahren, z. B. Anforderungen an Qualitätssicherung (Überprüfung der Standards/Nachweise), Bindung an ein Energiekonzept, Festlegung von Vertragsstrafen.

2.2.3.2 Privatrechtlicher Vertrag

Ist die Gemeinde Grundstückseigentümerin der zur geplanten Bebauung in Rede stehenden Flächen, kann sie nach dem Grundsatz der Vertragsfreiheit in privatrechtlichen Verträgen im Rahmen des rechtlich Möglichen angemessene Vereinbarungen, z. B. zum Anschluss an ein Versorgungsnetz, zur Nutzung erneuerbarer Energien oder zur Einhaltung bestimmter Energiestandards, treffen.

Vereinbarungen zum Klimaschutz können auch in privatrechtlichen Verträgen zwischen der Kommune bzw. kommunalen Eigengesellschaften und Grundstückskäufern beim Verkauf von kommunalen Baulandgrundstücken geschlossen werden. Entsprechend den öffentlich-rechtlichen städtebaulichen Verträgen gilt auch hier der Grundsatz der Angemessenheit. Dies kann ggf. auch durch Subventionen des Grundstücksverkaufspreises erreicht werden. Zudem kann eine energieoptimierte Planung zu einer Baukostenersparnis führen im Vergleich zu einer nicht optimierten Planung, die dann die Mehrkosten für den erhöhten Wärmeschutz aufwiegt.

Die zivilrechtlichen vertraglichen Vereinbarungen können umfassen:

- Verbrennungsverbot
- Anschluss- und Benutzungspflicht für leitungsgebundene Energie- und Wärmeversorgung
- Anlagen zu regenerativen Energien
- Passiv-/Niedrigenergiebauweise bzw. bautechnische Standards.

2.2.3.3 Informelle Steuerungsinstrumente

Möglichkeiten der Beeinflussung von Energiesparmaßnahmen über die Bauleitplanung hinaus, beispielsweise durch:

- begleitende Maßnahmen wie eine transparente Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit,
- gut kommunizierte und konsequente Anreize zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen Planung und Realisierung
 - z. B. Informationsbroschüren, Internetauftritte, Beratungsangebote, Bonuspunkteprogramme,
- gut durchdachtes Energiekonzept,
- Ausnutzung unterschiedlicher Regelungsinstrumente, wie z. B. Fern-/Nahwärmesatzungen etc.,
- ergänzende Förderprogramme des Bundes, des Landes oder der Kommune.

2.3 Fazit und Ausblick

Klimaschutz ist für die Stadt Braunschweig ein wichtiges Handlungsziel. Dies beinhaltet, dass die Stadt Braunschweig sich an den Klimaschutzzielen der Bundesregierung orientiert und im Rahmen ihrer Möglichkeiten bis zum Jahr 2020 (gegenüber 1990) den Ausstoß von Treibhausgasen um 40 % senkt. Die Erarbeitung einer „Leitlinie Klimaschutzgerechte Bauleitplanung mittels Bebauungsplänen“ ist dabei nur eine von vielen Maßnahmen aus dem Maßnahmenkatalog des Klimaschutzkonzeptes, das der Rat am

14. Dezember 2010 (Drucksache 13947/10) beschlossen hat, und damit Teil der lokalen Gesamtstrategie für den Klimaschutz.

Die Handlungsbereiche, die in der Leitlinie aufgezeigt werden, weisen den Weg zu einer klimagerechten Bauleitplanung und bieten damit eine systematisch erarbeitete Grundlage für die Arbeit der Verwaltung und die Entscheidungen der politischen Akteure. Darüber hinaus werden in der Leitlinie Steuerungsmöglichkeiten vorgestellt, mit denen die Bauleitplanung gezielt Einfluss auf den Klimaschutz in den geplanten Baugebieten nehmen kann. Die Checklisten sollen Planern bei der Erarbeitung der Bauleitpläne eine Orientierungshilfe an die Hand geben, mit denen die Berücksichtigung der Klimaschutzaspekte anhand der vorliegenden Planung überprüft werden kann.

Bei der konkreten Ausgestaltung und Anwendung der Leitlinie ist jedoch zu bedenken, dass der Klimaschutz in der Praxis häufig keinem einheitlichen Muster folgt, sondern sich im Spannungsfeld zwischen dem Gewünschten und dem Möglichen bewegt und sich damit mitunter im Widerspruch mit anderen städtebaulichen oder politischen Zielsetzungen befindet. Auch die Klimaschutzziele selbst können sich widersprechen. So führt eine hohe bauliche Dichte im Sinne der klimagerechten Planung zwar zu einer geringen Flächeninanspruchnahme, sie führt aber auch zu einem hohen Versiegelungsgrad, der sich wiederum negativ auf das lokale Stadtklima auswirkt. Zudem müssen bei jeder Planung die vorgefundene Situation, die umgebende Siedlungsstruktur, die angestrebten Planungsziele oder andere individuelle Besonderheiten berücksichtigt werden. Wie die manchmal auch widersprüchlichen Zielsetzungen erfüllt werden können, muss daher jeweils in einer spezifischen und einzelfallbezogenen Konzeption unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse erarbeitet und entschieden werden.

Allgemeine, stadtweit gültige Vorgaben oder eine generelle Handlungsanleitung in Form von Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien kann die Leitlinie daher nicht an die Hand geben. Die Herausforderung in der Praxis wird darin bestehen, rechtssichere und verbindliche Festsetzungen und Regelungen zu formulieren sowie bei der Abwägung das richtige Maß bei den Anforderungen an Baufreiheit, Klimaschutz und anderen Aspekte zu finden.

Abkürzungsverzeichnis

A/Ve	Außenflächen-Volumenverhältnis
BauGB	Baugesetzbuch
BHKW	Blockheizkraftwerk
EEWärmeG	Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich
EnEV	Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden
FNP	Flächennutzungsplan
GRZ	Grundflächenzahl
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
NBauO	Niedersächsische Bauordnung
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
PV	Photovoltaik

Literatur

- Amt für Stadtplanung und Bauordnung Stadt Essen; Leitfaden für eine energetisch optimierte Stadtplanung, Planungsgegebenheiten - Städtebaulicher Entwurf - Bebauungsplan - Vertragliche Regelungen; November 2011, Essen
- Astrid Hellweg, Gisela Karsch-Frank, Ulrich Schneider, 2013: Konkrete Planungshinweise zur Gestaltung öffentlichen Grüns; Grünflächen klimagerecht ausbauen; <https://stadtundgruen.de/artikel/gruenflaechen-klimagerecht-ausbauen-6301.html>, Abrufdatum 23.08.2018
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR); Handlungsziele für Stadtgrün und deren empirische Evidenz; Bonn 2018
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB); Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft, Grünbuch Stadtgrün; Mai 2015, Bonn
- Bundesregierung: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Neuauflage 2016, Kabinettsbeschluss 11. Januar 2017, Berlin
- Energieagentur NRW (2018): 100 Klimaschutzsiedlungen in Nordrhein-Westfalen Planungsleitfaden; September 2009, Düsseldorf
- Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein; Klimaschutz und Anpassung in der integrierten Stadtentwicklung; Arbeitshilfe für schleswig-holsteinische Städte und Gemeinden; Oktober 2011, Kiel
- KRdL: Kommission Reinhaltung der Luft im VDI und DIN (Hrsg.), Stadtklima und Luftreinhaltung – Ein wissenschaftliches Handbuch für die Praxis in der Umweltplanung, 1988, Berlin u. a.
- Mayer, H., Beckröge, W., Matzarakis, A.: Bestimmung von stadtklimarelevanten Luftleitbahnen, UVP-Report 5/94. S. 265 - 267, 1994, Paderborn
- Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V.; Leitfaden zur Starkregenvorsorge - Ein Nachschlagewerk für Kommunen der Metropolregion Nordwest; Juli 2016, Delmenhorst
- Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg: Arbeitshilfe Bebauungsplanung; November 2014, Potsdam
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration (2018); Plan zwei Stadtplanung und Architektur im Auftrage des Landes Niedersachsen; Internetseiten der Niedersächsischen Initiative für Klimaschutz in der Siedlungsplanung (NIKiS); Planungshilfen, <http://www.nikis-niedersachsen.de>, Abrufdatum 23.08.2018.

Niedersächsisches Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung; Klimaschutz in der Siedlungsentwicklung – Ein Handbuch; April 2014, Hannover

Regionalverband Großraum Braunschweig (2018): Masterplan 100 % Klimaschutz für den Großraum Braunschweig

Scherer, D., 2007: Besseres Stadtklima durch viele Parks; https://www.pressestelle.tu-berlin.de/newsportal/forschungsberichte_aus_der_universitaet/2007/besseres_stadtklima_durch_viele_parks/, Abrufdatum 23.08.2018

Stadt Freiburg im Breisgau: Bebauungsplan 'Car-Sharing-Stellplatzkonzept', Plan-Nr. 8 - 1 (Altstadt, Neuburg, Herdern, Zähringen, Brühl, Waldsee, Littenweiler, Oberau, Wiehre, Günterstal, Stühlinger, Mooswald, Betzenhausen, Landwasser, Lehen, Haslach, St. Georgen, Weingarten, Rieselfeld und Vauban) - vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB

3.1 Checkliste: Vorbereitungsphase

		Voll erfüllt		Teilw. erfüllt		Nicht erfüllt		Nicht relevant
Kriterium 1 Standortwahl								
1.1	Bei Wohngebieten ist die wohnortnahe, fußläufige Erreichbarkeit der bestehenden Nahversorgungseinrichtungen gegeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.2	Das Quartier ist gut an das bestehende ÖPNV-Netz (Bus-/Stadtbahn-Haltestelle) angeschlossen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.3	Das Plangebiet ist an das übergeordnete Fuß- und Fahrradverkehrsnetz angeschlossen (äußere Erschließung).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.4	Ein Anschluss des Plangebiets an das bestehende örtliche Straßennetz ist bereits vorhanden (äußere Erschließung).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.5	Ein Anschluss des Gewerbegebiets an Gleisanlagen ist gegeben oder herstellbar, wenn erforderlich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.6	Bei Wohngebieten ist die wohnortnahe, möglichst fußläufige Erreichbarkeit von öffentlichen Versorgungseinrichtungen gegeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.7	Flächen mit Frisch- und Kaltluftentstehungsfunktionen sind von Bebauung freigehalten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.8	Luftleitbahnen sind von Bebauung freigehalten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.9	Die Planungsempfehlungen aus der Stadtklimaanalyse mit ihrer Klimafunktions- und Planungshinweiskarte werden befolgt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kriterium 2 Instrumente zur Optimierung der Planung								
2.1	Zur Qualitätsverbesserung wird ein städtebaulicher Wettbewerb/ein Werkstattverfahren unter Berücksichtigung von Aspekten des Klimaschutzes und der Klimaanpassung durchgeführt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.2	Es wird ein grünordnerischer Fachbeitrag erstellt, in dem das Freiraumkonzept für das Plangebiet entwickelt sowie alle zu beachtenden, von der Planung betroffenen naturschutzfachlichen Belange behandelt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.3	Zur Optimierung der klimagerechten Mobilität wird ein quartiersbezogenes Mobilitätskonzept erstellt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.4	Zur solarenergetischen Optimierung bzw. klimagerechten Energieversorgung des Baugebietes wird ein Energiekonzept erstellt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

		Voll erfüllt	Teilw. erfüllt	Nicht erfüllt	Nicht relevant
Kriterium 3 Ergänzende Steuerungsinstrumente					
3.1	Klimarelevante Aspekte werden über den Bebauungsplan hinaus auch im städtebaulichen Vertrag geregelt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.2	Klimarelevante Aspekte werden auch in den Grundstückskaufverträgen geregelt (nur bei städtischen Grundstücken).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3.2 Checkliste: Städtebaulicher Entwurf

		Voll erfüllt	Teilw. erfüllt	Nicht erfüllt	Nicht relevant
Kriterium 4 Stadtklima					
4.1	Der Entwurf sieht ausreichend dimensionierte und gestaltete Grünstrukturen zur Verbesserung des Lokalklimas vor (Parks, Wald-, Grünflächen, Gärten etc.).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.2	Der Entwurf sieht Wasserflächen bzw. Wasserläufe zur Verbesserung des Lokalklimas vor.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.3	Straßen und Plätze sind durch Baumpflanzungen beschattet.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.4	Stellplätze sind durch Baumpflanzungen beschattet.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.5	Klimasensible Nutzungsbereiche (z. B. Krankenhäuser, Schulen, Spielplätze, Alten-/Pflegeeinrichtungen, Kindertagesstätten,) sind von klimawirksamen Grün- und Freiräumen (Klimakomforträumen) umgeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.6	Dächer werden begrünt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.7	Fassaden z. B. von Parkhäusern, Lagerhallen, Schallschutzanlagen, etc. werden in besonderer städtebaulicher Situation begrünt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kriterium 5 Siedlungsstruktur					
5.1	Der Entwurf sieht eine verdichtete Bauweise vor (effiziente Anordnung von Baugrundstücken, Verkehrsflächen, überwiegend geschlossene, mehrgeschossige Bebauung).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5.2	Die Gebäude sind so angeordnet, dass sie eine gute Durchlüftung ermöglichen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5.3	Im Einfamilienhausgebiet sollen möglichst kleine Grundstücksgrößen entstehen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5.4	Das Quartier weist eine ausgewogene Nutzungsmischung aus Wohnen und Arbeiten sowie wohnortnahen Versorgungseinrichtungen auf.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kriterium 6 Mobilität					
6.1	Der Verkehrsflächenanteil (insb. für Motorisierten Individualverkehr) im Baugebiet ist gering.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6.2	Die Durchgängigkeit des Plangebiets für den Fuß- und Radverkehr ist gegeben (innere Erschließung). Idealerweise sind Abkürzungswege vorgesehen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

		Voll erfüllt	Teilw. erfüllt	Nicht erfüllt	Nicht relevant
6.3	Im Quartier sind an zentralen Stellen in ausreichendem Umfang Flächen für Carsharingstellplätze vorgesehen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6.4	Der städtebauliche Entwurf sieht an zentraler Stelle, in Eingangsnähe sowie an weiteren geeigneten Standorten in ausreichendem Umfang Flächen für Fahrradstellplätze vor.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6.5	Es liegt eine Straßenraumgestaltung (Straßenausbauplan) vor, die sich an den Bedürfnissen des Fuß- und Fahrradverkehrs orientiert (ausreichende Breite einschließlich Begegnungsverkehr, Querungshilfen, Begrünung, ausreichende Aufstellflächen, Beleuchtung, Beschattung, soziale Kontrolle etc.).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6.6	Es gibt attraktive Fuß- und Radwegeverbindungen innerhalb von Grünflächen (Grünverbindungen).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6.7	Es liegt eine Straßenraumgestaltung (Straßenausbauplan) vor, die sich an den Bedürfnissen des ÖPNV orientiert. Es gibt z. B. komfortable ÖPNV-Haltestellen mit ausreichend Flächen für Wetterschutz.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kriterium 7 Energieeffiziente Baukörper

7.1	Der städtebauliche Entwurf sieht großvolumige und kompakte Baukörper (Tiefe/Länge/Höhe, Dachform, Gliederung) vor. Ziel ist ein möglichst geringes A/V-Verhältnis.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.2	Möglichkeiten der passiven Solarenergienutzung sind im Entwurf berücksichtigt (optimierte Ausrichtung Hauptfassade, geringe Verschattung durch Gebäude und Pflanzen).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.3	Möglichkeiten der aktiven Solarenergienutzung sind im Entwurf berücksichtigt (optimierte Ausrichtung der Dach/Fassadenfläche, geringe Verschattung durch Gebäude/Pflanzen).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kriterium 8 Klimagerechtes Energiekonzept

8.1	Soweit erforderlich, sind zur Umsetzung eines klimafreundlichen Energiekonzepts Flächen für EE-Anlagen / energieeffiziente Technik in den Entwurf integriert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8.2	Soweit erforderlich, sind zur Umsetzung eines Nah-/Fernwärmenetzes erforderliche Leitungen im Entwurf berücksichtigt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kriterium 9 Starkregen und Überschwemmungen

9.1	Im Entwurf werden ausreichend große Flächen für die lokale Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser vorgesehen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9.2	Soweit erforderlich, berücksichtigt der Entwurf Notwasserwege, die bei Starkregenereignissen auftretende Abflussspitzen in weniger gefährdete Bereiche leiten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3.3 Checkliste: Rechtsverbindliche Festsetzungen

		Voll erfüllt	Teilw. erfüllt	Nicht erfüllt	Nicht relevant
Kriterium 10 Städtebauliche Dichte					
10.1	Die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung (u. a. GRZ, GFZ, BMZ, Zahl der Vollgeschosse, Höhe baulicher Anlagen) ermöglichen eine möglichst hohe städtebauliche Dichte.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10.2	Die Festsetzungen zur Anordnung der Bebauung/überbaubaren Fläche (Baulinien/Baugrenzen) lassen eine kompakte Siedlungsstruktur zu.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kriterium 11 Erschließung					
11.1	Es wird ein reduzierter Stellplatzschlüssel festgesetzt (z. B. auf Grundlage eines Mobilitätskonzepts)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11.2	Die Bedürfnisse der klimagerechten Mobilität werden durch entsprechende Festsetzungen berücksichtigt (je nach Situation z. B. Fußgängerbereiche, verkehrsberuhigte Bereiche, eigenständige Fuß- und Radwege, Park + Ride, Busbahnhöfe, etc.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11.3	Es gibt Wegeverbindungen mit Grüncharakter (z. B. Grünfläche mit der Zweckbestimmung Grünverbindung oder Parkanlage).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11.4	Es gibt Festsetzungen zu Anzahl, Umfang und Lage von Fahrradabstellanlagen (auch bei Wohngebäuden).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11.5	Es gibt Festsetzungen zu Carsharing-Stellplätzen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kriterium 12 Nutzungsmischung					
12.1	Die Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung lassen eine Nutzungsmischung im Quartier zu (Wohnen, Arbeit, Schule, Versorgung etc. in räumlicher Nähe).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12.2	Es gibt auf Grundlage des Einzelhandelskonzepts Festsetzungen zur Sicherung der wohnortnahen Versorgung. (Ausschluss bzw. Begrenzung des Einzelhandels an unverträglichen Standorten bzw. Sicherung der Verträglichkeit an geeigneten Standorten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kriterium 13 Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete sowie Luftleitbahnen					
13.1	Die Funktionsfähigkeit von Luftleitbahnen, von Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten wird, soweit erforderlich, planungsrechtlich gesichert (z. B. Ausschluss von Bebauung, Festsetzung einer Freihaltefläche, Höhenbegrenzung oder unter Zuhilfenahme von Baulinien und Baugrenzen).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

		Voll erfüllt	Teilw. erfüllt	Nicht erfüllt	Nicht relevant
Kriterium 14 Grün- und Freiflächen					
14.1	Auf den Grundstücken werden klimawirksame Freiflächen (Gartenflächen) gesichert (z. B. nicht überbaubare Grundstücksflächen mit zusätzlich Ausschluss von Nebenanlagen / Begrenzung der GRZ bzw. private Grünflächen und ihre Nutzung etc.).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14.2	Es werden klimawirksame öffentliche Grünflächen gesichert bzw. geschaffen (z. B. Parkanlage, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt-/Badeplätze, Friedhöfe).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14.3	Es werden klimawirksame landwirtschaftliche und/oder Waldflächen gesichert oder geschaffen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14.4	Es werden klimawirksame Flächen bzw. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kriterium 15 Pflanzbindungen					
15.1	Es werden Pflanz- und Erhaltungsbindungen festgesetzt, die Regelungen zur Art der Begrünung, Dichte, zum Mischungsverhältnis sowie zu Mindeststandards der Pflanzqualität treffen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15.2	Es gibt Festsetzungen zur Dachbegrünung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15.3	In besonderen städtebaulicher Situationen (z. B. Parkhäuser, Schallschutzanlagen, etc.) werden Festsetzungen zur Fassadenbegrünung getroffen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15.4	Es gibt Festsetzungen zur Begrünung von Verkehrsflächen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15.5	Es gibt Festsetzungen zur Stellplatzbegrünung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kriterium 16 Baukörper					
16.1	Die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung und zur überbaubaren Fläche (Baulinien/Baugrenzen) lassen kompakte Gebäude zu.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16.2	Die Festsetzungen zur Stellung baul. Anlagen lassen die Südorientierung (bis 45° Abweichung) der potenziell wärmeaufnehmenden Fassaden-/Dachfläche zu.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kriterium 17 Energieversorgung des Gebietes					
17.1	Soweit erforderlich, werden Flächen, Leitungen und Maßnahmen, die zur klimagerechten Versorgung des Gebietes beitragen, planungsrechtlich gesichert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kriterium 18 Überschwemmungsvorsorge					
18.1	Soweit erforderlich, werden Flächen/Maßnahmen zur Überschwemmungsvorsorge gesichert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Betreff:

Kostengünstige Schülertickets

Organisationseinheit:

Dezernat V
40 Fachbereich Schule

Datum:

10.05.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Schulausschuss (zur Kenntnis)	10.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	21.05.2019	Ö

Sachverhalt:

Verbundweite Lösung

Mit der Mitteilung 19-10060 vom 11. Februar 2019 hatte die Verwaltung zuletzt über den Sachstand zur Einführung eines verbundweiten kostengünstigen Schülertickets informiert. Insbesondere war eingehend erläutert worden, dass ein Gutachten zur Untersuchung der sechs mit den Verbandsgliedern abgestimmten Modelle für das kostengünstige Schülerticket vergeben werden soll.

Auf Grundlage der erarbeiteten und zwischen den acht Verbandsgliedern, dem Regionalverband und der Verkehrsverbundgesellschaft abgestimmten Szenarien hat der Gutachter im April 2019 die Arbeit aufgenommen. Dem Unternehmen mobilité Unternehmensberatung GmbH & Co. KG wurde der Zuschlag erteilt. Das Auftaktgespräch, mit Vertreterinnen und Vertretern der Verbandsglieder (je eine Vertretung Landkreis und Stadt) sind in der Projektgruppe, unter Federführung des Regionalverbandes, einbezogen.

Übergangslösung Stadt Braunschweig im Tarifverbund

Die Verwaltung hat nachfolgende Überlegungen für die Ausgestaltung des Schülertickets zu Grunde gelegt und überschlägig mögliche Kosten ermittelt (siehe Anlage):

- Das Schülerticket soll in der Tarifzone 40 in allen Verkehrsunternehmen gültig sein.
- Die Zugangsvoraussetzung für den Erwerb eines kostengünstigen Schülertickets ist an einen gültigen Schülerausweis oder die Bescheinigung zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst sowie den ersten Wohnsitz in Braunschweig gebunden.
- Nach einer ersten Abschätzung nutzen derzeit ca. 25 % der Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 13 (ca. 3.000) ein Schülerticket im Freiverkauf, weil sie nicht unter die Regelungen der Schülersammelzeitkarte fallen. Diese Anzahl wird sich nach einer groben Einschätzung der Verwaltung im Durchschnitt auf ca. 50 % und somit rund 7.000 Schülerinnen und Schüler verdoppeln.
- Da die Nutzung jahreszeitlich variiert, sind in der durchschnittlichen Nutzung Teilnehmende an Freiwilligendiensten integriert. Eine genaue Anzahl ist der Verwaltung nicht bekannt.

In der Bewertung ist die Schülerstruktur berücksichtigt. Grundschülerinnen und -schüler können das Angebot nutzen, gehören nicht zur großen Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer. Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel setzt in der Regel mit dem Besuch der weiterführenden Schulen ab Klasse 5 ein.

Auf dieser Grundlage ist ein Antrag auf "Einführung einer Übergangslösung Kostengünstiges Schülerticket für die Stadt Braunschweig zum Schuljahr 2019/2020" bei der Verkehrsverbundgesellschaft Großraum Braunschweig am 18. April 2019 gestellt worden. Nach unserem Kenntnisstand wird über diesen Antrag in der Gesellschafterversammlung am 10. Mai 2019 beraten und zeitnah eine Rückmeldung erwartet. Das Ergebnis wird dem Schulausschuss in einer Mitteilung außerhalb von Sitzungen kommuniziert.

Ohne Zustimmung der Verkehrsverbundgesellschaft ist keine Einführung eines neuen Tarifproduktes, wozu ein zeitlich begrenztes Schülerticket für Braunschweig gehörte, möglich.

Mögliche Übergangslösungen Stadt Braunschweig außerhalb des Tarifverbundes

Sofern es keine Mehrheiten für eine Übergangslösung ausschließlich für die Stadt Braunschweig geben sollte, sind bereits erste Ideen zur Umsetzung bewertet worden.

Ausgabe ermäßigter Schülertickets durch die Stadt Braunschweig

Die Stadt Braunschweig erwirbt ein Kontingent an Schülertickets von der VRB. Diese werden unter Nachweis der oben genannten Kriterien zu einem ermäßigten Preis (der vom Rat der Stadt Braunschweig festgesetzt wird) ausgegeben.

Eine solche Lösung ist nicht möglich. Der Erwerb von ermäßigten Tickets basiert auf dem Nachweis zur Berechtigung. Diese Berechtigung kann pauschal durch die Stadt Braunschweig gegenüber der VRB nicht erbracht werden. In den gültigen Tarifbestimmungen heißt es dazu: "Die Berechtigung zum Erwerb von Zeitkarten im Ausbildungsverkehr muss vom Auszubildenden gegenüber dem Verkehrsunternehmen durch eine Kundenkarte mit Lichtbild nachgewiesen werden. [...] Die Kundenkarte wird durch das Verkehrsunternehmen nach Vorlage eines von der Schule bzw. vom Ausbildungsbetrieb ausgefüllten Berechtigungsnachweises für längstens ein Schuljahr ausgegeben. [...] Die Zeitkarten im Ausbildungsverkehr lauten auf die Person des Inhabers und sind nicht übertragbar. Die Kunden sind verpflichtet, die für das Ausstellen erforderlichen personenbezogenen Angaben zu machen." Erst mit Vorlage dieses Ausweises wird die Ermäßigung gewährt.

Ein erworbener Fahrausweis darf darüber hinaus nicht an Dritte weitergegeben werden. Der Handel mit Fahrausweisen ist nur den Verkehrsunternehmen sowie von ihnen beauftragten Unternehmen (Vorverkaufsstellen) zulässig.

Die Stadt Braunschweig müsste dazu außerdem eine Ausgabestelle einrichten (z. B. angedockt an die Bürgerberatung o. ä.) und die entsprechenden personellen Ressourcen bereitstellen.

Erstattung auf Antrag der Schülerinnen und Schüler

Anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler erwerben bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH eine Schülermonatskarte zum ermäßigten Preis. Sie stellen bei der Stadt Braunschweig einen Antrag auf rückwirkende Teilerstattung des Tickets. Diese Erstattung bezieht sich nach dem Tarifpreis für den Stadttarif Braunschweig abzüglich der vom Rat festzulegenden Eigenbeteiligung der Schülerinnen und Schüler.

Nach einer ersten Einschätzung ist dieses Vorgehen rechtlich möglich, bei einem zugleich hohen personellen Aufwand für die Bearbeitung der Anträge. Neben der Berechtigungsprüfung ist die Anlage von Kreditoren für die Überweisungen sowie die Zahlungsanweisung notwendig. Aus dem benannten Volumen von bis zu 7.000 Anträgen monatlich wären hierfür zusätzliche Bearbeitungskapazitäten, begrenzt auf die Zeit der Übergangslösung, zu schaffen.

Eine Prüfung der Aufwände erfolgt derzeit durch die Verwaltung.

Leistungsaufwuchs Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Die Einführung einer Übergangslösung wird zu einer Fahrgaststeigerung insbesondere in der

Frühspitze führen. Es ist jedoch nicht absehbar, wie sich die zusätzlichen Fahrgäste im Gesamtnetz verteilen. Die Verkehrs-GmbH würde daher die Auslastung der Fahrzeuge genau analysieren und ggf. punktuell mit Verstärkerfahrten auf ausgewählten Routen reagieren. Diese wären aus den Mehreinnahmen durch die zusätzlichen Verkaufserlöse zu finanzieren.

Erste Bewertung

Sofern eine im Tarifverbund verankerte Übergangslösung nicht möglich sein sollte, ist eine stadtinterne Antragslösung nach derzeitiger Einschätzung nur mit einem hohen, zeitlich befristeten zusätzlichen Personalaufwand umsetzbar.

In zahlreichen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der angrenzenden Gebietskörperschaften wird eine Braunschweiger Übergangslösung kritisch bewertet. Es wird teilweise ein Unverständnis zum Ausdruck gebracht, dass die Stadt Braunschweig einerseits als treibender Akteur unter den Verbandsgliedern für eine verbundweite Lösung wirbt. Das erfordert ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen gegenüber dem Land Niedersachsen und der Verkehrsverbundgesellschaft. Andererseits besteht die Sorge, dass mit der Übergangslösung Fakten hinsichtlich der Höhe der Eigenbeteiligung geschaffen werden sollen, die die weitere gemeinsame Entwicklung beeinflussen.

Eine Übergangslösung wird von anderen Verbandsgliedern und dem Regionalverband als falsches Signal für die Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen bewertet. Die Braunschweiger Übergangslösung setzte das Zeichen, dass die finanziellen Ressourcen für eine solche Maßnahmen in der Kommune vorhanden sind und zusätzliche Landesmittel nicht notwendig wären.

Diese Rahmenbedingungen und Rückmeldungen sind in den weiteren Beratungen zu bewerten.

Weiteres Vorgehen

Nach der erfolgten Rückmeldung durch die Verkehrsverbundgesellschaft Großraum Braunschweig wird eine mögliche Umsetzung als Tarifmaßnahme vertraglich vorbereitet oder die skizzierte Antragslösung konkretisiert. Eine Entscheidungsgrundlage für den Rat wird für den kommenden Gremienlauf vorbereitet.

Dr. Arbogast

Anlage:

Modellrechnung Übergangslösung Stadt Braunschweig kostengünstiges Schülerticket

Modellrechnung Übergangslösung Stadt Braunschweig kostengünstiges Schülerticket

Zugangsberechtigung:: Schülerinnen und Schüler mit gültigem Schülerausweis und erstem Wohnsitz in Braunschweig
Geltungsbereich: Tarifzone 40 bei allen Verkehrsunternehmen (BSVG, KVG, VLG, WVG, KVM, ERIX)
Ticket: Monatskarte, kein Jahresabo

Schülerticket 15 Euro

Anzahl Schüler/-innen 1-13 Kl.: 23.500
 SSZK-Berechtigte 9.700
 Potential Freiverkäufe 13.800
 Kaufende Schüler 2017*) 3.400 Diese Schülerinnen und Schüler erhalten zukünftig auch den ermäßigten Preis und somit den Zuschuss der Stadt Braunschweig.

		Tarifpreis	Verkaufspreis	Zuschuss	Anz.	Summe	Summe bereits	Gesamtkosten	
		Stufe 1	Stück	Stadt BS	Monate	Neutickets	kaufende Schüler	Stadt/Jahr	
Potential Übergangslösung		10.400		15,00 €		11			
	10%	1.040	50,40 €	15,00 €	35,40 €	11	404.976 €	1.323.960,00 €	1.728.936 €
	20%	2.080	50,40 €	15,00 €	35,40 €	11	809.952 €	1.323.960,00 €	2.133.912 €
	30%	3.120	50,40 €	15,00 €	35,40 €	11	1.214.928 €	1.323.960,00 €	2.538.888 €
	40%	4.160	50,40 €	15,00 €	35,40 €	11	1.619.904 €	1.323.960,00 €	2.943.864 €
	50%	5.200	50,40 €	15,00 €	35,40 €	11	2.024.880 €	1.323.960,00 €	3.348.840 €
	60%	6.240	50,40 €	15,00 €	35,40 €	11	2.429.856 €	1.323.960,00 €	3.753.816 €
	70%	7.280	50,40 €	15,00 €	35,40 €	11	2.834.832 €	1.323.960,00 €	4.158.792 €
	80%	8.320	50,40 €	15,00 €	35,40 €	11	3.239.808 €	1.323.960,00 €	4.563.768 €
	90%	9.360	50,40 €	15,00 €	35,40 €	11	3.644.784 €	1.323.960,00 €	4.968.744 €
	100%	10.400	50,40 €	15,00 €	35,40 €	11	4.049.760 €	1.323.960,00 €	5.373.720 €

*) geschätzt, Schüler/in kauft 11 Monate

Modellrechnung Übergangslösung Stadt Braunschweig

kostengünstiges Schülerticket

Zugangsberechtigung:: Schülerinnen und Schüler mit gültigem Schülerausweis und erstem Wohnsitz in Braunschweig
Geltungsbereich: Tarifzone 40 bei allen Verkehrsunternehmen (BSVG, KVG, VLG, WVG, KVM, ERIX)
Ticket: Monatskarte, kein Jahresabo

Schülerticket 20 Euro

Anzahl Schüler/-innen 1-13 Kl.: 23.500
 SSZK-Berechtigte 9.700
 Potential Freiverkäufe 13.800
 Kaufende Schüler 2017*) 3.400 Diese Schülerinnen und Schüler erhalten zukünftig auch den ermäßigten Preis und somit den Zuschuss der Stadt Braunschweig.

		Tarifpreis	Verkaufspreis	Zuschuss	Anz.	Summe	Summe bereits	Gesamtkosten	
		Stufe 1	Stück	Stadt BS	Monate	Neutickets	kaufende Schüler	Stadt/Jahr	
Potential Übergangslösung		10.400		20,00 €		11			
	10%	1.040	50,40 €	20,00 €	30,40 €	11	347.776 €	1.136.960,00 €	1.484.736 €
	20%	2.080	50,40 €	20,00 €	30,40 €	11	695.552 €	1.136.960,00 €	1.832.512 €
	30%	3.120	50,40 €	20,00 €	30,40 €	11	1.043.328 €	1.136.960,00 €	2.180.288 €
	40%	4.160	50,40 €	20,00 €	30,40 €	11	1.391.104 €	1.136.960,00 €	2.528.064 €
	50%	5.200	50,40 €	20,00 €	30,40 €	11	1.738.880 €	1.136.960,00 €	2.875.840 €
	60%	6.240	50,40 €	20,00 €	30,40 €	11	2.086.656 €	1.136.960,00 €	3.223.616 €
	70%	7.280	50,40 €	20,00 €	30,40 €	11	2.434.432 €	1.136.960,00 €	3.571.392 €
	80%	8.320	50,40 €	20,00 €	30,40 €	11	2.782.208 €	1.136.960,00 €	3.919.168 €
	90%	9.360	50,40 €	20,00 €	30,40 €	11	3.129.984 €	1.136.960,00 €	4.266.944 €
	100%	10.400	50,40 €	20,00 €	30,40 €	11	3.477.760 €	1.136.960,00 €	4.614.720 €

*) geschätzt, Schüler/in kauft 11 Monate

Modellrechnung Übergangslösung Stadt Braunschweig

kostengünstiges Schülerticket

Zugangsberechtigung:: Schülerinnen und Schüler mit gültigem Schülerausweis und erstem Wohnsitz in Braunschweig
Geltungsbereich: Tarifzone 40 bei allen Verkehrsunternehmen (BSVG, KVG, VLG, WVG, KVM, ERIX)
Ticket: Monatskarte, kein Jahresabo

Schülerticket 30 Euro

Anzahl Schüler/-innen 1-13 Kl.: 23.500
 SSZK-Berechtigte 9.700
 Potential Freiverkäufe 13.800
 Kaufende Schüler 2017*) 3.400 Diese Schülerinnen und Schüler erhalten zukünftig auch den ermäßigten Preis und somit den Zuschuss der Stadt Braunschweig.

			Tarifpreis	Verkaufspreis	Zuschuss	Anz.	Summe	Summe bereits	Gesamtkosten
			Stufe 1	Stück	Stadt BS	Monate:	Neutickets	kaufende Schüler	Stadt/Jahr
Potential Übergangslösung		10.400		30,00 €		11			
	10%	1.040	50,40 €	30,00 €	20,40 €	11	233.376 €	762.960,00 €	996.336 €
	20%	2.080	50,40 €	30,00 €	20,40 €	11	466.752 €	762.960,00 €	1.229.712 €
	30%	3.120	50,40 €	30,00 €	20,40 €	11	700.128 €	762.960,00 €	1.463.088 €
	40%	4.160	50,40 €	30,00 €	20,40 €	11	933.504 €	762.960,00 €	1.696.464 €
	50%	5.200	50,40 €	30,00 €	20,40 €	11	1.166.880 €	762.960,00 €	1.929.840 €
	60%	6.240	50,40 €	30,00 €	20,40 €	11	1.400.256 €	762.960,00 €	2.163.216 €
	70%	7.280	50,40 €	30,00 €	20,40 €	11	1.633.632 €	762.960,00 €	2.396.592 €
	80%	8.320	50,40 €	30,00 €	20,40 €	11	1.867.008 €	762.960,00 €	2.629.968 €
	90%	9.360	50,40 €	30,00 €	20,40 €	11	2.100.384 €	762.960,00 €	2.863.344 €
	100%	10.400	50,40 €	30,00 €	20,40 €	11	2.333.760 €	762.960,00 €	3.096.720 €

*) geschätzt, Schüler/in kauft 11 Monate

Betreff:

Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.03.2019

Beratungsfolge:

		Status
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	07.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Braunschweig verfolgt künftig die Strategie, Flächen für Neubaugebiete bereits im Vorfeld möglichst vollständig zu übernehmen. Durch die Steuerung der Bodenbevorratung der Stadt soll eine dem „Allgemeinwohl dienende sozialgerechte Bodennutzung“ gewährleistet werden, wie sie in §1 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) gefordert wird. Auch die „Förderung sozial stabiler Bevölkerungsstrukturen“ und die Anforderungen „kostensparenden Bauens“ sollen in der Bauleitplanung künftig besondere Berücksichtigung finden (§1 BauGB).
2. Die Umsetzung dieser Strategie wird durch das „Bündnis für Wohnen“ begleitet und soll bei der aktuell anstehenden Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes Berücksichtigung finden.

Sachverhalt:

Mit der 2015 erfolgten Aufstellung des Wohnraumversorgungskonzeptes verfolgt die Stadt Braunschweig das Ziel, durch gemeinsames, koordiniertes Handeln Wohnraum in Braunschweig zu bezahlbaren Preisen zu schaffen, um auch in Zukunft alle Einwohner Braunschweigs mit angemessenem Wohnraum versorgen zu können. Die Baugesetzgebung bietet insbesondere mit dem gesetzlichen Postulat einer dem Allgemeinwohl dienenden, sozialgerechten Bodennutzung gemäß § 1 Abs. 5 BauGB den geeigneten Rahmen, das im Wohnraumversorgungskonzept genannte Ziel umzusetzen.

Bereits 2015 wurde im Wohnraumversorgungskonzept festgehalten, dass die Stadt ihre Praxis beim Verkauf städtischer Grundstücke zumindest in Teilen überdenken sollte. In der Folge sind die Immobilienpreise immer weiter gestiegen - nach einem Bericht der Sendung "Markt" im NDR am 28.01.2019 ist Braunschweig sogar die Stadt mit den am stärksten steigenden Immobilienpreisen in Niedersachsen. Das Wohnraumversorgungskonzept hat in diesem Segment damit seine Wirkung verfehlt und es sollte umgehend gegengesteuert werden.

Geeignet scheint hier der Blick nach Göttingen: Dort tritt die Stadt selbst aktiv als Grundstückskäufer auf, indem sie ihr per Gesetz eingeräumtes Vorkaufsrecht ausübt und kann so den Anstieg der Immobilienpreise zu begrenzen. Baugebiete werden meist städtisch realisiert. So sollte die Stadt Braunschweig künftig auch verfahren, um durch eine entsprechende Bauleitplanung eine dem Allgemeinwohl dienende soziale Bodennutzung zu realisieren.

Anlagen: keine

Betreff:

Änderungsantrag zum TOP "Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.05.2019

Beratungsfolge:

Planungs- und Unterausschuss (Vorberatung)

07.05.2019

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

14.05.2019

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

21.05.2019

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen eines dialogorientierten Prozesses im Bündnis für Wohnen eine Konzeption für den verstärkten Ankauf von privaten Grundstücksflächen durch die Stadt Braunschweig zu entwickeln und diese in das „Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen“ zu integrieren.

In diesem Zusammenhang sollen auch die bereits beschlossenen Instrumente, die im „Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen“ festgeschrieben worden sind, evaluiert und bei Bedarf angepasst werden.

Dabei wird das Bündnis für Wohnen wie in der Phase der Erarbeitung des Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen durch eine externe Moderation unterstützt.

Sachverhalt:

Mit dem „Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen“ hat der Rat der Stadt Braunschweig der Verwaltung ein umfangreiches Instrumentarium an die Hand gegeben und sie dabei mit unterschiedlichen Marktsteuerungsmöglichkeiten ausgestattet. Hinsichtlich einer aktiven Bodenvorratspolitik finden sich im Handlungskonzept bereits die Instrumente eines aktiven Vorkaufsrechts sowie der Konzeptvergabe beim Weiterverkauf städtischer Grundstücke an Dritte. Daher erscheint es zunächst sinnvoll, die im Bündnis für Wohnen vorhandene Fachexpertise zu nutzen, um einerseits die Wirksamkeit der bereits vorhandenen Maßnahmen entsprechend würdigen zu können und andererseits ein tragfähiges Konzept für einen möglichen Ankauf von Flächenpotenzialen zu erarbeiten.

Gez.

Nicole Palm

Anlagen: keine

Betreff:
Änderungsantrag zum TOP "Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig"

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
14.05.2019

Beratungsfolge:		Status
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen eines dialogorientierten Prozesses begleitet durch das Bündnis für Wohnen, eine Konzeption für eine verstärkte Flächenvorsorge zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang sollen auch die bereits beschlossenen Instrumente, die im „Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen“ festgeschrieben worden sind, evaluiert und bei Bedarf angepasst werden.

Dabei wird das Bündnis für Wohnen wie in der Phase der Erarbeitung des Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen durch eine externe Moderation unterstützt.

Sachverhalt:

Der Änderungsantrag greift die Beratungen aus der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 7. Mai 2019 auf.

Gez. Nicole Palm

Anlagen: keine

Betreff:

Änderungsantrag zum TOP "Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

21.05.2019

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

21.05.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Braunschweig verfolgt künftig die Strategie, Flächen für Neubaugebiete bereits im Vorfeld möglichst vollständig zu übernehmen. Durch die Steuerung der Bodenbevorratung der Stadt soll eine dem „Allgemeinwohl dienende sozialgerechte Bodennutzung“ gewährleistet werden, wie sie in §1 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) gefordert wird. Auch die „Förderung sozial stabiler Bevölkerungsstrukturen“ und die Anforderungen „kostensparenden Bauens“ sollen in der Bauleitplanung künftig besondere Berücksichtigung finden (§1 BauGB).

2. Die Umsetzung dieser Strategie wird durch das „Bündnis für Wohnen“ begleitet und soll bei der in Ds. 17-03839 angekündigten Evaluation des Handlungskonzeptes, deren Ergebnisse dem Rat Ende 2019 vorgelegt werden sollen, ebenso Berücksichtigung finden wie bei der in der Stellungnahme zum CDU-Antrag (Ds. 19-10643-01) angekündigten Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes.

3. Die im SPD-Änderungsantrag Ds. 19-10895 genannten Aspekte werden im Rahmen des dialogorientierten Prozesses zwischen Verwaltung und "Bündnis für Wohnen" aufgegriffen.

Sachverhalt:**Anlagen: keine**

Betreff:

Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

06.05.2019

Beratungsfolge

Planungs- und Umweltausschuss (zur Kenntnis)

Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)

Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

07.05.2019

14.05.2019

21.05.2019

Status

Ö

N

Ö

Zum Antrag der Fraktion BIBS 19-10443 „Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig“ wird wie folgt Stellung genommen:

Braunschweig ist eine prosperierende Stadt, die in den letzten Jahren einen kontinuierlichen Einwohnerzuwachs hatte und aktuell rd. eine Viertelmillion Einwohnerinnen und Einwohner zählt. Aus diesem Grund betreibt die Stadt seit Jahren die größte Wohnungsbauoffensive der letzten Jahrzehnte, um den Wohnraumbedarf aller Bevölkerungsschichten zu decken.

Die Strategie und Umsetzung der Wohnbauoffensive wurden im stadtweiten Wohnraumversorgungskonzept (2015) und im städtischen Handlungskonzept für preiswerten Wohnraum (2017) festgelegt und untermauert. Zudem wurde im Bündnis für Wohnen richtungsweisende Handlungsempfehlungen für die Wohnungspolitik der Stadt Braunschweig gemeinsam von Politik, Wohnungsbauunternehmen, Sozialverbänden und der Verwaltung erarbeitet.

Insbesondere der Bau von preisgebundenem Wohnraum für einkommensschwache Haushalte spielt in den genannten Grundlagen eine große Rolle:

Mit dem Instrument der 20%-Quote bei Neubauten wird erreicht, dass stadtweit an vielen verschiedenen Standorten neuer Wohnraum mit Belegungsbindung entsteht. Diese stadtweite Streuung unterstützt die Bildung von sozial gemischten Quartieren und wirkt der Segregation entgegen. Der in dem Antrag benannte Planungsgrundsatz der „Förderung sozial stabiler Bevölkerungsstrukturen“ wird somit durch die stadtweite Streuung von Neubauvorhaben mit gebundenem Wohnraum aktiv umgesetzt.

Es entstehen beispielsweise im nördlichen Ringgebiet, in Stöckheim-Süd und in der Weststadt am Alsterplatz sowie an vielen weiteren Standorten in Braunschweig neue preiswerte Wohnungen mit Belegungsbindung, die bereits vertraglich vereinbart sind. In allen zukünftigen Wohnbauprojekten wird die 20%-Quote konsequent weiter angewendet, so dass ein kontinuierlicher Zuwachs an Wohnraum mit Mietpreis- und Belegungsbindungen im gesamten Stadtgebiet erfolgen wird.

Die 20 %-Quote gilt für alle Wohnungsbauunternehmen: kommunale, genossenschaftliche und alle sonstigen Wohnungsbauunternehmen sowie private Investoren. Sie alle tragen zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum und somit zur Schaffung von sozial gemischten Quartieren bei.

Als weiteres wohnungspolitisches Instrument für eine sozialgerechte Bodennutzung ist das kommunale Wohnraumförderprogramm zu nennen, mit dem preiswerter Neubau mit Be-

gungsbindungen auch außerhalb von Bebauungsplänen gefördert wird. In 2019 entstehen durch diese Förderung beispielsweise 114 neue preiswerte Wohneinheiten durch das Studentenwerk Ost-Niedersachsen.

Die Stadt Braunschweig tritt am Wohnungsmarkt als Bauherr durch ihre städtische Tochter, die Nibelungen Wohnbaugesellschaft auf. Durch die Grundstücksgesellschaft Braunschweig (GGB) werden zudem Grundstücke für den Wohnungsbau sowohl angekauft, zusammen mit der planenden Verwaltung entwickelt und anschließend an Bauwillige, insbesondere bauwillige Familien, verkauft.

Eine Vielzahl von Projekten wie z. B. „Stöckheim-Süd“, „Taubenstraße“ und „Nordanger“ im nördlichen Ringgebiet oder „Alsterplatz“ in der Weststadt sind in den letzten Jahren durch die städtischen Gesellschaften entwickelt worden. Weitere Projekte wie „Feldstraße“, „Jütenring“ oder „Ludwigstraße-Nord“ werden derzeit mit städtischen Gesellschaften projektiert.

Weitere große Akteure am Braunschweiger Wohnungsmarkt sind u. a. die Braunschweiger Baugenossenschaft eG und die Baugenossenschaft Wiederaufbau eG. Zudem sind viele kleinere Wohnungsbaugenossenschaften in Braunschweig ansässig und aktiv.

Diese Unternehmen gewährleisten im Zusammenspiel mit den vielen privaten Wohnungsbauunternehmen eine große Vielfalt im Braunschweiger Neubausektor und setzen das anspruchsvolle und umfangreiche Wohnungsneubauprogramm um.

Eine ausschließliche Entwicklung von Grundstücken durch die städtischen Gesellschaften wäre derzeit allein aus Kapazitätsgründen nicht leistbar und würde zudem die Vielfalt der Projekte reduzieren.

Insofern ist die heutige Mischung aus privat und öffentlich betriebenen Projekten für die Stadt Braunschweig eine der örtlichen Situation angepasste und erfolgreiche Strategie.

Leuer

Betreff:

Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose für Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.04.2019

Beratungsfolge:

Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

07.05.2019
14.05.2019
21.05.2019

Status

Ö
N
Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, schnellstmöglich eine Aktualisierung der aus dem Jahr 2013 stammenden Wohnungsmarktprognose (GEWOS-Studie) für Braunschweig zu beauftragen.

Sachverhalt:

Im Mai 2013 wurde die letzte Wohnungsmarktprognose für Braunschweig des Instituts für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung GmbH (GEWOS) vorgestellt. Darauf aufbauend sind weitreichende Entscheidungen für den Wohnungsmarkt in Braunschweig getroffen worden.

Aufgrund sich ständig verändernder Rahmenbedingungen, ist es dringend erforderlich, nach mehr als sechs Jahren (inklusive Erarbeitungszeit) eine Aktualisierung dieser Prognose zu erhalten. Dadurch können Planungen im Umfang und auch in zeitlicher Dimension präziser erfolgen. Insbesondere erhoffen wir uns eine Konkretisierung zu Fragen des Verhältnisses von Bauplätzen zu Mehrfamilienhäusern und dem Anteil des erforderlichen sozialen Wohnungsbaus.

Elementares Ziel der Wohnbaupolitik in unserer Stadt muss es sein, dass sich beispielsweise die Polizistin und der Krankenpfleger auch weiterhin eine Wohnung in Braunschweig leisten können. Hierbei kann eine Aktualisierung der GEWOS-Studie wichtige Hinweise liefern, so dass die Ergebnisse der Studie dann Grundlage für die vorhandenen Handlungskonzepte der Stadt sein können. Wenn die Beauftragung schnellstmöglich erfolgt, können die Ergebnisse bereits Anfang 2020 vorliegen.

Bereits in zurückliegenden Diskussionen über den Wohnungsmarkt in Braunschweig haben die Mitglieder der CDU-Fraktion mehrfach auf eine Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose gedrungen. Nun haben sich u.a. auch die planungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion positiv dazu eingelassen, so dass eine Mehrheit für diesen Antrag gegeben scheint.

Anlagen:

keine

<i>Betreff:</i>
Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose für Braunschweig

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	<i>Datum:</i> 20.05.2019
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	21.05.2019	Ö

Sachverhalt:

Zum Antrag der CDU-Fraktion 19-10643 „Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose für Braunschweig“ wird wie folgt Stellung genommen:

Auf den Grundlagen „Vertiefungsanalyse preisgünstiger Wohnraum Braunschweig“ des GEWOS (Institut für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung 2013), dem „Wohnraumversorgungskonzept“ (2015) sowie den „Handlungsempfehlungen des Bündnis für Wohnen in der Stadt Braunschweig“ (2015), wurde das kommunale Handlungskonzept für bezahlbaren Wohnraum vom Rat beschlossen.

Der Wohnungsneubau als ein wichtiger Baustein der Wohnraumvorsorge wird seitens der Stadt aktiv betrieben. Im Jahr 2013 wurde das ambitionierte Ziel formuliert, Planungsrecht für 5.000 Wohneinheiten bis 2020 zu schaffen. Die Laufzeit dieses Programms endet also Ende 2019. Schon jetzt ist erkennbar, dass in dem genannten Zeitraum Planungsrecht bzw. Baumöglichkeiten gem. § 34 BauGB in einem Umfang von mindestens 7.000 Wohneinheiten geschaffen sein werden.

Der Rat hat im November 2018 das Integrierte Stadtentwicklungskonzept beschlossen und in dem Zusammenhang auch die Aufstellung des Flächennutzungsplanes (FNP). Eine wichtige Voraussetzung für die Aufstellung des FNP ist eine Antwort auf die Frage, wieviele neue Wohnbauflächen bis zum Jahr 2030 geschaffen werden müssen.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung bereits eine neue Wohnungsbedarfsprognose beauftragt. Die Ergebnisse werden in der zweiten Jahreshälfte den Ratsgremien vorgelegt. Daran anschließend beabsichtigt die Verwaltung, auf Basis des Gutachterergebnisses das Wohnraumversorgungskonzept für Braunschweig fortzuschreiben.

Leuer

Anlage/n:
Keine

Betreff:

Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.04.2019

Beratungsfolge:

		Status
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	07.05.2019	Ö
Grünflächenausschuss (Vorberatung)	08.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschlussvorschlag:

1. Der Ratsbeschluss zur Neugestaltung der Jasperallee (DS-Nr.18-08855 "Neugestaltung des Mittelstreifens auf der unter Denkmalschutz stehenden Jasperallee im Abschnitt zwischen Ring und Staatstheater") vom 6. November 2018 wird in Bezug auf die zeitliche Planung der Maßnahme aufgehoben.
2. Soweit dies als Ergebnis der von der Verwaltung angekündigten Zugversuche erforderlich ist, erfolgt schnellstmöglich die Entnahme der entsprechenden Bäume aus den weiteren beiden Abschnitten bis zum Ring.
3. Die Umsetzung des für das Jahr 2020 vorgesehenen zweiten Abschnittes wird auf Herbst 2019 vorgezogen, der Abschluss der Maßnahme (3. Abschnitt) erfolgt dann im Frühjahr 2020.

Sachverhalt:

Am 23. April dieses Jahres hat sich leider bewahrheitet, was bereits in der Diskussion über die Neugestaltung der Jasperallee von vielen Seiten vorgetragen wurde, u.a. von der CDU-Fraktion: aufgrund der nicht gegebenen Standfestigkeit ist auf der Jasperallee ein Baum umgestürzt und hat eine vorbeifahrende Radfahlerin am Kopf verletzt. Dieser Unfall ging verhältnismäßig glimpflich aus. Dass sich die Frau nicht weitaus schlimmere Verletzungen zugezogen hat, war jedoch lediglich Glück. Die Stadtverwaltung teilte daraufhin in einer Presseinformation mit: "Am heutigen Dienstag ist um ca. 14.30 vermutlich aufgrund von Windeinwirkung auf der Jasperallee ein Silberahorn in den laufenden Straßenverkehr gestürzt. Dabei wurde eine Radfahlerin leicht am Kopf verletzt. Wie die Untersuchung ergab, war der gesamte Wurzelstock des Baumes aufgrund Pilzbefalls von Holzfäule befallen und damit statisch unwirksam. Als Konsequenz wird der Fachbereich Stadtgrün und Sport schnellstmöglich mittels Zugversuchen die Standsicherheit der übrigen alten Silberahorne in der Jasperallee überprüfen lassen."

Dieses Vorgehen und das schnelle Eingreifen der Fachverwaltung (Anordnung von Zugversuchen) begrüßen die Mitglieder der CDU-Fraktion ausdrücklich. Es sollte jedoch nur der erste Schritt sein. In einem weiteren Schritt sollten, wie im Antrag geschrieben, alle nicht mehr standfesten Bäume schnellstmöglich entnommen werden. Darüber hinaus sollte der mit DS-Nr. 18-08855 beschlossene Zeitplan (drei Abschnitte jeweils in den Jahren 2019, 2020 und 2021) dahingehend abgeändert werden, dass bereits im Herbst dieses Jahres der zweite Abschnitt und dann im Frühjahr 2020 der letzte Abschnitt bis zum Ring neugestaltet

wird. Dazu scheint die Aufhebung des Ratsbeschlusses aus dem November des letzten Jahres geboten.

Entgegen aller Behauptungen der selbsternannten Baumexperten der BI Baumschutz und der BIBS-Fraktion zeigt der geschilderte Vorfall, dass der Fachbereich Stadtgrün und Sport mit seiner Bewertung des Zustandes der Bäume in den geplanten Maßnahmenabschnitten richtig liegt. Die Neugestaltung der Jasperallee inklusive der Entnahme der Bäume im Abschnitt "Staatstheater bis Ring" sowie die Neupflanzung an dieser Stelle ist also dringend geboten, um zusätzliche Unfälle mit Sach- oder gar Personenschäden zu vermeiden.

Hier muss die Sicherheit der Braunschweigerinnen und Braunschweiger eindeutig Vorrang haben vor den bisher vorgesehenen, geplanten und im Rat beschlossenen Umsetzungsabläufen.

Anlagen:

keine

Betreff:

**Änderungsantrag zu 19-10642: Vorrang für Sicherheit -
Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.05.2019

Beratungsfolge:

		Status
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	07.05.2019	Ö
Grünflächenausschuss (Vorberatung)	08.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschlussvorschlag:

1. Der Ratsbeschluss zur Neugestaltung der Jasperallee (DS-Nr.18-08855 "Neugestaltung des Mittelstreifens auf der unter Denkmalschutz stehenden Jasperallee im Abschnitt zwischen Ring und Staatstheater") vom 6. November 2018 wird aufgehoben.

2. Soweit dies als Ergebnis der von der Verwaltung angekündigten Zugversuche aus Sicherheitsgründen erforderlich ist, erfolgt schnellstmöglich die Entnahme der entsprechenden Bäume aus den weiteren beiden Abschnitten bis zum Ring.

3. [entfällt].

Begründung:erfolgt mündlich.

Anlagen: keine

Betreff:

Bäume an der Jasperallee schnellstmöglich ersetzen, Unfallgefahr minimieren, Sicherheit gewährleisten! - Änderungsantrag zum TOP "Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.05.2019

Beratungsfolge:

		Status
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	07.05.2019	Ö
Grünflächenausschuss (Vorberatung)	08.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird, basierend auf den Ergebnissen aus den Zugversuchen, gebeten, die Ersetzung der noch vorhandenen Bäume auf der Jasperallee schnellstmöglich nach Ende der Brut- und Setzzeit vorzunehmen, um weitere Gefährdungspotenziale für Verkehrsteilnehmer und Anwohner zu vermeiden.

Sachverhalt:

Die Ergebnisse der Zugversuche zeigen, dass ein schnelles Handeln aufgrund der geringen Standfestigkeit der Bäume dringend erforderlich ist, um nicht weitere Personen durch das mögliche Umstürzen der in weiten Teilen nicht mehr standsicheren Bäume zu gefährden. Im Rahmen der Beratungen haben die SPD-Ratsfraktion und die SPD-Fraktion im zuständigen Bezirksrat wiederholt betont, dass für sie noch vor den gestalterischen Aspekten die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer und Anliegerinnen und Anlieger an erster Stelle steht. Vor diesem Hintergrund steht für unsere Fraktion fest, dass die als nicht mehr standsicher einzustufenden Bäume schnellstmöglich zu ersetzen sind.

Gez.Nicole Palm

Anlagen: keine

Betreff:

Aktionsplan für Baumnachpflanzungen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.04.2019

Beratungsfolge:

		Status
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	07.05.2019	Ö
Grünflächenausschuss (Vorberatung)	08.05.2019	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	09.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, einen Aktionsplan zu erarbeiten, wie die Baumfällungen und die durch Sturmschäden entwurzelten Bäume der vergangenen Monate und Jahre durch geeignete Nachpflanzungen adäquat kompensiert werden können. Die Maßnahmen sollen zusätzlich zu dem bereits in Umsetzung befindlichen „Konzept zum Ausgleich des Substanzverlustes von 1.105 Bäumen“ (Ds. 17-05993) sowie den im letzten Sachstandsbericht (Ds. 19-10298 im Grünflächenausschuss vom 12.03.2019) genannten weiteren Maßnahmen erfolgen. Besonders soll im Aktionsplan bewertet und dargelegt werden, wie die zuletzt bzw. vor 2019 erfolgten Fällungen an den folgenden Orten / Bereichen / Baulücken durch Ersatzpflanzungen kompensiert werden können:

Marienstift-Gelände, Spargelstraße, Freyastraße, Autobahnkreuz Süd, Bienroder Weg, Querumer Forst, Rautheimer Forst, Rheingoldstraße, Beethovenstraße 51 A, Hochspannungspark (Weststadt), Beethovenstraße, Mendelssohnstraße neben Neuer Oberschule, Bushaltestelle ehemaliges Nordbad, Gartenstadt, Am Turmsberg 49, Cyriaksring, Am Lehmanger, Weststadt in verschiedenen Straßen, Lessinggymnasium in Wenden, Salzdahlumer Str. vor der Einfahrt zum Klinikum, im Park des Klinikums Salzdahlumerstraße, Naturdenkmal Alte Landwehr, Hauptbahnhof Hintereingang, Kaiserstraße 30, Schuntersiedlung, Zimmerstraße, die Wiese nördlich der Andreaskirche, Berlinerstraße 60, Holzmoor; Hinterhof, Kröppelstraße 3 und 4, Leipzigerstraße 32, Jasperallee rechts stadtauswärts kurz hinter Bismarckstr., Feld am Walkholzweg hinter Zaun, Seniorenzentrum Wilhelminum Rüdigerstr., an 2 Stellen Coselweg, Beuthenstr. 20, Hans-Sommer-Str. zwischen Ring und Querung Langer Kamp, Grothestr. 1., Rilkestr. 9, Eichendorffstraße 18/19 und 16/17, südlicher Rand Bienroderweg 68, Rilkestr. 11, Neckarstr. 10, Adolfstraße, ehemaliges BZ-Gelände, Reiterställe Quartier St. Leonhard (jetzt Gelände v. Borek-Stiftung) Rückseite Bahnhof zwischen Gleisen und Ackerstraße, Walkürenring 44, Hinterhof Ludwigstraße, hinter dem Verwaltungsgericht, Langer Kamp, Saarstr. Ecke Saarbrückener Str. (stadteinwärts rechte Seite), Hagenmarkt, was über den Sturmschaden hinausging, Bürgerpark VW Halle.

Das so zu erarbeitende Konzept soll insbesondere darlegen, unter welchen Voraussetzungen, nach welchen Maßstäben, in welchen Bereichen und mit welchen Baumarten Kompensationen unter dem Gesichtspunkt der Biodiversität erfolgen sollen. Des Weiteren soll das Konzept insbesondere Aussagen über einen Zeitrahmen der Kompensationsmaßnahmen wie auch eine Prioritätenliste der zuerst in Angriff zu nehmenden Nachpflanzungen enthalten.

2. Die Verwaltung wird gebeten, dem so zu erarbeitenden Aktionsplan einen Finanzierungsplan, der die Kosten nach Maßnahme aufschlüsselt, zugrunde zu legen.

Begründung:

Vor dem Hintergrund der massiven Baumfällungen auf dem Stadtgebiet in den letzten Jahren wird der Klimawandel Braunschweig in den kommenden Jahren vor immer größere Herausforderungen stellen. Zudem hat die Stadtklimaanalyse dezidiert die Defizite des Braunschweiger Stadtklimas aufgezeigt. Um hier gegenzusteuern, braucht es größte Anstrengungen im Bereich von Umweltschutz und Grünpflege. Umfassende Baumpflanzungen stellen einen ersten, wichtigen Schritt dar, um für Braunschweig eine Verbesserung des Stadtklimas zu erreichen.

Anlagen: keine

Betreff:

Änderungsantrag zu 19-10649: Aktionsplan für Baumnachpflanzungen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.05.2019

Beratungsfolge:

		Status
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	07.05.2019	Ö
Grünflächenausschuss (Vorberatung)	08.05.2019	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	09.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, einen Aktionsplan zu erarbeiten, wie die Baumfällungen und die durch Sturmschäden entwurzelten Bäume der vergangenen Monate und Jahre durch geeignete Nachpflanzungen adäquat kompensiert werden können. Die Maßnahmen sollen zusätzlich zu dem bereits in Umsetzung befindlichen „Konzept zum Ausgleich des Substanzverlustes von 1.105 Bäumen“ (Ds. 17-05993) sowie den im letzten Sachstandsbericht (Ds. 19-10298 im Grünflächenausschuss vom 12.03.2019) genannten weiteren Maßnahmen erfolgen.

Das so zu erarbeitende Konzept soll insbesondere darlegen, unter welchen Voraussetzungen, nach welchen Maßstäben, in welchen Bereichen und mit welchen Baumarten Kompensationen unter dem Gesichtspunkt der Biodiversität erfolgen sollen. Des Weiteren soll das Konzept insbesondere Aussagen über einen Zeitrahmen der Kompensationsmaßnahmen wie auch eine Prioritätenliste der zuerst in Angriff zu nehmenden Nachpflanzungen enthalten.

2. Die Verwaltung wird gebeten, dem so zu erarbeitenden Aktionsplan einen Finanzierungsplan, der die Kosten nach Maßnahme aufschlüsselt, zugrunde zu legen.

Sachverhalt:

Vor dem Hintergrund der massiven Baumfällungen auf dem Stadtgebiet in den letzten Jahren wird der Klimawandel Braunschweig in den kommenden Jahren vor immer größere Herausforderungen stellen. Zudem hat die Stadtklimaanalyse dezidiert die Defizite des Braunschweiger Stadtklimas aufgezeigt. Um hier gegenzusteuern, braucht es größte Anstrengungen im Bereich von Umweltschutz und Grünpflege. Umfassende Baumpflanzungen stellen einen ersten, wichtigen Schritt dar, um für Braunschweig eine Verbesserung des Stadtklimas zu erreichen.

Als Grundlage des zu erarbeitenden Konzepts kann die folgende Liste für die Verluste durch die zuletzt bzw. vor 2019 erfolgten Fällungen an den folgenden Orten / Bereichen /

Baulücken für Ersatzpflanzungen auf städtischem und privatem Grund herangezogen werden:

Marienstift-Gelände, Spargelstraße, Freyastraße, Autobahnkreuz Süd, Bienroder Weg, Querumer Forst, Rautheimer Forst, Rheingoldstraße, Beethovenstraße 51 A, Hochspannungspark (Weststadt), Beethovenstraße, Mendelssohnstraße neben Neuer Oberschule, Bushaltestelle ehemaliges Nordbad, Gartenstadt, Am Turmsberg 49, Cyriaksring, Am Lehmanager, Weststadt in verschiedenen Straßen, Lessinggymnasium in Wenden, Salzdahlumer Str. vor der Einfahrt zum Klinikum, im Park des Klinikums Salzdahlumerstraße, Naturdenkmal Alte Landwehr, Hauptbahnhof Hintereingang, Kaiserstraße 30, Schuntersiedlung, Zimmerstraße, die Wiese nördlich der Andreaskirche, Berlinerstraße 60, Holzmoor; Hinterhof, Kröppelstraße 3 und 4, Leipzigerstraße 32, Jasperallee rechts stadtauswärts kurz hinter Bismarckstr., Feld am Walkholzweg hinter Zaun, Seniorenzentrum Wilhelminum Rüdigerstr., an 2 Stellen Coselweg, Beuthenstr. 20, Hans-Sommer-Str. zwischen Ring und Querung Langer Kamp, Grothestr. 1., Rilkestr. 9, Eichendorffstraße 18/19 und 16/17, südlicher Rand Bienroderweg 68, Rilkestr. 11, Neckarstr. 10, Adolfstraße, ehemaliges BZ-Gelände, Reiterställe Quartier St. Leonhard (jetzt Gelände v. Borek-Stiftung) Rückseite Bahnhof zwischen Gleisen und Ackerstraße, Walkürenring 44, Hinterhof Ludwigstraße, hinter dem Verwaltungsgericht, Langer Kamp, Saarstr. Ecke Saarbrückener Str. (stadteinwärts rechte Seite), Hagenmarkt, was über den Sturmschaden hinausging, Bürgerpark VW Halle.

Anlagen: keine

Betreff:

Aktionsplan für Baumnachpflanzungen

Organisationseinheit:

Dezernat VII
67 Fachbereich Stadtgrün und Sport

Datum:

06.05.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Planungs- und Umweltausschuss (zur Kenntnis)	07.05.2019	Ö
Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)	08.05.2019	Ö
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	09.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	21.05.2019	Ö

Sachverhalt:

Zum Antrag der BIBS Fraktion vom 24.04.2019 (DS 19-10649) wird wie folgt Stellung genommen:

Die Verwaltung hat dem Rat der Stadt Braunschweig mit der Drucksache 18-09382 „Konzept zur Beseitigung der Sturmschäden "Xavier“ und der Drucksache 17-05993 „Konzept zum Ausgleich des Substanzverlustes von 1105 Bäumen“ zwei kostenbewehrte Wiederbegrünungskonzepte vorgelegt, die der Rat beschlossen hat und die sich aktuell in der Umsetzung befinden. Die Verwaltung sieht in diesem Zusammenhang keinen Anlass, dem Rat darüber hinausgehende Baumpflanzmaßnahmen, wie im Antrag der BIBS-Fraktion thematisiert, vorzuschlagen.

Weitere städtische Bäume, die aufgrund von Verkehrssicherungsmaßnahmen entfernt wurden, werden im Rahmen laufender Unterhaltungsmaßnahmen unter Beachtung des in den meisten Fällen vorhandenen gestalterischen bzw. freiraumplanerischen Konzeptes nachgepflanzt. Um die ursprünglichen Grünfunktionen, auch unter stadtökologischen Gesichtspunkten, möglichst schnell wiederherzustellen, werden in der Regel Pflanzqualitäten mit einem Stammumfang von 20/25 cm verwendet. Haushaltsmittel für diese Maßnahmen stehen im Teilhaushalt des Fachbereichs Stadtgrün und Sport fortlaufend zur Verfügung.

Im Zuge der Aufstellung von Bebauungsplänen werden besondere, stadtbildprägende Großbäume in aller Regel zum Erhalt festgesetzt. Ergänzend wird meist auch geregelt, dass die Bäume bei Abgang an gleicher Stelle und in gleicher Art zu ersetzen sind. Werden vorhandene Bäume im Zuge der Schaffung neuer Baugebiete entfernt, wird im Bebauungsplanverfahren über die gesetzlich vorgesehene Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung entsprechender Ersatz an anderer Stelle im Stadtgebiet geschaffen. Werden Bebauungspläne im so genannten beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellt, wird keine Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung vorgenommen. Sofern einzelne Flächen im Zusammenhang von bebauten Ortsteilen nach § 34 BauGB bebaut werden, ist ein Ersatz ebenfalls nicht rechtlich verpflichtend.

Da bereits weitgehende bundeseinheitliche Regelungen bestehen und darüber hinausgehende Beschlüsse des Rates der Stadt Braunschweig zum Ersatz von verloren gegangenen Bäumen getroffen wurden, ist aus Sicht der Verwaltung ein zusätzlicher Aktionsplan nicht notwendig.

Geiger

Anlage/n:
keine

Betreff:

Braunschweig ruft den Klimanotstand aus

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

08.05.2019

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)14.05.2019
21.05.2019

Status

N
Ö**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Braunschweig

a) erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.

b) erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

c) berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen, und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab September 2019 das Kästchen „Auswirkungen auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzbeauftragten und weiteren ExpertInnen in der Begründung dargestellt werden.

d) stellt fest, dass das Ziel einer 40%igen CO₂-Reduktion bis 2020 inklusive des Verkehrssektors im Rahmen des 2010 verabschiedeten Klimaschutzkonzeptes trotz der erzielten kommunalen Erfolge insbesondere auf Grund des überregional geprägten Verkehrssektors nicht erreicht werden kann (siehe 19-10001-01). Da Klimaschutz sich jedoch nicht in rein territorialen Grenzen betrachten lässt und ein großer Teil der durch BraunschweigerInnen verursachten Emissionen außerhalb des Stadtgebiets anfällt, werden die Ziele bereits jetzt – wie insgesamt in Deutschland – verfehlt.

e) fordert den Oberbürgermeister auf, dem Rat der Stadt und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.

f) fordert auch andere Kommunen, Partnerstädte, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, wie die Stadt Braunschweig dem Konstanzer Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht er Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist.

g) fordert auch die städtischen Gesellschaften sowie Organisationen, in denen die Stadt Mitglied ist, dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Rat dazu vor Jahresende Bericht zu erstatten.

Begründung:

Die durch die Fridays for Future-Bewegung angeregte Ausrufung des Klimanotstands dient

dazu, „alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten.“ Am Freitag, den 03.05.2019 haben Vertreterinnen der Fridays-for-Future-Bewegung Braunschweig dem Oberbürgermeister einen umfangreichen Forderungskatalog übergeben. Diese Resolution soll ein erster Schritt von Seiten der Politik sein, der Bewegung zu signalisieren, dass ihre Forderungen sehr ernst genommen werden. Um zu gewährleisten, dass die Verabschiedung der Resolution kein reiner Symbolakt bleibt, muss in einem zweiten Schritt analysiert werden, wer welche Beiträge erbringen kann und muss. Dies sollte die Verwaltung anhand des nun vorliegenden Braunschweiger Forderungskatalogs erbringen. Die Politik wird daher in weiteren Anträgen noch vor der Sommerpause Anträge in diesem Sinne stellen.

Anlagen: keine

Betreff:
Forderungspapier Fridays for Future

Organisationseinheit:
Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:
13.05.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	21.05.2019	Ö

Sachverhalt:

Vorbemerkung

Die Stadt Braunschweig hat in den letzten Jahren bereits zahlreiche Klimaschutz-Aktivitäten umgesetzt. So wurde schon 2010 zusammen mit einer Vielzahl von Akteuren ein integriertes Klimaschutzkonzept mit zahlreichen Einzelmaßnahmen erarbeitet, um eine wirksame lokale Gesamtstrategie zu verfolgen, die das Erreichen aller für den Klimaschutz wichtigen Zielgruppen der Stadt im Blick hat. Darüber hinaus werden Anreize durch ein Förderprogramm zur klimaschonenden Energieerzeugung gesetzt, Klimaschutzpreise ausgelobt und eine kostenlose Energieberatung und Vortragsreihen angeboten.

Die Stadtverwaltung begrüßt grundsätzlich die Unterstützung und das Mitwirken am Klimaschutz, dies gilt auch für das konstruktive Engagement der Initiative Fridays For Future (FFF). Denn Herausforderungen wie der Klimawandel sind, wie bereits in der Stellungnahme (Drs. 19-10001-01) seitens der Verwaltung betont, nur gemeinsam mit gesellschaftlichem Engagement und der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure zu bewältigen.

Klimaschutzkonzept - Möglichkeiten der Beteiligung

Die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes begann im März 2019 und stellt einen Arbeitsschwerpunkt im Jahr 2020 dar. Derzeit arbeitet die Verwaltung, wie in Drs. 18-09238 vom Rat beschlossen, an der Evaluierung der Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes 2010. Aufbauend auf diesen Ergebnissen sollen neue Maßnahmen unter Einbeziehung der o. g. Organisationen entwickelt werden.

Ein sachgerechter und zielgerichteter Beteiligungsprozess war und ist Teil bei der Erarbeitung von Konzepten und Plänen wie dem Klimaschutzkonzept, der Lärminderungsplanung etc. Die Verwaltung ist dabei aber auch konsequent bemüht, Beteiligungsformen anzubieten, die die jeweiligen Umweltexperten (Verbände, TÖB, Organisationen) so einbindet, dass die Zeitziele für das Konzept eingehalten werden.

Aus der erfolgreichen Mehr<weniger-Kampagne und auch im Zusammenschluss des Suffizienznetzwerkes des Regionalverbands Braunschweig ist ein konstruktives und innovatives Netzwerk entstanden. Daher sollen neben den klimaschutzorientierten Umweltverbänden auch Vertreterinnen und Vertreter dieser einzelnen Organisationen bei der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes beteiligt werden. Hier wäre der richtige Ort, um die Initiative FFF in den Prozess einzubinden.

Um eine Idee für eine intensivere Kooperation mit FFF zu gewinnen, steht die Verwaltung in Kontakt zur Hochschule für Bildende Künste. Dort setzt sich eine studentische Projektgruppe im Studiengang Transformationsdesign unter Leitung von Frau Dr. Saskia Hebert mit der Frage der Institutionalisierung von FFF auseinander, Synergien sollen geprüft werden.

Gegenwärtig prüft die Verwaltung die knapp 90 Forderungen der FFF-Initiative, wovon viele bereits auch dem Klimaschutzmanagement der Stadt Braunschweig bekannt sind und bei der täglichen Arbeit und in den Konzepten berücksichtigt werden. Es wird fachlich und inhaltlich geprüft, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen sowieso schon umgesetzt sind, sich in laufender Umsetzung befinden oder im neuen Klimaschutzkonzept diskutiert werden sollten und vor allem welche Maßnahmen darüber hinaus noch wichtig sind.

Diese ergänzenden Forderungen werden dann bei der Konzeption von neuen Maßnahmen im Rahmen der Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts systematisch und strukturiert aufgenommen, um ein sinnvolles Gesamtkonzept zu entwickeln.

CO₂-Reduktions- und Klimaschutzziel

Die Verwaltung orientierte sich mit dem ersten Klimaschutzkonzept von 2010 an den Klimaschutzzielen der Bundesregierung. Diese Ziele sehen bis 2020 eine Reduktion um mindestens 40% gegenüber 1990 vor und bis 2030 eine Reduktion um mindestens 55%. 2050 soll eine weitgehende Treibhausgasneutralität erreicht werden.

Die von der Bundesregierung gesetzten Reduktionsziele reichen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen, die ausführlich im Sonderbericht des Weltklimarats (IPCC) dargelegt sind, nicht aus, um die globale Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. Um zumindest eine gewisse Wahrscheinlichkeit zu haben, die 1,5°C-Grenze nicht zu überschreiten, muss die Reduktion schon ab 2030 um mindestens 70% und bis 2040 um mindestens 85% gegenüber 1990 reduziert werden. 2050 muss ebenfalls eine weitgehende Treibhausgasneutralität erreicht sein.

Bei der aktuellen Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts wird sich daher die Verwaltung an dem Ziel einer Reduktion von 70% bis 2030 und somit der 1,5°C-Grenze orientieren.

Bericht und Aktualisierung der CO₂-Bilanz

Das Klimaschutzmanagement berichtet von Anbeginn an regelmäßig dem Planungs- und Umweltausschuss ein bis zweimal im Jahr über Fortschritte im Bereich des Klimaschutzes. Die Bilanz über die Reduktion der CO₂-Emission wird etwa alle 5 Jahre aktualisiert. Aus Sicht der Verwaltung erscheint eine Bilanzierung alle 5 Jahre ausreichend, da das Zusammentragen der einzelnen Datensätze und das Ermitteln der CO₂-Reduktionen sowohl erhebliche personelle als auch finanzielle Ressourcen in Anspruch nimmt. Eine jährliche Bilanzierung bei gleichbleibender personeller und finanzieller Ausstattung würde zu Lasten der Umsetzung und Konzeptionierung von Klimaschutzmaßnahmen gehen und ist daher kontraproduktiv.

Berücksichtigung von Klimaschutz bei Entscheidungen

Klimaschutz wird bereits in verschiedenen Bereichen der Verwaltung als ein wichtiger Belang berücksichtigt, z. B. bei der Energieeinsparung in Schulen und Dienstgebäuden, bei der Bauleitplanung und insbesondere bei allen Tätigkeiten des Klimaschutzmanagements und der Energieberatung. Zuletzt wurde beispielsweise die "Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung" erstellt und liegt den Gremien aktuell vor. Diese enthält verschiedene Hinweise zur Berücksichtigung von Klimaschutzbelangen in der Bauleitplanung.

Um das ambitionierte neue o. g. Reduktionsziel im Klimaschutz erreichen zu können, bedarf es neben der fachlichen Ausarbeitung von Maßnahmen auch einer gesteigerten Einbindung klimarelevanter Belange in Verwaltung und Politik sowie bürgerliches Engagement und dem Willen zur Umsetzung.

Klimanotstand

Die Ausrufung eines sogenannten Klimanotstandes wurde u. a. in Konstanz, Heidelberg, Basel (Schweiz), London (GB), Vancouver (Kanada) und Los Angeles (USA) nach hiesiger Kenntnis vollzogen.

Inhaltlich werden hierdurch im Wesentlichen klimarelevante Entscheidungen zu den Themenkomplexen Mobilitätsmanagement, klimaneutrale Energieversorgung und ein Energiemanagement für städtische Liegenschaften postuliert und forciert sowie die Stadtverwaltung beauftragt, zusätzliche Maßnahmen zum Klimaschutz auszuarbeiten und jährlich über den Fortschritt zu berichten.

Die Bau- und Umweltverwaltung ist bereits seit Jahren in diesen Themenkomplexen tätig, erstellt und aktualisiert entsprechende Konzepte zur Mobilität und zum Klimaschutz, hat mit einer Klimaanpassungsstrategie begonnen und betreibt eine Energieleitstelle für städtische Liegenschaften. Der Grundgedanke dieser Idee wird also in weiten Teilen bereits durch die Verwaltung gelebt, eine Ausrufung des Notstandes ist im Sinne eines Handlungsauftrages damit nicht erforderlich.

Leuer

Anlage/n:

keine

Betreff:

Beteiligung von Fridays For Future

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

08.05.2019

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)14.05.2019
21.05.2019

Status

N
Ö**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Braunschweig unterstützt die Ziele der Initiative "Fridays For Future" Braunschweig (FFF), begrüßt und schätzt ausdrücklich ihr Engagement für ein nachhaltiges Leben. Der Rat nimmt die Anliegen und den Forderungskatalog der Schülerinnen und Schüler sowie der Studentinnen und Studenten ernst und strebt daher mit ihnen einen langfristigen Dialog an zwecks Auseinandersetzung und Beteiligung an den inhaltlichen Zielen des Klima- und Umweltschutzes im kommunalen Kontext.

Dazu erfolgt

- die Einladung an die FFF Braunschweig, an der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes und der Weiterentwicklung der Massnahmen mitzuwirken
- die Einrichtung eines Dauertagesordnungspunkt "Klimaschutz" in einem Fachausschuss und
- die Einladung an die FFF Braunschweig, transparent ihre Sichtweisen und ihr Feedback über die Zusammenarbeit und die Fortschreibung/Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes im Fachausschuss berichten zu können.

Die Verwaltung wird gebeten, sofern dafür weitere Beschlussvorlage(n) notwendig sind, diese zu erstellen und in die Ausschüsse zur Beratung und Abstimmung zu geben.

Sachverhalt:

Das Engagement von Friday for Future (FFF) Braunschweig zeigt, dass sie die derzeitige Umsetzung der Klimaschutzziele nicht nur als unzureichend betrachten, sondern auch, dass sie bereit sind nicht nur zu meckern, sondern sich selbst Gedanken machen, Verbesserungen aufzeigen und auch einbringen wollen.

Mit den regelmäßigen Demonstrationen und dem Forderungskatalog nehmen sie bereits Einfluss auf den politischen Prozess der Auseinandersetzung mit dem Thema Klimaschutz und Umwelt. Das begrüßen wir sehr und möchten die Partizipation dieser politisch interessierten jungen Menschen in dieser Stadt stärken!

Wir halten es darüber hinaus für äußerst wichtig

- ihr kinder- und jugendpolitisches Engagement anzuerkennen,
- zu zeigen, dass es sich lohnt für diese Meinung in die Öffentlichkeit zu gehen,
- dass sie selbst zur Meinungsbildung beitragen und ihre eigene Zukunft mitgestalten
- sie weitergehend an den kommunal-politischen Prozessen zu beteiligen.

Auch das stärkt die Demokratie!

Anlagen:
keine

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt / CDU-Fraktion im Rat der Stadt / Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt / Fraktion BIBS im Rat der Stadt

19-10782
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Klimaschutz in Braunschweig"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

08.05.2019

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

14.05.2019
21.05.2019

Status

N
Ö

Beschlussvorschlag:

Die antragstellenden Fraktionen beantragen die Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Klimaschutz in Braunschweig" für die Sitzungen des Verwaltungsausschusses am 14.05.2019 und des Rates am 21.05.2019.

Sachverhalt:

Am vergangenen Wochenende ist der Stadtverwaltung und den Fraktionen im Rat der Stadt ein umfangreicher Forderungskatalog der Umweltbewegung Fridays for Future (FFF) in Braunschweig zugeleitet worden. Die Initiative der jungen Menschen ist zu begrüßen. Das Thema sollte in der nächsten erreichbaren Ratssitzung besprochen werden. FFF versteht sich als überparteiliche Bewegung. Ihre Anliegen sind so wichtig, dass man einen überparteilichen Konsens über das weitere Vorgehen herstellen sollte. Die Zeit bis zum Antragsschluss für die Ratssitzung am 21.05.2019 reichte nicht aus, einen interfraktionell abgestimmten Antrag zu erarbeiten. Ein solcher Antrag soll daher bis zur VA-Sitzung am 14.05.2019 nachgereicht werden.

Gez. Christoph Bratmann, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion

Gez. Thorsten Köster, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion

Gez. Dr. Elke Flake, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gez. Peter Rosenbaum, Fraktionsvorsitzender der BiBS-Fraktion

Anlagen: keine

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt / CDU-Fraktion im Rat der Stadt / Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt / Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt / Die Fraktion P2 im Rat der Stadt

19-10922
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Den Klimaschutz gemeinsam anpacken: Klimaschutzkonzept fortschreiben, Arbeitskreis "Braunschweig for Future" gründen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.05.2019

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

21.05.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Klimawandel stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar. Der Rat der Stadt misst daher den Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels eine sehr hohe Priorität und Dringlichkeit zu.

Die Verwaltung wird daher beauftragt,

1. die vom Rat am 6. November 2018 beschlossene Aktualisierung des Klimaschutzkonzepts für die Stadt Braunschweig von 2010 mit Nachdruck voranzutreiben und dem Rat zeitnah ein umfassendes Handlungskonzept zur Beschlussfassung vorzulegen;
2. den Forderungskatalog der Umweltbewegung „Fridays for Future“ in Braunschweig zu bewerten und den Ratsgremien eine Beschlussvorlage zum weiteren Vorgehen zuzuleiten;
3. in der genannten Beschlussvorlage einen Vorschlag zur Konstituierung eines Arbeitskreises „Braunschweig for Future“ mit Vertreterinnen und Vertretern aus Rat, Verwaltung, „Fridays for Future“ und regionalen Umweltverbänden sowie externen Fachleuten mit aufzunehmen. Die Verwaltung übernimmt die Geschäftsführung für den Arbeitskreis.

Sachverhalt:

Der Klimawandel macht auch vor der Kommunalpolitik nicht Halt. So demonstrieren auch in Braunschweig Schülerinnen und Schüler und Unterstützerinnen und Unterstützer unter dem Titel „Fridays for Future“ seit Monaten für mehr Klimaschutz. Nach einer Anhörung im Schulausschuss am 1. Februar 2019 und einer Gesprächsrunde mit allen Ratsfraktionen am 1. März 2019 auf Einladung des Ratspräsidiums wurden einige Vertreterinnen und Vertreter von „Fridays for Future“ am 3. Mai 2019 von Oberbürgermeister Ulrich Markurth empfangen. Sie überreichten ihm ein insgesamt neunseitiges Forderungspapier, dieses wurde auch den Ratsfraktionen zur Verfügung gestellt.

Der Rat der Stadt Braunschweig begrüßt die Initiative rund um das Bündnis „Fridays for Future“. Wenn junge Menschen für eine lebenswerte Zukunft eintreten und ihre Interessen politisch artikulieren, ist dies ein Gewinn für die Gesellschaft. Grundsätzlich misst der Rat der Stadt Braunschweig den Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels eine hohe Priorität zu und erkennt die grundlegende Bedeutung des Themas an. So hat die Stadt Braunschweig bereits einige erfolgreiche Schritte für besseren Klimaschutz umgesetzt. Dennoch ist es nötig, das bestehende Klimaschutzkonzept der Stadt aus dem Jahr 2010 zu überarbeiten

und zeitnah an die neuen Herausforderungen anzupassen.

Hierbei mitwirken soll der neu zu schaffende Umwelt-Arbeitskreis „Braunschweig for Future“. Er bietet die Gelegenheit, den Dialog zum Thema Klimaschutz zu verstetigen, und bietet zugleich den Vertreterinnen und Vertretern von „Fridays for Future“ eine angemessene Möglichkeit zur politischen Mitsprache. Entsprechend sollen dem Arbeitskreis je ein Vertreter der Ratsfraktionen, Vertreter der zuständigen Fachverwaltungen und zu benennende Vertreter von „Fridays for Future“ angehören. Auch sollen Vertreterinnen und Vertreter der regionalen, im Klimaschutz tätigen Verbände eingeladen werden.

Mit der Einrichtung dieses Arbeitskreises macht der Rat der Stadt dem Bündnis „Fridays for Future“ und den auf diesem Gebiet tätigen Akteuren der Zivilgesellschaft ein verbindliches Angebot, ihre Anliegen auch praktisch in politisches Handeln umsetzen zu können. Eine solche Verbindlichkeit ist bundesweit bisher selten und unterstreicht die Ernsthaftigkeit der Braunschweiger Kommunalpolitik, die umweltpolitischen Herausforderungen gemeinsam angehen zu wollen. Der Arbeitskreis versteht sich dabei als überparteilich, da es im Interesse aller im Rat vertretenden Parteien sein muss, gemeinsam Maßnahmen gegen den Klimawandel einzuleiten.

Der Planungs- und Umweltausschuss als federführend zuständiger Ausschuss ist über den Sachstand nach den Sitzungen des Arbeitskreises zu unterrichten. Die Verwaltung nutzt zudem ihr Digital-Angebot (Social Media und Website), um insbesondere jungen Menschen Informationen zur Arbeit des Arbeitskreises zur gewähren. Zur Konstituierung des Arbeitskreises wird sich der Planungs- und Umweltausschuss zudem zu einer Sondersitzung treffen.

Gez. Christoph Bratmann, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion

Gez. Thorsten Köster, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion

Gez. Dr. Elke Flake, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gez. Udo Sommerfeld, Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Linke.

Gez. Maximilian Hahn, Gruppenvorsitzender der Gruppe Die Fraktion P²

Anlagen: keine

Absender:

**AfD-Fraktion im Rat der Stadt / Dr.
Müller, Hans E.**

TOP 4.8

19-10787
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Verbesserung der Wohnsituation in Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.05.2019

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

14.05.2019

21.05.2019

Status

N

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt möge beschließen:

(1) Zur Verbesserung der Wohnraumsituation in Braunschweig kontaktiert die Verwaltung alle Besitzer von Baugrundstücken, die zwar von der Stadt die Genehmigung zum Bau eines Wohnhauses erhalten haben, doch ihrer Verpflichtung zum Bau des beantragten Wohnhauses - aus welchen Gründen auch immer - noch nicht nachgekommen sind. Sie sollen aufgefordert werden, unverzüglich mit dem beantragten Bau zu beginnen oder das Baugrundstück zu veräußern. Bei Nichtbefolgung soll das gesetzlich vorgesehene Bußgeld verhängt werden, das in der Größenordnung des durch Nicht-Bauen leistungslos erzielten Spekulationsgewinns zu liegen hat.

(2) Ferner erlässt die Stadt eine Erhaltungssatzung zum Schutz der "gebietsansässigen Bevölkerung", das ihr ein Vorkaufsrecht für Immobilien von Mietwohnungen sichert, über das sie von Fall zu Fall entscheiden kann.

Sachverhalt:

Jeder Wohnhausneubau verbessert nicht nur die Wohnraumsituation in Braunschweig, sondern er erhöht durch das getätigte Investitionsvolumen auch das Einkommen der Stadt bzw. des Handwerks. Umgekehrt verschafft jedes unbebaute Baugrundstück dem Besitzer oder schon dem Vorbesitzer einen unbegründeten Vermögenszuwachs auf Kosten der Stadt. Denn es verhindert die geplante Siedlungsdichte und erfordert neu auszuweisende, in der Peripherie liegende, im Preis gestiegene Baugrundstücke, deren Anbindung zudem kostenträchtig ist. Aus dem Druck, unbebaute Bauplätze zu veräußern, um entsprechende Sanktionen zu vermeiden, resultiert schließlich eine beruhigende Wirkung auf das Preisniveau des Immobilienmarktes.

Anlagen: keine

Betreff:

Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses

Organisationseinheit:

Dezernat V
51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Datum:

21.03.2019

Beratungsfolge

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

02.04.2019

Status

Ö

Beschluss:

Herr Hakan Kiray wird als Vertreter der muslimischen Gemeinde als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss benannt.

Als stellvertretendes beratendes Mitglied der muslimischen Gemeinde wird Herr Dr. Sadiqu Al-Mousllie benannt.

Sachverhalt:

Die Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Braunschweig wurde mit Ratsbeschluss vom 12. Februar 2019 beschlossen.

Gemäß § 3 Abs. 1 Ziffer 13 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Braunschweig gehört dem Jugendhilfeausschuss nunmehr u. a. eine Vertreterin oder ein Vertreter der örtlichen muslimischen Gemeinden auf gemeinsamen Vorschlag des Rates der Muslime Braunschweig sowie der Islamischen Gemeinschaft Braunschweig e.V. an.

Die o. g. Mitglieder werden gemäß § 3 Abs. 4 der Satzung für das Jugendamt vom Rat der Stadt Braunschweig durch Beschluss bestimmt.

Der Rat wird gebeten, Herrn Hakan Kiray und Herrn Dr. Sadiqu Al-Mousllie als beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zu bestimmen.

Dr. Arbogast

Anlage/n:

keine

Betreff:

Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses

Organisationseinheit:

Dezernat V
51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Datum:

13.05.2019

Beratungsfolge

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

21.05.2019

Status

Ö

Beschluss:

Herr Hakan Kiray wird als Vertreter der muslimischen Gemeinde als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss benannt.

Als stellvertretendes beratendes Mitglied der muslimischen Gemeinde wird Herr Dr. Sadiqu Al-Mousllie benannt.

Sachverhalt:

Die ursprüngliche Beschlussvorlage „Zusammensetzung des JHA“ (DS 19-10374) zur Benennung eines Vertreters der örtlichen muslimischen Gemeinden im Jugendhilfeausschuss wurde in der Ratssitzung am 2. April 2019 zunächst zurückgestellt.

Grund dafür war die Eingabe der Ratsfraktion DIE LINKE, welche auf ein Interview von Herrn Kiray aus dem Jahr 2016 verwies.

Die Verwaltung hat daraufhin Kontakt zum Rat der Muslime aufgenommen, von der Ratssitzung berichtet und eine Stellungnahme erbeten. Herr Yabas vom Rat der Muslime hat in einem Gespräch mit der Verwaltung noch einmal ausführlich zur Berufung von Herrn Kiray Stellung genommen und dieses in einer E-Mail nochmals schriftlich zusammengefasst.

Danach bringe Herr Kiray hochqualifiziert viele Eigenschaften mit und versichert, demokratische Werte zu vertreten. Auch sei er in einem demokratischen Prozess als Vertreter des Rates der Muslime für den Jugendhilfeausschuss ausgewählt worden. Von dem thematisierten Interview aus dem Jahr 2016 distanziert sich Herr Kiray und möchte anlässlich der Diskussion mit der betreffenden Redaktion Kontakt aufnehmen und um Berichtigung bzw. Löschung des Interviews bitten. Er selber bedauere, dass er nicht gleich nach der Veröffentlichung des Interviews in diesem Sinne aktiv geworden sei.

Der ursprüngliche Besetzungsvorschlag wird daher unter Berücksichtigung der ergänzenden Informationen unverändert erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.

Dr. Arbogast

Anlage/n:

keine

Betreff:

**Umbesetzung in Ausschüssen
- Bürgermitglied im Wirtschaftsausschuss**

Organisationseinheit:

Dezernat I
0100 Referat Steuerungsdienst

Datum:

14.05.2019

Beratungsfolge

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

21.05.2019

Status

Ö

Beschluss:

Anstelle von Frau Sabine Kleinke wird Frau Antoinette von Gronefeld als Bürgermitglied in den Wirtschaftsausschuss entsandt.

Sachverhalt:

Gemäß § 71 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt die Besetzung der Ausschüsse durch Beschluss festgestellt. Nach § 71 Abs. 9 NKomVG können Fraktionen und Gruppen Ausschussmitglieder, die sie benannt haben, durch andere Ausschussmitglieder ersetzen. Die Umbesetzungen stellt der Rat ebenfalls durch Beschluss fest.

Nach § 71 Abs. 7 NKomVG kann der Rat neben Ratsfrauen und Ratsherren auch andere Personen zu Mitgliedern seiner Ausschüsse berufen (Bürgermitglieder). Auch die Besetzung der Ausschüsse mit Bürgermitgliedern wird durch Beschluss festgestellt.

Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 8. Mai 2019 mitgeteilt, dass Frau Antoinette von Gronefeld anstelle von Frau Sabine Kleinke als Bürgermitglied in den Wirtschaftsausschuss entsandt werden soll.

Die personelle Änderung wird mit diesem Beschluss festgestellt.

Markurth

Anlage/n: keine

Betreff:

Berufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

06.05.2019

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

09.05.2019

14.05.2019

21.05.2019

Status

Ö

N

Ö

Beschluss:

Die Stadtamtfrau Steffi Hartmann wird gem. § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - zur Prüferin beim Rechnungsprüfungsamt berufen.

Sachverhalt:

Der Stadtamtfrau Steffi Hartmann wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 2018 der Dienstposten einer Prüferin in der Stelle 0140.20 Prüfbereich Betriebswirtschaft übertragen. Aufgabenschwerpunkt von Frau Hartmann sind die Prüfung von Vorgängen betreffend der Sonderrechnungen Fachbereich 20 Stadtentwässerung, Fachbereich 20 Abfallwirtschaft und Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement sowie des Fachbereichs 37 (nur Prüfung Betriebsabrechnung und Gebührenkalkulation) und der Stabstelle 0800.

Das Rechnungsprüfungsamt hat bestätigt, dass sich Frau Hartmann im Rahmen ihrer Einarbeitungszeit auf dem Dienstposten bewährt hat. Ihre bisherigen Leistungen lassen erkennen, dass Frau Hartmann für die Wahrnehmung der Aufgaben einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt befähigt ist. Daher wird vorgeschlagen, sie nunmehr zur Prüferin zu berufen.

Gemäß § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - in der geltenden Fassung in Verbindung mit § 3 Abs. 1 der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Braunschweig vom 28. Februar 2012 obliegt die Berufung von Prüferinnen und Prüfern beim Rechnungsprüfungsamt dem Rat der Stadt Braunschweig. Hinderungsgründe im Sinne des § 154 Abs. 4 NKomVG liegen in der Person von Frau Hartmann nicht vor.

Ein Personalblatt mit Angaben zur Person und zum beruflichen Werdegang von Frau Hartmann ist als Anlage beigelegt.

Ruppert

Anlage/n:

Personalblatt

Betreff:
Haushaltsvollzug 2019
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 30.04.2019
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	09.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Sachverhalt:

1. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 26	Baumaßnahmen
Projekt	4S.210090 Lessinggymn./Containerbereitst. 1.BA
Sachkonto	787110 Hochbaumaßnahmen - Projekte

Bei dem o. g. Projekt wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von **459.900,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2019 (Aufwand):	290.900,00 €
Haushaltsansatz 2019 (investiv):	1.305.500,00 €

überplanmäßig bereits bereitgestellt Aufwendungen:	0,00 €
überplanmäßig bereits bereitgestellte Auszahlungen:	0,00 €

überplanmäßig beantragte Aufwendungen:	0,00 €
überplanmäßig beantragte Auszahlungen:	459.900,00 €

(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	2.056.300,00 €
---	----------------

Im Investitionsprogramm 2018 – 2022 sind für den 1. Bauabschnitt für die Beschaffung und Aufstellung mobiler Raumeinheiten am Lessinggymnasium in Wenden Haushaltsmittel i. H. v. 3.056.400 € veranschlagt. Davon stehen für das Haushaltsjahr 2019 rd. 1.596.400 € zur Verfügung.

Der am 18. September 2018 gefasste Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss ging von einem Gesamtkostenrahmen von 2.850.500 € (vgl. Vorlage 18-09043) aus. Die Ausschreibung des Generalunternehmers ergab letztlich jedoch ein um 605.800 € höheres Ergebnis

als einkalkuliert gewesen ist (vgl. Bauausschussvorlage zur Auftragsvergabe 18-09753). Die Gesamtkosten erhöhen sich damit auf **3.456.300 €**.

Ein aktualisierter Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss unter Einbeziehung dieser Mehrkosten soll in einer der nächsten Bauausschusssitzungen eingeholt werden.

Die neuen Raumeinheiten müssen zum Schuljahresbeginn 2019/2020 verwirklicht sein, um den entsprechenden Raumbedarf decken zu können. Dieser Termin kann nur eingehalten werden, wenn die aus dem höheren Ausschreibungsergebnis notwendigen Haushaltsmittel überplanmäßig bereitgestellt werden und die restlichen zwingend erforderlichen Aufträge entsprechend ausgeschrieben und vergeben werden können. Für 2019 sind zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von **459.900 €** erforderlich. Die für 2020 eingeplante Finanzrate in Höhe von 60.000 € kann dafür entfallen.

Zur Deckung des für 2019 bestehenden zusätzlichen Finanzbedarfs in Höhe von 459.900 € werden die Jahresraten 2019 für die Maßnahmen „GS Meverode/Eintr. GTB und Sanierung (4E.210236)“ sowie GS Büldenweg /Erw./Eintr.GTB/Sanierung (4E.210240)“ um die benötigten Haushaltsmittel abgesenkt und durch entsprechende Priorisierungen haushaltsneutral in den Folgejahren nachveranschlagt.

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag
Minderauszahlungen	4E.210236.00.500.213 / 787110	GS Meverode/Eintr. GTB/San.wert.-Bau / Hochbaumaßnahmen – Projekte	242.700 €
Minderauszahlungen	4E.210240.00.500.213 / 787110	GS Büldenweg/Eintr.GTB/San.-wert.-Bau / Hochbaumaßnahmen – Projekte	217.200 €

2. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4E.210242 Interimsmaßn. Schulen/baul. L. 1.BA
Sachkonto	421110 Grundstücke und bauliche Anlagen - Instandhaltungen
Zeile 26	Baumaßnahmen
Projekt	4E.210242 Interimsmaßn. Schulen/baul. L. 1.BA
Sachkonto	787110 Hochbaumaßnahmen - Projekte

Bei dem o. g. Projekt wird ein überplanmäßiger Aufwand in Höhe von **200.400,00 €** sowie eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von **1.016.500,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2019 (Aufwendungen):	400.000,00 €
Haushaltsansatz 2019 (Auszahlungen):	1.600.000,00 €

überplanmäßig bereits bereitgestellt Aufwendungen:	500.000,00 €
überplanmäßig bereits bereitgestellte Auszahlungen:	420.000,00 €

überplanmäßig beantragte Aufwendungen:	200.400,00 €
überplanmäßig beantragte Auszahlungen:	1.016.500,00 €

(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	4.136.900,00 €
---	----------------

Im Investitionsprogramm 2018 – 2022 sind für die Beschaffung und Aufstellung mobiler Raumseinheiten als Interimsmaßnahme für umzubauende und zu erweiternde Schulen (u. a. für die Einrichtung des Ganztagesbetriebs) insgesamt Haushaltsmittel in Höhe von 3.001.900 € für den 1. Bauabschnitt veranschlagt worden. Davon stehen für das Haushaltsjahr 2019 rd. 2.000.000 € zur Verfügung.

Der am 18. September 2018 gefasste Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss ging von einem Gesamtkostenrahmen von 3.421.900 € (vgl. Vorlage 18-09044) aus. Die Ausschreibung des Generalunternehmers ergab letztlich jedoch ein um rd. 715.000 € höheres Ergebnis als einkalkuliert gewesen ist (vgl. Bauausschussvorlage zur Auftragsvergabe 18-09752). Die Gesamtkosten erhöhen sich damit auf **4.136.900 €**.

Ein aktualisierter Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss unter Einbeziehung dieser Mehrkosten soll in einer der nächsten Bauausschusssitzungen eingeholt werden.

Bereits für das Jahr 2018 sind überplanmäßig Haushaltsmittel in Höhe von 920.000 € bereitgestellt worden. Damit belaufen sich die derzeit zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf 3.921.900 € und die Deckungslücke auf 215.000 €.

Der 1. Bauabschnitt für die Interimsmaßnahmen muss zum Schuljahresbeginn 2019/2020 verwirklicht sein, um den entsprechenden Raumbedarf decken zu können. Dieser Termin kann nur eingehalten werden, wenn die aus dem höheren Ausschreibungsergebnis noch notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 215.000 € sowie die Rate aus dem Jahr 2020 in Höhe von 1.001.900 € überplanmäßig bereitgestellt werden. Nur dann können die restlichen zwingend erforderlichen Aufträge entsprechend ausgeschrieben und vergeben werden. Die für 2020 eingeplante Finanzrate in Höhe von 1.001.900 € kann dafür entfallen.

Zur Deckung werden die Jahresraten 2019 für die unten aufgeführten Projekte um insgesamt 1.216.900 € abgesenkt und durch entsprechende Priorisierungen haushaltsneutral in den Folgejahren nachveranschlagt.

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag
Minderaufwand	4E.210235.00.505 / 421110	GS Ilmenastr./Einr. GTB-n. werterh. / Grundstücke und bauliche Anlagen - Instandhaltungen	147.500 €
Minderaufwand	4E.210240.00.505 / 421110	GS Büldenweg / Erw./Einr.GTB/San.-n.wer/ Grundstücke und bauliche Anlagen - Instandhaltungen	52.900 €
Minderauszahlungen	4E.210130.00.500.213 / 787110	GS/HS Rüningen/Sanierung – Bau / Hochbaumaßnahmen - Projekte	500.000 €
Minderauszahlungen	4E.210140.00.500.213 / 787110	GY MK / Sanierung - Bau / Hochbaumaßnahmen - Projekte	500.000 €

Minderauszahlungen	4E.210235.00.500.213 / 787110	GS Ilmenastr./Einr. GTB-werterh.-Bau / Hochbaumaßnahmen - Projekte	16.500 €
--------------------	-------------------------------	--	----------

3. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4E.210251 Interimsmaßn. Schulen/baul. L. 2.BA
Sachkonto	421110 Grundstücke und bauliche Anlagen - Instandhaltungen

Bei dem o. g. Projekt wird ein außerplanmäßiger Aufwand in Höhe von **420.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2019 (Aufwendungen):	0,00 €
Haushaltsansatz 2019 (Auszahlungen):	0,00 €

außerplanmäßig beantragte Aufwendungen:	420.000,00 €
außerplanmäßig beantragte Auszahlungen:	0,00 €

(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	420.000,00 €
---	--------------

Im Investitionsprogramm 2018 – 2022 sind für den 2. Bauabschnitt der Beschaffung und Aufstellung mobiler Raumeinheiten als Interimsmaßnahme für umzubauende und zu erweiternde Schulen (u. a. für die Einrichtung des Ganztagesbetriebs) lediglich Planungsmittel in Höhe von 420.000 € veranschlagt, die im Finanzplanungsjahr 2020 eingeplant sind.

Diese Haushaltsmittel werden jedoch bereits 2019 benötigt und müssen außerplanmäßig bereitgestellt werden. Es muss bereits jetzt mit der Planung begonnen werden, um zum Haushalt 2020 die benötigten Haushaltsmittel für die Bauausführung haushaltsneutral anmelden zu können. Diese Vorgehensweise ist erforderlich, damit für den Unterricht weiterer umzubauender Schulen ausreichender temporärer Ersatzraum geschaffen werden kann, um den entsprechenden Raumbedarf decken zu können.

Nach Vorliegen der Planung und Kostenberechnung wird zu diesem Vorhaben ein Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss durch den Bauausschuss herbeigeführt.

Zur Deckung werden die Jahresraten 2019 für die unten aufgeführten Projekte um insgesamt 420.000 € abgesenkt und durch entsprechende Priorisierungen haushaltsneutral in den Folgejahren nachveranschlagt.

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag
Minderaufwand	4E.210130.00.505 / 421110	GS/HS Rüningen/Sanierung -nicht wert / Grundstücke und bauliche Anlagen - Instandhaltungen	92.900 €
Minderaufwand	4E.210240.00.505 / 421110	GS Büldenweg/Erw./Einr. GTB/San.-n.wer / Grundstücke und bauliche Anlagen – Instandhaltungen	127.100 €

Minderaufwand	4E.210252.01.505 / 421110	Kita Stöckheim Süd / Neubau / Grundstücke und bauli- che Anlagen - Instand- haltungen	200.000 €
---------------	------------------------------	---	-----------

4. Teilhaushalt Fachbereich Grün

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4S.670022 - FB 67 Klimaschutz urb. Grün/Förderproj.
Sachkonto	422900 Erwerb Vermögensgegenstände Festwert

Bei dem o. g. Projekt wird eine überplanmäßige Aufwendung in Höhe von **640.900,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2019:	389.100,00 €
überplanmäßig beantragt: 640.900,00 €	
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	<u>1.030.000,00 €</u>

Im Rahmen des Förderprojektes „Braunschweig – integrierter Klimaschutz mit urbanem Grün. Makroklimatische Regulierung durch Pflanzen“ sind verschiedene Maßnahmen in der Projektlaufzeit vom 01.05.2018 bis 30.04.2021 durchzuführen. Das Projekt wird zur Umsetzung der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) zu 80 % vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) gefördert. Für die Umsetzung der Maßnahmen werden der Stadt Braunschweig Bundesmittel in Höhe von insgesamt rund 1,86 Mio. € zur Verfügung gestellt. Der Eigenanteil der Stadt beläuft sich für die Umsetzung des Projektes auf 467.000 €.

Der im Zuwendungsbescheid vom 07.12.2017 enthaltene Gesamtfinanzierungsplan sieht folgende kassenmäßige Bereitstellung der Zuwendung vor:

2018	570.010,00 €
2019	538.594,00 €
2020	519.078,00 €
2021	239.666,00 €

Laut den „Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften“ ist das fristgemäße Abrufen der zur Auszahlung bereitgestellten Fördermittel verpflichtend. Werden Fördermittel nicht abgerufen, behält sich der Fördermittelgeber eine Kürzung der Zuwendung vor. Im schlechtesten Fall muss damit gerechnet werden, dass die Zuwendung in vollem Umfang widerrufen und die bereits ausgezahlten Bundesmittel zurückgefordert werden.

Mit der Maßnahme „Horizontale und vertikale Begrünung städtischer Gebäude“ konnte bisher nicht begonnen werden, da eine im Stellenplan 2018 neu geschaffene Stelle bisher nicht besetzt werden konnte. Hieraus resultieren zeitliche Verzögerungen bei der Umsetzung der gemäß Förderantrag und der dazugehörigen sogenannten Meilensteinplanung ursprünglich anvisierten Gebäudebegrünungsmaßnahmen in den Jahren 2018 und 2019. In diesem Zeitraum war für die Gebäudebegrünung insgesamt rund 546.000 € (incl. Planungskosten) als Ausgabe geplant, wie sich aus der nachstehenden Tabelle ergibt:

	2018	2019	2020
Dachbegrünung	169.600 €	169.600 €	177.500 €
Fassadenbegrünung	92.100 €	114.600 €	114.600 €
Summe	261.700 €	284.200 €	292.100 €

Da es aufgrund der vorstehend erwähnten Verzögerungen im Teilmodul „Gebäudebegrünung“, bei dem die Finanzierung nur aus dem Finanzhaushalt erfolgt, nach derzeitigem Stand im Haushaltsjahr 2019 ebenso wie im Haushaltsjahr 2018 keinen nennenswerten Mittelabfluss geben wird, aber dennoch ein fristgerechter Mittelabruf im Jahr 2019 vom Fachbereich Stadtgrün und Sport zu gewährleisten ist, kann in enger Abstimmung mit dem Fördermittelgeber sowie dem Projektträger durch das Vorziehen der eigentlich erst für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 geplanten Baumpflanzungen, die im Ergebnishaushalt veranschlagt sind, der notwendige Haushaltsmittelabfluss gewährleistet werden, um das Gesamtprojekt nicht zu gefährden.

Um das Projekt nicht zu gefährden und den damit verbundenen wirtschaftlichen Schaden von der Stadt abzuwenden, der die Rückzahlung der bereits erfolgten Auszahlung von Fördermitteln in Höhe von 482.000 € mit sich bringen würde, ist das Vorziehen der in den Jahren 2020 und 2021 geplanten Baumpflanzungen in Verbindung mit der Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel in der beantragten Höhe im Ergebnishaushalt unabweisbar.

Die Haushaltsmitteleinplanungen für die Jahre 2020 und 2021 werden entsprechend entbehrlich. Somit kommt es im genannten Finanzplanungszeitraum durch die Bereitstellung der überplanmäßigen Haushaltsmittel nicht zu einer Haushaltsausweitung.

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag
Minderaufwand	5S.670036 / 422900	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen / Festwertaufwand	640.900 €

Schlimme

Anlage/n: keine

Betreff:

Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

Organisationseinheit:

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

Datum:

16.04.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	09.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 7 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 26 Kommunalhaushalts- und –kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht, so dass hiermit lediglich ein Beschlussvorschlag bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden die Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss zur Annahme oder Vermittlung ausgestellt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen..

Geiger

Anlage/n:

Zuwendungen Rat Mai 2019

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2019)**Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Förderverein der GS Querum	190,00 €	Zuschuss für den Mathematikwettbewerb "Känguru" Kettenzuwendung
2	Förderverein der GS Querum	3.184,00 €	Zuschuss zum Zirkusprojekt
3	Förderverein des Gym. Raabeschule	Sachspende 1.497,73 €	Geschirrspülmaschine Kettenzuwendung
4	Förderverein des Gym. Raabeschule	Sachspende 41,93 €	7 Bücher "Die Schneekönigin" für die Mediathek Kettenzuwendung
5	Förderverein des Gym. Raabeschule	Sachspende 222,55 €	Schulflaggen Kettenzuwendung
6	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 42,85 €	Material für das Archäologie Projekt Kettenzuwendung
7	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 140,60 €	Transportwagen für die Fachgruppe Darstellendes Spiel Kettenzuwendung
8	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 209,70 €	Unterrichtsmaterial Kettenzuwendung
9	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 2.695,05 €	Mikroskope
10	Förderverein des Lessinggymnasiums	Sachspende 116,83 €	Kostüme für den Lateinunterricht Kettenzuwendung
11	Förderverein des Lessinggymnasiums	Sachspende 86,97 €	Fischfutterautomaten Kettenzuwendung
12	Förderverein des Lessinggymnasiums	19.241,28 €	Ungebundene Geldspende, ein Konzept zur Mittelverwendung wird noch erstellt.

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
13	Förderverein Heinrich-Büssing-Schule Braunschweig e. V.	Sachspende 3.748,26 €	Bausatz für eine Grillhütte
14	MK:Connect Förderverein Martino-Katharineum e.V.	Sachspende 543,75 €	Spielmaterial (Bälle, Tischtennisschläger, etc.) für die Pause Kettenzuwendung
15	MK:Connect Förderverein Martino-Katharineum e.V.	Sachspende 213,88 €	Noten für die BigBand Kettenzuwendung
16	Rotaract Club "Braunschweig-Wolfsburg"	9.000,00 €	Materialien für den Sport-Förderunterricht der GS Altmühlstraße
17	Solvis GmbH	Sachspende 5.272,60 €	Brennwertkessel als Anschauungsobjekt für den Unterricht an der Heinrich-Büssing-Schule
18	Verein der Ehemaligen der Gaußschule, Gym. Am Löwenwall	447,16 €	Zuschuss für Material für die Robotik Kettenzuwendung
19	Verein der Ehemaligen der Gaußschule, Gym. Am Löwenwall	5.000,00 €	Baucontainer für Aufbewahrung von Spiel-und Sportmaterial

Fachbereich 41

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Elli-Hofmann-Eckensberger-Stiftung	2.500,00 €	Städtische Musikschule Förderung eines Musikalisierungsprojektes in Kindertagesstätten
2	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 1.000,00 €	Städtische Musikschule Cases für die Aufbewahrung und den Transport von Lichtequipment Kettenzuwendung
3	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 300,00 €	Städtische Musikschule Klassensatz Stühle für das Projekt Ein Tag - 1000 Töne Kettenzuwendung

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2019)**Referat 0500**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	3.033,00 €	Braunschweiger Kinder und Jugendliche, Schulen und Kindertagesstätten	Kinderarmut, Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe
2	Martin Bretschneider	3.000,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Spende Kinderarmut GS Bültenweg

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2019)**Fachbereich 41**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 530,00 €	Städtische Musikschule Zehnteiliger Dämpfersatz für Trompeten und Posaunen der Bigband Kettenzuwendung
2	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 5.000,00 €	Städtische Musikschule Restaurierung eines Flügels
3	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 1.750,00 €	Städtische Musikschule Kinderoboe Kettenzuwendung

Fachbereich 51

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Besatzung Korvette Braunschweig	2.463,50 €	zur Unterstützung der Arbeit des Kinder- und Jugendschutzhauses in Ölper

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2019)**Fachbereich 66**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Baugenossenschaft >Wiederaufbau< eG	Sachspende 500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2019“ u.a. Schulpreise Kettenzuwendung
2	Braunschweigische Sparkassenstiftung	13.256,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2019“ u.a. Schulpreise
3	Nibelungen-Wohnbau- GmbH Braunschweig	Sachspende 500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2019“ u.a. Schulpreise Kettenzuwendung
4	Öffentliche Sachversicherung Braunschweig	Sachspende 2.500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2019“ u.a. Schulpreise

Betreff:

Rückabwicklung Erbbaurecht Am Lehmanager 14

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

09.05.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	09.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschluss:

„Der Rückabwicklung des Erbbaurechtes Am Lehmanager 14 wird auf Grundlage der in der Vorlage 19-10528 näher dargestellten Konditionen zugestimmt.“

Sachverhalt:

An dem Grundstück Am Lehmanager 14, 38120 Braunschweig ist ein Erbbaurecht bestellt. Dieses endet vertragsgemäß am 31. März 2052. Das Grundstück Gem. Wilhelmitor, Flur 10, Flurstück 34/798 hat eine Fläche von ca. 14.000 m². Es liegt im Fördergebiet „Soziale Stadt – Donauviertel“. Seitens der Stadt besteht ein städtebauliches Interesse an dem Grundstück.

Hintergründe für die Entwicklung des Grundstückes

Als Grundlage der Anmeldung in das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ wurde im Jahr 2015 das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) Donauviertel erstellt. Ziele und Handlungsempfehlungen des IEK in Bezug auf Wohnungsneubau beinhalten u. a. „die Nutzung von Neubaupotenzialen zur Verbesserung der sozialen Mischung der Bewohner und Heterogenisierung der Architektur/Bebauung“ (IEK S. 62). Weiter wurde formuliert: „Für die Verbreiterung des Wohnungsangebotes sind potenzielle Flächen auf ihre Verwertbarkeit für den Neubau zu prüfen. Ziel muss auch hier die Orientierung an der Nachfrage sein, z. B. Wohnformen für Ältere und für Familien mit Kinder. Beabsichtigte Wirkung ist eine Stabilisierung der Bevölkerungszusammensetzung“ (IEK S. 71).

Das Grundstück Am Lehmanager 14 ist in seiner Größe und Beschaffenheit prädestiniert für die Schaffung von Wohnbebauung.

Das Grundstück steht nun kurzfristig zur Verfügung. Die Stadt sollte handeln und das Grundstück für die städtebauliche Entwicklung im Sinne der Ziele des Fördergebietes sichern.

Schlimme

Anlage/n:

Keine

Betreff:

**Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und
Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr
2019/2020**

Organisationseinheit:

Dezernat V
51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Datum:

30.04.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	09.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschluss:

1. Den in den Anlagen A und B dargestellten Angebotsanpassungen zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2019/2020 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Angebotsanpassungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sowie eventuell noch darüber hinaus erforderliche Gruppenveränderungen kostenneutral umzusetzen.
3. Stellen sich zu Beginn des neuen Kindergarten- bzw. Schuljahres derzeit noch nicht erkennbare Änderungen in der Belegungssituation dar, so sollen Angebotsanpassungen kostenneutral im lfd. Kindergarten- bzw. Schuljahr 2019/2020 im Einvernehmen mit dem Träger realisiert werden. Der Jugendhilfeausschuss wird im 4. Quartal 2019 über die vorgenommenen Änderungen unterrichtet.
4. Angebotsanpasungen in städtischen Kindertagesstätten und Schulkindbetreuungseinrichtungen haben Auswirkungen auf den jeweiligen Personal- und Stellenbedarf. Die Stellenanpassungen werden im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt. Die Finanzierung erfolgt aus den im Budget zur Verfügung stehenden jeweiligen Sachmitteln.

Sachverhalt:

Im Rahmen der Planungskonferenz am 7. März 2019 wurden gemeinsam mit den freien Trägern die beantragten Veränderungen bzw. Angebotsanpassungen im Kindertagesstättenbereich sowie im Schulkindbetreuungsbereich für das Kindergarten- bzw. Schuljahr 2019/2020 abgestimmt.

Eine detaillierte Auflistung der Anträge zur Planungskonferenz 2019 ist in den Anlagen

- A) Angebotsveränderungen in Kindertagesstätten
- B) Angebotsveränderungen in der Schulkindbetreuung

zusammengefasst.

Die grau hinterlegten Maßnahmen werden zur Umsetzung vorgeschlagen.

Umsetzungsvorschlag

Grundsätzlich werden Angebotsanpassungen im Kindertagesstättenbereich in der Planungskonferenz kostenneutral umgesetzt. Dies bedeutet, dass Ausweitungen von Betreuungszeiten nur möglich sind, wenn auf der anderen Seite Einsparungen, d.h. Gruppenreduzierungen oder Schließungen stehen. Einsparungen werden grundsätzlich auch durch die Umwandlungen von Hortangeboten in Angebote der Schulkindbetreuung erzielt.

Im Kindertagesstättenbereich wurden keine Anträge auf Gruppenreduzierungen oder Umwandlung von Hortgruppen in Angebote der Schulkindbetreuung gestellt. Einsparungen ergeben sich jedoch durch die Änderung von Angebotsstrukturen. Darüber hinaus stehen die Restmittel der PK 2018 als Finanzierungsgrundlage für die kostenneutrale Realisierung der Anpassungsbedarfe zur Verfügung.

Für die Schulkindbetreuung in und an Schulen stehen im Haushalt 2019 finanzielle Mittel für die Einrichtung von 200 zusätzlichen Plätzen zur Verfügung.

Bei den Berechnungen werden die Nettobeträge, bezogen auf ein gesamtes Kindergarten- bzw. Schuljahr (12 Monate) zu Grunde gelegt. Für das Haushaltsjahr 2019 fallen somit 5/12 der ermittelten Kosten an.

A) Angebotsveränderungen in Kindertagesstätten

Entsprechend der zur Verfügung stehenden Mittel werden die in der Anlage Teil A) grau markierten Maßnahmen zur Einbeziehung in die städtische Förderung vorgeschlagen.

➤ Einsparungen durch Änderung der Angebotsstruktur

Die Umwandlung einer Hort- in eine kleine Kindergartengruppe in Querum sowie die Umwandlung einer Kindergarten- in eine Krippengruppe in Lamme führen zu Einsparungen. Die Maßnahmen werden mit Priorität versehen. Die Umsetzung in Lamme steht unter dem Vorbehalt, dass Mittel für die erforderlichen Investitionen (Umbau, Einrichtung) zur Verfügung stehen. Die Beantragung von RAT-Fördermitteln ist vorgesehen.

➤ Anträge zu Angebotsausweitungen

Im Bereich der Angebotsausweitungen können unter Berücksichtigung des Finanzrahmens vier Anträge umgesetzt werden. Die Ausweitung des Angebotes im Familienzentrum und Kindertagesstätte St. Marien Lamme steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Umwandlung einer Ganztags-Kindergartengruppe in eine Krippengruppe und wird daher vorrangig priorisiert.

Darüber hinaus können drei Anträge zur Ausweitung von Betreuungszeiten berücksichtigt werden. Aufgrund der immer weiter sinkenden Nachfrage nach Vormittagsplätzen (vier und fünf Stunden Betreuungszeit) werden zunächst die Anträge der Kitas Grünwaldstraße und Siegmundstraße mit Priorität versehen. Unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Mittel ist weiterhin der Antrag des Kindergartens Liliput Bienrode umsetzbar.

➤ Anträge zur Änderung der Angebotsstruktur

Zwei Anträge zur Änderung der Angebotsstruktur von Hort- zu Kindergartenbetreuung können nahezu kostenneutral umgesetzt werden. Soweit nicht alle Hortkinder in Angebote der Schulkindbetreuung wechseln können, ist geplant die Gruppen für einen Übergangszeitraum altersübergreifend zu betreiben, so dass das Hortangebot nach und

nach ausläuft.

Zu den Anträgen, die die Umwandlung von Hortgruppen betreffen, ist grundsätzlich darauf hinzuweisen, dass das Angebot der Betreuung von Schulkindern in den beantragenden Kindertagesstätten nicht mehr nachgefragt wird und keine Neuanmeldungen vorliegen.

➤ Anträge zu Integrationsangeboten

Der Bedarf für zusätzliche Integrationsplätze ist auch in Braunschweig steigend und damit gegeben. Die hierfür zukünftig vorzusehenden Plätze müssen im Rahmen der Kita-Bedarfsplanung Berücksichtigung finden, zumal die zur Verfügung stehenden Mittel im Rahmen der Planungskonferenz nicht ausreichend wären, um die kostenintensive Umwandlung der vorliegenden Anträge zu realisieren.

B) Angebotsveränderungen im Schulkindbetreuungsbereich

Die Anträge gemäß Anlage Teil B) werden zur Umsetzung empfohlen. Auf Grund der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel kann die Umsetzung der grau hinterlegten Anträge zum Schuljahr 2019/2020 erfolgen.

Hierbei werden auch Bedarfe an bereits bestehenden Ganztagsgrundschulen gedeckt, die derzeit nicht über eine Betreuungsversorgung von 60 % verfügen.

Für zwei Grundschulen wurden zusätzliche Betreuungsplätze in so geringem Umfang angemeldet, dass eine Einrichtung bzw. Erweiterung einer bestehenden Gruppe nicht möglich ist. Diese Bedarfe sind in der Anlage daher nicht aufgeführt.

Eine Realisierung der gemeldeten Betreuungsbedarfe für die Grundschule Meverode oder die Außenstelle der Grundschule Stöckheim ist aufgrund der dort bereits erreichten Versorgungsquoten von 67 % bzw. 69 % nicht vorgesehen. Auch am Hauptstandort der Grundschule Stöckheim würde mit Umsetzung der beantragten Maßnahme eine Versorgungsquote von 60 % deutlich überschritten (63 %).

Der im Vorjahr geänderte Umgang mit Betriebsgenehmigungsverfahren des Landesjugendamtes in Bezug auf die Doppelnutzung von Räumlichkeiten in Schulen kann auch zum kommenden Schuljahr die Einrichtung verschiedener Betreuungsangebote in Grundschulen ermöglichen. Die hierfür notwendigen Verständigungen mit den betreffenden Schulleitungen gestalten sich mitunter schwierig, so dass bei einigen zur Umsetzung vorgesehenen Betreuungsangeboten derzeit die Raumfrage noch ungeklärt ist.

Den erheblichen Ausbautätigkeiten gegenüber stehen kontinuierlich steigende Bedarfe im Bereich der Schulkindbetreuung in und an Schulen sowie an den Kooperativen Ganztagsgrundschulen. Die Schulleitungen von vier Ganztagsgrundschulen haben, unabhängig von der dort jeweils bereits erreichten Versorgungsquote von mindestens 60 %, zum kommenden Schuljahr Bedarfe für insgesamt 89 zusätzliche Betreuungsplätze rückgemeldet. Diese können nicht umgesetzt werden und sind in der Anlage B nicht aufgeführt.

Auswirkungen auf den Stellenplan

Die mit Priorität versehenen Angebotsanpassungen in städtischen Einrichtungen wirken sich wie nachfolgend dargestellt auf den Stellenplan aus:

Kita Grünwaldstraße	+ 0,4 Stellen
Kita Querum	- 0,43 Stellen
Kita Recknitzstraße	+ 0,79 Stellen
Kita Schwedenheim	+ 0,84 Stellen
Kita Siegmundstraße	+ 0,55 Stellen

SchuKi des KJZ Querum	+ 1,1 Stellen
SchuKi des KJZ Roxy	+ 1,14 Stellen
SchuKi des KJZ Turm	+ 0,78 Stellen
SchuKi der Spielstube Hebbelstraße	+ 0,45 Stellen

Zur Sicherstellung der erforderlichen Vertretungskräfte gemäß den Vorgaben des Landes erfolgt nach Vorliegen der Fehlzeitenauswertung für das Jahr 2018 eine Neuberechnung der Ausfallreserve. Die daraus ggf. notwendige Stundenanpassung zum Kindergartenjahr 2019/2020 wird im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt.

Finanzielle Auswirkungen

Es stehen Haushaltsmittel für die zur Umsetzung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verfügung.

Zuständigkeit

Durch die Veränderungen bzw. Angebotsanpassungen im Kindertagesstättenbereich sowie im Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2019/2020 wird die Etathoheit des Rates einschließlich der sich hieraus ergebender Auswirkungen auf den Stellenplan tangiert. Des Weiteren entscheidet der Rat nach § 5 Abs. 3 der Satzung für das Jugendamt in Angelegenheiten der Jugendhilfe von grundsätzlicher Bedeutung.

Dr. Arbogast

Anlage/n:

Anlage A Angebotsveränderungen in Kindertagesstätten
Anlage B Angebotsveränderungen in der Schulkindbetreuung

Anlage A**A) Angebotsveränderungen im Kindertagesstättenbereich****Einsparungen durch Änderung der Angebotsstruktur**

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
112 Wabe-Schunter- Beberbach	Stadt Braunschweig; Kita Querum	Hort (20)	kl. G aü (10)
321 Lehndorf-Watenbüttel	Ev.-luth. Kirchenverband; Familienzentrum und Kita St. Marien Lamme (BT)	G (25)	KG (15)

Anträge zu Angebotsausweitungen

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
112 Wabe-Schunter- Beberbach	Ev.-luth. Kirchenverband; Kita Bevenrode (BT)	kl. M1 (10)	kl. G (10)
112 Wabe-Schunter- Beberbach	Ev.-luth. Kirchenverband; Kita Bienrode "Lilliput" (BT)	Misch M2/G (15/10)	G (25)
120 Östl. Ringgebiet	Stadt Braunschweig; Kita Grünwaldstraße	Misch M1/G (15/10)	G (25)
223 Broitzem	Der Paritätische; Kita Broitzem (BT)	M2 (25)	G (25)
321 Lehndorf-Watenbüttel	Ev.-luth. Kirchenverband; Familienzentrum und Kita St. Marien Lamme (BT)	Misch M2/G (15/10)	G (25)
331 Nordstadt	Stadt Braunschweig; Kita Siegmundstraße	Misch V/M2 (14/10)	Misch M2/G (14/10)

Anträge zur Änderung der Angebotsstruktur

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
221 Weststadt	Stadt Braunschweig; Kita Recknitzstraße	Hort (20)	G aü (20)
310 Westl. Ringgebiet	Stadt Braunschweig; Kita Schwedenheim	Hort (20)	G aü (20)

Anträge zu Integrationsangeboten

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
221 Weststadt	Caritas; Familienzentrum St.- Maximilian-Kolbe	Misch V/M2 (15/10)	Integrationsgruppe M2/ganztags (8/10)
321 Lehndorf-Watenbüttel	Ev.-luth. Kirchenverband; Familienzentrum und Kita St. Marien Lamme (BT)	M2 (25)	Integrationsgruppe M2 (18)

nachrichtlich (Kita-Ausbau):

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
213 Südstadt-Rautheim- Mascherode	Fröbel; Kita Heinrich der Löwe	-	3 KG, 2 G
213 Südstadt-Rautheim- Mascherode	Kinderkrippe Marienkäfer	2 KG	2 KG, 1 G
331 Nordstadt	Johanniter; Kita Mitgaustraße (BT)	-	3 KG, 2 G

Erläuterungen der Abkürzungen der Angebotsformen:

V= Vormittags (4 Stunden)

M1= Mittel 1 (5 Stunden)

M2= Mittel 2 (6 Stunden)

G= Ganztags (ab 7 Stunden)

K= Krippengruppe

kl.= kleine Gruppe

aü = altersübergreifend

Misch V/M2=Mischgruppe 4 und 6 Stunden

Misch M1/G= Mischgruppe 5 und ab 7 Stunden

Misch M2/G= Mischgruppe 6 und ab 7 Stunden

EKG=Eltern-Kind-Gruppe

B) Angebotsveränderungen in der Schulkindbetreuung

KoGS: Kooperative Ganztagsgrundschule, RG: Regelgruppe, KG: Kleine Gruppe, PK: Planungskonferenz

Stadtbezirk	Schule Träger/Einrichtung	Veränderung	Neue Plätze
112 Wabe-Schunter- Beberbach	GS Querum Städt. KJZ Querum Raumfrage in Klärung	Umwandlung einer KG in eine RG (Einrichtung einer Regelgruppe bereits beschlossen und finanziert PK 2018)	8
112 Wabe-Schunter- Beberbach	GS Waggum Ev. Kirchengemeinde Bienrode	Einrichtung einer kleinen Gruppe bis 16.00 Uhr	12
113 Hondelage	GS Hondelage Ev. Kirchengemeinde St. Johannes Raumfrage in Klärung	Umwandlung einer KG in eine RG bis 16.00 Uhr	8
114 Volkmarode	GS Volkmarode Träger in Klärung	Einrichtung einer kleinen Gruppe bis 16.00 Uhr	12
120 Östliches Ringgebiet	Freie Schule Freie Schule	Einrichtung einer kleinen Gruppe bis 16.00 Uhr	12
211 Stöckheim-Leiferde	GS Stöckheim KJZ Stöckheim e.V.	Einrichtung einer Regelgruppe bis 16:00 Uhr	20
211 Stöckheim-Leiferde	GS Stöckheim Außenstelle Leiferde KJZ Stöckheim e.V.	Umwandlung einer KG in eine RG bis 17:00 Uhr	8
212 Heidberg-Melverode	GS Melverode Ev. Kirchengemeinde Dietrich Bonhoeffer	Einrichtung einer kleinen Gruppe bis 16.00 Uhr	12
213 Südstadt-Rautheim- Mascherode	GS Mascheroder Holz Städt. KJZ Roxy	Einrichtung einer Regelgruppe bis 16.00 Uhr	20
221 Weststadt	KoGS Altmühlstraße Städt. Spielstube Hebbelstraße	Umwandlung einer KG in eine RG bis 15.00 Uhr	8
310 Westl. Ringgebiet	GS St. Josef BDKJ Raumfrage in Klärung	Einrichtung einer kleinen Gruppe bis 16.00 Uhr	12
310 Westl. Ringgebiet	KoGS Hohestieg DRK	Einrichtung einer Regelgruppe bis 15.00 Uhr	20
321 Lehndorf-Watenbüttel	KoGS Lehndorf Ev. Kirchengemeinde Wichern	Einrichtung von zwei Regelgruppen bis 15 Uhr und bis 16 Uhr	40
321 Lehndorf-Watenbüttel	KoGS Lehndorf Städt. KJZ Turm Raumfrage in Klärung	Einrichtung einer kleinen Gruppe bis 17.00 Uhr	12
323 Wenden-Thune- Harxbüttel	GS Wenden DRK KTK Wenden	Umwandlung einer KG in eine RG bis 16.00 Uhr	8
331 Nordstadt	KoGS Am Schwarzen Berge Kids am schwarzen Berge e.V.	Umwandlung einer KG in eine RG bis 16.00 Uhr	8
332 Schunteraue	GS Schunteraue Falkenheim (Heinrich-Jasper-Haus)	Umwandlung einer KG in eine RG bis 15.00 Uhr	8
Summe:			188

Betreff:

Bewerbung als "Modellprojekt Smart City: Stadtentwicklung und Digitalisierung"

Organisationseinheit:

Dezernat VI
0800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat

Datum:

10.05.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Braunschweig unterstützt nachdrücklich und vollumfänglich die Bewerbung als „Modellprojekt Smart Cities“ beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI).
2. Als ideale Voraussetzung der Bewerbung wird das in einem umfangreichen partizipativen Prozess entwickelte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) angesehen.
3. Gemäß dem ISEK wird der Terminus Smart City hierbei als Oberbegriff für ganzheitliche und integrierte Entwicklungskonzepte verstanden, die darauf abzielen, die Stadt effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten. Diese Konzepte sollen technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen beinhalten und für alle Anspruchsgruppen und Akteure bedarfsorientierte Lösungen für zentrale Fragestellungen der Stadtentwicklung bieten.
4. Die Bewerbung erfolgt in der Kenntnis, dass durch die Stadt Braunschweig finanzielle Eigenmittel i. H. v. 35 % für die Entwicklung und für die Umsetzung der Smart City Strategie aufgebracht werden müssen. Diese Mittel werden in den städtischen Haushalt eingebracht.
5. Der Standort Braunschweig verbindet Tradition mit Hochtechnologie. Die Technische Universität sowie zahlreiche international renommierte Forschungseinrichtungen sorgen dafür, dass Braunschweig zu den forschungsintensivsten Regionen Europas gehört. Eine enge Zusammenarbeit mit den Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen wird daher auch bei diesem Vorhaben angestrebt. Es erfolgt darüber hinaus eine Einbindung verschiedener Wirtschaftsakteure sowie die Beteiligung weiterer Institutionen wie Verbände, Vereine, Bildungsträger und der Stadtbevölkerung, um den geforderten partizipativen Prozess abzubilden.
6. Hierbei steht neben dem Ziel, auch regionale Kooperationen einzugehen und regionale Lösungen zu erarbeiten, grundsätzlich die Gesamtstadt im Fokus der Bemühungen. Wobei jedoch projekt- bzw. themenbezogen auch kleinräumigere Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

7. Im Falle einer erfolgreichen Bewerbung verpflichtet sich die Stadt Braunschweig zudem, am Wissens- und Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen teilzunehmen, um am modellhaften Lernen zu partizipieren

Sachverhalt:

Die Themen Smart City und Digitalisierung nehmen in der Stadt Braunschweig einen immer größeren Stellenwert ein. Der Begriff der Smart City beschreibt dabei nach dem Verständnis der Stadt Braunschweig Städte, die sich einer nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung verschrieben haben und der digitalen Transformation proaktiv begegnen. Hierbei spielen Themengebiete wie E-Government, Infrastrukturausbau, Soziales, digitale Bildung, Kommunikation und Bürgerdialog, Umwelt, Industrie bzw. Wirtschaft 4.0 und viele mehr eine bedeutende Rolle. Ein allem übergeordnetes Ziel ist die Steigerung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger sowie die Stärkung des Standortes Braunschweig.

Vor diesem Hintergrund wurde nicht zuletzt auch im ISEK ein Rahmenprojekt dem Feld Smart City gewidmet (R16, s. ISEK Braunschweig). Als wichtiger Baustein ist darin die Erstellung eines Smart-City-Rahmenkonzepts vorgesehen, welches den strategischen Handlungsrahmen für die nächsten Jahre abstecken soll. Mit der Erstellung des Rahmenkonzepts wurde im Dezember 2018 die Partnerschaft Deutschland GmbH (PD) beauftragt (s. Beschlussvorlage 18-09311), die über eine ausgewiesene Expertise in der Begleitung von Kommunen auf dem Weg zur Smart City verfügt.

Ende März erreichten die Verwaltung erste Informationen, u. a. über den Niedersächsischen Städtetag, dass das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) im Rahmen der Umsetzungsstrategie der Bundesregierung zur Gestaltung des digitalen Wandels in einem Programm zur Förderung deutscher Smart Cities insgesamt 750 Millionen Euro in vier Staffeln zur Verfügung stellen wird. Für die erste Staffel mit rund zehn Modellprojekten stehen im Bundeshaushalt 2019 ca. 150 Mio. € zur Verfügung. Gefördert wird die Entwicklung kommunaler und fachübergreifender Strategien zur Gestaltung der Digitalisierung und dann auch dessen Umsetzung. Kommunen erhalten für die förderfähigen Kosten Zuschüsse in Höhe von 65 % oder bis zu 90 % im Falle kommunaler Haushaltsnotlage.

Für die Bewerbung ist vom Bundesministerium sowohl ein sehr enges Zeitfenster vorgegeben als auch ein konkret vorgeschriebenes Verwaltungsverfahren. Die Bewerbung als Modellprojekt durch die Verwaltung muss spätestens bis zum 17. Mai 2019 erfolgen. Der Ratsbeschluss - dessen wesentliche Inhalte ebenfalls vorgegeben sind - ist bis zum 24. Juni 2019 vorzulegen. Vor diesem Hintergrund war eine Beteiligung von Fachausschüssen nicht möglich.

Mit Blick auf die sich eröffnenden Chancen durch eine geförderte Umsetzung von Smart City Themen, die großenteils bereits im ISEK verankert sind, hat sich die Stadt Braunschweig auf die zur Verfügung stehenden Fördermittel beworben. Im Rahmen der Strategieerarbeitung und der nachgelagerten Strategieumsetzung muss die Stadt Braunschweig einen Eigenanteil zur Kofinanzierung einbringen (voraussichtlich 35 % der förderfähigen Kosten).

Informationen zum Förderprogramm: Finanzen

Die Förderung erfolgt über insgesamt sieben Jahre und teilt sich dabei in zwei Phasen:

- Phase A - Konzept- bzw. Strategieentwicklung:
Die Förderung ist auf 2 Jahre ausgerichtet. Die förderfähigen Kosten pro Kommune betragen maximal 2,5 Mio. Euro – was einem in diesem Zeitraum zu erbringenden Eigenanteil von 0,9 Mio. Euro entspräche. Nach aktuellem Kenntnisstand wäre auch eine Bewerbung mit einem geringeren finanziellen Umfang möglich.

- Phase B - Strategieumsetzung:

Nach Abschluss der Phase A stehen direkt weitere Fördermittel für die Umsetzung der erarbeiteten Strategie zur Verfügung. Auf 5 Jahre können hierfür bis zu 15 Mio. Euro als förderfähige Kosten eingebracht werden. Der städtische Eigenanteil hier ist entsprechend mit rund 5,25 Mio. Euro anzusetzen.

Insgesamt umfasst das gesamte Förderprojekt – gerechnet für den Gesamtprojektzeitraum von sieben Jahren (Phase A + B) – ein Volumen von 17,5 Millionen Euro. Phase A und Phase B sind dabei zusammen zu beantragen. Eine Beantragung von Fördermitteln in geringem Umfang ist möglich – eine Untergrenze gibt es nicht.

Im Rahmen der Strategieentwicklung sollen konkrete Maßnahmen erarbeitet werden, um Braunschweig zur Smart City weiterzuentwickeln. Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll schließlich durch die zur Verfügung stehenden Bundesmittel zu 65%, bei einem Eigenanteil von 35%, finanziert werden. Der Eigenanteil der Stadt Braunschweig wird sich passgenau auf die gemeinschaftlich erarbeiteten Ziele und Maßnahmen beschränken, die mit der Antragserstellung zunächst grob geschätzt, mit der Strategieentwicklung konkret erarbeitet und schließlich jährlich in den jeweiligen Haushalten verabschiedet werden. Da der Bund jedoch bereits eine Kostenschätzung für die Umsetzungsphase ab 2021 bis 2026 fordert, zum Zeitpunkt der Erstellung hierzu jedoch noch keine genaue Aussage getroffen werden kann, bezieht sich der Vorschlag für den Ratsbeschluss auf den maximal aufzubringenden Eigenanteil von rund sechs Millionen Euro und damit auf die notwendige Grundsatzentscheidung zur Beteiligung am Bewerbungsverfahren.

Informationen zum Förderprogramm: Vorgaben des Bundes

Im Fokus des BMI stehen Kommunen, die in ihrem Handeln auf sektorenübergreifende, integrierte Strategien der Stadtentwicklung ausgerichtet sind und bei deren Umsetzung dabei im Wesentlichen die Bereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales adressieren. Daher stützt sich die Ausschreibung auf die Verbindung der zu fördernden Smart City Strategien mit Instrumenten der integrierten Stadtentwicklung sowie der Smart City Charta des Bundes – diese Verbindung ist im Rahmen der Antragstellung als notwendige Voraussetzung nachzuweisen. Damit verbunden ist auch ein klarer Fokus auf einen breiten Partizipationsprozess bei der Erarbeitung der Smart City Strategie sowie deren Umsetzung. Dieser Prozess ist ebenfalls im Förderantrag darzustellen.

Als weitere wesentliche Voraussetzung für eine Bewerbung fordert der Fördermittelgeber die Vorlage eines Ratsbeschlusses über die Verbindlichkeit der Strategieentwicklung und Strategieumsetzung sowie die damit verbundene Beschlussfassung zur Bereitstellung der hierfür notwendigen finanziellen Mittel.

Weiterhin werden die Kommunen zur Mitwirkung am Erfahrungs- und Wissensaustausch über die Dialogplattform Smart City des Bundes verpflichtet.

Im Falle einer Entwicklung von Softwarelösungen im Rahmen der Strategieumsetzung ist zudem vorgeschrieben, diese als Open-Source-Lösung zu entwickeln.

Chancen für die Stadt Braunschweig

Der Stadt Braunschweig ist es vor Kurzem gelungen, in den Smart City Atlas des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. (Bitkom) aufgenommen zu werden. Das Förderprogramm bietet neben dem Zugriff auf Fördermittel durch die Stadt und ihre Partner und der Teilhabe am bundesweiten Erfahrungsaustausch mit anderen Pilotstädten die Chance, die Sichtbarkeit Braunschweigs im nationalen Smart City Kontext zu erhöhen bzw. generell eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Mit dem beschlossenen ISEK wurden in einem mehrjährigen, partizipativ ausgerichteten Prozess die Ziele der Stadtentwicklung bis 2030 abgesteckt und Maßnahmen zu deren Erreichung abgestimmt. Mit dem Auftrag an die PD, ein Smart City Rahmenkonzept für Braunschweig zu erstellen, werden nun die Themenfelder des ISEK mit Bezug zur Digitalisierung

weiter ausgestaltet. Zudem wurden hiermit bereits erste notwendige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewerbung auf Fördermittel geschaffen, denn u. a. orientiert sich die PD bei der Erstellung eng an der Smart City Charta des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Die Bewerbung der Stadt Braunschweig stellt damit eine logische Konsequenz für die strategische Zielrichtung der Stadt Braunschweig dar und eröffnet dabei die Chance, im Falle einer Förderung die Smart City-Strategieentwicklung über das Rahmenkonzept hinausgehend fortzusetzen und dabei eine Vielzahl der im ISEK verankerten Projekte mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung ggf. früher bzw. schneller und insbesondere gefördert umzusetzen.

Die Förderung würde dabei den Entwicklungsprozess zur Smart City beschleunigen und die Chance eröffnen, schlagkräftige Umsetzungsstrukturen aufzubauen und gegebenenfalls die Verwaltungsmodernisierung gefördert zu realisieren.

Leppa

Anlage/n:

keine

Betreff:

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
"Willy-Brandt-Platz", 1. Änderung des AW 107, AW 114
Stadtgebiet zwischen Hauptbahnhof, Willy-Brandt-Platz und BraWo-
Allee
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss**

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

26.04.2019

Beratungsfolge

Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

07.05.2019

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

14.05.2019

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

21.05.2019

Ö

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß der Anlage Nr. 6 zu behandeln.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Willy-Brandt-Platz“, 1. Änderung des AW 107, AW 114, bestehend aus der Planzeichnung, dem zugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplan mit Erläuterungsbericht und den textlichen Festsetzungen wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung wird beschlossen.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Zuständigkeit des Rates für den Satzungsbeschluss ergibt sich aus § 58 (2) Nr. 2 NKomVG.

Aufstellungsbeschluss und Planungsziel

Der Verwaltungsausschuss hat am 17. April 2018 die Aufstellung der vorliegenden Bebauungsplan-Änderung beschlossen. Der rechtskräftige vorhabenbezogene Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Berliner Platz-Nordost“, AW 107, soll danach für den in den Anlagen gekennzeichneten Bereich geändert werden. Dies ist die planungsrechtliche Voraussetzung zum Bau eines dritten Bürohochhauses mit Tiefgarage, dem sogenannten Business-Center III. Vorhabenträger ist die Projektentwicklung der Volksbank.

Aufgrund der hohen Nachfrage nach Büroräumen hatte die Volksbank im Dezember 2017 bei der Stadt einen Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gestellt. Das geltende Planungsrecht lässt in diesem Bereich nur eine Bebauung mit bis zu vier Vollgeschossen zu. Der neuen Bebauungskonzeption wurde zugestimmt, da sich die bauliche Erweiterung sowohl in die Umgebung als auch in die lang- und mittelfristig angedachten baulichen Veränderungen im Umfeld des Hauptbahnhofes einfügt.

Das neue Bürohochhaus ist mit 18 Vollgeschossen geplant. Es soll zwischen dem bereits errichteten BraWo-Hochhaus und der sogenannten „Toblerone“ entstehen. Der 70,50 m hohe Büroturm soll sich aus dem viergeschossigen ehemaligen Postgebäude am Willy-Brandt-Platz entwickeln. Damit ist das Hochhaus etwas zurückversetzt vom Willy-Brandt-Platz in Richtung des bestehenden Fachmarktzentrums geplant. Es wird 2 m niedriger als der bereits entstandene Büroturm des BraWo-Parkes sein und ordnet sich somit der Dominanz der bestehenden Hochhäuser unter.

Der Entwurf ist vom Braunschweiger Architekturbüro Reichel + Stauth. Das neue Hochhaus gliedert sich in zwei Volumina, die leicht gegeneinander versetzt und in der Höhe gestaffelt sind. Die Architektur und Materialwahl orientieren sich an der baulichen Umgebung. So wird das Gebäude, ähnlich wie die angrenzenden Hochhäuser, in einen Sockel- und in einen Turmaufbau gegliedert, es werden jeweils zwei Geschosse optisch zusammengefasst und die Farbigkeit der eingesetzten Materialien orientiert sich am Bestand.

Die fußläufige Erschließung des Gebäudes erfolgt vom Willy-Brandt-Platz aus, über eine mit großkronigen Bäumen alleeartig gestaltete Erschließungsachse, die zwischen den beiden Hochhäusern liegen soll. Der Haupteingang ist vom Fachmarktzentrum aus geplant. Im Erdgeschoss soll es einen Konferenzbereich mit mehreren Sitzungssälen geben. Im 17. Obergeschoss (entspricht dem 18. Vollgeschoss) ist ein weiterer Konferenzbereich und im 18. Obergeschoss die Technik geplant. Zum sogenannten Business-Center I („Toblerone“) ist eine baumbestandene Grünfläche geplant.

Der ruhende Verkehr soll in einer Tiefgarage und auf dem bestehenden Parkdeck des Fachmarktzentrums untergebracht werden. Insgesamt erfordert das neue Hochhaus 241 Einstellplätze, von denen 45 in der neuen Tiefgarage geplant sind. Die Zu- und Abfahrt zur Tiefgarage soll über die bestehende Zufahrt neben dem Intercity-Hotel erfolgen.

Ein Mobilitätskonzept ist, wie ursprünglich angenommen, nicht mehr notwendig. Nach sorgfältiger Prüfung konnte nachgewiesen werden, dass der Bedarf an notwendigen Einstellplätzen über die bereits realisierten Einstellplätze im Bereich des Parkdecks gedeckt werden kann. Die Anzahl ggf. noch zusätzlich nachzuweisender Einstellplätze ist so gering, dass sie im Baugenehmigungsverfahren geklärt werden kann.

Die geplanten Werbeanlagen für das neue Bürohochhaus entsprechen sowohl der örtlichen Bauvorschrift des rechtskräftigen Bebauungsplanes, AW 107, als auch dem im dazugehörigen Durchführungsvertrag vereinbarten Werbekonzept. Die geplanten Werbeanlagen sind in der Anlage 2 e dargestellt.

Die Realisierung des Vorhabens sowie die Kostenübernahme werden im noch abzuschließenden Durchführungsvertrag geregelt, der parallel zum Satzungsbeschluss des vorliegenden Bebauungsplanes, AW 114, in den politischen Gremien behandelt werden wird.

Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wurde aufgrund seiner innerstädtischen Lage, der Größe der überbaubaren Flächen und dem Umstand, dass mit dem Vorhaben keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchgeführt. Von der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB wurde daher abgesehen.

Die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB wurde in der Zeit vom 28. August bis 28. September 2018 durchgeführt. Anregungen gingen zu diesem Zeitpunkt nicht ein. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung äußerte sich die Deutsche Bahn zu der Planung. Die Stellungnahme ist in der Anlage 6 aufgeführt und mit einer Stellungnahme und einem Vorschlag der Verwaltung versehen.

Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB

Am 11. Dezember 2018 wurde die öffentliche Auslegung vom Verwaltungsausschuss beschlossen und in der Zeit vom 2. Januar 2019 bis zum 1. Februar 2019 durchgeführt. Anregungen von Seiten der Bürger gingen nicht ein.

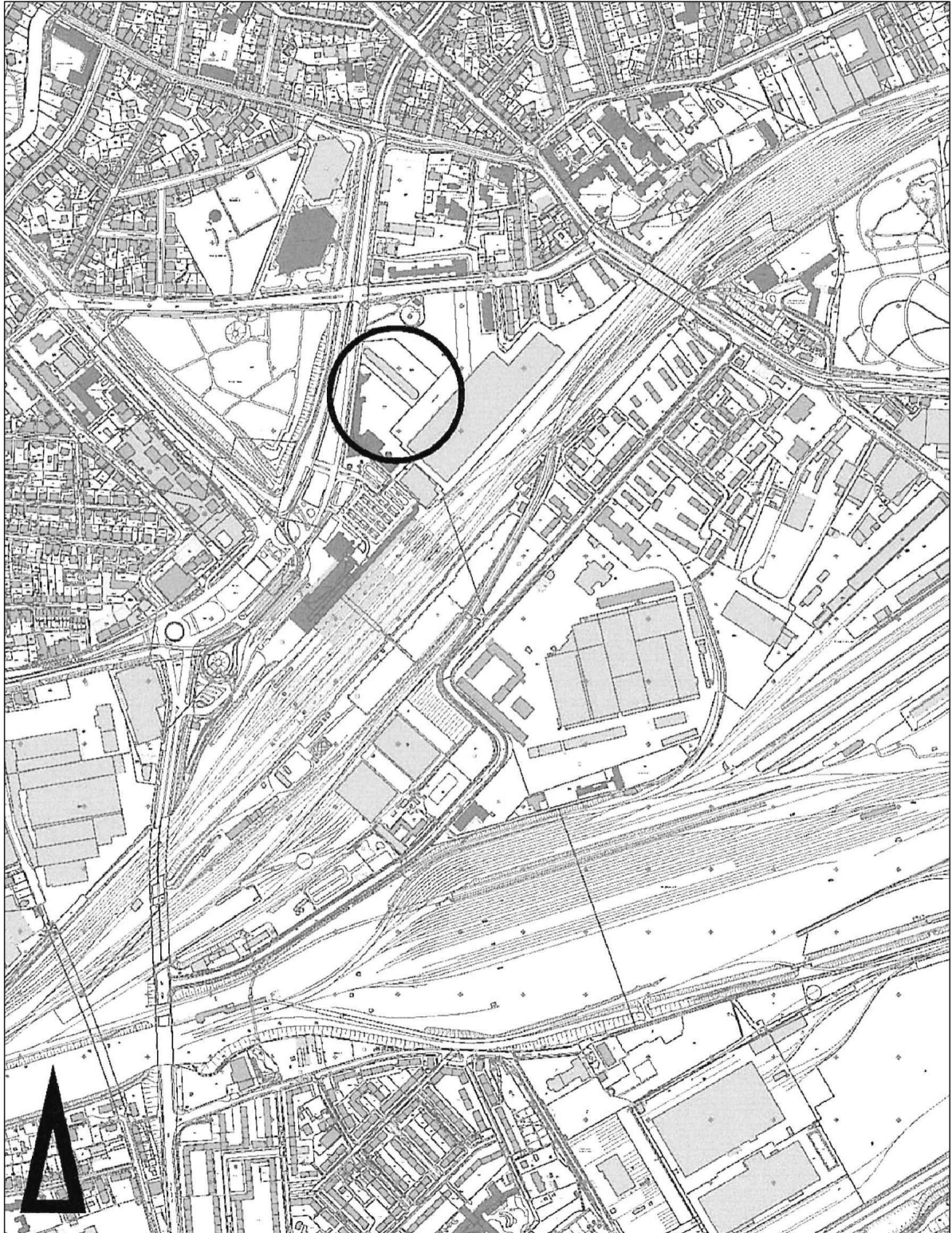
Empfehlung

Die Verwaltung empfiehlt daher, den in der Anlage dargestellten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Willy-Brandt-Platz“, 1. Änderung des AW 107, AW 114, mit der zugehörigen Begründung und dem zugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplan als Satzung zu beschließen.

Leuer

Anlage/n:

- Anlage 1: Übersichtskarte
- Anlage 2 a: Vorhabenplan/Lageplan und Ansichten
- Anlage 2 b: Vorhabenplan/Erdgeschoss und Freiflächen
- Anlage 2 c: Vorhabenplan/Untergeschoss
- Anlage 2 d: Vorhabenplan/Beschreibung des Vorhabens
- Anlage 2 e: Vorhabenplan/Darstellung der Werbeanlagen, gemäß Werbekonzept des rechtskräftigen Bebauungsplanes, AW 107
- Anlage 3 a: Vorhabenbezogener Bebauungsplan/zeichnerische Festsetzungen
- Anlage 3 b: Vorhabenbezogener Bebauungsplan/Planzeichenerklärung
- Anlage 4: Vorhabenbezogener Bebauungsplan/textliche Festsetzungen und Hinweise
- Anlage 5: Vorhabenbezogener Bebauungsplan/Begründung
- Anlage 6: Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB

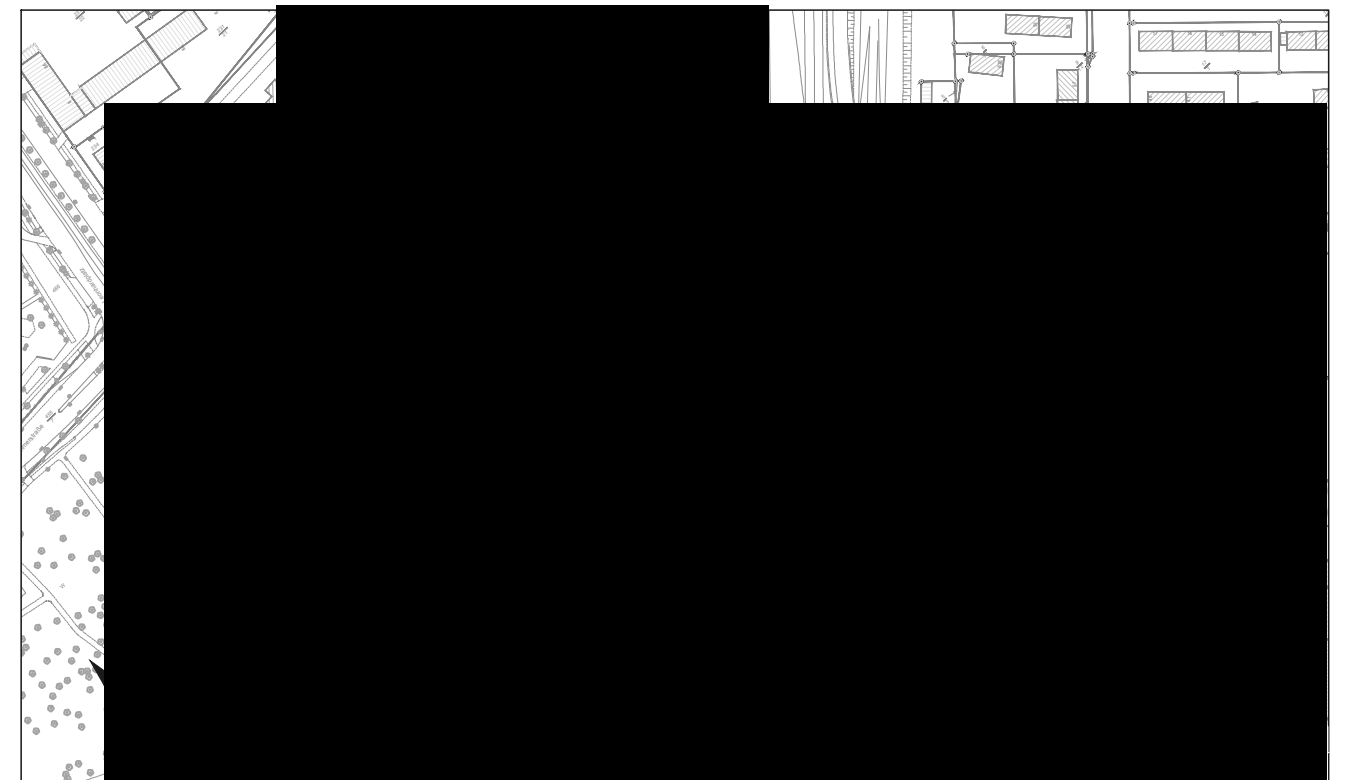
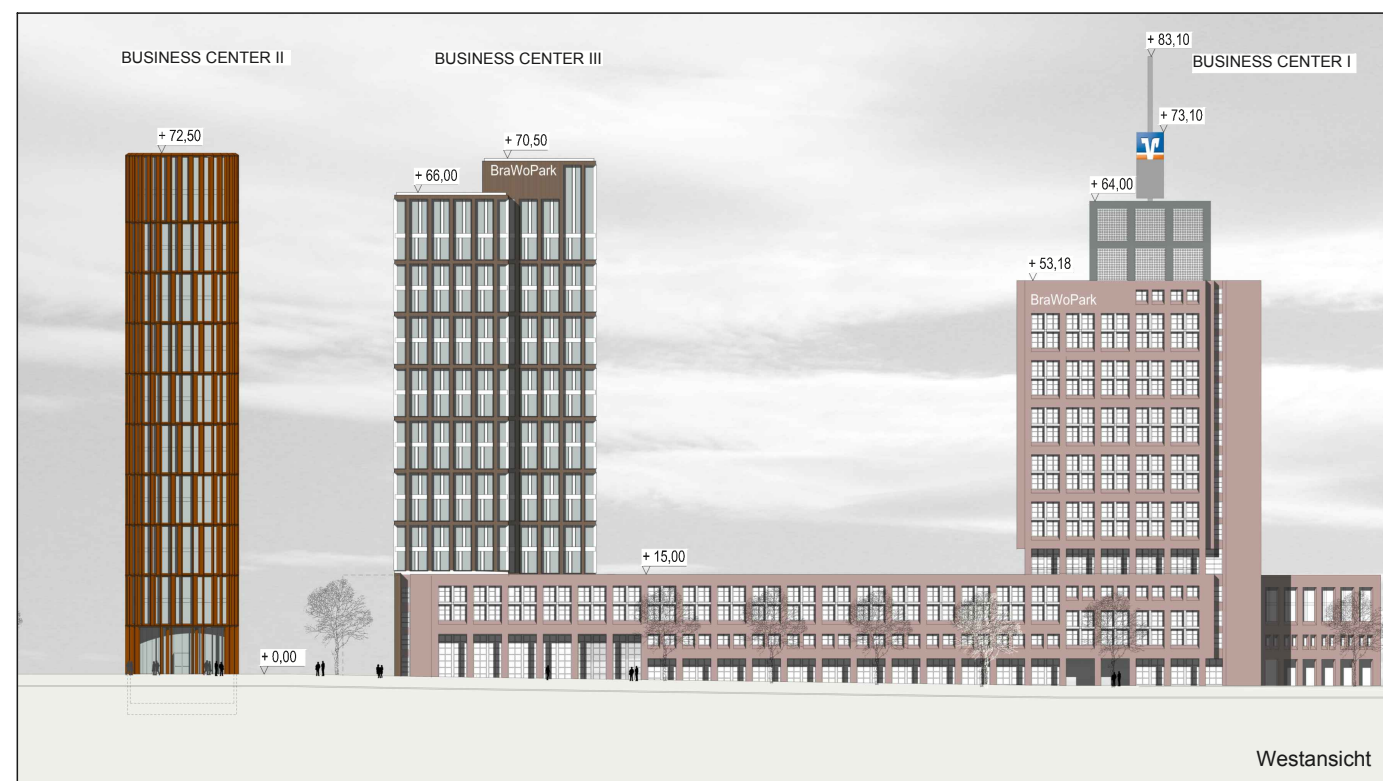
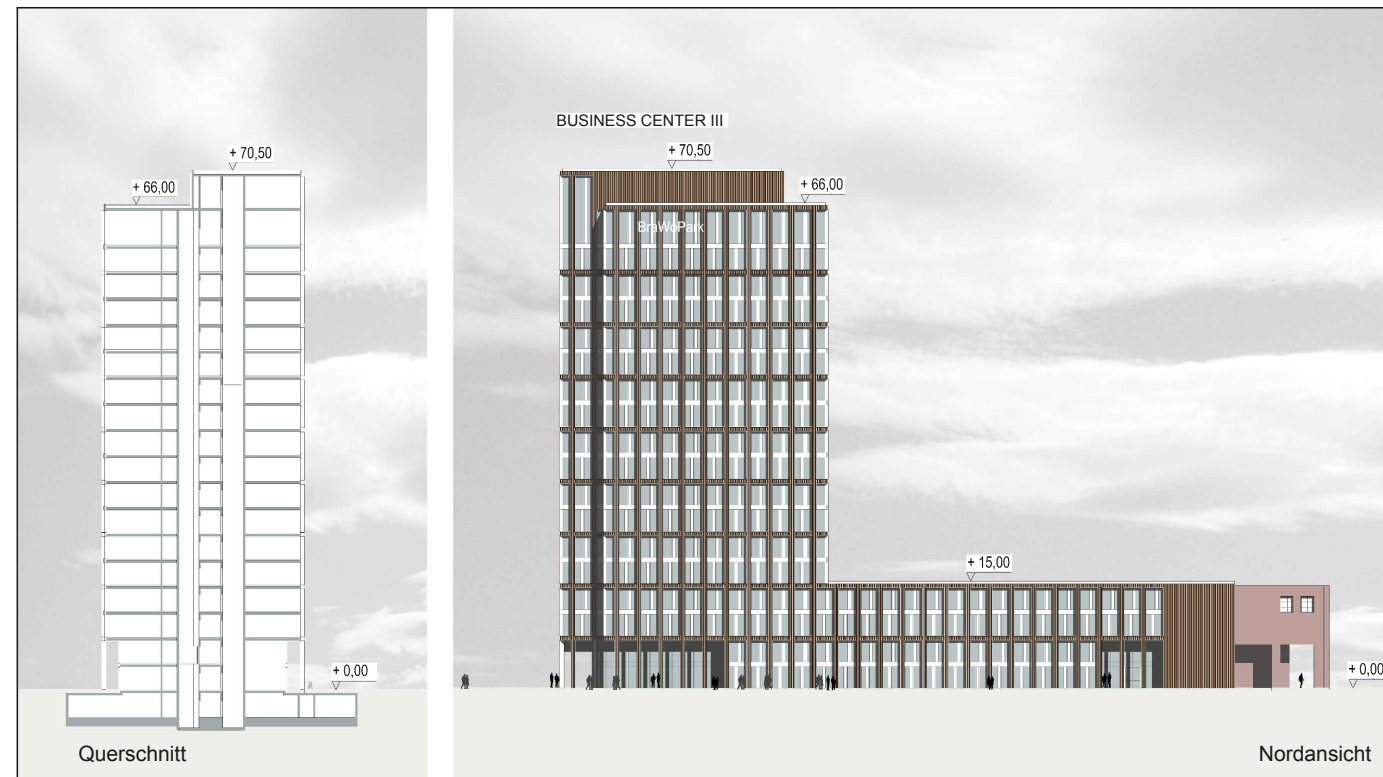


Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Willy-Brandt-Platz, 1. Änderung des AW 107

Vorhaben- und Erschließungsplan zum Bebauungsplan

AW 114


Stand: 01.03.2019



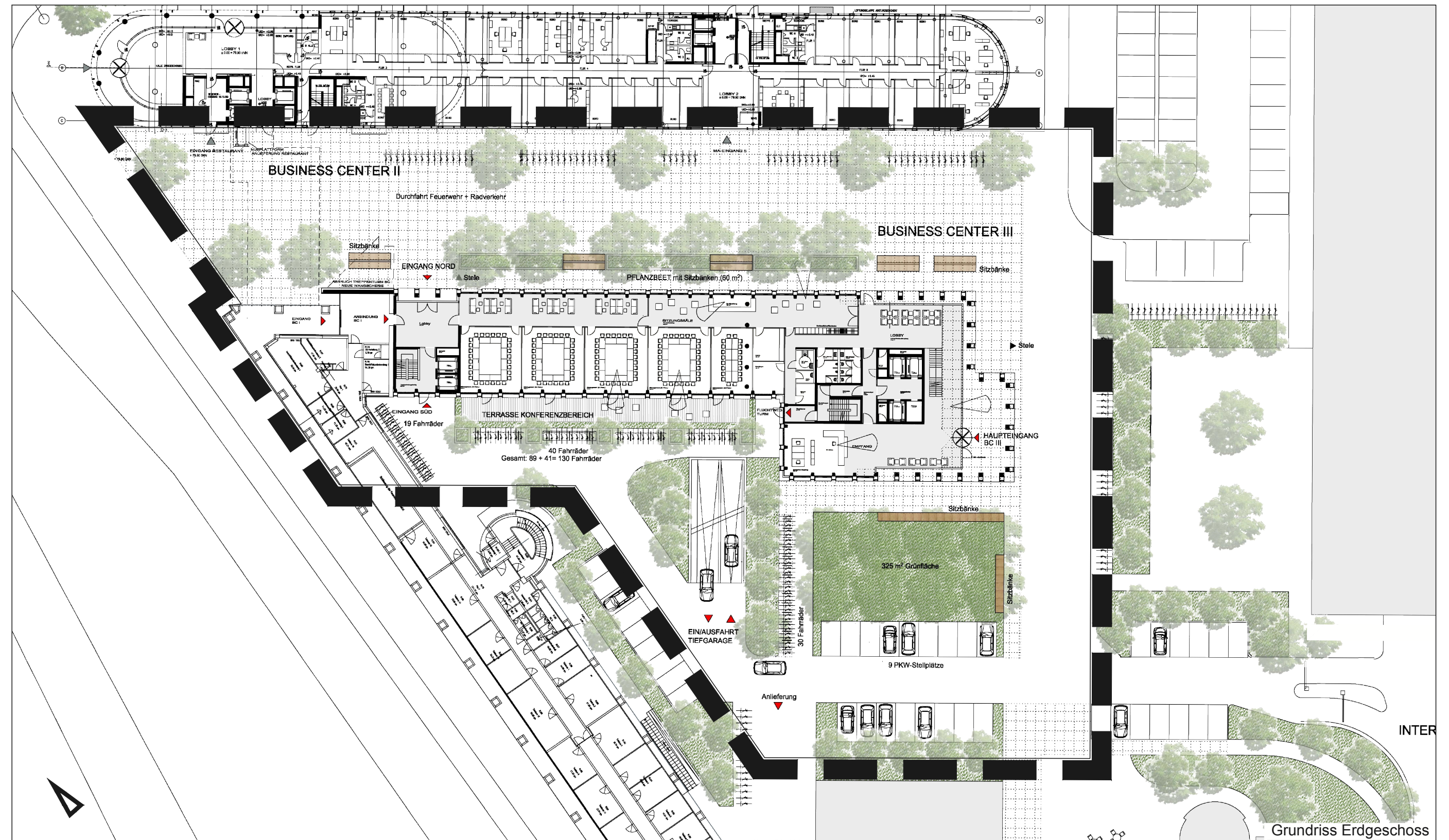
Maßstab 1:1000

Stadtgrundkarte ¹⁾ der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte ²⁾

¹⁾ © Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation

²⁾ ©  LBN Landesbetrieb Niedersachsen
170 von 245 in Zusammenstellung

0 5 10 15 20 25 30 35 40 45 50



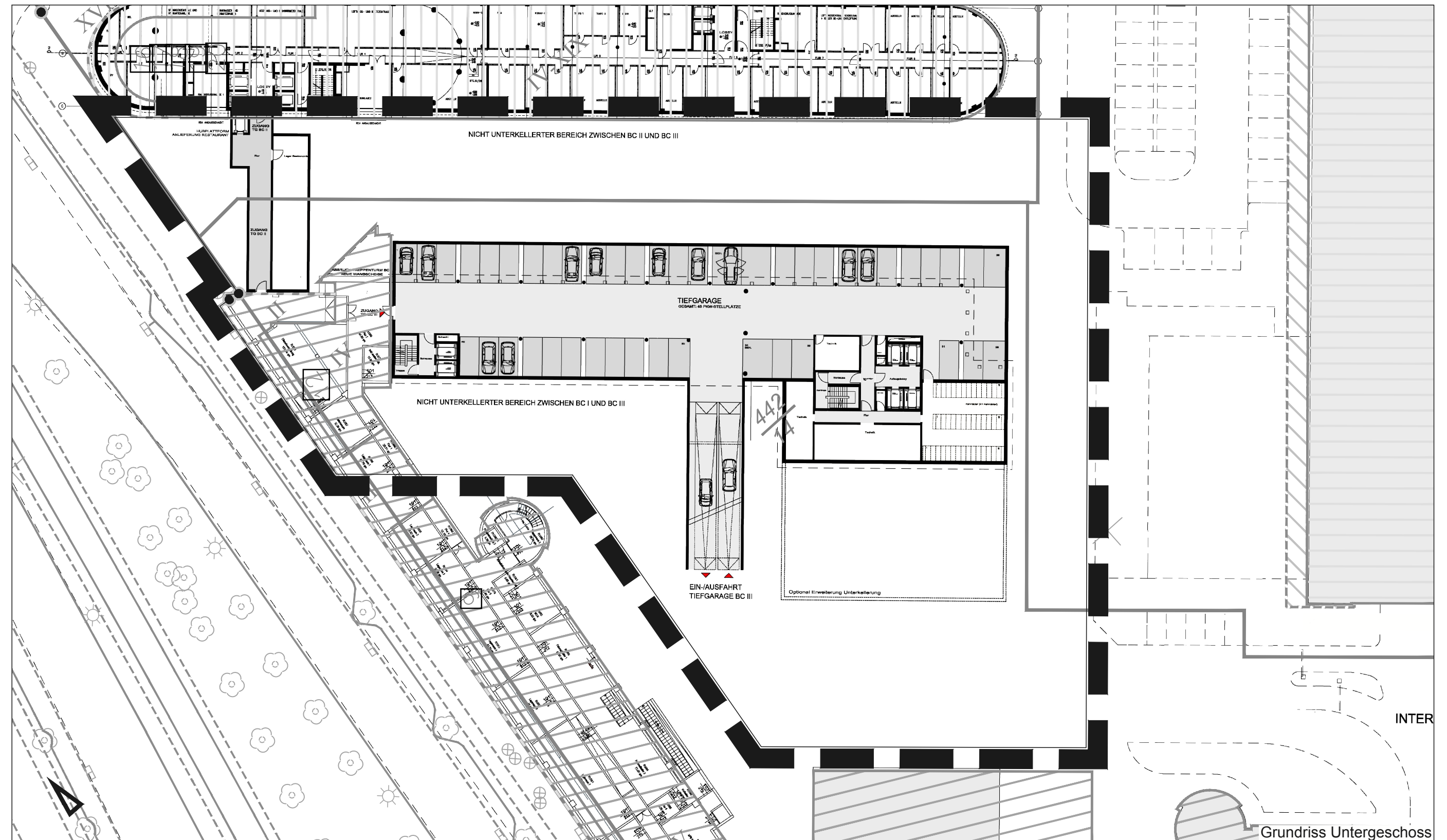
Maßstab 1:500



Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Willy-Brandt-Platz, 1. Änderung des AW 107

AW 114

Vorhaben- und Erschließungsplan zum Bebauungsplan



Maßstab 1:500

Stadtgrundkarte ¹ der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte ²

¹ © Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation

² © LGLN Landesamt für Liegenschaftskarten und Vermessung Braunschweig

Business Center III:

Mit dem Business Center III wird das Gebäudeensemble rund um die „Toblerone“ vervollständigt. Der Baukörper besteht aus einem viergeschossigen Sockelbau, den Abschluss bildet als Pendant zum Business Center II ein 18-geschossiges Hochhaus mit einer zusätzlich eingekleideten Techniketage (18. OG).

Der Riegel schließt direkt an den Nordflügel des Business Center I an und bildet nach Norden parallel zum Business Center II eine Gebäudeflanke, die zum Fachmarktzentrum mit dem 18/19-geschossigen, höhengestaffelten Hochpunkt einen baulichen Abschluss bildet.

Das Hochhaus Business Center III (BC III) bildet zusammen mit der „Toblerone“, (BC I) und dem BC II ein spannendes städtebauliches und architektonisches Ensemble.

Während sich zwischen den Sockelbaukörpern des BC II und BC III eine klare Erschließungsachse zum Fachmarktzentrum bildet, entsteht zwischen dem BC I und BC III eine rechteckige Grünfläche als kommunikativer Ort und Treffpunkt zwischen den flankierenden Gebäuden. Die Arkade und befestigten Flächen bieten einen großzügigen Auftritt vor dem neuen Hochhaus und Haupteingang des BC III.

Durch seine exponierte Lage an den Fuß- und Radwegen auf dem BraWoPark-Gelände erhält dieser Gebäudeteil eine öffentliche Bedeutung.

Die Breite des Riegels entspricht mit $b=14,0$ m den Außenmaßen des Nordflügels und nimmt im Süden die Flucht des BC I auf.

Um dem neuen Gebäude am Willy-Brandt-Platz eine bessere Präsenz zu geben, soll der dreieckige Treppenturm des BC I abgerissen werden.

Mittels einer Wandscheibe in Verlängerung des BC III schiebt sich der Neubau vor das Bestandsgebäude und schafft so eine dezente Verzahnung der beiden Sockelbauten.

Der bauliche Hochpunkt zum Fachmarktzentrum gliedert sich in zwei Volumina, die leicht gegeneinander versetzt und in der Höhe gestaffelt sind. Durch den baulichen Versatz bilden die Gebäude räumlich eine Eingangssituation gegenüber dem Fachmarktzentrum.

Im Bereich des Hochhauses entsteht so eine Gebäudetiefe von insgesamt ca. $b=24,50$ m wodurch der Hochpunkt zusätzlich gestärkt wird.

Die Gesamtlänge des Gebäudes nimmt Bezug auf die Gebäudeflucht des BC II auf der nördlichen Seite und den Durchgang BC I im Südflügel auf der südlichen Seite. Die geplante Gebäudehöhe liegt unterhalb der Gebäudehöhe des BC II.

Insgesamt können im Gebäude ca. 525-600 Arbeitsplätze nachgewiesen werden. Es ergibt sich eine Gf-Fläche von ca. 12.731 m^2 und eine BGF von 15.606 m^2 . Die Nettogeschossfläche beträgt oberirdisch 13.440 m^2 , unterirdisch 1.944 m^2 .

Funktion und Erschließung:

Im Business Center III befinden sich im Wesentlichen Büronutzungen in Form von 1-, 2- und 3-Personenbüros mit entsprechenden Nebenfunktionen.

Im Erdgeschoss gibt es einen großzügigen Konferenzbereich mit fünf großen Sitzungssälen und einem vorgelagerten Foyer und Pausenbereich. Im 17. OG befindet sich ein weiterer Konferenzbereich mit zwei Sitzungssälen und sechs Besprechungsräumen. Im 18. OG ist ein Teil der Gebäudetechnik angeordnet und in das Gebäude integriert sodass die Technik aufgrund der hochgeführten Fassade nicht sichtbar ist.

Das Gebäude wird fußläufig vom Willy-Brandt-Platz über die neue Erschließungsachse angebunden. Ein Nebeneingang befindet sich im direkten Anschluss an das BC I.

Der Haupteingang des BC III liegt im Osten im Bereich der zweigeschossigen Arkade witterungsgeschützt unterhalb des auskragenden Hochhauses.

Eine Tiefgarage mit 45 PKW-Stellplätzen wird vom Bahnhofsvorplatz über die Zufahrt neben dem Intercity Hotel erschlossen. Die Zu- und Ausfahrtsrampe befindet sich hinter der Piazza und wird optisch durch eine höhere Baumkante zur Piazza getrennt.

Die Tiefgarage bindet im Untergeschoss an das BC II an und bietet zusätzliche Lagerflächen für das Restaurant im BC II.

Die notwendigen PKW-Stellplätze für das BC III werden im Baugenehmigungsverfahren nachgewiesen.

Außenanlagen:

Das Konzept des BraWoParks mit einer homogenen großflächigen Pflasterung wird auch im direkten Umfeld des BC III aufgenommen.

Großkronige Alleebäume entlang der Erschließungsachse im Norden führen den Besucher vom Willy-Brandt-Platz zum Haupteingang. Die Bäume schaffen im Erdgeschoss die notwendige Distanz zum Gebäude. Ein lineares Pflanzbeet ist wegbegleitend angeordnet und bietet Sitzmöglichkeiten zum Verweilen unter schattigen Bäumen.

Die Grünfläche wird mit Bodendeckern und 8 großkronigen Bäumen begrünt. Große lineare Sitzbänke am Rand der Grünfläche laden zum Verweilen ein. Südlich der Grünfläche werden 9 Einstellplätze angeordnet. Die 8 Stellplätze im Plan existieren bereits.

Der Konferenzbereich im Erdgeschoss bekommt im Innenhof eine durchgehende Terrasse nach Süden, eingerahmt durch hohe Hecken als Sichtschutz.

Die Zufahrt in den Innenhof vom Willy-Brandt-Platz wird baulich geschlossen. Die Fassaden werden entsprechend der Fassadengestaltung des BC I ausgeführt.

Insgesamt werden ca. 600 m² Grünflächen auf dem Grundstücksareal des BC III realisiert. Die Mindestgrößen von 5 % an zu begrünender Grundstücksfläche werden hiermit erfüllt.

Auf dem Areal sind in Anlehnung an das abgestimmte Grünkonzept zum Bebauungsplan AW 107 (Stand: 22.04.2013) insgesamt 15 großkronigen Bäume im Bereich der Grünfläche und der Allee geplant sowie 11 klein- und mittelkronige Bäume im Bereich des Innenhofes.

Für Fahrradfahrer werden die bauordnungsrechtlich erforderlichen Fahrradabstellplätze nachgewiesen, hiervon 41 unterirdisch.

Werbeanlagen:

Der vorhaben bezogene Bebauungsplan trifft nur allgemeine Festsetzungen, die zwingend bei der Entwicklung des Standortes zu berücksichtigen sind. Das Werbekonzept des BraWoParks gliedert sich im Allgemeinen in drei Bereiche:

1. Die übergeordneten Namenszüge „BraWoPark“ werden als Einzel-Leucht-Buchstaben jeweils am oberen Kranz der Gebäude installiert, sodass der Standort mit einem schlagwortartigen Begriff auch in größerer Entfernung wahrgenommen wird.
2. Auf der Wandscheiben im Übergang zwischen BC I und BC III kann sich der Mieter mit seinem Logo und Schriftzug am Willy-Brandt-Platz präsentieren.
3. Darüber hinaus sollen ca. 3 Meter hohe, dreieckige Werbestelen jeweils an den Eingängen des BC III positioniert werden. Die Werbeanlagen werden angeglichen an das abgestimmte und genehmigte Werbekonzept des Bebauungsplanes AW 107 von 22.04.2018.

BraWoPark

Werbekonzept Business Center III

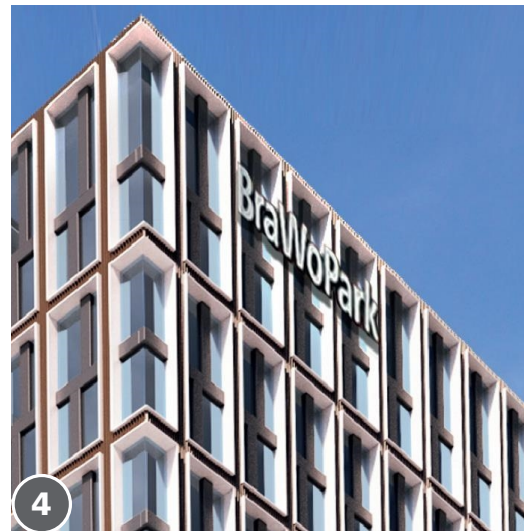
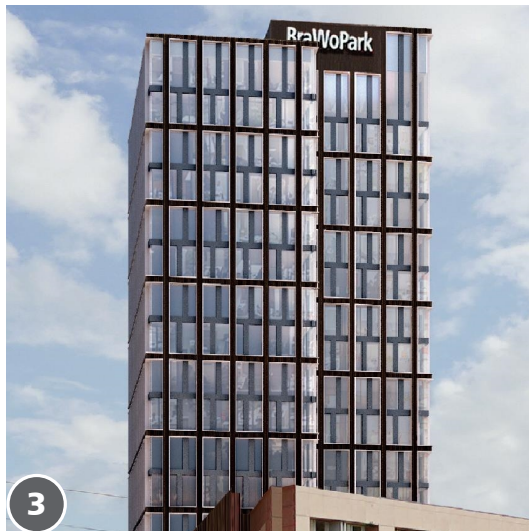
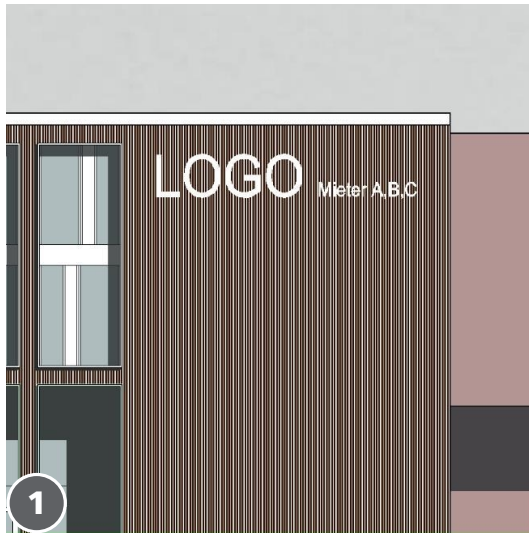
Übersichtsplan BraWoPark



BraWoPark Business Center III



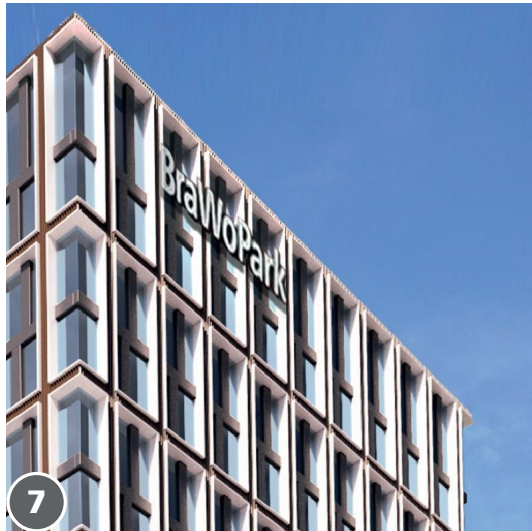
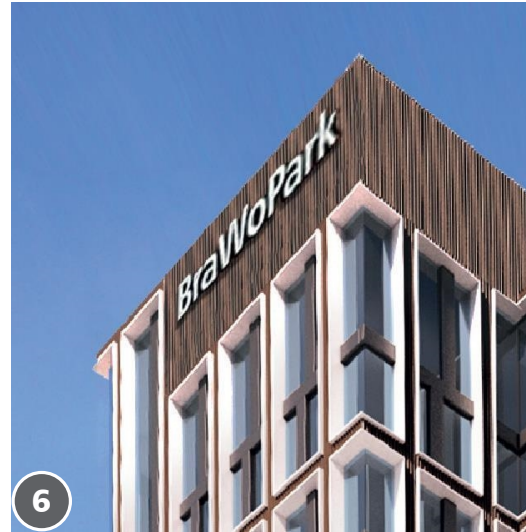
BraWoPark Business Center III



- D1 Logo von Mietern
- D2 Stele
- D3 Lichtwerbeanlage BraWoPark (Nordseite)

- D4 Lichtwerbeanlage BraWoPark (Ostseite)

BraWoPark Business Center III



- D5 Stele
- D6 Lichtwerbeanlage BraWoPark (Südseite)
- D7 Lichtwerbeanlage BraWoPark (Westseite)

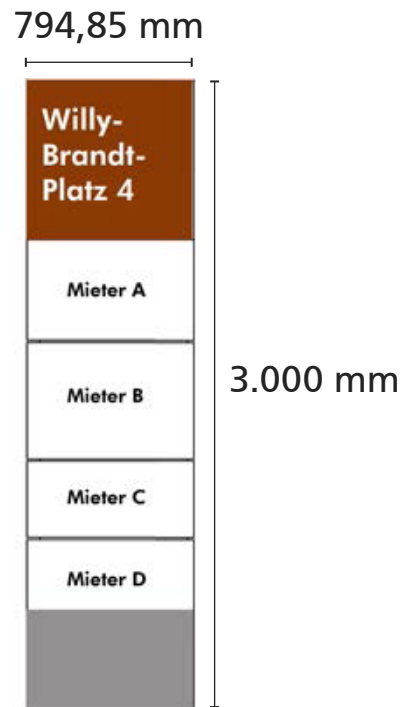


D1

Lichtwerbeanlage Logo des Mieters

Logo (gemäß Nutzer):
 Leuchttransparent als Kasten
 Tiefe: 120 mm
 Material Zarge: Alublech weiß lackiert
 Material Rückwand: Alublech weiß lackiert
 Ausleuchtung: LED
 Befestigung mit Abstandshaltern an der Fassade

Schriftzug:
 Leuchttransparent in Einzelbuchstaben (weiß)
 Tiefe: 120 mm
 Material Spiegel: Plexiglas weiß
 Material Zarge: Alublech weiß lackiert
 Material Rückwand: Alublech weiß lackiert
 Ausleuchtung: LED



D2/D5

Pylon mittel

Orientierungsstele dreieckig
Material Unterkonstruktion: Stahl verzinkt
Material Beschriftungsflächen: Aluminium lackiert
Beschriftung im Digitaldruck
Segmentierter Aufbau
Betonfundament



D3/D4/D6/D7 Lichtwerbeanlage

Leuchttransparent in Einzelbuchstaben
Ausführung in Profil 4
Tiefe der Buchstaben: 140 mm
Material Spiegel: Plexiglas weiß
Material Zarge: Alublech lackiert
Material Rückwand: Alublech lackiert
Ausleuchtung: LED



Maßstab 1:1000

Stadtgrundkarte ¹ der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte ²

¹ © Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation

² © LGLN

Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Willy-Brandt-Platz, 1. Änderung des AW 107

AW 114

Planzeichenerklärung
Zahlenangaben sind Beispiele

Stand: 01.03.2019



Art der baulichen Nutzung

GE 3 Gewerbegebiete




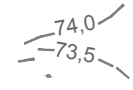


Maß der baulichen Nutzung, Höhen baulicher Anlagen in Metern über dem Bezugspunkt entsprechend textlicher Festsetzung

1,0 Grundflächenzahl
150 m ü. NN Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß




Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

 Baugrenze
 Baugrenze unterirdisch, Tiefgarage, bauliche Anlagen

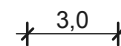
Bestandsangaben

 öffentliche Gebäude, Gebäude (Wohnen, Handel, Sport, Erholung)
 Gebäude (Gewerbe, Industrie, Verkehr)
 Flurstücksgrenze
II vorh. Geschosszahl
 $303 \frac{117}{18}$ Flurstücksnummern
 Höhenangaben über NN
 Geländehöhe Bestand
 Böschung

Sonstige Planzeichen

 Grenze des Geltungsbereichs
 Nutzungsabgrenzung
 Abgrenzung der unterschiedlich festgesetzten Lärmpegelbereiche

Hinweise

 Maßangaben

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

"Willy-Brandt-Platz" 1. Änderung des AW 107

AW 114

Textliche Festsetzungen und Hinweise

A. Städtebau

gemäß § 1 a und § 9 BauGB

1. In den Gewerbegebieten GE 1 und GE 3 sind gemäß § 12 Abs. 3a BauGB in Verbindung mit § 9 Abs. 2 BauGB nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.
2. Die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes AW 107 gelten fort, soweit durch den AW 114 keine anderslautenden Festsetzungen getroffen werden.

I	Art und Maß der baulichen Nutzung
---	-----------------------------------

1.	<u>Gewerbegebiet (GE)</u>
----	---------------------------

- | | |
|-----|---|
| 1.1 | Das Gewerbegebiet GE 3 dient vorwiegend der Unterbringung von Gewerbebetrieben sowie zentralen Einrichtungen der Wirtschaft, der Verwaltung und der Kultur. |
|-----|---|

1.2	<u>Zulässig sind:</u>
-----	-----------------------

- | | |
|-----|--|
| 1.2 | <ul style="list-style-type: none"> - nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe, - Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude, - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke. |
|-----|--|

1.3	<u>Ausnahmsweise zulässig sind:</u>
-----	-------------------------------------

- | | |
|-----|---|
| 1.3 | <ul style="list-style-type: none"> - Schank- und Speisewirtschaften, - Wohnungen für Aufsichts- und Betriebspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, sofern sie dem Gewerbebetrieb zugeordnet, ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind und ein schalltechnischer Nachweis im Rahmen der Baugenehmigung erbracht wird, - nicht großflächige Einzelhandelsbetriebe, sofern sie im Erdgeschoss untergebracht sind und nicht zentrenrelevante Sortimente im Sinne der Braunschweiger Liste vertreiben. Die nicht zentrenrelevanten Sortimente sind wie folgt: |
|-----|---|

Autos, Autoteile, -zubehör, -reifen, Badeinrichtungen, Sanitärerzeugnisse, Bauelemente (inkl. Fenster, Türen), Bau- und Heimwerkerbedarf, Baustoffe (inkl. Fliesen), Beschläge, Bodenbeläge, Boote und Zubehör, Büromöbel, Büromaschinen (gewerblicher Bedarf), Campingwagen, -artikel, Zelte, Eisenwaren, Gartenbedarf, -möbel, -geräte, einschl. Pflanzen, Sämereien, Düngemittel, Gardinen und Zubehör, Gartenhäuser, Wintergärten, Herde, Öfen, Kamine, Holz, Holzmaterialien, Installationsbedarf für Gas, Sanitär, Heizung, Kinderwagen, Kindersitze, Tragestelle o. ä., Kleisenwaren, Werkzeuge, Küchen, Mineralölerzeugnisse, Möbel, Motorräder und Zubehör, Rollläden, Rollos, Markisen, Sauna, Schwimmbadanlagen, Sportgeräte (größtenteils), Tapeten, Lacke, Farben, Teppichböden, Tiernahrung, Heim- und Nutztierbedarf, lebende Tiere, Zäune, Gitter.

1.4	<u>Nicht zulässig sind:</u>
-----	-----------------------------

- | | |
|-----|---|
| 1.4 | <ul style="list-style-type: none"> - Lagerhäuser und Lagerplätze, - Tankstellen, - Anlagen für sportliche Zwecke, - Vergnügungsstätten, - Bordelle und bordellartige Betriebe. |
|-----|---|

- | | |
|----|---|
| 2. | Das Maß der baulichen Nutzung im GE 3 ergibt sich durch Eintrag in die Planzeichnung. |
|----|---|

B. Örtliche Bauvorschrift

gemäß §§ 80, 84 NBauO in Verbindung mit
§ 9 Abs. 4 BauGB

Die Örtliche Bauvorschrift des rechtskräftigen Bebauungsplanes AW 107 gilt für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes AW 114 fort.

nehmung, die bei der unteren Denkmal-schutzbehörde zu beantragen ist.

C. Hinweise

1. Kampfmittel

Es ist davon auszugehen, dass im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes noch Kampfmittel vorhanden sein können. Entsprechend ist ein Verdacht auf Bombenblindgänger nicht auszuschließen. Es ist daher eine baubegleitende Aushubüberwachung auf Kampfmittel mit anschließender Sohlensondierung vorzunehmen.

2. Boden, Abfall, Grundwasser

Im Planbereich ist das Grundwasser mit LHKW (Leichtflüchtigen halogenierten Kohlenwasserstoffen) verunreinigt. Bei Grundwasserhaltungsmaßnahmen ist mit zusätzlichen Maßnahmen (z.B. Grundwasserreinigung vor Ableitung in den Regenwasserkanal) zu rechnen.

3. Lärmschutz

Zur Umsetzung der „Festsetzungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen“ sind folgende Grundlagen maßgeblich:

- DIN ISO 9613-2 „Dämpfung des Schalls bei der Ausbreitung im Freien“, Herausgeber Deutsches Institut für Normung, Beuth-Verlag, Berlin, 1999
- VDI 2719 „Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen“, Herausgeber Deutsches Institut für Normung, Beuth-Verlag, Berlin, 1987
- DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“, Herausgeber Deutsches Institut für Normung, Beuth-Verlag, Berlin, 1989.

Diese Unterlagen können in der „Beratungsstelle Planen - Bauen - Umwelt“ der Stadt Braunschweig eingesehen werden.

Der Nachweis im Rahmen der ausnahmsweisen Zulässigkeit von Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter muss unter Berücksichtigung des maßgeblichen Außenlärmpegels für die Nachtzeit erfolgen.

4. Denkmalschutz

Bodeneingreifende Maßnahmen im Geltungsbereich bedürfen gemäß § 13 NDSchG vor Ausführung einer denkmalrechtlichen Ge-

5. Freiflächenplanung

Mit den Bauantragsunterlagen ist ein qualifizierter Freiflächenplan einzureichen.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

„Willy-Brandt-Platz“ 1. Änderung des AW 107

AW 114

Begründung

Inhaltsverzeichnis:

1	Rechtsgrundlagen - Stand: 16.11.2018 -	2
2	Bisherige Rechtsverhältnisse	3
3	Anlass und Ziel des Bebauungsplanes	4
4	Umweltbelange	5
5	Begründung der Festsetzungen	9
6	Gesamtabwägung	13
7	Zusammenstellung wesentlicher Daten	14
8	Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes	14
9	Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll	15
10	Außer Kraft tretende Bebauungspläne, Beseitigung des Rechtsscheines unwirksamer Pläne	15

1 Rechtsgrundlagen

- Stand: **16.11.2018** -

1.1 Baugesetzbuch (BauGB)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634)

1.2 Baunutzungsverordnung (BauNVO)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)

1.3 Planzeichenverordnung (PlanZV)

in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057)

1.4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771)

1.5 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Sept. 2017 (BGBl. I S. 3434)

1.6 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Sept. 2017 (BGBl. I S. 3370)

1.7 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG)

in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104)

1.8 Niedersächsische Bauordnung (NBauO)

in der Fassung vom 3. April 2012 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Sept. 2018 (Nds. GVBl. S. 190)

1.9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 113)

2 Bisherige Rechtsverhältnisse

2.1 Regional- und Landesplanung

Die Stadt Braunschweig ist, entsprechend dem Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen 2017 (LROP), in der globalen Betrachtung Bestandteil der Metropolregion Hannover–Braunschweig–Göttingen. Innerhalb der Metropolregion sollen die Innovation und internationale Wettbewerbsfähigkeit, internationale Verkehrs- und Kommunikationspunkte, Arbeitsmarktschwerpunkte sowie Zentren der Wissenschaft, Bildung und Kultur gestärkt werden (1.2.05). Das Landesraumordnungsprogramm legt aufgrund der zentralörtlichen Gliederung die Ober- und Mittelzentren fest. Gemeinsam mit den Grundzentren bilden sie die zentralen Orte, die im Sinne eines dauerhaften Erhalts ausgewogener Siedlungs- und Versorgungsstrukturen zu sichern und zu entwickeln sind (2.2.01). In der Funktion eines Oberzentrums (2.2.04) hat die Stadt Braunschweig zentralörtliche Einrichtungen und Angebote für den spezialisierten höheren Bedarf vorzuhalten (2.2.03). Mit den Oberzentren Salzgitter und Wolfsburg in Verflechtung mit dem Mittelzentrum Wolfenbüttel bildet die Stadt Braunschweig einen oberzentralen Verbund, mit den Schwerpunktaufgaben Wohnen und Arbeiten sowie Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten.

Nach den Festlegungen in den zeichnerischen Darstellungen des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) für den Großraum Braunschweig 2008 ist das Plangebiet als Siedlungsfläche ausgewiesen; im Südosten grenzt ein Vorranggebiet für Schienenverkehr (Haupteisenbahnstrecke) sowie im Nordwesten ein Vorranggebiet Hauptverkehrsstraße von regionaler Bedeutung (Willy-Brandt-Platz) an. Zugleich verläuft entlang des Abschnittes des Willy-Brandt-Platzes eine Vorrangtrasse für die Stadtbahn. Westlich des Planbereiches besteht ein als Vorranggebiet Umspannwerk gekennzeichnetes Gebäude.

2.2 Flächennutzungsplan

Für den Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplan-Entwurfes gelten die Darstellungen des rechtswirksamen Flächennutzungsplans der Stadt Braunschweig in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 2007, in seiner derzeit geltenden Fassung.

Der Flächennutzungsplan der Stadt Braunschweig stellt für den Planbereich seit der 103. Änderung gewerbliche Baufläche dar, so dass eine Berichtigung im Sinne von § 13a Absatz 2 BauGB nicht erforderlich wird.

2.3 Bebauungspläne

Der Planbereich ist Bestandteil des seit dem 28. November 2013 rechtskräftigen vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit örtlicher Bauvorschrift „Berliner Platz-Nordost“, AW 107. Der rechtskräftige Bebauungsplan setzt in dem vorliegenden Änderungsbereich bereits Gewerbegebiet fest. Das geltende Planungsrecht lässt aber nur eine Bebauung mit bis zu vier Vollgeschossen

zu, so dass der rechtskräftige Bebauungsplan in dem Bereich geändert werden muss, wenn die vorliegende Hochhausplanung umgesetzt werden soll.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig hat am 17. April 2018 die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes AW 114 „Willy-Brandt-Platz“, 1. Änderung des AW 107, beschlossen.

3 Anlass und Ziel des Bebauungsplanes

Grundsätzliche Zielstellung des rechtskräftigen vorhabenbezogenen Bebauungsplans AW 107 war, neben der Einzelhandelsnutzung auch gewerbliche Nutzungen auf dem ehemaligen Postareal in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof zu ermöglichen.

Die Umsetzung des sogenannten Business Center II und des Fachmarktzentums ist mittlerweile erfolgreich abgeschlossen, so dass der noch fehlende Gebäudekomplex zur Komplettierung des BraWo-Parks mit der Bebauungsplan-Änderung planerisch vorbereitet werden soll. Das Business Center III wurde bisher noch nicht realisiert, da zum damaligen Zeitpunkt der Bedarf an Büroflächen noch nicht abschließend bewertet werden konnte.

Aufgrund der in letzter Zeit verstärkten Nachfrage nach Büroräumen im Stadtgebiet wurde, abweichend von dem ursprünglichen Konzept, ein Entwurf zur Aufstockung des Business Center III im rückwärtigen, vom Willy-Brandt-Platz abgesetzten Bereich, entwickelt. Das Konzept sieht – unter Erhalt des 4-geschossigen ehemaligen Postgebäudes (Business Center I) – zum Willy-Brandt-Platz die Fortsetzung des horizontalen 4-geschossigen Riegels vor.

Das Business Center I wird in seinen Abmessungen beibehalten. Lediglich das im Nordosten separat angesetzte Treppenhaus entfällt. Aus dem geplanten 4-geschossigen Riegel entwickelt sich ein Bürohochhaus mit 18 Vollgeschossen und einer zusätzlichen Techniketage. Da ein einzelner quadratischer Turm nicht die gewünschte Bindung zu dem Sockelgeschossbereich herstellen kann und um das Volumen nicht zu massiv in Erscheinung treten zu lassen, wurde das Hochhaus in zwei Scheiben aufgelöst. Damit wird die gewünschte Bindung an den Sockel wie auch das Einfügen in den Bestand aus altem und neuem Business Center erreicht. Die Fassadensprache knüpft an die Gestaltungsprinzipien der beiden bereits bestehenden Hochhäuser an. Die Gliederung in Sockel- und Turmaufbau, die optische Zusammenfassung von jeweils zwei Geschossen in der Vertikalen und die Farbigkeit der eingesetzten Materialien orientierten sich an dem Bestand und fügen sich damit in das Gesamtensemble ein.

In den Sockelgeschossen sind Sondernutzungsbereiche wie Konferenzräume mit Foyer und Pausenbereich vorgesehen. Der zusätzliche Stellplatzbedarf soll im Untergeschoss in einer Tiefgarage gedeckt werden. Die Technikzentrale wird optisch in das Fassadenbild integriert. In den Obergeschossen sollen auf rd. 650 m² pro Etage unterschiedliche Bürokonzepte realisiert

werden. Im 18. Vollgeschoss bietet sich mit einer größeren Geschosshöhe eine Konferenzebene an.

Die erforderlichen bauordnungsrechtlichen Abstände zu der bestehenden Bebauung werden eingehalten. Aufgrund der Grundstücksaufteilung bedarf es jedoch Baulasten auf den benachbarten Grundstücken.

4 Umweltbelange

Der Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung im Sinne von § 13a BauGB aufgestellt. Die Planung sieht vor, durch die Errichtung eines Hochhauses der Nachfrage für Büroräume mit guter Anbindung an die öffentlichen Verkehrsnetze nachzukommen. Es handelt sich somit um eine Maßnahme der Nachverdichtung und Innenentwicklung. Die durch die Festsetzungen mögliche zulässige Grundfläche beträgt ca. 5.950 m². Andere Bebauungspläne, die in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang aufgestellt werden, liegen nicht vor. Vorhaben, die der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, werden durch den Bebauungsplan nicht ermöglicht. Anhaltspunkte für die Beeinträchtigung von FFH- oder Vogelschutzgebieten sind nicht erkennbar. Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sind nicht gegeben resp. zu beachten. Die Voraussetzungen für die Anwendung des beschleunigten Verfahrens sind somit erfüllt.

Im Verfahren nach § 13a BauGB wird eine Umweltprüfung nicht durchgeführt und ein Umweltbericht nicht erstellt. Naturschutzfachliche Eingriffe, die auf Grund des Bebauungsplans zu erwarten sind, gelten im Sinne der Eingriffsregelung als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig. Ein naturschutzfachlicher Eingriffsausgleich ist somit nicht erforderlich, eine Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung wird nicht vorgenommen.

Nachfolgend werden die Umweltbelange, soweit sie mit der Planung in Berührung stehen, dargelegt.

4.1 Mensch und Gesundheit

Das Plangebiet ist fast vollständig versiegelt. Die Raumkante zum Parkplatz des Hauptbahnhofes sowie zum Willy-Brandt-Platz wird durch den vorhandenen Baukörper gebildet.

Die Erschließungsverkehre für die zusätzlichen Büroflächen erfolgen von Osten, aus Richtung des Bahnhofes. Die Wohnbebauung im Bereich der Schillstraße sowie der Rietschelstraße ist aufgrund der geringen Zusatzverkehre sowie der Entfernung von den Emissionen der zusätzlichen Verkehre nicht betroffen. Die auf das Plangebiet einwirkenden Verkehrslärmimmissionen vom angrenzenden Willy-Brandt-Platz, der Schillstraße und dem Gleisfeld der Deutschen Bahn AG sind durch den Bebauungsplan AW 107 erfasst, und ändern sich durch die vorliegende Planung nicht.

Das Areal besitzt keine besondere Bedeutung für die Erholung der umliegenden Bevölkerung.

4.2 Tiere, Pflanzen, Landschaft

Die Eignung des Planbereichs als Lebensraum für Tiere und Pflanzen ist auf Grund der intensiven Nutzung und des hohen Versiegelungsgrades eingeschränkt. Dazu trägt auch der relativ geringe Anteil an naturnahen Strukturen (z. B. Gehölze und Ruderalflächen) bei.

Durch die Errichtung eines dritten Hochhauses wird eine Nachverdichtung stattfinden. Hier kommt es auf einer Fläche von rd. 1.200 m² zu einer Erhöhung der Grundflächenzahl von 0,9 auf 1,0, um die Errichtung des Büroturms zu ermöglichen. Besonders geschützte Biotope sind in der unmittelbaren Nachbarschaft nicht vorhanden. Der Planbereich selbst besitzt keine Bedeutung für das Landschaftserleben. Lediglich die außerhalb des Geltungsbereiches gelegenen Bereiche um das Schill-Denkmal sowie der Viewegs Garten besitzen eine höhere Bedeutung für das Landschaftserleben. In Bezug auf das Landschaftsbild und das Landschaftserleben wird es bei Beibehaltung der Nutzung im bisherigen Umfang zu keinen wesentlichen Änderungen an der bestehenden Situation kommen.

4.3 Boden/ Fläche

Der bestehende Bebauungsplan regelt für den Änderungsbereich die Grundflächenzahl mit 0,9, so dass bereits planungsrechtlich die Fläche zu einem überwiegenden Teil versiegelt werden darf. Durch die vorliegende Planung soll die Errichtung eines Büroturms ermöglicht werden; insofern ist von keiner wesentlichen Erhöhung der Versiegelung auszugehen.

Für das Areal der ehemaligen Deutschen Post AG wurden zahlreiche Boden- und Altlastenuntersuchungen erstellt. Für den Planbereich wurden zusätzlich drei Aufschlussbohrungen sowie eine Drucksondierung erstellt. Die Aufschlussbohrung östlich des neuen Hochhauses konnte bis 30 m unter Geländeoberkannte (GOK) abgeteuft werden, die im Süden des Hochhauses wurde nach rd. 5,20 m unter GOK aufgrund des Auftretens eines Hindernisses (Betonplatte) abgebrochen. Die dritte Bohrung erfolgte in unmittelbarer Nachbarschaft zum Willy-Brandt-Platz bis zu einer Tiefe von 10,50 m unter GOK, welche in Folge als Grundwassermessstelle ausgebaut wurde.

Im Ergebnis kann das geplante Bauwerk anhand des vorliegenden Baugrundes durch Flachgründung bei ggf. tiefgreifenden baugrundverbessernden Maßnahmen oder Pfahlgründung umgesetzt werden.

Von einer Kampfmittelfreiheit im Plangebiet kann ebenfalls nicht ausgegangen werden. Das Plangebiet wurde im 2. Weltkrieg bombardiert. Aus Sicherheitsgründen sind bei Erdarbeiten Gefahrenerforschungsmaßnahmen auf Kampfmittel durchzuführen (baubegleitende Überwachung des Erdaushubs auf Kampfmittel mit anschließender Sohlensondierung).

Grundsätzlich gilt, dass gem. § 202 BauGB Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie bei wesentlichen anderen Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben wird, in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung (z. B. Beimengung von Baurückständen, Metallen, chemischen Stoffen, Schlacken) oder Vergeudung (z. B. Auffüllen der Baugrube, Verwendung als nicht bepflanztbarer Untergrund) zu schützen ist. Diesem Erfordernis ist im Rahmen der Baugenehmigung bzw. Realisierung Rechnung zu tragen.

4.4 Wasser

Im Bereich der Versiegelungen ist die Grundwasserneubildung auf ein Minimum reduziert. Das Oberflächenwasser wird hauptsächlich der Kanalisation zugeführt und steht für die Grundwasserneubildung nur in sehr geringem Umfang zur Verfügung. Das Schmutzwasser wird ebenfalls über die Kanalisation abgeführt.

Förmlich festgelegte Wasserschutzgebiete oder weitere besondere Schutzansprüche bestehen für das Plangebiet nicht.

Die Errichtung des dritten Hochhauses wird zu keinen wesentlichen Änderungen der Versiegelung führen.

Der Grundwasserstand wurde im Mai 2018 in Tiefen von 4,90 m im Westen und 6,50 m im Osten des Plangebietes unter GOK angetroffen. Zur Trockenhaltung der Baugruben sind Wasserhaltungsmaßnahmen erforderlich. Die Errichtung von Kellern kann voraussichtlich nur mit erhöhtem Aufwand erfolgen. Zum Schutz der Keller vor Feuchtigkeit ist die Ausbildung von wasserundurchlässigen Wannenbauwerken zu prüfen. Aufgrund der Belastungen des Grundwassers mit LHKW (Leichtflüchtigen halogenierten Kohlenwasserstoffen) sind im Falle einer Grundwasserhaltung zusätzliche Maßnahmen erforderlich.

4.5 Klima, Luft

Das Plangebiet weist ein typisches Innenstadtklima mit hohen Tages- und Nachttemperaturen, geringer nächtlicher Abkühlung und geringer relativer Feuchte auf. Der Luftaustausch ist stark reduziert. Das Windfeld im Gebiet ist, bei entsprechender Wetterlage, stark turbulent. Es treten Böen und Zugerscheinungen auf. Bioklimatisch ist das Lokalklima als belastet einzustufen. Bei der mikroklimatischen Situation wird es zu keinen Änderungen kommen. Aufgrund des weitestgehend gleichbleibenden Verkehrsaufkommens ist mit einer weiteren Erhöhung der verkehrsbedingten Emissionen nicht zu rechnen.

4.6 Lärm

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes AW 107 „Berliner Platz-Nordost“ mit örtlicher Bauvorschrift erfolgte eine schalltechnische Betrachtung des auf das Plangebiet einwirkenden Verkehrslärms der Schiene und der angrenzenden Straßensysteme. Die schalltechnische Untersuchung hatte die Festsetzung von Lärmpegelbereichen zur Folge, um gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewährleisten. Diese haben auch weiterhin Bestand und werden in die vorliegende Planung übernommen.

Als schutzwürdige Nutzung im direkten Umfeld der Planung besteht die angrenzende Wohnnutzung entlang der Rietschel- und Mentestraße. Die Schutzbedürftigkeit der umliegenden Gebiete richtet sich nach den vorhandenen Nutzungen. Dabei handelt es sich südlich der Schillstraße um ein allgemeines Wohngebiet (WA), nördlich der Schillstraße um ein Mischgebiet (MI) und bei dem Marienstift an der Helmstedter Straße um ein durch einen Bebauungsplan festgesetztes Sondergebiet (SO) mit der Zweckbestimmung Krankenhaus.

Der Bebauungsplan AW 107 sieht für den Planbereich bereits eine viergeschossige Büronutzung vor, welche durch die vorliegende Planung in einem Teilbereich durch ein Hochhaus mit 18 Vollgeschossen ersetzt werden soll. Mit der Erhöhung der Büroflächen geht i.d.R. auch ein erhöhter Stellplatzbedarf einher. Entsprechend der Verkehrsuntersuchung (siehe Kap. 5.4 Stellplätze und Garagen) stehen voraussichtlich auf dem vorhandenen Areal ausreichend nicht genutzte Stellplätze zur Verfügung, so dass in die schalltechnische Betrachtung nur die zusätzlichen 45 Stellplätze in der geplanten Tiefgarage unter dem BC III eingeflossen sind. Diese werden ausschließlich von der Zufahrt im Südwesten des Areals erschlossen; eine Erschließung von der Schillstraße ist aus bautechnischen Gründen nicht möglich. Die abschließende Überprüfung des Einstellplatzbedarfs erfolgt im Baugenehmigungsverfahren. Aufgrund der Geringfügigkeit der zusätzlichen Verkehre ergeben sich auf dem Areal und im Bereich der öffentlichen Verkehrswege Pegelerhöhungen um weit unter 1 dB(A), so dass weiterhin an den Ergebnissen des rechtskräftigen Bebauungsplanes AW 107 festgehalten werden kann.

4.7 Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Im Plangebiet befinden sich keine Kulturdenkmale. Bodenfunde sind jedoch nicht auszuschließen. Bei Bodenfunden ist § 14 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz zu beachten. Unmittelbar an den Geltungsbereich angrenzend, im Kreuzungsbereich von Berliner Platz und Schillstraße, befindet sich das 1837 geweihte Schill-Denkmal. Zu der Anlage gehört das denkmalgeschützte sog. Invalidenhaus (erbaut 1840). Das Denkmal wurde 1955 neu geweiht und dient seither auch der Erinnerung an die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges.

Zum Gedenken an die ehemalige Außenstelle „Schillstraße“ des Hamburger Konzentrationslagers Neuengamme sind Tafeln an der Begrenzungsmauer im Außenbereich der Gedenkstätte angebracht. Ein weiteres Element des

dreiteiligen Mahnmals wurde auf dem damaligen Plangebiet installiert, dem eigentlichen Standort des ehemaligen Konzentrations-Außenlagers.

Das bereits errichtete Bürogebäude (BC II) liegt zwischen der Gedenkstätte und dem Plangebiet, so dass hier keine Auswirkungen zu erwarten sind. In Teilen des Geltungsbereiches befanden sich Anlagen und mindestens ein Gebäude des Außenlagers, so dass das Zutage treten baulicher Relikte nicht auszuschließen ist. Insofern hat bei Bodenarbeiten eine Genehmigung und archäologische Baubegleitung zu erfolgen.

5 Begründung der Festsetzungen

5.1 Art der baulichen Nutzung

Die Nutzungsgliederung für die festgesetzten Gewerbegebiete gemäß § 8 BauNVO wird für den Planbereich unverändert beibehalten. Dieses betrifft nicht nur das bereits vorhandene Gewerbegebiet 1 (GE 1), sondern auch das neu eingefügte Gewerbegebiet 3 (GE 3). Da jedoch das GE 3 in seiner Höhe zu den bestehenden Hochhäusern differiert, wird erstmalig mit der vorliegenden Planung ein GE 3 festgesetzt. Im Sinne der Rechtssicherheit wird die Art der baulichen Nutzung für das GE 3 explizit in den textlichen Festsetzungen aufgeführt.

5.2 Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird überwiegend beibehalten. Für das neue Hochhaus wird die Höhe und Grundflächenzahl entsprechend der vorgesehenen Planung angepasst, die Baugrenze geringfügig geändert und eine unterirdische Baugrenze für die Tiefgarage und einen Versorgungsraum festgesetzt.

5.2.1 Grundflächenzahl

Das GE 3 wird für die Errichtung des Hochhauses notwendig und entsprechend der Planung gefasst. Insofern wird die Grundflächenzahl in Analogie zu den bestehenden Hochhäusern für diese Fläche auf 1,0 erhöht. Für den übrigen Bereich bleibt die Grundflächenzahl von 0,9 bestehen.

5.2.2 Höhen baulicher Anlagen

Das bisher für das Plangebiet festgesetzte GE 1 lässt eine maximale Höhe baulicher Anlagen bis zu 99,50 m über NN zu, welche eine viergeschossige Bebauung ermöglichen sollte. Für das geplante Hochhaus im neuen GE 3 wird eine Höhe von 151 m über NN festgesetzt. Diese ermöglicht ein Gebäude mit 18 Vollgeschossen. Die festgesetzte Höhe des bestehenden Hochhauses (Business-Center II) wird mit der Festsetzung um 2 m unterschritten. Das Bundesamt für Flugsicherung weist vorsorglich aufgrund der Höhe auf eine Überprüfung durch die zuständige militärische Luftfahrtbehörde im Rahmen des Genehmigungsverfahrens hin.

5.3 Überbaubare Grundstücksflächen

Die mit den Hauptanlagen überbaubare Grundstücksfläche wird mittels Baugrenzen definiert. Die überbaubare Grundstücksfläche wird aus dem rechtskräftigen Bebauungsplan, AW 107, übernommen. Zusätzlich wird eine unterirdische Baugrenze für die Tiefgarage sowie für einen Versorgungsraum im Norden festgesetzt.

5.4 Stellplätze und Garagen

Für das bereits im Rahmen des Bebauungsplanes, AW 107, vorbereitete viergeschossige Bürogebäude des Business Center III ergaben sich gemäß des anzuwendenden Stellplatzschlüssels von 1 Stellplatz je 35 m² Netto-Geschossfläche insgesamt 104 Stellplätze. Die aktuelle Planung mit dem zu errichtenden Hochhaus ergibt danach noch einen zusätzlichen Bedarf von 241 Stellplätzen.

Der zusätzliche Einstellplatzbedarf soll in der unter dem BC III geplanten Tiefgarage (45 Einstellplätze) sowie auf dem bestehenden Parkdeck des Fachmarktzentrums gedeckt werden.

Die Verkehrsuntersuchung zum Änderungsverfahren wertet in diesem Zusammenhang die Auslastung der vorhandenen Stellplätze im Bereich des BraWo-Parks aus. Danach zeigt sich, dass weite Teile des für Beschäftigte zur Verfügung stehenden Stellplatzangebotes auf dem Gelände nicht genutzt werden. So nutzen die Mitarbeiter der Business Center I und II, des Shopping-Centers sowie Hotelgäste von den vorhandenen 975 Stellplätzen nur rd. 285 Stellplätze, so dass rd. 690 Stellplätze entsprechend der Aussage des Gutachtens nicht belegt sind. Daher ist es Ziel, den weiteren Bedarf von 196 Einstellplätzen auf den vorhandenen Flächen zu decken. Der abschließend erforderliche Einstellplatznachweis erfolgt im Rahmen des Bauantragsverfahrens.

5.5 Öffentliche Verkehrsflächen

Die Planung erfordert keine baulichen Veränderungen des öffentlichen Straßennetzes.

5.5.1 Öffentlicher Personennahverkehr, ÖPNV

Der BraWo-Park ist sehr gut durch das Netz des ÖPNV und durch seine Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hauptbahnhof erschlossen.

5.5.2 Motorisierter Individualverkehr, MIV

Der BraWo-Park wird über drei Zufahrten an das öffentliche Straßensystem angeschlossen. Es handelt sich hierbei um den Knotenpunkt Willy-Brandt-Platz/ Zufahrt BraWo-Mitarbeiterparkdeck und Hauptbahnhof, die Anbindung an den Willy-Brandt-Platz südlich des Knotens Willy-Brandt-Platz/Leonhardplatz und die Zufahrt von der Schillstraße. Die ehemalige Feuerwehrezufahrt

im Westen des Planbereiches, durch das Gebäude des Business Center I hindurch, wird geschlossen.

Zur Bewertung der Verkehrsbelastungen wurde eine Verkehrsuntersuchung erstellt. Auf der Grundlage der Verkehrserhebung vom 12. Juni 2018 am Knoten Willy-Brandt-Platz/Zufahrt BraWo-Mitarbeiterparkdeck und Hauptbahnhof und des Verkehrsmodells Braunschweig wurden die vorhandenen Verkehre sowie die Verkehre für den Prognosehorizont 2030 ermittelt.

Für die Nutzung des Business-Center III wurden anhand der geplanten Bruttogeschossfläche und der Mitarbeiterzahl die daraus resultierenden zusätzlichen Verkehre hochgerechnet. Darüber hinaus erfolgte ein Ansatz für Besucherverkehre, so dass insgesamt von rd. 950 KFZ-Fahrten/Tag und 32 Lieferfahrten/Tag ausgegangen werden kann; hierbei handelt es sich nach Aussage der Gutachter um eine Betrachtung „auf der sicheren Seite“.

Im Ergebnis werden keine baulichen Veränderungen des öffentlichen Straßennetzes erforderlich. Lediglich im Knoten Willy-Brandt-Platz/Zufahrt BraWo-Mitarbeiterparkdeck und Hauptbahnhof zeigt die Leistungsfähigkeitsberechnung auf, dass zur Abwicklung der verkehrlichen Spitzenstunden am Morgen und am Nachmittag eine Veränderung der Freigabezeiten und der Einführung einer neuen Signalgruppe notwendig wird. Mit diesen Maßnahmen wird der Bevorrechtigung der Stadtbahn und der Verhinderung eines Rückstaus in die Gleisanlagen Rechnung getragen. Bei den übrigen Knoten im Umfeld ist die Leistungsfähigkeit auch weiterhin ohne zusätzliche Maßnahmen gegeben.

5.5.3 Fuß- und Radverkehr

Für Fußgänger und Radfahrer erfolgt keine wesentliche Änderung der bestehenden Situation. Die vorhandenen Wegebeziehungen werden beibehalten. Im Bereich der Tiefgarage und ihrer Zufahrtsbereiche wird es zu einem Anstieg der Fahrverkehre kommen. Hierbei ist von keiner wesentlichen Behinderung der Radverkehre in Verbindung zwischen Hauptbahnhof und Fachmarktzentrum auszugehen.

Auf den Freiflächen werden nach jetziger Planung 89 Fahrradstellplätze im Nahbereich der jeweiligen Eingangsbereiche oder der Nutzungen errichtet. Aufgrund des z. T. hohen Sicherungsbedürfnisses einzelner Fahrräder werden zusätzlich 41 Fahrradstellplätze für die Büronutzer in der Tiefgarage unterhalb des Business-Centers III geschaffen. Die Zuwegung erfolgt über die geplanten Aufzugsanlagen/ Treppenhaus respektive die Rampenanlage. Insgesamt entstehen somit etwa 130 Fahrradstellplätze. Der abschließend erforderliche Einstellplatznachweis für die Fahrräder erfolgt ebenfalls im Rahmen des Bauantragverfahrens.

5.6 Grünordnung, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Die grünordnerischen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes, AW 107, bestehen fort. So hat für das Plangebiet eine qualifizierte Begrünung auf mindestens 5 % der Grundstücksflächen zu erfolgen. Darüber hinaus ist für oberirdische Stellplatzanlagen gemäß den geltenden Grünfestsetzungen des AW 107 je angefangene sechs Einstellplätze ein mindestens mitteleukalyptischer Laubbaum vorzusehen.

Die Festsetzungen werden im geplanten Freiraumkonzept umgesetzt. Das Konzept nimmt den alleearartigen Charakter zwischen dem Business-Center II und III auf. Südlich des Business-Center III ist eine zusammenhängende Grünfläche mit Sitzbänken geplant. Die Tiefgarageneinfahrt und die oberirdischen Einstellplätze werden durch Baumpflanzungen flankiert. Im Vorfeld des Haupteingangs zum Business-Center III wird zum Erhalt der Großzügigkeit gezielt auf Begrünung verzichtet.

5.7 Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes

Die Lärmpegelbereiche werden übernommen; die getroffenen Festsetzungen zum passiven Schallschutz gelten fort. Zusätzlich Festsetzungen zum Lärmschutz werden nicht erforderlich.

5.8 Bodendenkmalpflege

In Teilen des Geltungsbereichs befanden sich zwischen 1944 und März 1945 Anlagen und mindestens ein Gebäude des Außenlagers „Schillstraße“ des KZ Neuengamme. Anhand historischer Luftbilder und Skizzen konnten die Standorte der ehemaligen Baracken 2013 annähernd lokalisiert werden. Auch wenn das Gelände nach Abriss der Baracken und im Zuge zwischenzeitlicher Bebauungen Veränderungen erfahren hat, besteht die Möglichkeit, dass bei Erdarbeiten in diesem Bereich neben Spuren anderer neuzeitlicher Nutzungen auch bauliche Relikte des Lagers zu Tage treten, die nach dem Niedersächsischen Denkmalschutzgesetz als Bodenfunde zu untersuchen und zu sichern sind. Daher ist es zwingend erforderlich, dass die Erdarbeiten archäologisch begleitet werden. Voraussetzung dafür ist, dass solche Maßnahmen vorab beantragt und genehmigt werden. Sollten Reste des Konzentrationslagers identifiziert werden, müssen diese soweit als möglich erhalten bleiben. Ein entsprechender Hinweis wurde in den Bebauungsplan aufgenommen.

5.9 Soziale Infrastruktur

Durch das geplante Hochhaus wird es zu keiner Änderung im Bestand kommen.

5.10 Weitere technische Infrastruktur

Die technische Infrastruktur ist vorhanden und muss ggf. an den Bedarf angepasst werden. Die Abstimmung hat frühzeitig mit den jeweiligen Trägern zu erfolgen. Für Löschzwecke ist gemäß DVWG- Arbeitsblatt 405 eine Wassermenge von mind. 3.200 l/min über 2 Stunden in einem Umkreis von 300 m vom Objekt vorzuhalten.

5.11 Örtliche Bauvorschriften

Die Örtliche Bauvorschrift zu Dachformen, Werbeanlagen sowie Einfriedungen und Sicht- und Windschutzanlagen besteht fort.

6 Gesamtabwägung

Durch die Planung wird eine bereits gewerblich genutzte innerstädtische Fläche einer weiteren Nachverdichtung zugeführt. Aufgrund der verkehrsgünstigen Lage mit sehr guter Anbindung an die Bahn sowie den ÖPNV ist die Fläche prädestiniert für eine Erweiterung von Büronutzungen.

Durch die bereits bestehende Überplanung des BraWo-Parks werden keine wesentlichen Flächen erstmalig einer Versiegelung zugeführt; vielmehr wird eine bereits zulässige Versiegelung im Bereich des Bürohochhauses geringfügig erweitert.

Das neu geplante Hochhaus wird in einem vom Willy-Brandt-Platz abgerückten Bereich errichtet und um ein Geschoss niedriger ausfallen, als das bereits errichtete Hochhaus Business Center II. Aus der perspektivischen Betrachtung vom öffentlichen Straßenraum wird sich das neue Hochhaus der Dominanz der bestehenden Hochhäuser unterordnen. Die bauliche Erweiterung des BraWo-Parks fügt sich in die lang- und mittelfristig angedachten baulichen Veränderungen im Umfeld des Hauptbahnhofes ein.

Verkehrs- und schalltechnisch wird es zu keinen wesentlichen Änderungen kommen.

Der überwiegende Teil der bestehenden Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes AW 107 sowie die ÖBV werden beibehalten.

7 Zusammenstellung wesentlicher Daten

7.1 Geltungsbereich

Flächenart	m ²	%
<u>Fläche des Plangebietes insgesamt</u>	6.970	100
1. Gewerbegebiet	6.970	100
davon GE 1	5.780	83
davon GE 3	1.190	17

8 Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes

8.1 Maßnahmen

Zur Realisierung der Planung sind private Erschließungsmaßnahmen (Straßen- und Wegebau sowie Ver- und Entsorgung, Anlage der Grünflächen) innerhalb des Plangebietes durchzuführen.

8.2 Kosten und Finanzierung

Der BraWo-Park und somit auch das Businesscenter III werden durch einen Investor entwickelt.

In dem Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 3a BauGB verpflichtet sich der Investor sämtliche Maßnahmen, die im Kausalzusammenhang mit der Realisierung des Plangebietes stehen auf seine Kosten durchzuführen.

8.2.1 Grunderwerb

Grunderwerb wird nicht erforderlich.

8.2.2 Straßenbau

Ein Ausbau öffentlicher Verkehrsflächen wird nicht erforderlich.

8.2.3 Öffentliche Grünflächen

Öffentliche Grünflächen bestehen innerhalb des Planbereiches nicht.

8.2.4 Entwässerung

Die Entwässerung der Gebäude im Gewerbegebiet erfolgt über die vorhandenen Anschlüsse Richtung Willy-Brandt-Platz.

9 Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll

Der Investor ist Eigentümer der Flächen; diese werden privat vermarktet.

10 Außer Kraft tretende Bebauungspläne, Beseitigung des Rechtsscheines unwirksamer Pläne

Die vorliegende Bebauungsplan-Änderung, AW 114, erfasst mit ihrem Geltungsbereich eine Teilfläche des rechtskräftigen Bebauungsplanes, AW 107. Die bestehenden Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes, AW 107, gelten fort, soweit sie nicht durch anderslautende Festsetzungen der vorliegenden Bebauungsplan-Änderung überlagert werden.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

"Willy-Brandt-Platz", 1. Änderung des AW 107

AW 114

Behandlung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit

Beteiligung gemäß § 3 (2) BauGB vom **2. Januar 2019 bis 1. Februar 2019**

Stellungnahmen, die ausschließlich beinhalten, dass der Planung zugestimmt wird oder keine Bedenken bestehen, werden nicht wiedergegeben.

Stellungnahme Nr. 1 Deutsche Bahn AG, Eigentumsmanagement, Hannover Schreiben Eingang 28.01.2019	Stellungnahme der Verwaltung
<p>Die DB Immobilien, als von der Deutschen Bahn AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme als der Träger öffentlicher Belange zu der o.g. Bauleitplanung.</p> <p>In unmittelbarer Nachbarschaft verlaufen unsere planfestgestellten Eisenbahnanlagen. Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Immissionen und Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Erschütterungen, Abgase, Funkenflug, Bremsstaub, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.).</p> <p>Durch den Bebauungsplan wird Wohnbebauung in unmittelbarer Nähe zu unserer Eisenbahnstrecke Braunschweig- Gifhorn ausgewiesen.</p> <p>Bei Wohnbauplanungen in der Nähe von lärmintensiven Verkehrswegen wird auf die Verpflichtung des kommunalen Planungsträgers hingewiesen, aktive (z. B. Errichtung Schallschutzwände) und passive (z. B. Riegelbebauung) Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen und festzusetzen.</p>	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanes AW 107 Berliner Platz- Nordost wurde ein Schallgutachten erstellt, welches den Verkehrslärm und insofern auch den Schienenverkehrslärm berücksichtigt. Zur Definition passiver Schallschutzmaßnahmen wurden Lärmpegelbereiche festgesetzt. Die ermittelten Lärmpegelbereiche gelten fort. Weitere mögliche Emissionen sind – wie die Bestandsbebauung aufzeigt – ebenfalls durch bauliche Maßnahmen beherrschbar.</p> <p>Die erste Änderung des Bebauungsplanes setzt auch weiterhin Gewerbegebiet fest. Allgemeines Wohnen ist nicht zulässig. Zulässig sind nur Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie Betriebsinhaber oder Betriebsleiter, welche nicht gleichzusetzen sind mit dem allgemeinen Wohnen.</p> <p>Es handelt sich hierbei um einen Textbaustein, welcher grundsätzlich gilt, für die vorliegende Planung jedoch nicht anzuwenden ist. Wie bereits oben beschrieben wird nur betriebsbedingtes Wohnen innerhalb des Geltungsbereiches zuge-</p>

<p>Je weiter die Orientierungswerte der DIN 18005-1 überschritten werden, d.h. je stärker der Lärm das Wohnen beeinträchtigt, desto gewichtiger müssen die für die Wohnbauplanung sprechenden städtebaulichen Gründe sein und umso mehr hat die Gemeinde die baulichen und technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, die ihr zu Gebote stehen, um diese Auswirkung zu verhindern.</p> <p>Abwägungsfehler bei der Abwägung der Belange des Immissionsschutzes und insb. der Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in Ansehung der Emissionen aus dem Bahnbetrieb sind erheblich i.S.d. § 214 BauGB und führen zur Unwirksamkeit des Bebauungsplans (Urteil VGH Kassel vom 29.03.2012, AZ.: 4 C 694/10.N).</p> <p>In unmittelbarer Nähe unserer elektrifizierten Bahnstrecke oder Bahnstromleitungen ist mit der Beeinflussung von Monitoren, medizinischen Untersuchungsgeräten und anderen auf magnetische Felder empfindlichen Geräten zu rechnen. Eventuell erforderliche Schutzmaßnahmen gegen diese Einwirkungen aus dem Bahnbetrieb sind gegebenenfalls im Bebauungsplan festzusetzen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen.</p>	<p>lassen. Durch die Festsetzung der Lärmpegelbereiche wird der erforderliche passive Schallschutz resp. hieraus resultierende bauliche Maßnahmen geregelt. Dass eine dem Betriebsleiterwohnen vergleichbare schutzbedürftige Nutzung in unmittelbarer Nähe zu den Gleisanlagen umgesetzt werden kann, zeigt das angrenzend entstandene Intercity Hotel.</p> <p>Wie die Stellungnahme bereits aussagt, ist mit magnetischen Feldern im unmittelbaren Nahbereich zu rechnen. Der Planbereich befindet sich in einem Abstand von rd. 130 m zum äußeren Rand der Bahntrasse, so dass von einer Beeinflussung stöempfindlicher Geräte nicht mehr auszugehen ist. Weitere Festsetzungen werden nicht erforderlich.</p> <p>Die Deutsche Bahn AG wird am weiteren Verfahren beteiligt; das Abwägungsergebnis wird ihr mitgeteilt.</p> <p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Die Anregungen sind für den Plan nicht relevant, so dass sich daraus keine Änderungen ergeben. Ihnen wird nicht gefolgt.</p>
--	--

Betreff:

**Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2
Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße,
Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss**

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

01.04.2019

Beratungsfolge

Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

07.05.2019

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

14.05.2019

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

21.05.2019

Ö

Beschluss:

- "1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gem. der Anlage 4 zu behandeln.
2. Die Aufhebungssatzung für den in der Sitzung ausgehängten Bebauungsplan „Gemeinschaftssiedlung Lehdorf“, LE 2 (Baublock 51/2 Urfassung), vom 24. November 1938 wird gemäß § 1 (8) in Verbindung mit § 10 (1) BauGB beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht zur Aufhebungssatzung wird beschlossen.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Zuständigkeit des Rates für den Satzungsbeschluss ergibt sich aus § 58 (2) Nr. 2 NKomVG.

Planungsziel

Für das Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße trat am 24. November 1938 der Bebauungsplan „Gemeinschaftssiedlung Lehdorf“, LE 2, (Baublock 51/2 Urfassung) mit Bekanntmachung im Amtsblatt in Kraft. Dieser Bebauungsplan soll endgültig aufgehoben werden. Dafür ist die Durchführung eines eigenständigen Verfahrens erforderlich. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig hat am 30. Januar 2018 den Aufstellungsbeschluss für die Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 beschlossen.

Im Rahmen einer rechtlichen Prüfung wurde festgestellt, dass der Bebauungsplan LE 2 aufgrund von nicht heilbaren formalen Mängeln (Verstöße gegen Gebote der Ausfertigung und gegen das Zitiergebot sowie fehlende Rechtsgrundlagen) rechtlich nicht haltbar ist und bei einer gerichtlichen Überprüfung voraussichtlich für nichtig erklärt würde. Damit besteht

zurzeit eine rechtlich unklare Situation, die weder eine rechtssichere Anwendung noch eine rechtssichere Nicht-Anwendung zulässt. Es besteht dringender Bedarf, hier Rechtssicherheit zu schaffen.

Der Bebauungsplan LE 2 setzt für die privaten Grundstücke nur Baugrenzen und private Grünflächen fest. Zu anderen Kriterien wie z.B. Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, Dächern und Einfriedungen trifft der Bebauungsplan LE 2 keine Festsetzungen. Diese waren somit schon seit Jahrzehnten gemäß § 34 BauGB zu beurteilen. Die rückwärtige Baugrenze ist seit einigen Jahren wegen einer langjährigen Befreiungspraxis nicht mehr anwendbar.

Der Bebauungsplan LE 2 ist lediglich in kleinen Teilbereichen – insbesondere um den Saarplatz – von insgesamt 12 neueren Bebauungsplänen überplant. Diese Bebauungspläne bleiben von der Aufhebung unberührt. Der überwiegende Teil des Stadtgebiets ist damit nach der förmlichen Aufhebung gemäß § 34 BauGB als „im Zusammenhang bebauter Ortsteil“ zu beurteilen. Die Begründung zur Aufhebungssatzung enthält hierzu nähere Angaben.

Sollte sich herausstellen, dass in Teilbereichen von Lehdorf ein Planerfordernis besteht, da die Beurteilung gemäß § 34 BauGB zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung nicht ausreichend ist, so wäre für diese Bereiche ein neuer Bebauungsplan aufzustellen. In diesem Rahmen könnte zur Sicherung der Planung auch eine Veränderungssperre erlassen werden. Alternativ könnte in einem solchen Fall auch der Erlass einer örtlichen Bauvorschrift in Frage kommen. Die Wahl des Instrumentes richtet sich nach dem dann gegebenen konkreten Regelungsbedarf.

Die Aufhebung dient neben der Schaffung von Rechtssicherheit auch der Bereinigung des Plankatasters.

Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und sonstiger Stellen

Diese Beteiligung wurde in der Zeit vom 24. Juli 2018 bis 27. August 2018 durchgeführt. BS/Netz verweist auf den Leitungsbestand in Lehdorf. Die Stellungnahme ist in der Anlage 4 aufgeführt und mit einer Stellungnahme und einem Vorschlag der Verwaltung versehen.

Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB

Am 5. Februar 2019 wurde die öffentliche Auslegung vom Verwaltungsausschuss beschlossen und in der Zeit vom 19. Februar 2019 bis 20. März 2019 durchgeführt. Es sind keine Stellungnahmen eingegangen.

Empfehlung

Die Verwaltung empfiehlt, die in der Anlage 4 aufgeführte Stellungnahme den Vorschlägen der Verwaltung entsprechend zu behandeln und die Aufhebung des Bebauungsplanes „Gemeinschaftssiedlung Lehdorf“, LE 2, (Baublock 51/2 Urfassung) als Satzung sowie die Begründung mit Umweltbericht zu beschließen.

Leuer

Anlage/n:

- Anlage 1: Übersichtskarte
- Anlage 2 a: Aufhebungssatzung
- Anlage 2 b: Begründung mit Umweltbericht

- Anlage 3: Zeichnerische Festsetzungen des aufzuhebenden Bebauungsplans LE 2
- Anlage 4: Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB und sonstiger Stellen
- Anlage 5: Kartierung des zukünftigen Planungsrechts

Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan

Gemeinschaftssiedlung Lehdorf (Baublock 51/2 Urfassung)

LE 2

Übersichtskarte



**Aufhebungssatzung
für den Bebauungsplan**

Gemeinschaftssiedlung Lehdorf (Baublock 51/2 Urfassung)

LE 2

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und Abs. 8 und des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs.3 des Gesetzes vom 30. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808), in Verbindung mit § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 2. März 2017 (Nds. GVBl. S. 48) hat der Rat der Stadt Braunschweig diese Satzung sowie die Begründung mit Umweltbericht am ***Datum*** beschlossen.

Stand Rechtsgrundlagen: 16. November 2018

§ 1 Der Bebauungsplan LE 2, Gemeinschaftssiedlung Lehdorf (Baublock 51/2 Urfassung) vom 24. November 1938 wird aufgehoben.

§ 2 Von der Aufhebungssatzung ist das Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße betroffen.

Der Geltungsbereich der Aufhebungssatzung entspricht dem Geltungsbereich des aufzuhebenden Bebauungsplanes LE 2.

§ 3 Die Satzung tritt am Tage der Bekanntmachung im Amtsblatt für die Stadt Braunschweig in Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

I. V. Leuer
Stadtbaurat

Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan

Gemeinschaftssiedlung Lehdorf (Baublock 51/2 Urfassung)

LE 2

Begründung und Umweltbericht

Inhaltsverzeichnis:

1	Rechtsgrundlagen	2
2	Bisherige Rechtsverhältnisse	2
3	Anlass und Ziel der Aufhebungssatzung	4
4	Planungsrechtliche Auswirkungen der Aufhebungssatzung	5
5	Sonstige wesentliche Auswirkungen der Aufhebungssatzung	9
6	Umweltbericht	10

1 Rechtsgrundlagen

- Stand: 16.11.2018 -

1.1 Baugesetzbuch (BauGB)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634)

1.2 Baunutzungsverordnung (BauNVO)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)

1.3 Planzeichenverordnung (PlanZV)

in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057)

1.4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771)

1.5 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434)

1.6 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. September 2017 (BGBl. I S. 3370)

1.7 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGB-NatSchG)

in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104)

1.8 Niedersächsische Bauordnung (NBauO)

in der Fassung vom 3. April 2012 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. September 2018 (Nds. GVBl. S. 190)

1.9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 113)

2 Bisherige Rechtsverhältnisse

2.1 Regional- und Landesplanung

Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen von 2017 und im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) 2008 für den Großraum Braunschweig ist Braunschweig im oberzentralen Verbund mit Wolfsburg und Salzgitter als Oberzentrum verbindlich festgelegt. Dem oberzentralen Verbund sind die Schwerpunktaufgaben „Sicherung und Entwicklung von Wohn- und Arbeitsstätten“ zugewiesen.

Nach dem RROP 2008 sollen Siedlungsentwicklungen schwerpunktmäßig in Oberzentren stattfinden. Im Großraum Braunschweig sollen diese vorrangig auf zentralörtliche Standorten, die über Zugangsstellen des schienengebundenen ÖPNV bzw. von Regio-Buslinien verfügen, konzentriert werden.

Der Geltungsbereich dieser Aufhebungssatzung wird im RROP 2008 nachrichtlich als „vorhandener Siedlungsbereich oder bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ dargestellt.

Die Aufhebung des Bebauungsplans LE 2 steht den Zielen der Regional- und Landesplanung nicht entgegen.

2.2 Flächennutzungsplan

Für den Geltungsbereich dieser Aufhebungssatzung gilt der Flächennutzungsplan der Stadt Braunschweig in der Form der Neubekanntmachung vom 6. Oktober 2005. Er stellt in seiner derzeit geltenden Fassung für das Plangebiet im Wesentlichen Wohnbauflächen dar. Der Bereich des Saarplatzes hat zusätzlich die Darstellung „Zentrum für die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs“. Außerdem sind drei Grünflächen mit den Zweckbestimmungen Sportplatz, Friedhof und Dauerkleingarten ausgewiesen.

Die Aufhebung des Bebauungsplans LE 2 hat für die Darstellung des Flächennutzungsplanes keine Konsequenzen.

2.3 Bebauungspläne

2.3.1 Aufzuhebender Bebauungsplan LE 2, „Gemeinschaftssiedlung Lehdorf“, (Baublock 51/2 Urfassung), vom 24. November 1938

Der Bebauungsplan LE 2 verfolgte das städtebauliche Ziel der Schaffung und von Wohnbaugebieten mit dazugehörigen Infrastruktureinrichtungen. Er bildete die Grundlage für die Realisierung der „Gemeinschaftssiedlung Lehdorf“.

Zur Umsetzung der genannten städtebaulichen Ziele trifft der Bebauungsplan LE 2 im Wesentlichen folgende Festsetzungen: Baugrenzen für die privaten Baugrundstücke, öffentliche und private Grünflächen sowie Straßenflächen.

Mit seinen Festsetzungen ist der Bebauungsplan LE 2 als einfacher Bebauungsplan im Sinne von § 30 Abs. 3 BauGB einzustufen. Die planungsrechtliche Beurteilung von Bauvorhaben richtet sich im Übrigen nach § 34 BauGB (im Zusammenhang bebaute Ortsteile).

2.3.2 Sonstige Bebauungspläne

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans LE 2 ist teilweise überplant. Diese insgesamt zwölf Bebauungspläne sind von der Aufhebung unberührt.

B-Plan	Titel/Baublock, Rechtskraft
LE 15	51/2 a Urfassung, Rechtskraft: 05.11.1957
LE 17	51/2 e 7. Änderung und Erweiterung, Rechtskraft: 10.06.1975
LE 18	51/2 f 3. Änderung und Erweiterung, Rechtskraft: 08.09.1971
LE 19	51/2 g 2. Änderung und Ergänzung, Rechtskraft: 14.08.1968
LE 20	51/2 g 5. Änderung, Rechtskraft: 15.05.1973
LE 22	51/2 i 6. Änderung und Erweiterung, Rechtskraft: 20.03.1975
LE 25	St.-Ingbert-Straße-Südost, Rechtskraft: 05.02.1988
LE 29	In den Rosenäckern-Nordwest, Rechtskraft: 21.12.1990
NP 10	51/2 c Urfassung, Rechtskraft: 03.02.1966
NP 11	51/2 d 1. Änderung und Ergänzung, Rechtskraft: 02.06.1967
NP 32	Schaumburgstraße-Süd, Rechtskraft: 14.06.1996

3 Anlass und Ziel der Aufhebungssatzung

Der Bebauungsplan LE 2 aus dem Jahr 1938 deckt große Teile des Stadtteils Lehdorf zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße ab. Er wurde lediglich in kleinen Randbereichen von neueren Bebauungsplänen überplant.

Im Rahmen einer rechtlichen Prüfung dieses Bebauungsplanes wurde festgestellt, dass der Bebauungsplan LE 2 aufgrund von nicht heilbaren formalen Mängeln rechtlich nicht haltbar ist und bei einer gerichtlichen Überprüfung voraussichtlich für nichtig erklärt würde. Diese formalen Verstöße betreffen folgende Gebote:

- **Zitiergebot:** Der Bebauungsplan und die Verfahrensakte enthalten keine Angaben zu den Rechtsgrundlagen. Damalige Rechtsgrundlagen waren z.B. die Braunschweiger Landesbauordnung von 1899, die Bauregelungsverordnung von 1936 u.a.
- **Ausfertigungsgebot:** Der Bebauungsplan wurde nicht vom damaligen Oberbürgermeister unterschrieben, sondern von einem Oberbaurat. Auf einem Aktenexemplar findet sich nur ein Haken bei „Stadtbourat“. Ferner fehlt das Datum in der Unterschriftenzeile.

Der Bebauungsplan kann nicht durch die Verwaltung für nichtig erklärt werden. Es ist ein förmliches Aufhebungsverfahren erforderlich. Ohne ein solches Verfahren würde noch der Rechtsschein einer Gültigkeit bestehen. Da die Verwaltung erkannt hat, dass der Bebauungsplan rechtfehlerhaft ist, besteht zurzeit eine rechtlich unklare Situation, die weder eine rechtssichere

Anwendung noch eine rechtssichere Nicht-Anwendung des Bebauungsplans zulässt.

Daher hat der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig am 30. Januar 2018 den Aufstellungsbeschluss für die Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan „Gemeinschaftssiedlung Lehdorf“, LE 2 (Baublock 51/2 Urfassung) beschlossen.

Die zwölf Bebauungspläne, die den LE 2 teilweise überplanen, bleiben von der Aufhebung unberührt.

Zur Herstellung der Rechtssicherheit soll der Bebauungsplan LE 2 vom 24. November 1938 endgültig aufgehoben werden.

4 Planungsrechtliche Auswirkungen der Aufhebungssatzung

4.1 Flächennutzungsplan

Die Darstellungen des Flächennutzungsplans bleiben von der Aufhebung unberührt.

4.2 Bereiche mit neuen Bebauungsplänen

Der Bebauungsplan LE 2 wurde teilweise mit neuen Bebauungsplänen überplant (siehe 2.3.2).

Im Rahmen dieser Planverfahren wurden alle öffentlichen und privaten Belange detailliert geprüft sowie gegeneinander und untereinander abgewogen. Dabei wurde auch das bisherige Planungsrecht in die Abwägung eingestellt. Es wird auf die Begründungen zu diesen Bebauungsplänen verwiesen. Eine vertiefende Betrachtung kann daher an dieser Stelle entfallen.

Sollte einer dieser neuen Bebauungspläne außer Kraft treten, z.B. durch gerichtliche Feststellung der Nichtigkeit, wäre die Notwendigkeit eines neuen Planverfahrens zu prüfen, soweit sich die weitere bauliche Entwicklung nicht über § 34 BauGB steuern ließe.

4.3 Bereiche ohne neue Bebauungspläne

Für die nicht durch die genannten Bebauungspläne überplanten Bereiche sind Bauvorhaben gemäß § 34 BauGB zu beurteilen (Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile).

Vorhaben müssen sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen. Die Erschließung muss gesichert sein. Die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse müssen gewahrt bleiben; das Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden.

Entspricht die Eigenart der näheren Umgebung einem der Baugebiete, die in

der Baunutzungsverordnung (BauNVO) bezeichnet sind, beurteilt sich die Zulässigkeit des Vorhabens nach seiner Art danach, ob es in diesem Baugebiet zulässig wäre.

Die Folgen für das Siedlungsgebiet von Lehdorf lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Art der baulichen Nutzung

Die Art der baulichen Nutzung ist sehr homogen durch Wohnbebauung geprägt. Vorhaben müssen damit grundsätzlich vereinbar sein. Sofern die konkrete nähere Umgebung eines Vorhabens einem Reinen Wohngebiet gemäß § 3 BauNVO oder Allgemeinen Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO entspricht, sind diese Vorschriften einzuhalten.

Der Bebauungsplan LE 2 enthält keine Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung, sondern nur „Baufläche“. Die Art der Nutzung war deshalb auch schon bisher gemäß § 34 BauNVO zu beurteilen. Demnach waren auch bisher auch andere wohnverträgliche Nutzungen (wie z.B. freie Berufe) zulässig, wie es in Reinen Wohngebieten oder Allgemeinen Wohngebieten ebenfalls der Fall ist.

- Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung bezieht sich auf die Ausnutzung des Grundstücks (Grundfläche, Geschossfläche, Zahl der Vollgeschosse, Höhe). Vorhaben müssen sich in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen. Auf das Ortsbild wirkt sich dabei insbesondere die Höhe der Gebäude aus. Der Begriff des „Einfügens“ bedeutet nicht, dass das Vorhaben zwingend das Maß der Nutzung von Nachbargrundstücken einhalten oder unterschreiten muss. Es können auch Überschreitungen in einem gewissen Umfang zulässig sein, sofern der vorgefundene Rahmen nicht in unzulässiger Weise überschritten wird und keine bodenrechtliche Spannungen erzeugt werden.

Der Bebauungsplan LE 2 enthält keine Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung. Dieses war deshalb auch schon bisher gemäß § 34 BauNVO zu beurteilen.

- Bauweise

Die Bauweise ist in Lehdorf als offene Bauweise mit vorwiegend Einzel- und Doppelhäusern charakterisiert. Vorhaben müssen diesen Rahmen einhalten.

Der Bebauungsplan LE 2 enthält keine Festsetzungen zur Bauweise. Diese war deshalb auch schon bisher gemäß § 34 BauNVO zu beurteilen.

- Überbaubare Grundstücksfläche

Die überbaubare Grundstücksfläche wird anhand der angrenzenden Bebauung der näheren Umgebung eines Vorhabens bestimmt. Die Bebauung in Lehdorf ist weitgehend als Straßenrandbebauung ohne Hinterlieger charakterisiert. Die Abstände zu den öffentlichen Straßen und die Bautiefen sind relativ einheitlich. Somit besteht hier ein klarer städtebaulicher Rahmen, der zur Beurteilung der Zulässigkeit von Vorhaben und zur Sicherung der Siedlungsstruktur ausreicht.

Die rückwärtige Baugrenze des Bebauungsplans LE 2 ist bereits wegen einer langjährigen Befreiungspraxis nicht mehr anwendbar. Seit dieser Feststellung im Jahr 2015 wird die zulässige rückwärtige Bautiefe deshalb bereits gemäß § 34 BauGB beurteilt. Da die genannten Befreiungen regelmäßig nur bis zu einer Bautiefe von maximal 20,0 m erteilt wurden, sind im Bestand durchgehende rückwärtige Gartenbereiche festzustellen, die frei von Wohngebäuden sind. Dieser Bestand reicht als prägender Rahmen für die planungsrechtliche Beurteilung gemäß § 34 BauGB und die weitere bauliche Entwicklung aus.

Die vordere Baugrenze (i.d.R. 5,0 m zur Straße) ist durch den Bestand weitgehend eingehalten. Diese dadurch bestehende relativ einheitliche Gebäudefront entlang der Straßen ist bei einer Beurteilung gemäß § 34 BauGB zu berücksichtigen und zu Grunde zu legen.

- Erschließung, Leitungen

Die Erschließungsplanung des Bebauungsplans LE 2 wurde umgesetzt bzw. im nordöstlichen Bereich geändert (LE 17, LE 19).

Die Bauflächen in Lehdorf sind erschlossen. Die öffentlichen Straßen befinden sich im Eigentum der Stadt und sind entsprechend gewidmet. Die Aufhebung des Bebauungsplans LE 2 hat insofern für die Erschließung keine Konsequenzen.

Der Bebauungsplan LE 2 setzt keine Leitungsrechte außerhalb von öffentlichen Straßen fest. Vorhandene – sowohl oberirdische als auch unterirdische – Anlagen der Energie- und Wasserversorgung sowie der Entwässerung haben Bestandsschutz. Es bestehen diverse Dienstbarkeiten für Ortsnetzstationen, Versorgungsleitungen der Strom- und Kommunikationstechnik sowie Gas- und Wasserleitungen. Die Dienstbarkeiten beziehen sich auf städtische und private Grundstücke. Sie sind durch die Aufhebung des Bebauungsplans LE 2 nicht gefährdet.

Die gemäß § 9 Fernstraßengesetz (FStrG) gesetzlich vorgeschriebene Bauverbotszone entlang der Autobahn A 391 (40 m vom äußeren Fahrbahnrand) und die Anbaubeschränkungen (100 m vom äußeren Fahrbahnrand) sind auch ohne Bebauungsplan einzuhalten. Diese Abstände gelten auch für Anschlussrampen.

- Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse

Der Bebauungsplan LE 2 trifft keine Festsetzungen, die sich wesentlich auf gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse auswirken. Insbesondere fehlen Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung (Wohnen, Gewerbe o.ä.) und zum Lärmschutz. Der Straßenverkehr war im Jahr 1938 deutlich niedriger als es heute der Fall ist; die A 391 war noch nicht vorhanden. Die Aufhebung des Bebauungsplan LE 2 hat insofern keine Auswirkungen auf gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in Lehndorf.

- Ortsbild

Das Ortsbild wird neben den Gebäudestrukturen und den Höhen der Gebäude insbesondere durch die Dächer und die Gestaltung und Nutzung der zwischen Gebäude und Straße liegenden Vorzonen einschließlich der Einfriedungen bestimmt. Die rechtlichen Anforderungen an das Merkmal „Beeinträchtigung des Ortsbildes“ sind hoch. Es darf nur eine städtebauliche Beurteilung erfolgen, wobei das vorhandene Ortsbild eine gewisse Wertigkeit für die Allgemeinheit und bezogen auf einen größeren Bereich haben muss. Gestalterische und ästhetische Mängel eines Gebäudes können deshalb nur in groben Einzelfällen zur Unzulässigkeit führen.

Die Gestaltung der Dächer (Dachform, Neigung, Material) kann somit im Regelfall nicht nach § 34 BauGB vorgegeben werden. Insofern sind hier Veränderungen im Siedlungsbild, z.B. durch die Errichtung von Gebäuden mit Flachdach zwischen Gebäuden mit Sattel- oder Walmdach nicht auszuschließen. Solche Veränderungen können jedoch hingenommen werden, da sie die aktuellen Bau- und Gestaltungsvorstellungen widerspiegeln und damit einer normalen Siedlungsentwicklung entsprechen.

Der Bebauungsplan LE 2 enthält keine Vorschriften zu den Dächern. Diese waren deshalb auch schon bisher gemäß § 34 BauGB zu beurteilen.

Die Nutzung und Gestaltung der Vorzonen kann gemäß § 34 BauGB in Bezug auf die Errichtung baulicher Anlagen im Wesentlichen gesteuert werden. Wohngebäude sind hier unzulässig (s. „überbaubare Grundstücksflächen“). Aber auch Garagen oder Carports müssen sich in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen und können unzulässig sein, wenn diese Umgebung dadurch geprägt ist, dass solche Anlagen in den Vorzonen bisher nicht vorhanden sind. Eine Zufahrt je Grundstück und offene Stellplätze in den Vorzonen können nach § 34 BauGB im Regelfall nicht ausgeschlossen werden. In Bezug auf die genannten Anlagen sind deshalb Einzelfallprüfungen erforderlich.

Der Bebauungsplan LE 2 setzt die Vorzonen als private Grünfläche fest. Festsetzungen zur Art der Begrünung und zu Einfriedungen (insbesondere zu Hecken als Einfriedungen oder zu Bäumen) enthält der Plan nicht, so dass die heute vorhandene Begrünung nicht gesichert ist. Neben Grünflächen befinden sich heute in den Vorzonen Grundstückszu-

fahrten und sonstige Befestigungen, z.B. für großzügige Eingangsbereiche, sowie an einigen Stellen nicht genehmigte Stellplätze. Aufgrund des Stellplatzbedarfs, der auf den Privatgrundstücken zu decken ist und der im Jahr 1938 noch nicht erkennbar war, kann diese ausschließliche Festsetzung der Vorzone als private Grünfläche absehbar nicht mehr umgesetzt werden.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Vorschriften gemäß § 34 BauGB für im Zusammenhang bebaute Ortsteile ausreichen, die künftige bauliche Entwicklung in Lehn Dorf zu steuern. Es ist städtebaulich gewünscht, dass sich der Kleinsiedlungscharakter der „Gemeinschaftssiedlung Lehn Dorf“, der auch heute schon gegenüber früher verändert ist, weiterentwickelt und an die heutigen Herausforderungen anpasst. Auf den kleinen und schmalen Grundstücken besteht schon seit vielen Jahren ein Bedarf, die Wohnflächen zu vergrößern. Dieser Bedarf ist auch zukünftig zu erwarten, so dass mit weiteren An-, Um- und Neubauten zu rechnen ist, wie bereits in der Vergangenheit und in jedem anderen Wohngebiet auch. Auch die Gestaltung von Vorzonen (Begrünung, Befestigung) unterliegt dem jeweiligen Zeitgeist. Nicht zuletzt muss dem zunehmenden Bedarf an Stellplätzen auf den Grundstücken (u.a. auch im Rahmen der Entwicklung der Elektromobilität) Rechnung getragen werden.

Sollte sich herausstellen, dass in Teilbereichen ein Planerfordernis besteht, da die Beurteilung gemäß § 34 BauGB zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung nicht ausreichend ist, so wäre für diese Bereiche ein neuer Bebauungsplan aufzustellen.

5 Sonstige wesentliche Auswirkungen der Aufhebungssatzung

Wird die zulässige Nutzung eines Grundstücks nach Ablauf von sieben Jahren aufgehoben oder geändert, kann der Eigentümer gemäß § 42 Abs. 2 und Abs. 3 BauGB nur eine Entschädigung für Eingriffe in die ausgeübte Nutzung verlangen. Dies gilt insbesondere wenn infolge der Aufhebung oder Änderung der zulässigen Nutzung die Ausübung der verwirklichten Nutzung oder die sonstigen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Verwertung des Grundstücks, die sich aus der verwirklichten Nutzung ergeben, unmöglich gemacht oder wesentlich erschwert werden.

In den genannten Teilflächen, in denen ein neuer Bebauungsplan gilt, stellt sich die Frage nach Entschädigungen durch diese Aufhebungssatzung nicht. In den übrigen Bereichen, in denen künftig § 34 BauGB gilt, stellt sich die Frage nach Entschädigungen ebenfalls nicht. Im Fall einer Klage würde voraussichtlich festgestellt, dass der Bebauungsplan LE 2 aufgrund von nicht heilbaren Mängeln nicht haltbar war. Damit würden Entschädigungsansprüche obsolet werden. Entschädigungsansprüche, die sich aus der Aufhebung der Bebauungspläne ergeben, sind daher nicht erkennbar.

Der Stadt Braunschweig entstehen durch die Aufhebung des Bebauungsplans LE 2 keine Kosten.

Bodenordnende Maßnahmen sind nicht erforderlich.

6 Umweltbericht

6.1 Beschreibung der Planung

Der Bebauungsplan LE 2 deckt den überwiegenden Teil des Stadtteils Lehn-
dorf ab. Aufgrund formaler Mängel ist er rechtlich nicht haltbar und soll daher
aufgehoben werden. Die Aufhebung dient der Beseitigung des Rechts-
scheins dieser Pläne und der Bereinigung des Plankatasters.

6.2 Planerische Vorgaben und deren Berücksichtigung

Besondere planerische Vorgaben (Fachplanungen, Gutachten o. ä.) sind
nicht zu berücksichtigen.

6.3 Beschreibung der Methodik der Umweltprüfung und Beurteilung der Informa- tionsgrundlagen

Die Umweltprüfung hat ergeben, dass von der Aufhebung des Bebauungs-
plans LE 2 keine relevanten Umweltbelange betroffen sind, da die Flächen
bereits bebaut sind und eine Weiterentwicklung nur im bestehenden städte-
baulichen Rahmen möglich ist. Deshalb wird auf detaillierte Untersuchungen
(wie z.B. Gutachten) sowie entsprechende Ausführungen zur Beschreibung
und Bewertung der Umwelt (Bestand und Prognose), zu Maßnahmen zur
Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteili-
gen Auswirkungen, zu Wechselwirkungen, zu erheblichen nachteiligen Aus-
wirkungen durch schwere Unfälle oder Katastrophen sowie zu Maßnahmen
zur Überwachung von erheblichen Umweltauswirkungen (Monitoring) ver-
zichtet.

In den Teilbereichen, die bereits durch neuere Bebauungspläne überplant
wurden, wurden die Umweltbelange im Rahmen dieser Bebauungspläne
nach den jeweils geltenden Vorschriften, z.B. des Bundesbaugesetzes
(BBauG) geprüft. Änderungen ergeben sich durch die Aufhebungen nicht.

In den übrigen Teilbereichen, in denen keine neuen Bebauungspläne aufge-
stellt wurden, galt der Bebauungsplan LE 2 nur in Bezug auf die überbauba-
ren Grundstücksflächen und die privaten Grünflächen. Alle übrigen Aspekte,
wie zum Beispiel zu zulässige Grundfläche, waren gemäß § 34 BauGB zu
beurteilen.

Die Auswirkungen auf die Umweltbelange in Bezug auf die überbaubaren
Grundstücksflächen und die privaten Grünflächen können folgendermaßen
beschrieben und bewertet werden:

Die bestehende Bebauung gibt als einheitliche und homogene Straßenrand-
bebauung einen klaren städtebaulichen Rahmen für die Beurteilung der Zu-
lässigkeit von Bauvorhaben vor. Die Abstände zu öffentlichen Straßen und
die Bautiefen sind relativ einheitlich. Vorhaben müssen sich in diese Struktur

einfügen.

Nicht bebaute Grundstücksflächen müssen gemäß § 9 NBauO Grünflächen sein, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind.

Es kann jedoch bei einer künftigen Beurteilung von Vorhaben gemäß § 34 BauGB nicht ausgeschlossen werden, dass in einem gewissen maßvollen Rahmen eine zusätzliche Bebauung und Versiegelung zulasten von privaten Grünflächen stattfindet. Dies betrifft insbesondere die Vorzonen, in denen die Anlage von Stellplätzen nicht ausgeschlossen werden kann. Diese Entwicklung hat jedoch bereits eingesetzt: So wurden in der Vergangenheit bereits Grundstückszufahrten genehmigt, die in Hinblick auf die Reduzierung von privaten Grünflächen die gleiche Auswirkung haben wie ein Stellplatz. Auch wurden Vorzonenflächen als großzügige Eingangsbereiche gepflastert und auf einigen Grundstücken Stellplätze angelegt.

Die Art und Qualität der Gestaltung und Begrünung der Vorzonen war nicht geregelt. Vorhandene Grünstrukturen (Hecken, Bäume) waren durch den Bebauungsplan LE 2 nicht gesichert.

Insgesamt ist durch diese denkbare teilweise zusätzliche Grundstücksversiegelung zulasten privater Grünflächen – insbesondere in den Vorzonen – nicht mit wesentlichen Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Landschaft, Orts- und Landschaftsbild, Erholung, Boden, Fläche, Wasser, Klima, Luft, Kulturgüter und sonstige Sachgüter, Mensch und menschliche Gesundheit (dazu gehören auch die Emissionen Lärm, Licht und Erschütterungen) zu rechnen. Erhebliche Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft sind nicht zu erwarten.

Es sind insgesamt keine Umweltbelange bekannt, die ein Planerfordernis nach sich ziehen würden.

6.4 Beschreibung und Bewertung der Umwelt und Prognosen

6.4.1 Tiere, Pflanzen

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans LE 2 ist durch Wohnbebauung und Grünflächen geprägt. Der Bereich liegt außerhalb von Schutzgebieten, Naturdenkmäler sind nicht vorhanden. Im Westen schließt der Geltungsbereich an das LSG BS 4 Ölper-/Pawelsches Holz und an das NSG Lammer Holz an.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes sind keine Änderungen zu erwarten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes sind keine Änderungen zu erwarten.

6.4.2 Landschaft, Orts- und Landschaftsbild, Erholung

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans LE 2 ist durch Wohnbebauung mit privaten Gartenflächen sowie öffentliche Grünflächen geprägt.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Im Zuge von Neubau- und Umbaumaßnahmen sind wie in den vergangenen Jahren auch weitere Veränderungen des Ortsbildes zu erwarten, soweit sie gemäß § 34 BauGB zulässig sind, da der Bebauungsplan LE 2 keine gestaltungswirksamen Festsetzungen trifft (wie z.B. Gebäudehöhe, Dachform, Materialien etc.).

Die bestehenden öffentlichen Grünflächen befinden sich im Eigentum der Stadt Braunschweig und bleiben erhalten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Auch bei Durchführung der Planung sind im Zuge von Neubau- und Umbaumaßnahmen weitere Veränderungen des Ortsbildes zu erwarten, soweit sie gemäß § 34 BauGB zulässig sind. Dabei darf gemäß § 34 BauGB das Ortsbild nicht beeinträchtigt werden. Diese zu erwartenden Änderungen betreffen insbesondere die Aspekte Dachform und Materialien.

Die bestehenden öffentlichen Grünflächen befinden sich im Eigentum der Stadt Braunschweig und bleiben erhalten.

6.4.3 Boden, Fläche

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Im Bebauungsplanbereich waren ursprünglich Parabraunerden, Braunerden und Pseudogleye verbreitet, die seit Beginn der Siedlungsgeschichte mehr oder weniger stark überprägt und verändert wurden. Unterhalb der Oberböden ist überwiegend drenthezeitlicher Geschiebelehm verbreitet, der zur Tiefe von der Verwitterungsoberfläche der kreidezeitlichen Mergelsteine unterlagert wird. Im westlichen Teil des Bebauungsplanbereiches wird der Geschiebelehm von weichselzeitlichem Lösslehm überdeckt.

Im Bebauungsplanbereich sind mehrere Altlastenverdachtsflächen (Altstandorte) vorhanden. Diese sind im Bebauungsplan LE 2 nicht gekennzeichnet.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Aus bodenschutzrechtlicher Sicht sind keine Veränderungen zu erwarten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Aus bodenschutzrechtlicher Sicht sind keine Veränderungen zu erwarten.

6.4.4 Wasser

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans LE 2 gibt es weder ein Wasserschutz- noch Überschwemmungsgebiet.

Das anfallende Oberflächenwasser wird fast vollständig über die vorhandene Regenwasserkanalisation erfasst und abgeleitet. Eine Versickerung findet kaum statt.

Die Grundwasserneubildung ist in diesem Bereich stark eingeschränkt.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung (Aufhebung)

Es sind keine wesentlichen Änderungen bezüglich der Regenwasserableitung noch der Grundwasserneubildung zu erwarten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Die Aufhebung des alten Bebauungsplans führt zu keiner Verschlechterung der derzeitigen Situation. Eine Verbesserung ist jedoch ebenfalls nicht zu erkennen.

6.4.5 Klima, Luft

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans LE 2 ist geprägt durch ein Stadtklima mit mäßig hohen Temperaturen, mäßiger nächtlicher Abkühlung und einer reduzierten relativen Feuchte. Der Luftaustausch ist eingeschränkt. Bioklimatisch wirkt das lokale Klima mäßig belastend.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Aus stadtklimatischer und lufthygienischer Sicht sind keine Änderungen zu erwarten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Aus stadtklimatischer und lufthygienischer Sicht sind keine Änderungen zu erwarten.

6.4.6 Lärm, Licht, Erschütterungen

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Der Geltungsbereich ist großflächig von Wohnnutzung geprägt. Lärmbelastungen durch störende gewerbliche Nutzungen liegen nicht vor. Im Zentrum befindet sich der Saarplatz. Hier befinden sich neben Läden eine Bankfiliale,

die Grundschule mit Turnhalle, die Kirche mit Kindertagesstätte, die Polizei und eine Seniorentagesstätte (LE 18).

Im südlichen Bereich befindet sich eine Sporthalle mit angrenzendem Sportplatz, die sich nachweislich (Schallgutachten AMT, Bericht-Nr.: 163323, 21.11.2016) in die Bestandsbebauung einfügt. Im südlichen Bereich ist die Ortsfeuerwehr ansässig. Im Nordwesten grenzen die Sportplätze des TSV Lehdorf an (OE 23).

Im Großteil des Geltungsbereiches befinden sich keine verkehrsreichen Straßen. Demgemäß liegt großflächig LPB I (Lärmpegelbereich) vor. Lediglich die direkten Baureihen entlang der Saarbrückener Straße, Saarstraße, Hannoversche Straße und BAB 391 sind durch Straßenverkehrslärm lärmvorbelastet (LPB III-IV).

Die Einstufung hinsichtlich des Schutzanspruches erfolgt gemäß § 34 BauGB, da der Bebauungsplan LE 2 keine Gebietskategorie festsetzt. Es handelt sich überwiegend um Reine Wohngebiete (WR) oder Allgemeine Wohngebiete (WA).

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Nach derzeitigem Kenntnisstand lassen sich keine Änderungen gegenüber dem Basisszenario ableiten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Nach derzeitigem Kenntnisstand lassen sich keine Änderungen gegenüber dem Basisszenario ableiten.

6.4.7 Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Das Verzeichnis der Kulturdenkmale nach § 4 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG) benennt im ehemaligen Geltungsbereich des Bebauungsplans LE 2 die ehemalige Hofanlage Hannoversche Straße 40 (Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude) als Baudenkmale im Sinne des § 3 Abs. 3 NDSchG. Der Denkmalstatus wird von der Aufhebung nicht berührt.

In unmittelbarer Nachbarschaft an der Nordwestgrenze verläuft die ehemalige Landwehr, die in einem Teilbereich auch obertägig sichtbar ist. Bei der Landwehr handelt es sich durchgängig um Bodendenkmale im Sinne des § 3 Abs. 4 NDSchG, bei den obertägig sichtbaren Abschnitten um sogenannte archäologische Baudenkmale im Sinne des § 3 NDSchG. Auch dieser Denkmalstatus wird von der Aufhebung nicht berührt.

6.4.8 Aufarbeitung der Eingriffsregelung gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB

Für die Beurteilung der Eingriffsfolgen sind die diesbezüglich relevanten Festsetzungen des aufzuhebenden Bebauungsplanes zu berücksichtigen, was in diesem Fall die festgesetzten privaten und öffentlichen Grünflächen sowie die Lage und Größe der Baufelder sind.

Anpflanzungsfestsetzungen oder Bindungen für Bepflanzungen enthält der Bebauungsplan nicht. Durch die Aufhebung sind keine Nutzungsänderungen zu erwarten.

Nach dem derzeitigen Bestand zu urteilen, wurden auch Anbauten und Befestigungen für Stellplätze außerhalb der Baufelder sowie Nebenanlagen in den hinteren Gartenbereichen zugelassen. Dennoch ist die Trennung von bebaubarer Fläche entlang des Straßenrandes und den privaten Grünflächen vorwiegend im hinteren Bereich klar ablesbar. Dieses Maß der baulichen Nutzung ist auch bei der Genehmigung künftiger Bauvorhaben nach Aufhebung des Bebauungsplanes einzuhalten.

Die im Bebauungsplan ausgewiesenen öffentlichen Grünflächen entlang der Saarstraße, der Saarlouisstraße sowie der Sportplatz an der St.-Ingbert-Straße befinden sich im städtischen Eigentum.

Durch die Aufhebung des Bebauungsplanes werden nicht mehr oder weniger Eingriffe in das Schutzgut Boden und in das Ortsbild ermöglicht, als es durch den bestehenden Bebauungsplan der Fall war. Somit sind gegenüber der bisher angewandten planungsrechtlichen Beurteilung von Bauvorhaben keine erheblichen Eingriffe zu erwarten, die auszugleichen wären.

6.4.9 Sonstiges

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand sind abfallrechtliche Belange von der Planung nicht in besonderer Weise betroffen. Bei Erdbewegungsmaßnahmen fällt ggf. verunreinigter Boden an, der als Abfall entsorgt werden muss. Dieser Abfall sowie alle weiteren Abfälle, die bei den vorgesehenen Maßnahmen anfallen, sind unter Beachtung der allgemein gültigen Regelungen der abfallrechtlichen Gesetzgebung zu entsorgen.

Das Plangebiet ist kampfmittelverdächtig: Es wurde im Zweiten Weltkrieg bombardiert. Somit besteht eine potentielle Gefährdung durch Kampfmittel. Bei Erdarbeiten besteht ein erhöhtes Risiko auf Kampfmittel zu stoßen. Aus Sicherheitsgründen sind Gefahrenerforschungsmaßnahmen auf Kampfmittel nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik durchzuführen.

6.5 Zusammenwirken mit benachbarten Plangebiet

In der relevanten Nachbarschaft zum Geltungsbereich dieser Aufhebungssatzung bestehen derzeit keine Planungen, von denen Auswirkungen auf die Umweltgüter zu erwarten wären. Eine zusätzliche Belastung ist daher nicht erkennbar. Auf eine kumulierende Betrachtung möglicher Auswirkungen wird daher an dieser Stelle verzichtet.

6.6 Ergebnis der Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten

Eine Alternative zur Aufhebung des Bebauungsplans LE 2 besteht nicht, da er aufgrund formaler Mängel rechtlich nicht mehr haltbar ist.

Die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans ist nach gegenwärtigem Kenntnisstand nicht erforderlich, da die Regelungen des § 34 BauGB ausreichen, um die städtebauliche Entwicklung in den nicht überplanten Teilbereichen zu steuern. Sollte sich zukünftig ein Planerfordernis ergeben, so kann ein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden, der den dann maßgeblichen städtebaulichen und sonstigen Zielvorstellungen entspricht.

6.7 Zusammenfassung

Im Stadtteil Lehdorf soll der Bebauungsplan LE 2 aufgehoben werden. Er ist aufgrund formaler Mängel rechtlich nicht mehr haltbar.

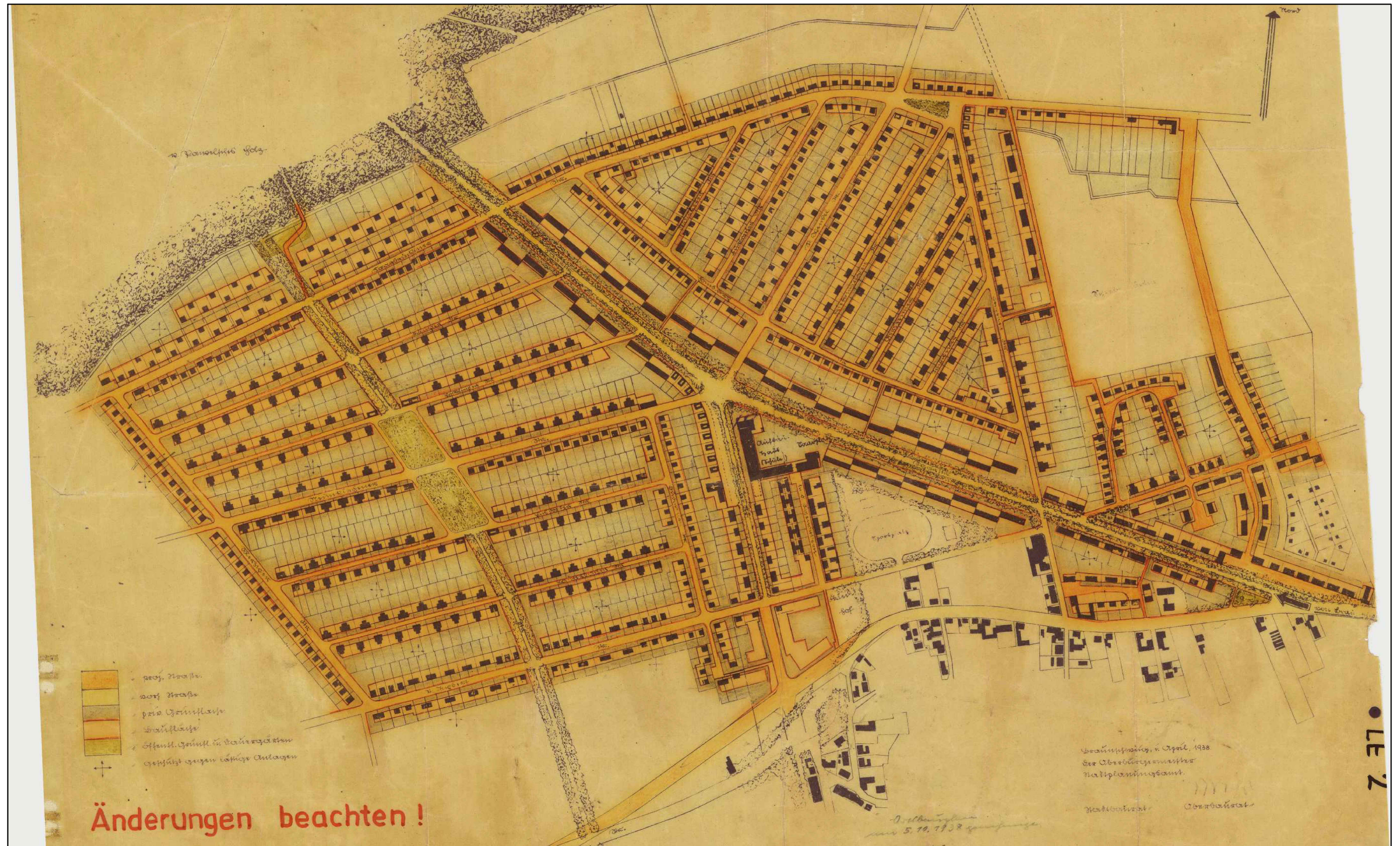
In Teilbereichen gelten bereits neuere Bebauungspläne. In den anderen Teilbereichen sind Bauvorhaben zukünftig gemäß § 34 BauGB zu beurteilen. Durch die Aufhebung des Bebauungsplans sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. Es sind darüber hinaus keine Umweltbelange bekannt, die ein Planerfordernis nach sich ziehen würden.

Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan

Gemeinschaftssiedlung Lehdorf (Baublock 51/2 Urfassung)

LE 2

Verkleinerung der zeichnerischen Festsetzungen, Rechtskraft 24. November 1938



Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan

Gemeinschaftssiedlung Lehdorf (Baublock 51/2 Urfassung) LE 2

Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie sonstiger Stellen

Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vom 24. Juli 2018 bis 27. August 2018

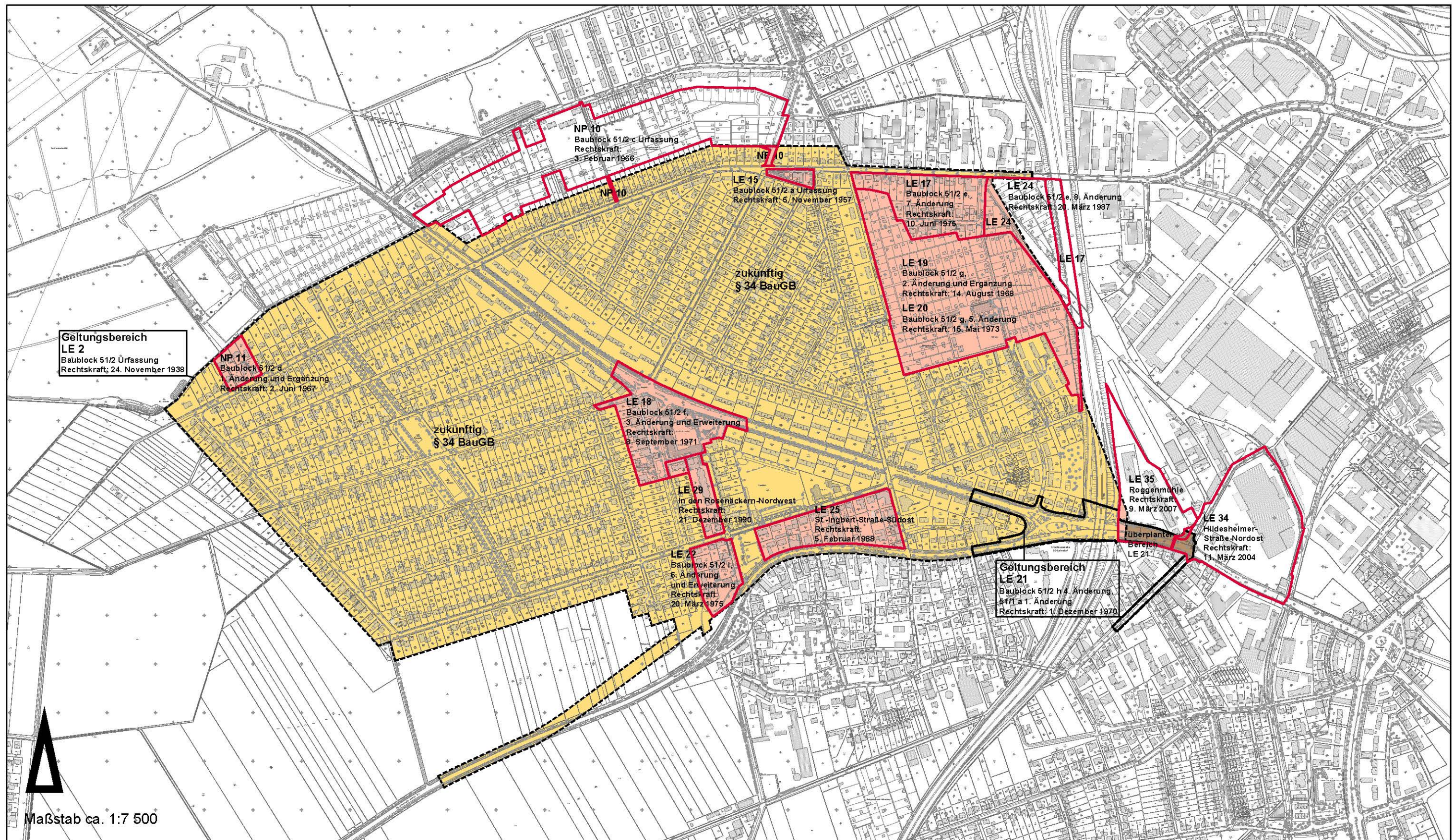
Stellungnahmen, die ausschließlich beinhalten, dass der Planung zugestimmt wird oder keine Bedenken bestehen, werden nicht wiedergegeben.

BS NETZ Schreiben vom 24. August 2018	Stellungnahme der Verwaltung
<p>Zu der oben genannten Anfrage nehmen wir für die Sparten Strom-, Gas- und Wasserversorgung und Wärmeversorgung, sowie Steuerungs- und Kommunikationstechnik I Breitbandversorgung wie folgt Stellung:</p> <p>Die aufgeführten Betriebsmittel stehen im Eigentum der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG. Die Braunschweiger Netz GmbH ist der Betreiber bzw. Pächter der Versorgungsanlagen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Stromversorgung, Gas- und Wasserversorgung sowie Kommunikationsleitungen:</p> <p>Im Geltungsbereich des Bebauungsplans befinden sich diverse Dienstbarkeiten für Ortsnetzstationen, Versorgungsleitungen der Strom und Kommunikationstechnik sowie Gas- und Wasserleitungen. Die Dienstbarkeiten beziehen sich auf städtische und private Grundstücke. Diese sind ggf. in einem neuen Bebauungsplan zu berücksichtigen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Aufhebungssatzung ist von diesen bestehenden Dienstbarkeiten nicht berührt.</p> <p>Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen werden für bestehende und zu erhaltende Leitungen Geh-, Fahr- und Leitungsrechte festgesetzt.</p>
<p>Fernwärmeversorgung:</p> <p>Im Geltungsbereich LE 2 Baublock, 51/2 befinden sich keine Leitungsrechte der Fernwärmeversorgung.</p> <p>Gegen die Aufhebung des B-Plans LE 2 bestehen keine Bedenken.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Die Aufhebungssatzung wird beibehalten.</p>

Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan
Gemeinschaftssiedlung Lehdorf

LE 2

Ergänzende Hinweise: Kartierung des zukünftigen Rechts § 34 / § 35 BauGB, 14. November 2017



Betreff:

Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss - Änderungsantrag zur Drucksache 19-10470

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

03.05.2019

Beratungsfolge:

		Status
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	07.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Drucksache 19-10470 wird um folgenden Punkt ergänzt:

"4. Um die wesentlichen Charakteristika der bisherigen Siedlungsstruktur zu erhalten, wird die Verwaltung beauftragt, für den Geltungsbereich dieser Aufhebungssatzung einen neuen Bebauungsplan oder eine örtliche Bauvorschrift zu erstellen. Dabei soll insbesondere eine Abwägung zwischen dem Erhalt der historischen Siedlungsstruktur gerade auch im Hinblick auf die Gärten und Grünflächen und den berechtigten Interessen der Eigentümer*innen nach einem zeitgemäßen Umbau bzw. einer Erweiterung der Häuser im Mittelpunkt stehen."

Sachverhalt:

Die alte Siedlungsstruktur des Stadtteils Lehdorf-Siedlung zeichnet sich durch zumeist kleinere Einfamilienhäuser mit relativ großen Gartengrundstücken aus, die im Kern in den 1930er Jahren entstanden sind. Schon auf der Grundlage des aktuellen Bebauungsplans ist erkennbar, dass jede neue Eigentümergeneration Umbau bzw. Erweiterungsmaßnahmen an vielen Häusern durchgeführt hat, wodurch der ursprüngliche Charakter immer mehr in den Hintergrund trat. Jede Erweiterung ging außerdem zwangsläufig einher mit einem Verlust an Garten- und somit Grünfläche. Außerdem bietet sich in einigen Straßenzügen mittlerweile ein sehr heterogenes Bild, so dass es fraglich ist, ob der Hinweis auf §34 BauGB (s.u.) ausreicht, um unerwünschte Baumaßnahmen, die den Charakter der alten Siedlung weiter negativ beeinflussen, wirksam verhindern zu können.

Dabei wird durchaus anerkannt, dass die Eigentümer ein berechtigtes Interesse daran haben, die Häuser nach ihren Wünschen umzugestalten und ggf. auch weitere Erweiterungen vorzunehmen. Dies soll auch weiterhin möglich sein, sollte aber geregelt und mit Augenmaß und insbesondere mit Rücksicht auf die alte Siedlungsstruktur erfolgen.

Aus unserer Sicht steht Lehdorf-Siedlung dabei exemplarisch für viele Braunschweiger Stadtteile, in denen es mittlerweile ähnliche Probleme gibt. In einem weiteren Schritt sollte deshalb versucht werden, eine stadtweite Lösung für den Konflikt zwischen dem Erhalt der alten Ortskerne und dem Bedürfnis nach modernem Wohnraum zu finden.

§34 BauGB Abs. 1

"Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ist ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt."

Anlagen: keine

*Betreff:***Natürliche Vielfalt stärken - Schottergärten vermeiden***Empfänger:*

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.04.2019

Beratungsfolge:

		<i>Status</i>
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	07.05.2019	Ö
Grünflächenausschuss (Vorberatung)	08.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschlussvorschlag:

1) Die Verwaltung wird gebeten, in das derzeit in Erarbeitung befindliche ökologische Förderprogramm ein weiteres Modul "Entsiegelung von befestigten Flächen auf Privatgrundstücken inklusive Förderung der Umwandlung von sogenannten Schottergärten in begrünte Flächen" aufzunehmen.

2) Die Verwaltung legt bei der späteren Umsetzung des ökologischen Förderprogrammes einen besonderen Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit auf eine Aufklärungskampagne hinsichtlich der ökologischen Vorteile naturnah gestalteter Vorgärten, um der weiteren Anlage von Schottergärten entgegenzuwirken.

3) Die Verwaltung wird ferner gebeten bei der Planung zukünftiger Baugebiete durch entsprechende textliche und gegebenenfalls zeichnerische Festsetzungen im Bebauungsplan sicherzustellen, dass keine weiteren Schottergärten entstehen.

4) Sollten diese textlichen und gegebenenfalls zeichnerischen Festsetzungen im Bebauungsplan nicht zielführend sein, wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob bei neuen Baugebieten der Erlass von örtlichen Bauvorschriften auf der Basis der entsprechenden Regelungen der Niedersächsischen Bauordnung zur Eindämmung von Schottergärten führen könnte. Dies sollte in Absprache mit im Wohnungsbau in Braunschweig engagierten Unternehmen geschehen.

5) Bei städtischen Bauvorhaben wie beispielsweise dem Bau von Schul- oder Verwaltungsgebäuden geht die Stadt mit gutem Beispiel voran und verzichtet bei der Gestaltung der Außenanlagen auf die Anlage von Schotter- und Kiesbeeten.

Sachverhalt:

Bekanntermaßen wachsen in sogenannten Schottergärten nur wenige oder gar keine Pflanzen. Diese braucht es aber, um Insekten, Bienen und vielen weiteren Arten unserer heimischen Fauna Lebensraum und Nahrung zu bieten. In der letzten Zeit nimmt scheinbar die Zahl an Schottergärten stetig zu. Dies geschieht sowohl in den innerstädtischen Quartieren als auch in den Neubaugebieten sowie den teilweise noch dörflich geprägten Braunschweiger Ortsteilen. Die mediale Berichterstattung widmet sich seit geraumer Zeit verstärkt den negativen ökologischen Folgen von Schottergärten für die Artenvielfalt und es gibt eigene Internetseiten zu dieser Problematik (vgl. "Gärten des Grauens").

Auch die Umwelt- und Naturschutzverbände, in Braunschweig sind exemplarisch vor allem die Kreisgruppen von BUND und NABU zu nennen, weisen zurecht darauf hin, dass hier eine ökologisch ungute Entwicklung zu beobachten ist. Es macht an dieser Stelle deshalb großen Sinn, auf die Umweltverbände zu hören. So positioniert sich beispielsweise der

NABU mit den Worten: "Steingärten werden in Deutschland immer beliebter. Darunter leidet die Artenvielfalt in den Städten und Gemeinden." Diesen Sätzen schließen sich die Mitglieder der CDU-Fraktion an und möchten mit dem vorliegenden Antrag bewirken, dass sich Rat und Verwaltung der Stadt Braunschweig gemeinsam dieser Entwicklung entgegenstellen.

Eine größere Versiegelung von Flächen in den Städten führt allgemein anerkannt auch zu höheren Temperaturen. Dass diese Thematik nicht neu ist, zeigt ein Blick ins im letzten November beschlossene Integrierte Stadtentwicklungskonzept. Hier heißt es, "dass zehn Prozent mehr Grünflächen die Sommertemperatur in den Städten um bis zu drei Grad senken kann" (Kapitel B, S. 136). Daraus kann abgeleitet werden, dass die vorhandenen Grünflächen nicht nur erhalten sondern zusätzliche geschaffen werden sollten bzw. der weiteren Versiegelung und Schaffung eher lebensfeindlicher Strukturen wie der Anlage von Schottergärten entgegengewirkt werden muss. Dies trifft vor allem auf eine Kommune wie Braunschweig zu, die schon vor Jahren dem Bündnis für biologische Vielfalt beigetreten ist und zur Zeit zwei große Förderprogramme zum Klimaschutz und zur Steigerung der Biodiversität auf städtischen Flächen durchführt.

In ebendieses ökologische Förderprogramm für die Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung sollte deshalb ein weiteres Förderprogrammmodul aufgenommen werden, wonach der Rückbau von Schottergärten auf privaten Grundstücken unterstützt wird. Es sollte überdies mit einer Aufklärungskampagne darauf hingewiesen werden, welche ökologischen Vorteile die Entsiegelung von Flächen hat.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist es beim Thema Schottergärten sinnvoll, erst einmal nicht auf Restriktionen zu setzen. Vielmehr sollte man vom 'gesunden Menschenverstand' ausgehen und über eine möglichst naturnahe und stadtoökologisch verträgliche Gestaltung von Vorgärten informieren. So macht es zumindest die Landespolitik, quer durch alle Fraktionen. In diesem Zusammenhang dürfte vielfach unbekannt sein, dass die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) bereits klare Regelungen zu dieser Thematik beinhaltet. So heißt es in § 9, dass "nicht überbaute Flächen von Baugrundstücken [...] Grünflächen sein" müssen.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern (aktuelles Beispiel ist Bremen) gibt es also eigentlich kein Regelungsdefizit, sondern vermutlich ein Defizit in der Einhaltung dieser klaren Bestimmung. Es sollte daher überlegt werden, wie zum einen auf die positiven Auswirkungen auf die Artenvielfalt bei Verzicht auf Schottergärten und zum anderen auf die bestehenden Regelungen hingewiesen werden kann, was in den ersten beiden Beschlusspunkten unseres Antrages zum Ausdruck kommt.

Bei der Neuanlage von Baugebieten sollte allerdings von den Möglichkeiten, die das Baugesetzbuch bietet, Gebrauch gemacht werden und durch textliche und möglicherweise auch zeichnerische Festsetzungen die Anlage von Schottergärten verhindert werden. Falls sich herausstellen sollte, dass diese Festsetzungen nicht zielführend sind, sollte die Verwaltung prüfen, ob eine örtliche Bauvorschrift ein angemessenes Mittel wäre. Da für diese Prüfung vor allem die Praktiker benötigt werden, soll sie unter Mithilfe der im Wohnungsbau in Braunschweig engagierten Unternehmen geschehen.

Dass die Stadt bei eigenen Bauvorhaben immer mit gutem Beispiel vorangehen sollte, bedarf aus unserer Sicht keiner weiteren Begründung.

Anlagen:
keine

Betreff:

Natürliche Vielfalt stärken - Schottergärten vermeiden

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

08.05.2019

Beratungsfolge

Planungs- und Umweltausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

07.05.2019

Status

Ö

Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)

08.05.2019

Ö

Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)

14.05.2019

N

Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)

21.05.2019

Ö

Sachverhalt:

Zu dem Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt vom 24. April 2019 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung.

Zu 1)

Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass die Begrünung von Vorgärten bereits in der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) geregelt ist. Der § 9 Abs. 2 NBauO sieht vor, dass die nicht überbauten Flächen der Baugrundstücke Grünflächen sein müssen, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind. Die Formulierung "müssen Grünflächen sein" soll deutlich machen, dass der Forderung des Absatzes 2 nicht nur durch gepflegte Zier- oder Nutzgärten genügt wird, sondern auch durch Grünflächen, die sich weitgehend selbst überlassen bleiben. An solchen Flächen besteht heute ein öffentliches Interesse, weil sie Wildpflanzen, die durch die moderne Landwirtschaft aus der Feldflur vertrieben worden sind, eine Zuflucht bieten können. Die Freiflächen können mit Rasen oder Gras, Gehölzen sowie anderen Zier- oder Nutzpflanzen bedeckt sein, wenn sie nur überhaupt begrünt sind. Plattenbeläge, Pflasterungen und dergleichen wird man allenfalls dann zu den Grünflächen rechnen dürfen, wenn sie eine verhältnismäßig schmale Einfassung von Beeten usw. darstellen. Nach Abs. 2 dürfen demnach Vorgärten nicht mehr nur aus Gründen der Gestaltung oder der leichteren Pflege überwiegend aus Steinflächen bestehen (Große-Suchsdorf, Niedersächsische Bauordnung, 9. Auflage). Wer seinen Vorgarten flächendeckend versiegelt bzw. in einen Steingarten verwandelt, verstößt demnach gegen geltendes Recht.

Das Modul "Entsiegelung von befestigten Flächen auf Privatgrundstücken inklusive Förderung der Umwandlung von sogenannten Schottergärten in begrünte Flächen" in das ökologische Förderprogramm aufzunehmen wird daher seitens der Verwaltung kritisch gesehen, da die Beseitigung einer nicht NBauO-konformen Gartengestaltung so belohnt werden würde.

Zu 2)

Öffentlichkeitsarbeit im Sinne von Aufklärung hinsichtlich der ökologischen Vorteile naturnah gestalteter Vorgärten wird aus Sicht der Verwaltung begrüßt. Bürgerinnen und Bürger sollten durch umfassende Information von den Vorteilen begrünter Vorgärten überzeugt werden.

Zu 3)

Wer seinen Vorgarten flächendeckend versiegelt bzw. in einen Steingarten verwandelt,

verhält sich nicht NBauO-konform. Welcher Art und Beschaffenheit die Grünflächen sind, wird in der NBauO jedoch nicht geregelt und ist daher grundsätzlich dem Belieben des Verpflichteten überlassen. Zudem erfasst § 9 Abs. 2 NBauO nur die Grundstücksteile, die als anderweitig nicht genutzte Flächen übrigbleiben. Sollen jedoch bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes von vornherein bestimmte Flächen für Bäume, Sträucher oder anderes Grün vorbehalten werden, so kann die Gemeinde dies durch Festsetzung einer privaten Grünfläche gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 Baugesetzbuch (BauGB) oder durch Festsetzung einer Fläche zum Anpflanzen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB regeln. Durch entsprechende textliche Festsetzungen können hierbei auch die Art der Begrünung bzw. Dichte und Mischungsverhältnis sowie Mindeststandards der Pflanzqualität festgesetzt werden. Diese Festsetzungen können nur aus städtebaulichen Gründen erfolgen; dazu zählt gem. § 1 Abs. 5 BauGB auch der Umweltschutz.

Zu 4)

Alternativ zu den o. g. Festsetzungen hat die Gemeinde die Möglichkeit durch örtliche Bauvorschrift gemäß § 84 Abs. 3 Nr. 6 NBauO die Gestaltung der nicht überbauten Flächen der bebauten Grundstücke zu regeln, insbesondere das Anlegen von Vorgärten vorzuschreiben (sogenannte Vorgartensatzung). Ansprüche an die Gestaltung der Gärten können gem. § 84 Abs. 3 NBauO sowohl aus gestalterischen Anforderungen als auch aus ökologischer Sicht getroffen werden. Flächenbezogene Regelungen, z. B. zum Ausschluss von Stellplätzen im Vorgartenbereich, sind jedoch nur auf bundesrechtlicher Grundlage (als Festsetzung eines Bebauungsplanes) zulässig.

Zu 5)

Bereits heute achtet die Verwaltung bei der Gestaltung bei Außenanlagen auf einen möglichst geringen Versiegelungsgrad und naturnahe Elemente. Auch bei künftigen Vorhaben wird in jedem Einzelfall geprüft, wie diese Aspekte einfließen können.

Leuer

Anlage/n:

keine

Betreff:

Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.04.2019

Beratungsfolge:

Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

07.05.2019
14.05.2019
21.05.2019

Status

Ö
N
Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

Wegen der bedrohlich zunehmenden Vermüllung der Umwelt mit Plastikabfällen geht die Stadt Braunschweig mit gutem Beispiel voran und wird in zukünftigen Wahlkämpfen die Verwendung von Plastik untersagen (Plakatierungen, Werbegeschenke, usw.).

Sachverhalt:

Auch dank des Engagements Jugendlicher im Rahmen der Fridays-for-Future-Bewegung ist ein schonender Umgang mit unserer Umwelt für die älteren Generationen, die derzeit die Verantwortung für politische Entscheidungen trägt, ein Gebot der Stunde.

Anlagen: keine

Betreff:

Änderungsantrag zu Ds. 19-10648: Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.05.2019

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

21.05.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

Wegen der bedrohlich zunehmenden Vermüllung der Umwelt mit Plastikabfällen geht die Stadt Braunschweig mit gutem Beispiel voran und empfiehlt, in zukünftigen Wahlkämpfen auf die Verwendung von Plastik zu verzichten (Plakatierungen, Werbegeschenke, usw.).

Sachverhalt:

Auch dank des Engagements Jugendlicher im Rahmen der Fridays-for-Future-Bewegung ist ein schonender Umgang mit unserer Umwelt durch die älteren Generationen, die derzeit die Verantwortung für politische Entscheidungen tragen, ein Gebot der Stunde.

Anlagen: keine

Betreff:
Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen

Organisationseinheit:
Dezernat III
0600 Baureferat

Datum:
06.05.2019

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Planungs- und Umweltausschuss (zur Kenntnis)	07.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	21.05.2019	Ö

Sachverhalt:

Bereits in der Ratssitzung am 2. April 2019 wurde seitens der Verwaltung ausgeführt, dass das allgemeine umweltbezogene Ziel, Plastikabfälle zu vermeiden, kein straßenbezogener Grund sei, der es rechtfertige, die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis abzulehnen. Zum aktuellen Antrag der BIBS-Fraktion (Drs. 19-10648) nimmt die Verwaltung erneut Stellung und gibt folgende Hinweise:

Eine Einschränkung über Auflagen in Sondernutzungserlaubnissen für Wahlplakate oder Veranstaltungen, bei denen Plastikartikel verwendet werden sollen, ist rechtlich nicht möglich. Die Gewährung der Sondernutzungserlaubnis steht zwar im pflichtgemäßen Ermessen der Gemeinde. Sie darf aber nur aus straßenbezogenen Gründen verweigert werden. Das allgemeine umweltbezogene Ziel, Plastikabfälle zu vermeiden, stellt keinen straßenbezogenen Gesichtspunkt dar.

Hierbei sind aufgrund des bei der Ausübung des Ermessens zu berücksichtigenden Art. 38 Grundgesetz aber sehr hohe Hürden anzunehmen. Die Ausübung des Wahlkampfs darf nur in sehr engen Grenzen eingeschränkt werden, damit im demokratischen Wettbewerb um den Erfolg in einer allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl keine vermeidbaren Hürden aufgebaut werden.

Die Verwaltung sieht speziell für die Befestigung von Plakaten an Bäumen durch Drähte, Nägel oder Kabelbinder ein Verbot in ihren Sondernutzungserlaubnissen vor. Hierdurch soll die Beschädigung von Bäumen, die Teil der Straße sind, vermieden werden. Dadurch sind die Gründe straßenbezogen und die Vorgabe in dieser speziellen Konstellation ermessensfehlerfrei, weil das Interesse am schadensfreien Erhalt der Straßenbäume und das Interesse des Eigentümers der Bäume höher wiegt als das Interesse der Plakatierenden, die untersagten Befestigungsmittel zu verwenden. Ihnen stehen andere, die Bäume nicht beeinträchtigende Lösungen zur Verfügung, zumal nicht ganze Materialarten wie Plastik per se ausgeschlossen werden.

Allerdings werden in Sondernutzungserlaubnissen bisweilen Hinweise mit aufgenommen, die zur Vermeidung von Plastikgeschirr aus Gründen der Abfallvermeidung anhalten sollen. Bei diesen Hinweisen handelt es sich aber nicht um rechtlich verpflichtende Auflagen. Die Verwaltung nimmt den aktuellen Vorgang zum Anlass, einen entsprechenden Hinweis bei zukünftigen Wahlkämpfen mit aufzunehmen.

Für gemeindliche Satzungen gilt dies entsprechend. Gem. § 18 Abs. 1 S. 3 NStrG kann die

Gemeinde zwar durch Satzung bestimmte Sondernutzungen von der Erlaubnis befreien und die Ausübung regeln. Die Sondernutzungssatzung darf nicht gegen höherrangiges Recht verstoßen. Die Satzung muss in gleichem Maße wie in einer behördlichen Einzelentscheidung die durch das Gesetz gezogenen Grenzen bei der Ausübung des Ermessens beachten. Eine Satzungsregelung dahingehend, dass die Verwendung von Plastik im Wahlkampf untersagt wird, würde den zulässigen gesetzlichen Rahmen zur Ausübung des Ermessens verlassen, denn die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis würde von nicht straßenbezogenen Belangen abhängig gemacht.

Die gleichen Gesichtspunkte sprechen gegen eine nähere Ausdifferenzierung in Vorhinein bei Auflagen und Bedingungen in Sondernutzungserlaubnissen, die über die geschilderte Einzelfallprüfung hinausgingen. Ein Beschluss des Rates mit solchen Vorgaben für die Berücksichtigung in Sondernutzungserlaubnissen müsste von einer ermessensfehlerfreien Begründung getragen werden. Das ist nicht gewährleistet, wenn die Auflagen wiederum auf Ziele abstellen, die nicht straßenbezogen sind. Das Vorgehen bzgl. der Straßenbäume kann insoweit nicht als Vorbild dienen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Rat Beschlüsse fassen darf, die den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für die zukünftigen Generationen fördern und gewährleisten, wenn sie nicht gegen höherrangiges Recht verstoßen.

Sollte der Rat Beschlüsse fassen, die gegen geltendes Recht verstoßen, z. B. indem ohne entsprechende Ermächtigungsgrundlage in die Freiheit und das Eigentum der Bürger eingegriffen wird, müsste der Oberbürgermeister die in § 88 NKomVG vorgesehenen Maßnahmen prüfen.

Leuer

Anlage/n:
keine

Betreff:

Vorlage der ersten Version des Flughafengutachtens aus dem Jahr 2017

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

25.04.2019

Beratungsfolge:

		Status
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	09.05.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, umgehend auch die erste Version des von amd.sigma/BPG erstellten Flughafengutachtens ("Strukturgutachten") dem Rat vorzulegen.

Sachverhalt:

Den Ratsfraktionen wurde am 25. Oktober 2018 ein Gutachten zum Flughafen zur Kenntnis gegeben. Bereits 11 Monate früher wurde im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft auch ein Gutachten - allerdings ein anderes - präsentiert. Auf diesen Vorgang stießen wir zufällig bei Durchsicht der Protokolle.

Dort gab es bereits am 22.11.2017 einen Tagesordnungspunkt 5:

Vorstellung des Strukturgutachtens (amd/Sigma und BPG) : "Herr Disterheft begrüßt Herrn Dr. Kraushaar und Herrn Dr. Weisser und bittet um kurze Erläuterung des Gutachtens. Herr Dr. Kraushaar verweist auf das vorliegende Gutachten und teilt mit, dass der Weiterbetrieb des Verkehrsflughafens in der jetzigen Geschäftsstruktur weiterhin hohe Defizite aufweisen werde ..." (Protokoll 22.11.2017, S.5).

Anlagen: keine

Betreff:

Vorlage der ersten Version des Flughafengutachtens aus dem Jahr 2017

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

07.05.2019

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)

Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)

Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

09.05.2019

14.05.2019

21.05.2019

Status

Ö

N

Ö

Sachverhalt:

Zum Antrag der BIBS-Fraktion vom 25. April 2019 (19-10685) wird auf die Stellungnahme vom 25. März 2019 (19-10445-01) zum gleichlautenden Antrag der BIBS-Fraktion vom 19. März 2019 (19-10445) verwiesen.

Eine Änderung der Sach- oder Rechtslage ist nicht eingetreten.

Im übrigen wird noch einmal auf die generelle Vertraulichkeit von Aufsichtsratsprotokollen und dort vorgestellten Unterlagen hingewiesen.

Geiger

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Dorfgemeinschaftshaus Rautheim

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.05.2019

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)14.05.2019
21.05.2019

Status

N
Ö**Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt folgt dem einstimmig im Bezirksrat 213 am 19.3.2019 angenommenen Antrag der CDU mit folgendem Wortlaut (19-10353): Wir beantragen die Einbeziehung der Vereine, Institutionen und des Stadtbezirksrates in die weitere Planung eines Gemeinschaftshauses, in geeigneter Weise, unabhängig von der Standortfrage.

2. Dem in der Sitzung des Bezirksrates 213 am 19.3.2019 ebenso einstimmig angenommenen Antrag der SPD zur Durchführung einer Bürgerversammlung (19-10330) folgt der Rat der Stadt ebenso.

3. Mit der Berücksichtigung der vorgenannten Bezirksratsbeschlüsse soll gewährleistet werden, dass eine ergebnisoffene Diskussion und Planung unter Berücksichtigung verschiedener Standorte im Bezirk Südstadt-Rautheim-Mascherode insbesondere unter Einbeziehung der in Ds. 18-08910 genannten möglichen Alternativen (in der Sitzung des Bezirksrates 213 vom 11.09.2018 einstimmig befürwortet) weiter möglich ist.

4. Die in Mitteilung 19-09849 näher beschriebene Verfahrensweise bedeutet keine Vorfestlegung auf den darin genannten Standort „Braunschweiger Straße 4a“ für das künftige Dorfgemeinschaftshaus im Bezirk. Die in dieser Mitteilung empfohlene Verwendung der im Haushalt 2019 veranschlagten Mittel in Höhe von 75.000 Euro für die Planung eines zukünftigen Gemeinschaftshauses erfolgt damit nicht für die Sanierungsplanung des Hauses an der Braunschweiger Straße 4a, sondern wird zur Ausplanung möglicher Standorte verwendet.

Begründung:

In Antwort auf eine Frage der BIBS-Fraktion im Planungs- und Umweltausschuss vom 07.05.2019 wurde mitgeteilt, dass im Rahmen der Bürgerversammlung lediglich noch Anregungen zur Planung und Kostenermittlung des bestehenden Dorfgemeinschaftshauses Rautheim berücksichtigt werden könnten. Dies widerspricht den wiederholt im Bezirksrat geäußerten Wünschen nach einer ergebnisoffenen Standortdiskussion. Insofern ist dieser Ratsbeschluss auch dahingehend notwendig, um klarzustellen, dass mit der Mitteilung Ds. 19-09849, die lediglich dem Bezirksrat vorgelegt wurde, keine Vorfestlegung über die Verwendung der im Rahmen des städtebaulichen Vertrages Heinrich-der-Löwe-Kaserne zugesicherten finanziellen Unterstützung durch den Vorhabenträger und die im Rahmen der Haushaltsberatungen bereitgestellten Planungskosten erfolgt. Im Rahmen der geplanten Bürgerversammlung soll insbesondere auch eine ergebnisoffene Diskussion über den Standort geführt werden.

Anlagen: keine

Betreff:

**Die Braunschweigische Landessparkasse als "Bank für die Region"
- Wie steht es um die mögliche Eigenständigkeit der BLSK?**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.05.2019

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

21.05.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Mit ihren Schreiben vom 11. April und 2. Mai 2019 haben sich fünf Oberbürgermeister und Landräte aus der Region, darunter auch Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth, in einer kommunalen Initiative deutlich zur Zukunft der Braunschweigischen Landessparkasse (BLSK) positioniert. Sie fordern den Start von Verhandlungen zur Verselbstständigung der BLSK, die derzeit eine Tochter der Nord-LB ist. Diese Unabhängigkeit soll die Zukunft der wirtschaftlich erfolgreichen Sparkasse langfristig sichern und diese sowohl vor Personaleinsparungen als auch weiteren Einschnitten im Dienstleistungsbereich bewahren. Hintergrund ist die nötig gewordene Unterstützung der Nord-LB, die durch Schiffskredite in Schieflage geraten war. Ein Umstand, den die BLSK nicht verschuldet hat, der jedoch unter Umständen auch Auswirkungen auf die Arbeit der BLSK haben könnte.

Am 3. April 2019 hat der niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers u. a. in der Braunschweiger Zeitung mitgeteilt, dass ein Herauslösen der BLSK aus der Nord-LB mit „technischen und finanziellen“ Problemen behaftet sei und sich entsprechend gegenteilig positioniert. Die genannten Oberbürgermeister und Landräte haben daraufhin ihre Absicht bekräftigt, sich auch finanziell an einer herausgelösten BLSK beteiligen zu wollen. Unterstützung erhalten sie hierbei von den SPD-Landtagsabgeordneten aus der Region, der „Braunschweiger Gruppe“, die sich ebenfalls für eine eigenständige Zukunft der BLSK ausspricht. Die Bank soll so als „Bank für die Region“ losgelöst und unabhängig von finanziellen Turbulenzen bei der Nord-LB in Hannover aufgestellt werden. Ziel ist eine regional getragene Sparkasse, die den Kunden vor Ort finanzielle Sicherheit und zugleich ein hohes Serviceaufkommen bietet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Vorteile sieht die Verwaltung in einer eigenständigen BLSK gegenüber dem jetzigen Modell?
2. Inwiefern hat sich Finanzminister Reinhold Hilbers bereits zu den Forderungen der genannten Oberbürgermeister und Landräte geäußert?
3. Sind der Verwaltung bereits jetzt konkrete Einsparmaßnahmen im Zuge der Nord-LB-Rettung bekannt, die Auswirkungen auf die Stadt Braunschweig und insbesondere die Kunden der BLSK hätten?

Gez. Christoph Bratmann

Anlagen: keine

Absender:

**AfD-Fraktion im Rat der Stadt / Wirtz,
Stefan**

TOP 16.2
19-10783
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Gelebte Unterstützung für Kiryat Tivon

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.05.2019

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

21.05.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Welche Form der Solidarität und Unterstützung hat die israelische Partnerstadt Braunschweigs seit den starken Angriffen der Hamas auf Israel erfahren?

Was ist konkret geplant?

Wie kann der Austausch (Jugend, Beruf, Kultur) verstärkt werden?

Am vergangenen Wochenende hatten militante Palästinenser Hunderte Raketen auf Israel abgeschossen und dabei insgesamt vier Zivilisten getötet und viele weitere verletzt: Zuletzt starb am Sonntag ein 21-jähriger Mann in Aschdod. In Aschkelon wurden zwei Menschen getötet, ein vierter wurde nahe Sderot in seinem Wagen getroffen und starb später im Krankenhaus.

Quelle: welt.de am 08.05.2019

Anlagen: keine

Betreff:

Energiearmut in Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

07.05.2019

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

21.05.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Versorgung der Einwohnerinnen und Einwohner mit Wasser, Strom und Wärme gehört zur unverzichtbaren öffentlichen Daseinsvorsorge, auch wenn sie in Braunschweig leider privatisiert ist. Aufgrund hoher Energiekosten und niedriger Löhne und / oder Sozialleistungen geraten viele Verbraucherinnen und Verbraucher mit niedrigem Einkommen in Zahlungsschwierigkeiten, ihnen droht Energiearmut in Form von Sperrung der Energie- und / oder Wasserzufuhr. Diese Tatsache hat die Linksfraktion bereits 2013, 2015 und 2017 mit Ratsanfragen thematisiert. Daraufhin wurde die folgende Entwicklung zu Stromsperrungen mitgeteilt:

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Anzahl Sperrung	1.316	1.273	1.222	1.428	973	814	923

Obwohl von der BVAG & Co. KG (BS Energy) in 2013 mitgeteilt wurde, dass eine Sperrung nicht erfolgt, wenn „nach vorliegenden Erkenntnissen Kleinkinder, Kranke oder Gebrechliche von der Sperrung betroffen wären“, waren nach Auskunft der Verwaltung in jedem Jahr auch Kleinkinder von Sperrungen betroffen. Ab 2015 sollen Informationen zu Kleinkindern, die von Sperrungen betroffen sind, aus Datenschutzgründen von BS Energy nicht mehr erhoben und gespeichert worden sein. Dafür hat aber zumindest die Verwaltung (Stelle 50.12) Erkenntnisse über Fälle die ihr bekannt geworden sind.

Die Entwicklung stellt sich bei den Stromsperrungen folgendermaßen dar:

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Haushalte mit Kleinkindern unter 3 Jahren	26	34	21	33	26	27
Haushalte mit Kindern 4 – 9 Jahre	19	15	31	20	25	19
Haushalte mit Kindern ab 9 Jahren	5	18	30	32	26	22

Weiter wurde von der Linksfraktion nachgefragt, bei wie vielen Fällen eine Sperrung durch den FB 50 verhindert werden konnte. Auch dazu wieder eine Übersicht:

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bekannte Fälle	169	173	256	283	266	224
Sperrung verhindert	105	111	2010	236	214	182
Sperrung nicht verhindert	64	62	46	47	52	42

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gefragt:

- 1.) Bei wie vielen Braunschweiger Haushalten wurden jeweils in den Jahren 2017 und 2018 die Versorgung von BS Energy gesperrt?
- 2.) Wie viele Sperrungen sind der Verwaltung bekannt geworden, in denen jeweils Haushalte mit Kindern unter 3 Jahren, zwischen 4 – 9 Jahren und über 9 Jahren betroffen waren?
- 3.) In wie vielen Fällen und mit welchen Maßnahmen konnte eine Sperrung - insbesondere bei den Haushalten mit Kindern - verhindert werden?

Anlagen: keine